

.. BÜRGERBETEILIGUNG ?

ERFAHRUNGEN & PERSPEKTIVEN
IN DER STADTEILSANIERUNG
HANNOVER LINDEN-SÜD

STUDIENARBEIT AM FACHBEREICH
ARCHITEKTUR DER
UNIVERSITÄT HANNOVER
1978 / 1979

BETREUER:
KLAUS-JÜRGEN HOLLAND

VERFASSER:
WOLFGANG BECKER
WERNER KAPPENBERG
GEORG KRIENER



GLIEDERUNG

TEIL I: ANALYSE/BEWERTUNG/PERSPEKTIVEN

0.	Vorworte	Seite
0.1	Zur Vorgeschichte der Studienarbeit . . .	1
0.2	Ansprüche an die Arbeit.	7
0.3	Einschätzung des gegenwärtigen Stands. . .	10
0.4	Kritik und Perspektive	11
1.	<u>Einführung</u>	
1.1	Chronologie des Sanierungs- und Beteiligungsprozesses - Chronologie eines Konflikts	13
1.2	Die Elemente des Partizipations-systems	38
2.	<u>Analysen ausgewählter Konfliktbereiche</u>	
2.1	Dokumentation der Diskussion um die Bevölkerungszusammensetzung	40
2.2	Längsschnitt "Verkehr"	51
2.3	Partizipationselement: Sanierungskommission	87
3.	<u>Bewertung und Einschätzung</u>	
3.1	Vorbemerkung	122
3.2	Bürgerinitiative und Planungsbeteiligung - Stellungnahmen verschiedener Autoren	123
3.3	Einschätzungen der BI Linden-Süd	129
4.	<u>Vorschläge zur Revision der Beteiligungspraxis in Linden-Süd</u>	
4.1	Unsere bisherige Arbeit in der BI	132
4.2	In der BI zu bearbeitende Probleme	134
4.3	Unterschiedliche Ansätze der Betroffenenbeteiligung	135
4.4	Bericht über die Arbeit mit der BI	138
4.5	Neue Ansätze	158
5.	<u>Literaturauswahl</u>	
		162

TEIL II: MATERIALIEN

1.	Strukturwandel	Seite
1.1	Gebietscharakteristik.	169
1.2	Zwischenbilanz der Sanierung	
1.3	Sanierungsziele	
2.	<u>Der Konfliktbereich Wohnen und seine Entwicklungslinien</u>	
2.1	Vorbemerkung	180
2.2	Zielfindungs- und Artikulationsphase	
2.3	Diskussionsphase	
2.4	Kontrollphase	
2.5	Anregungen und Bedenken...	
3.	<u>Verwaltung - Hierarchien - Auswirkungen</u>	196
4.	<u>"Ausländer und Deutsche" - Dokumentation der Diskussion über die sogenannte "Ausländerproblematik" (1976-1978)</u>	223
5.	<u>Chronologie des Konfliktes im Bereich Verkehr</u>	242



0. VORWORTE

0. VORWORTE

0.1 Zur Vorgeschichte dieser Studienarbeit

0.1.1 Seminar "Planung mit Betroffenen ..."

Grundlage der vorliegenden Studienarbeit war ein Seminar "Planung mit Betroffenen am Beispiel Stadtsanierungen", das im Rahmen eines Lehrauftrages von Klaus-Jürgen Holland im Sommersemester 1978 an der Architekturabteilung der Universität Hannover stattfand.

Neben dem Betreuer und den 3 Verfassern dieser Arbeit nahm an diesem Seminar ein Studentenpaar aus Oldenburg teil, ein Soziologiestudent an der Uni Oldenburg und eine Architekturstudentin an der Uni Hannover.

Die Seminargruppe hatte sich zur Aufgabe gestellt, eine Fallanalyse zur Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung-insbesondere im Bereich Stadterneuerung- durchzuführen.¹⁾ Die Fallanalyse sollte für Architekten und Stadtplaner relevante Aspekte der Bürgerbeteiligung aufzeigen und insbesondere zu Erkenntnissen und Schlußfolgerungen für die Rolle des in solchen Stadtplanungsprozessen professionell Tätigen führen.

Einen weiteren Interessenschwerpunkt innerhalb des Seminars bildete die Fragestellung, inwieweit Bürgerbeteiligung an Stadtplanungsprozessen für die von den Ergebnissen dieser Planung Betroffenen einerseits reale Möglichkeiten der Einflußnahme bedeutet und außerdem diesen die Möglichkeit zum Einüben von basis-demokratischen Entscheidungsfindungen mit der damit verbundenen möglichen politischen Emanzipation von tradierten Formen der Entscheidungsfindung bieten kann.

Der Fall der Bürgerbeteiligung bei der Sanierung des Stadtteils Hannover Linden-Süd wurde aus mehreren Gründen als Untersuchungsgegenstand gewählt:

1. Linden-Süd zeigt hinsichtlich seiner Gebietscharakteristika und seiner Probleme im Bereich der Wohnungsverorgung, der Infrastruktur- und Wohnumfeldplanung wesentliche Merkmale gegenwärtiger Stadterneuerungsprozesse auf.
2. Die bereits langanhaltende, kontinuierliche Bürgerbeteiligung an der Sanierung bietet umfangreiches und differenziertes empirisches Material. Ihre Deutung und politische Einschätzung läßt differenzierte und kontroverse Positionen zu.

1) vergleiche Arbeitspapier K.-J.Holland vom 29.5.78

3. Drei der am Seminar Beteiligten hatten bereits direkte Erfahrungen in diesem Beteiligungsprozeß gemacht:

- Der Betreuer ist seit 1973 als von der Stadt Hannover bezahlter fachlicher Berater der "Unabhängigen Bürgerinitiative Linden-Süd" tätig
- Zwei Studenten hatten über andere Studienarbeiten bereits sporadisch in der Bürgerinitiative und anderen Stadtteilinitiativen in Linden-Süd mitgearbeitet, einer von ihnen schreibt außerdem im Auftrag der Stadtverwaltung das wöchentliche Sitzungsprotokoll der Bürgerinitiative.

Wegen der Zugänglichkeit des Materials, der Erreichbarkeit mehrerer beteiligter Personen und der direkten Erlebbarkeit des Beteiligungsprozesses konnte dieser für alle Seminarteilnehmer unmittelbar erfahrbar gemacht werden.

Zur Aneignung des Falles und zur Einarbeitung in die generelle Beteiligungsproblematik wurde im Seminar vereinbart, in einem ersten Arbeitsschritt zunächst:

- die das Gebiet charakterisierenden Daten vor der Sanierung und zum derzeitigen Stand
- eine allgemeine Chronologie des Beteiligungsprozesses
- sowie die vorhandene Beteiligungsstruktur zu erarbeiten.

Nach Vorliegen des ersten Materials ergab sich die Frage, unter welchem zentralen Gesichtspunkt die geplanten Aufarbeitungen, Dokumentationen und Analysen stehen sollten. Diese Frage ergab sich einerseits nahezu zwangsläufig aus der bereits erfahrenen Vielschichtigkeit des Falles, andererseits aus der Erfahrung der unterschiedlichen Blickpunkte und Interessenslagen innerhalb des Seminars.

Zur weiteren Arbeit, die angesichts der komplexen Sachlage eine Selektion der Interpretationsmöglichkeiten forderte, wurde folgender Thesenansatz vorrangig zugrunde gelegt:

- Die Betroffenenorganisation "Unabhängige Bürgerinitiative" (BI) ist als Widerstandsorganisation gegen die Sanierungsabsichten der planenden Verwaltung und als unmittelbare Interessensvertretung von Sanierungsbetroffenen entstanden;

- Die BI und die praktizierte Beteiligungsform ist von der Verwaltung und den politischen Institutionen neben ihrer Funktion als Bedürfnisermittlungsinstrument vorrangig als Konfliktregulierungsinstrument interpretiert, unterstützt und benutzt worden;
- Das Dienstagsforum der BI hat sich im Lauf der Zeit als Ort der Konfliktregulierung herausgebildet und damit unmittelbar konfliktreduzierend gewirkt, mögliche und evtl notwendige spontane und direkte Auseinandersetzungen zwischen Betroffenen und Verwaltung sind ausgeschaltet(abgewürgt?) worden;
- In der Funktion als Konfliktregulierungsinstrument hat sich die BI zugleich als Instrument zur kontinuierlichen Verwaltungskontrolle und "schleichenden" Einflußnahme auf die Planungen und Maßnahmen der Sanierung entwickelt.

In "Längsschnittanalysen" von für relevant eingeschätzten Teilaspekten des Sanierungs- und Beteiligungsprozesses sollte diesem Thesenansatz nachgegangen werden.

Die Teilaspekte waren:

- Die Beschreibung der "Konfliktlinie Wohnen"
- Die Beschreibung der "Konfliktlinie Verkehr"
- Die Beschreibung der Konflikte zwischen den unterschiedlichen Betroffenenorganisationen und innerhalb der einzelnen Gruppen
- Die Beschreibung der Entwicklung der Organisations-, Informations- und Entscheidungsstruktur der Beteiligung.

Die Ergebnisse dieser Analysen und Einschätzungen sollten ursprünglich in einem gemeinsamen Seminarbericht zusammengefasst werden.

Der Anspruch reichte dabei von einem reinen Agglomerat der verschiedenen Einzelbeiträge bis hin zu einer überarbeiteten und abgestimmten Fassung, die auch als Diskussionsbeitrag in den laufenden Sanierungsprozeß hätte eingebracht werden können.

Gliederungsvorschlag für einen Seminarbericht:

10.7.78

BETROFFENEN-BETEILIGUNG AN DER SANIERUNG
ANALYSE DES FALLES HANNOVER LINDEN-SÜD

Vorschlag zur Strukturierung eines Berichtes über die bisherige Arbeit.

- 0. Zur Einleitung
 - wie ist es zu der Arbeit gekommen?
 - wer hat die Arbeit gemacht?
- 0.1 Auswahl des Falles und der Arbeitsweise aus den unterschiedlichen Möglichkeiten, sich mit dem Thema zu befassen
- 0.2 Allgemeine Zielsetzung der Arbeit
- 0.3 Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Arbeit und Ableitung/Nameung weiterer Arbeitsschritte und Fragestellungen

} Klaus / alle

1. Die Aufgabenstellung für die Analyse des Falles

- 1.1 Die gegenwärtige Situation im Partizipations Linden-Süd
- 1.2 Die Fragestellungen, die sich daraus für uns ergeben haben
- 1.3 Die einzelnen Teilthesen, die bearbeitet worden sind
- 1.4 Die Beschreibung des Arbeitsprozesses (unseres)

} Klaus

2. Die Ergebnisse unserer ersten Arbeitsphase

- 2.1 Die allgemeine Chronologie des Partizipationsfalles - Wolf
- 2.2 ~~die~~ ^{des} ~~Struktur~~ Partizipationsystems - Ingrid/Maria
- 2.3 Die Daten zum Fall (Stadtteil, Planungsabsichten etc.) - Warrar

3. THERAPIEBILDUNG & Konfliktfragestellungen

3. Die Ergebnisse unserer zweiten Arbeitsphase (wovon gerade so?)

- 3.1 Der Konfliktbereich WOHLEN und seine Entwicklungslinien → Ingrid/Maria
- 3.2 Der Konfliktbereich VERKEER und seine Entwicklungslinien → Gannar
- 3.3 Die Kommunikationsstrukturen im Partizipationsprozeß → Wolf
- 3.4 Die formalen und informellen Strukturen im Partizipationsprozeß (Organisationsstruktur/Informationsstruktur/Entscheidungsstruktur) und ihre Entwicklung → Schöberl

4. Das Verhältnis von Partizipations- und Planungsprozeß (Sinnung LT-Süd) → KENNEDY / Klaus

- 4.1 Die Rollen der Planer
- 4.2 Auswirkungen der Partizipation auf die Planungs- und Entscheidungsstruktur
- 4.3 Auswirkungen der Partizipation auf die Planungskonzepte
- 4.4 Die planerischen Instrumente zur Unterstützung der Partizipation

← Input von allen

5. Offene Fragen und weitere notwendige Arbeitsschritte

6. Möglicherweise Stellungnahmen BI / Verwaltung ...

0.1.2 Studienarbeit "Betroffenenbeteiligung ..."

Zu einem gemeinsamen Seminarbericht kam es aus mehreren Gründen nicht.

- Aus studientechnischen Gründen heraus war das Interesse und die Möglichkeit, Zeit und Energien in die Auswertung des Seminars zu stecken, unterschiedlich groß;
- Hauptsächlich aufgrund der räumlichen Entfernungen, aber auch wegen der unterschiedlichen politischen Standpunkte hatte sich der Arbeits- und Diskussionszusammenhang im Seminar in eine "Oldenburger" und eine "Hannoversche" Gruppe getrennt.

Zu Beginn des Wintersemesters 78/79 hatte die "Hannoversche Gruppe", die aus den drei Verfassern der vorliegenden Arbeit bestand, kein Interesse mehr, das Seminar in der o.g. Form abzuschließen. Vielmehr hatten sich insbesondere aufgrund der direkten Teilnahme am Beteiligungsprozeß in Linden-Süd neue Interessenschwerpunkte und Arbeitsziele ergeben.

Alle Verfasser arbeiteten seit Herbst 78 in der BI mit, einerseits, um die bisherigen Einschätzungen der Arbeit durch unmittelbares Erleben zu ergänzen, andererseits, und das war das Neue, mit dem Anspruch, die bisher in der Analyse erworbenen Kenntnisse direkt in den laufenden Beteiligungsprozeß zurückfließen zu lassen.

Wir hatten den politischen Anspruch, nicht nur im "Elfenbeinturm" Universität wissenschaftliche Analysen der Wirklichkeit zu erstellen, sondern uns mit der Erfahrung aus der Analyse aber auch unser politischen Sozialisierung direkt in den Prozeß vor Ort einzubringen.

Wesentliches Ziel der Arbeit war es, Beiträge zu einer Revision der als erneuerungsbedürftig erkannten Beteiligungspraxis zu liefern und diese auch durch persönlichen Einsatz umzusetzen.

Nach etwa vier Monaten mußten wir diesen Ansatz abbrechen.

Die permanente Rückkopplung von Theorie und Praxis war zumindest im Rahmen einer Studienarbeit nicht leistbar.

I. "STUDIENARBEIT" (ANALYSE, BEWERTUNG, PERSPEKTIVEN, ...)

0. Einleitung

- 0.1 Entwicklung des Seminars und Arbeitsorganisation, Idee der Studienarbeit
- 0.2 Allgemeine Zielsetzungen der Arbeit
- 0.3 Anspruch an unsere Arbeit
 - .1 Rückkopplung (Theorie-Praxis)
 - .2 Verwertbarkeit in der aktuellen Auseinandersetzung (BI als Objekt?)
 - .3 Probleme der unterschiedlichen Standpunkte und Sichtweisen der "Wirklichkeit" innerhalb der Arbeitsgruppe und zwischen Bearbeitern und Betroffenen
- 0.4 Einschätzung des gegenwärtigen Stands der Arbeit, mögliche weitere Arbeitsschritte

1. Die allgemeinen Daten zum Fall (Ergebnis der ersten Arbeitsphase des Seminars)

- 1.1 Wandel der baulich-räumlichen und der sozialen Struktur sowie der artikulierten Zielvorstellungen für die Sanierung (1972 im Vergleich zu 1978)
- 1.2 Kurzchronologie des Sanierungsprozesses mit dem Schwerpunkt der Betroffenenbeteiligung
- 1.3 Die vorhandenen Elemente des Partizipationsystems
- 1.4 Zusammenfassung in Thesenform?

2. Längsschnittanalyse ausgewählter Konfliktereiche (Ergebnis der 2. Arbeitsphase des Sem.)

- 2.1 Der Verlauf der Konflikte im Bereich "Wohnen"
- 2.2 "Verkehr"
- 2.3 "zwischen den am Sanierungsprozess "beteiligten" Interessengruppen (Organisations- und Aktionsformen, Anspruch, Selbstverständnis, ...)

3. Elemente des Partizipationsprozesses in ihren strukturellen Zusammenhängen als Momentaufnahmen der Situation in relevanten Phasen der Sanierung

4. Zum Verhältnis von Partizipations- und Planungsprozess

- 4.1 Die Rollen der Planer
- 4.2 Auswirkungen der Part. auf die Planungs- und Entscheidungsstruktur
- 4.3 Auswirkungen der Partizipation auf die Planungskonzepte
- 4.4 Die planerischen Instrumente zur Unterstützung der Partizipation

5. Zusammenfassung und Einschätzung des Analyse-Ergebnisses

- Entwicklung von Bewertungskriterien anhand verschiedener Positionen
 - die reaktionäre Position zur Betroffenen-Beteiligung
 - die konservativ/liberale und technokratische Position (Planungssamt, Dienstl.)
 - die fortschrittliche Position (Offiz., Teilhaber, ...)
- Thesen zur Einschätzung der instit. Form der Partizipation in Linden-SDd
- oder: - Allg. Einschätzung der Möglichkeiten einer Beteiligungspraxis (§ 2 BauG/Konfliktstrategie)

6. Perspektiven zur Revision der Beteiligungspraxis

- Thesen zur Beteiligungspraxis, z.B. nach § 2 BauG
- oder: - Vorschläge zur immanenten Revision der Beteiligung in Linden-SDd
 - Szenarios möglicher Strategien
 - in Konkurrenz zur BI, also außerhalb der instit. Form der Partizipation
 - innerhalb der vorhandenen Struktur, also Revision der vorhandenen Ansätze
 - Auswertung unseres Strategieansatzes
 - Wie sind wir vorgegangen?
 - Was konnten wir daraus lernen?
 - Thesen zu alternativen Strategien als mögliche Handlungsanweisung für Stadtteilinitiativen in Linden-SDd und anderswo ...

II. MATERIALSAMPLUNG

- 0. Chronologie der Konflikte im Bereich "Wohnen" (Beispiele Ahbergstr., Charlottenstr.-Nord ?)
- 1. "Verkehr" (am Beispiel ?)
- 2. des Konflikts um die sogenannte "Anzahländerproblematik"
- 3. Die Struktur der "Normalstruktur" kommunaler Entscheidungsprozesse
- 4. Literatur
 - 4.1 Zur Sanierung in Linden-SDd und in Hannover
 - 4.2 Allg. Literatur zur Betroffenen-Beteiligung

0.2 Ansprüche an die Arbeit

Die Ansprüche, die wir mit unserer Arbeit verbanden, lassen sich im wesentlichen in drei Kategorien erfassen. An dieser Stelle soll zunächst nicht gefragt werden, inwieweit wir meinen, diesen Ansprüchen gerecht geworden zu sein.

0.2.1 Die Verwertung in der Diskussion unter "Planern"

Als einen Beitrag zur Diskussion unter (zukünftigen) Architekten und Stadtplanern über die Beteiligung von Nutzern/Betroffenen an Planungsprozessen könnte die vorliegende Arbeit folgendes leisten:

- Besonders im Hochschulbereich könnte sie in der laufenden Diskussion über Ausbildungsinhalte und Formen sowie zukünftige Berufsfelder von "Planern" einen Beitrag für eine Praxisorientiertheit liefern, die nicht nur mit Praxisbezug die Orientierung an den Bedarfen des "Marktes"-also der Bauwirtschaft-meint.

Ein kritischer Bezug zu der Praxis der Verwertung von Architektur- und Stadtplanung ist unserer Meinung nach schon während des Studiums wichtig, um später im Beruf möglichen gesellschaftlichen Verantwortungen gerecht werden zu können.

Insbesondere nach Einführung von Landeshochschulgesetz, Rahmenprüfungsordnung usw. scheint solch ein kritischer Praxisbezug innerhalb des Studiums nicht mehr möglich.

- Die in Architekten- und Planerkreisen geführte Diskussion über Chancen und Grenzen (für Planer und "Beplante") der Partizipationsmöglichkeit engagierter Bürger an Planungsprozessen ist etwa seit Mitte der 70er Jahre in eine zweite Phase getreten.

Wurde anfangs mehr hypothetisch, von allgemein-politisch begründeten Theorien und Dogmen her diskutiert, sind jetzt aufgrund zahlreicher Erfahrungen (Ökologie-Bewegung, Stadtteil- und Selbsthilfegruppen) konkrete, praxisorientierte Diskussionen möglich. Die Bandbreite der Meinungen von Planern über z.B. "Bürgerinitiativen" und Möglichkeiten, diese an Planungen zu beteiligen, reicht dabei abhängig

vom politischen Standort aber quer durch das politische Links-Rechts-Spektrum von strikter Ablehnung bis zu begeisterten Partizipationsangeboten.

Abhängig von der staats- und gesellschaftstheoretischen Einordnung der Entstehung von Partizipationsforderungen werden die unterschiedlichsten Aussagen zu "Bürgerinitiativen" gemacht.

Wenn wir eine Arbeit mit dem Titel: "Planung mit Betroffenen - Erfahrungen und Perspektiven in der Stadtteilsanierung Hannover Linden-Süd" vorlegen, können wir über diesen Erfahrungsbericht der laufenden Diskussion möglicherweise einen neuen Beitrag hinzufügen.

0.2.2 Die Verwertung unserer Arbeit durch an der Sanierung in Linden-Süd Beteiligte

Hier sind wieder zwei Möglichkeiten gegeben:

- Die planende Verwaltung oder andere Institutionen machen sich die Ergebnisse einer Analyse des Beteiligungsprozesses zu eigen, um sie in ihr "politisches Frühwarnsystem" einzubauen und flexibel auf mögliche aus der Erkenntnis folgende Handlungen reagieren zu können.
- Von der Sanierung Betroffene innerhalb und außerhalb der Bürgerinitiative erfahren aus unserer Arbeit etwas über Zusammenhänge und Bedingungen des bisherigen Sanierungs- und Beteiligungsprozesses und können sich somit wirkungsvoller und zielgerichteter selbst in den Prozeß einbringen, alte, verkrustete Strukturen aufbrechen und die vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten mit neuen Inhalten füllen.

0.2.3 Die Verwertung der Arbeit für den Erkenntnisprozess der Verfasser

Folgende Aspekte scheinen uns hier erwähnenswert:

- Die Selbsterfahrung der eigenen politischen Handlungsmöglichkeit als Planer in Partizipationsprozessen
- Ortung politischer Standpunkte in dialektischer Auseinandersetzung der bisherigen Erfahrungen mit der anderer Beteiligter im laufenden Prozeß

- Auseinandersetzungen mit der eigenen, abstrakt oder konkret erfahrenen Betroffenheit von der Sanierung;
- konkret z.B. durch die Vernichtung von Wohnraum, den man z.Z. als Student selbst nachfragt,
- abstrakt z.B. durch Erfahren der Verwertungsmöglichkeiten der eigenen Berufsqualifikationen;
- Erkennen der Schwierigkeit, im Studium Theorie und Praxis miteinander zu vereinbaren;
- Erkennen der Schwierigkeit, die Betroffenen und ihre Organisationen im Stadtteil durch bornierte Herangehensweise zu Objekten der eigenen Planungen zu machen;
- Nicht zuletzt Vertiefen von Kenntnissen über Strukturen von kommunalen Entscheidungsträgern und
- Sammeln von Erfahrungen über die Handlungsspielräume von Planern innerhalb und außerhalb der Institutionen.

usw.

0.3 Einschätzung des gegenwärtigen Stands der Arbeit

Unsere Arbeit ist ein Fragment geblieben.

Analysen und Reflektionen der Beschäftigung mit Aspekten der Beteiligungspraxis in Linden-Süd stehen oft zusammenhangslos neben Abhandlungen über z.B. Verwaltungsstruktur und Möglichkeiten der Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung.

Es ist uns nicht gelungen, eine "runde Arbeit" abzuliefern. Wir wollten dies zuletzt auch nicht mehr.

Unsere Arbeit zerfiel zunehmend in den theoretischen, oder besser den schriftlichen Teil, den man am Schreibtisch machen konnte, und den praktischen Teil, analog vielleicht den handwerklichen Teil, der direkt im Stadtteil stattfand.

Wissenschaftliche Analyse von bisheriger Beteiligungspraxis oder gar Studien über systemimmanente Grenzen von Bürgerbeteiligung waren oft nicht mit den im Stadtteil anstehenden Problemen zu vereinbaren. Hier mußten Bücher gelesen und Papiere erstellt werden, dort ging es darum, Betroffene zu mobilisieren, Flugblätter zu verfassen und zu verteilen, wichtige Informationen in die Presse zu bringen...

Unterschiedliche Lebensweisen, das Setzen unterschiedlicher Prioritäten zwischen "Theorie und Praxis" führten vor dem Hintergrund studienimmanenter Zwänge (Diplomtermine) zu nicht unerheblichen Konflikten zwischen den Verfassern.

Größtes Problem war zum Schluß, daß eigentlich keiner von uns mehr richtig motiviert war, aus den vorliegenden Textentwürfen sowie den Erkenntnissen, die sich im Verlauf der Arbeit in unseren Köpfen angesammelt hatten, noch eine "schriftliche Arbeit" anzufertigen. Die eigentliche Arbeit schien getan, sinnvoll nur das Verfolgen neuer, darauf aufbauender praktischer und/oder theoretischer Ziele zu sein.

Die vorliegende Arbeit dokumentiert unseren Versuch, theoretische Aufarbeitung und Einschätzung mit konkretem und praktischem Engagement im Sanierungsprozeß zu verbinden. Mehr nicht.

Zur Struktur unserer Arbeit.

Die Arbeit teilt sich auf:

- in einen analytischen Abschnitt, in dem die bisherige Entwicklung des Beteiligungsprozesses an ausgewählten Bereichen (Konfliktlinien) aufgezeigt wird oder grundsätzliche Überlegungen zur Beteiligung (etwa Verwaltungsstruktur) angestellt werden
- in einen Teil, der unsere Erfahrungen im Stadtteil beschreibt. An die Beschreibung der Arbeit im Stadtteil schließen Perspektiven und Einschätzungen der Entwicklung an.

Etwa seit Februar 79 ist unsere Arbeit "abgeschlossen", unser Erkenntnisprozeß abgebrochen und das praktische Engagement in Linden "auf Sparflamme" reduziert worden. Dennoch haben wir uns heute entschlossen, die Arbeit (= das vorliegende Buch) "fertig" zu machen. Einerseits, um die Anerkennung als Studienarbeit zu bekommen, andererseits, um unsere Erfahrungen auch für andere kommunizierbar zu machen.

Teilweise wesentliche Grundlagen unserer Arbeit sowie Aspekte, die nicht umfassend bearbeitet wurden, haben wir der vorliegenden Studienarbeit in einem "Materialienteil" angehängt, weil sie zwar für das Verständnis unserer Arbeit nicht Voraussetzung sind, aber als Ergänzung der Ausführungen sinnvoll erscheinen.

Neben den beiden jetzt vorgelegten Textteilen haben wir noch ungeheuer viel Material angesammelt, was an diesem Thema Interessierte bei uns einsehen können.

Wir haben zwei Beiträge der Seminargruppe Ingrid und Michael Otto ("Konfliktlinie Wohnen", "Partizipationsstruktur") in unsere Arbeit aufgenommen, weil sie sowohl relevante Aspekte der Beteiligung aufzeigen als auch die Schwierigkeiten dokumentieren, die es bei der Bearbeitung des Themenkomplexes in der Seminargruppe gab. Diese Teile entsprechen nicht in allem unseren Einschätzungen und sind daher auch kommentiert worden.

0.4 Kritik und Perspektive

Die praktische Entwicklung im Stadtteil hat unsere Arbeit mehrmals völlig überfahren. Davon zeugen u.a. 3 Strukturierungsversuche.

Auch konnten wir unsere jeweils artikulierten Ansprüche nicht durchhalten. Weder zunächst den an wissenschaftliche

Analyse noch später den an Veränderung der eingefahrenen Beteiligungsform.

Die im Kapitel 4 dargestellten Einschätzungen ("Möglichkeiten der Weiterarbeit in Linden-Süd") sind von den Vorgängen in und um die Bürgerinitiative Linden-Süd überholt.

Die Bürgerinitiative hat sich "gespalten", das vorhandene "Vakuum" für Beteiligung, Entwicklung neuer Inhalte und Formen der Stadtteilarbeit konnte aus verschiedenen Gründen nicht gefüllt werden. Dies scheiterte zum einen am Widerstand alter, auch "fortschrittlicher" BI-Mitarbeiter, die zu einem grundsätzlichen Überdenken der bisherigen BI-Arbeit nicht bereit waren und zum anderen ganz wesentlich am mangelnden Durchhaltevermögen der neuen Mitarbeiter.

Die Strukturen im Dienstagsforum der Bürgerinitiative fahren sich wieder ein, andere aktive Gruppen und Einzelpersonen engagieren sich außerhalb des Dienstagsforums und auch in anderen Bereichen als der konkreten "Sanierungsarbeit".

Unser Engagement hat sich heute in den Stadtteil Linden-Nord verlagert, der in den "Perspektiven" bereits angeschnitten wurde. Hier sind für uns eher relevante Ansätze der Veränderung autoritärer Planung durch "Bürgerbeteiligung" gegeben. Wir glauben, an einem "Kristallisationspunkt" der Sanierung, - der Verhinderung einer Flächensanierung der Viktoriastraße-, besser arbeiten zu können. Die Durchsetzungschancen unsere Vorstellungen scheinen angesichts des anderen Entwicklungsstands der Stadtteilinitiativen besser zu sein.

Ergeben sich hier unter den günstigeren Bedingungen andere Resultate, könnten diese wiederum auf andere Stadtteile (z.B. Projektarchiteketen in Linden-Süd, Sanierung Nordstadt) übertragen werden.

Hannover, im Juni 1979

Wolfgang Becker
Werner Kappenberg
Georg Kriener

1. EINFÜHRUNG

Vorbemerkung

Vorliegende Chronologie soll einen ersten, möglichst umfassenden Überblick über den bisherigen Sanierungsprozeß in Linden-Süd geben.

Dabei sollen insbesondere für die Entwicklung des Verfahrens der Bürgerbeteiligung relevante Stationen dieses Prozesses aufgezeigt werden.

Der Schwerpunkt dieser Chronologie liegt also darin, aufzuzeigen, w e r w a n n, w i e und w a r u m am Sanierungsprozeß partizipiert hat; wann und wie insbesondere von Seiten der "Sanierungsbetroffenen" Interessen artikuliert, Entscheidungen beeinflußt oder gefällt wurden, usw.

Die Chronologie erhebt dabei weder den Anspruch der Vollständigkeit noch der Objektivität...

Die Chronologie ist konfliktorientiert geschrieben worden, d.h., daß einerseits vom Grundverständnis ausgegangen wurde, daß in dem Sanierungsprozeß grundsätzliche Interessensunterschiede zwischen den verschiedenen Beteiligten bestehen, und das andererseits die Darstellung des Aufbrechens und der "Bewältigung" dieser Konflikte die vorhandenen Strukturen der Bürgerbeteiligung an der Sanierung in ihrer Entwicklung nachvollziehbar macht.

Begründungen und Erklärungsansätze für Entwicklungen, Einschätzungen usw. werden in diese Chronologie aufgenommen, wenn sie für das Verständnis des Prozesses notwendig scheinen und nicht an anderer Stelle dieser Studienarbeit nochmal aufgenommen werden. Sie sind kursiv geschrieben ...

Zur besseren Orientierung ist der bisherige Sanierungsprozeß in 5 Phasen geteilt worden.

Hauptgrund für die Entwicklung dieses "5-Zeitphasen-Modells" bildet dabei die Betrachtung der vorhandenen Bürgerbeteiligung, also der Artikulation von Interessen und Einflußnahme auf Entscheidungsprozesse durch Stadtteilbewohner.

Phase I (50er Jahre bis Sommer 1972)

Zusammenfassung: Umfassende Veränderungen (Flächensanierung) werden ohne Information geschweige denn Beteiligung von Stadtteilbewohnern geplant. Bereits Ende der 50er Jahre werden Veränderungsvorstellungen entwickelt, die Linden-Süd als Wohnstandort für qualifizierte Arbeitskräfte sowie Erweiterungsgebiet für das "Regierungsviertel" vorsah. Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des StBauFG wurden diese Absichten erneut konkretisiert und Anfang der 70er Jahre Sanierungsziele artikuliert, die im Sommer 72 erstmals der Stadtteilöffentlichkeit vorgestellt wurden.

Die "Generalverkehrsplanung" für Hannover legt den Ausbau des Allerweges als radiale Verbindung zur Innenstadt sowie den Ausbau der Göttinger Straße als Teil des Tangentensystems fest.

In einer Pilotstudie zur "Sanierung erneuerungsbedürftiger Baugebiete", die von Prof. Göderitz im Auftrag der Stadt Hannover und des Bundesministeriums für Wohnungsbau erstellt wird, wird eine nahezu vollständige Flächensanierung des Stadtteils Linden-Süd vorgeschlagen.

Der entwickelte Bebauungsvorschlag sieht die Auflösung der alten Baustruktur und eine punkt- und zeilenförmige Neubebauung bis zu 10 Geschossen vor. Der Planungsvorschlag beinhaltet weiter eine Erweiterung und Konzentration von Laden- und Büroflächen sowie den Ausbau von Allerweg und Göttinger Straße.

Die Bevölkerung wird in die von Göderitz 56/57 durchgeführten Untersuchungen lediglich als Datenlieferant einbezogen.

Das zur Vorbereitung einer Sanierungsgesetzgebung vorgelegte "Göderitzgutachten" löst zunächst keine weiteren Planungs- oder Realisierungsmaßnahmen aus. Beeinflusst auch durch die Sanierung des alten Wohnblocks an der Fanny- und Mathildenstraße in Linden-Nord, wo den Lindenern die negativen Begleitumstände solcher Art von Sanierung (Vertreibung der alten Bewohner an den Stadtrand, Unangepasster Neubau ("Linden-Karee") mit hohen Mieten) deutlich werden und die geplante Errich-

1956
Generalverkehrsplan

1957
Göderitzgutachten

Ein Bild zwischen Ihne und Westschellweg, wie es die Zukunft bringen könnte



60er Jahre
"Sanierungserwartung"

	<p>tung des Ihmezentrums macht sich in Linden eine typische Sanierungsathmosphäre bemerkbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Bereitschaft zur Instandhaltung der Häuser durch die Besitzer verringert sich - Verbesserungen der Infrastruktur bleiben aus - Die Wohnverhältnisse verschlechtern sich - Die Sozialstruktur verschiebt sich, jüngere und einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen verlassen den Stadtteil, "Alte" und "Arme" bleiben wohnen, "Ausländer" ziehen zu.
1969 Entwicklung von Planungsvorstellungen	<p>Durch eine SPD-Anfrage im Rat werden erneut Überlegungen zur Sanierung Linden-Süds eingeleitet und die städtischen Zielvorstellungen präzisiert. Es werden 3 Bebauungsgutachten in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse aber zunächst nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Alle 3 Alternativen sehen großflächige Abrisse und den Ausbau von Allerweg und Gött. Str. vor. Der von der "Neuen Heimat" entwickelte Bebauungsvorschlag sieht z.B. den Abriß sämtlicher Bau- substanz und eine zusammenhängende Bebauung bis zu 22 Geschossen vor. Die "Neue Heimat", die zunächst als Sanierungsträger im Gespräch ist, stellt für die 3 Alternativen Kosten- berechnungen auf.</p>
1970 "Bericht über Erneuerungs- maßnahmen in Linden"	<p>Tinnerhalb der Bauverwaltung wird eine "Stelle für Sanierung" gebildet, die in einem Bericht erste Öffentliche Informationen über die Sanierungsziele usw. gibt.</p>
1971 2 Alternativen	<p>Im Auftrag der Verwaltung entwickelt die "Neue Heimat" 2 weitere Bebauungsalternativen, die jedoch weiterhin den Abriß des größten Teils der Altbebauung und Neu- bebauung bis zu 11, bzw. 6 Geschossen vorsehen.</p>
1.8.1971 Städtebauförderungsgesetz	<p>Das StBauFG tritt in Kraft, die Durchführung und Finan- zierung kommunaler Erneuerungsmaßnahmen bekommt einen bundesweiten Rahmen</p>
Januar 1972 Sanierungsmittel	<p>Die Stadt Hannover beantragt beim Bund die Zuweisung von Sanierungsförderungsmitteln nach den StBauFG.</p>

19.4.1972
"Vorbereitende Untersuchungen"

Der Rat der Stadt faßt den Beschluß über den "Beginn der "Vorbereitenden Untersuchungen" nach StBauFG. Im Rahmen der vorher. Untersuchungen werden Fragebogenaktionen durchgeführt. Die Stadtverwaltung übernimmt die Funktion des "Sanierungsträgers".

Mai 1972
"Mieterstreik"

In der lokalen Presse wird über einen "Mieterstreik gegen Spekulation" des privaten Hausbesitzers in der Ricklinger Str. 33 berichtet.

Phase II (Sommer 72 bis Ende 1973)

Zusammenfassung: Nach Bekanntwerden der Veränderungsvorstellungen der Stadt bilden sich in Linden-Süd verschiedene Zusammenschlüsse von Sanierungsbetroffenen mit unterschiedlichem Selbstverständnis und verschiedener Organisation und Arbeitsweise. Die Stadtverwaltung versucht eine dieser Gruppen in ein institutionalisiertes Beteiligungsverfahren einzubeziehen. Als im Sommer 73 die Konflikte im Stadtteil eskalieren, kommt es zunächst zur Krise im anlaufenden Beteiligungsverfahren, später dann zu einer stärkeren Einbindung einer Betroffenenorganisation in den kommunalen Entscheidungsprozeß.

7. Juli 1972



Sanierung Linden-Süd
Einladung „1. Informations-Veranstaltung“
über die Sanierung Linden-Süd
am Freitag, dem 7. Juli um 19 Uhr
im Aula der Humboldtschule,
Ricklinger Straße 30
Thema: Vorstellung der Stadtverwaltung über die Sanierung mit Diskussion
Landeshauptstadt Hannover

Auf einer im 4-jährigen Turnus regelmäßig stattfindenden Bürgerversammlung stellt die Stadtverwaltung erstmals 3 Baualternativen für Linden-Süd einer breiteren Öffentlichkeit vor.

Am gleichen Tag wird in der Ricklinger Str. 65 in einem Ladenraum ein Informationsbüro eröffnet, indem einige Ämter der Verwaltung Sprechstunden abhalten und das "allen an der Sanierung interessierten Gruppen und Verbänden als Arbeits- und Versammlungsraum" von der Verwaltung angeboten wird.

Bereits auf der ersten Informationsveranstaltung wird die Forderung erhoben, daß die Bürger sich zur besseren Vertretung ihrer Interessen eine Betroffenenorganisation schaffen müßten.

4. Juli 1972
BI-Gründung

Auf einer vom SPD-Ortsverein Linden-Limmer einberufenen Bürgerversammlung wird die "Unabhängige Bürgerinitiative Linden-Süd" (kurz: BI) gegründet, deren Funktion es sein soll, ein offenes Bürgerforum zu bilden, auf dem alle Interessen und Belange von Sanierungsbetroffenen artikuliert und vertreten werden können.

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE
- ASPERTE DES VERHÄLTNISSSES
ZUR SPD



Der BI wurde seit ihrem Bestehen vorgeworfen, ein "Kind der SPD" zu sein.

Das Interesse der SPD, sowohl der Verwaltung und des Rates als auch der Basisorganisation OV ist offenkundig, die Auseinandersetzung zwischen den konkurrierenden Interessen insbesondere innerhalb der Partei an einen zentralen Ort im Stadtteil zu legen.

Die Partei muß darum bemüht sein, auf jeden Fall zu verhindern, daß eine von Rats- und Verwaltungsfraktion betriebene Sanierung des Stadtteils bei den Betroffenen nicht durchweg zu einer Ablehnung ihrer Politik und bei der nächsten Wahl zu einer Stärkung des politischen Gegners führt.

Die SPD-Basisorganisation übernimmt die Aufgabe, mit den Betroffenen zusammen der Rats- und Verwaltungsfraktion Kompromisse abzuverlangen, um der Partei langfristig eine minimale Loyalität im Stadtteil zu sichern.

Unterstellt man, daß Vorbedingung einer derartigen Funktionalisierung der verschiedenen Partei-Fraktionen eine relative innere Homogenität bildet, diese aber in der SPD nicht vorhanden sei, so kommt die Notwendigkeit für diese Partei hinzu, zwischen den rivalisierende "linken und rechten Kräften" in der Partei über ein Forum im Stadtteil vermitteln und die verschiedenen Interessen austragen zu können.

Konkrete Formen der Unterstützung der BI waren:

- Einberufung der Bürgerversammlung
- Aufruf zur Gründung der BI
- Mitarbeit von Funktionären und Parteimitgliedern des SPD-OVs sowie SPD-Ratsherren in der BI
- Offensive Partizipationsangebote (ideell- materiell) an die BI von der im wesentlichen SPD-bestimmten Stadtverwaltung
- Anerkennung der BI als Organ der Interessen des Stadtteils durch die SPD-Ratsfraktion und Verwaltung
- Der Versuch, über ein "SPD-Forum" im Jahr 1974 die verschiedenen Betroffenen-Organisationen (BI, AkWo, BI-Linden-Nord, ..) mit Vertretern des SPD-OVs an einen Tisch zu bekommen
- Das selbstverständliche "Zur-Verfügung-Stellen" der SPD Bürgersitze in der Sanierungskommission an die BI
- Das Aufkündigen dieser Selbstverständlichkeit im Jahr 79, als die BI bereits eindeutig die Politik des politischen Gegners vertritt ...

SELBSTVERSTÄNDNIS UND ZUSAMMEN-
SETZUNG DER BI:

Die Verwaltung bietet der BI das Informationsbüro als Treffpunkt an. Die BI trifft sich ab sofort wöchentlich in der Ricklinger Str.65.

Die BI verstand- und versteht sich bis heute- als Interessenvertretung der Lindener an der Sanierung. Ihre Sitzungen sind öffentlich, alle Personen, die in Linden-Süd wohnen oder arbeiten und alle, die längerfristig mitarbeiten, sofern sie aus anderen Stadtteilen kommen, sind abstimmungsberechtigt.

Die BI bestand in dieser Phase aus etwa 15 aktiven Mitarbeitern, die drei unterschiedlichen Gruppen zuzuordnen waren:

- *Direkt Sanierungsbetroffene, hauptsächlich Mieter und kleine Hauseigentümer, Angestellte, Selbstständige und Rentner zwischen 30 und 70 Jahren, nur Deutsche*
- *Studenten, hauptsächlich der Fachrichtung Architektur und andere Interessierte, die sich zum einen in z.B. Studienarbeiten mit der Sanierung auseinandersetzten und zum anderen die Betroffenen direkt unterstützen wollten*
- *Parteilich organisierte Mitarbeiter, zum Teil aus den beiden erstgenannten Gruppen, aber auch vertreten durch Funktionäre der SPD und ab 1973 auch der CDU*

Auf jedem Treffen der BI ist die Verwaltung zumindest durch einen Vertreter der Sanierungsstelle vertreten.

September 1972
"Partizipationshilfen"

Die BI bekommt von der Stadt den Stadtplaner K.-J. Holland zur Verfügung gestellt. Sein Beratungsvertrag sieht eine Beratungsverpflichtung von Verwaltung und BI vor - also eine vermittelnde Funktion. Weiter wird die BI durch Gewährung technischer Hilfestellungen (Vervielfältigen usw.) und durch die Einstellung eines Protokollführers (ab Februar 73 Gert Meinhof, ab Oktober 77 Wolfgang Becker) unterstützt.

EINSCHÄTZUNG DER PARTIZIPATIONSHILFEN:

"Für die Verwaltung mußte es darum gehen, die zugestandene Planungsbeteiligung zu realisieren und zugleich zu kanalisieren. Die Mitarbeit eines von ihr unabhängigen Fachmanns (...) schien ihr dafür ein geeignetes Mittel. Die Verwaltung hatte offensichtlich die Vorstellung, dieser Vermittler (und Fachmann) solle einerseits die Wünsche und Vorstellungen der Betroffenen (...) planungsgerecht an die Verwaltung und andererseits die Planungsvorstellungen der Verwaltung als sachgerecht an die Betroffenen vermitteln - beides mit dem Ziel weitgehender Konfliktminimierung. So war es denn auch ganz eindeutig die Verwaltung, die zunächst das größere Interesse an einem Berater hatte." K.J.Holland in: Brech/Greif 1978

Seite 179

11.10.1972
"Förmliche Festlegung"

Der Rat beschließt die "förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes, daß zunächst nur den Kernbereich des Unsuchungsgebietes umfaßt ...

Herbst 1972
Unterschriftensammlung

Die BI sammelt in kurzer Zeit 2500 Unterschriften gegen den geplanten Ausbau des Allerwegs und die damit verbundene Zerschneidung des Stadtteils. Sie sichert sich dadurch einen ersten Rückhalt im Stadtteil und legitimiert sich als Interessenvertretung gegenüber Parteien und Verwaltung.

Entwicklung von Zielvorstellungen in der BI

Mit organisatorischer Hilfestellung des Beraters beginnt die BI, in Arbeitsgruppen ("Verkehr und Umweltschutz", "Wohnen", "Handel, Dienstleistung u. Gewerbe", "Soziales", "Gastarbeiter") einen Zielkatalog der ihrer Meinung nach wichtigsten Sanierungsziele zusammenzustellen.

Januar 1973
Erste Hausbesetzung:
Charlottenstr. 30

In Reaktion auf die anlaufenden Sanierungsmaßnahmen der Stadt, die parallel zur Arbeit an der Gesamtplanung erste vorgezogene Ordnungsmaßnahmen, wie Umlegungen, Freiräumung von Wohnungen, Abrisse usw., durchführt, besetzt eine sich "Aktion Wohnungsnot" (kurz: AkWo) nennende Gruppe das Haus Charlottenstr. 30, um den Abriß und die Schließung des angebauten Milchladens zu verhindern.
Die BI erklärt ihre Solidarität mit der Aktion.
Die Pächterin des Ladens wird entschädigt, daß Haus später ohne Zwangsräumung abgerissen.

SELBSTVERSTÄNDNIS UND
ZUSAMMENSETZUNG DER AKWO

Die AkWo bildete sich Anfang 1973 in Opposition zur BI. Im Gegensatz zur BI lehnte sie eine Zusammenarbeit mit der Stadt grundsätzlich ab.
"Was die Stadt sich leistet, fällt immer gegen die Lindener Bürger und zum Nutzen der Stadt aus, obwohl die Stadt immer von "bürger-naher" Sanierung redet. Aber wir habens gemerkt. (...) Allein können sie uns rumschieben, wie es ihnen paßt, oder so unter Druck setzen, daß wir lieber von selbst den kürzeren ziehen. Deshalb können wir es nur gemeinsam schaffen, gemeinsam können wir uns gegen die Stadt wehren." aus: Lindener Spezialnachrichten Nr.1
Die AkWo bestand aus ca. 15 Aktiven, die zwischen 16 und 25 Jahren alt waren. "Die Aktion Wohnungsnot (...) ist eine Gruppe von Lindener Arbeitern, Angestellten und Studenten, die seit Januar in inden-Süd arbeitet, um die skandalöse Sanierungspolitik der Stadt anzugreifen. Sie versteht sich als Instrument der Interessen der Lindener."

2. Mai 1973
Bürgerversammlung

*FORDERUNGEN DER BI
IN KURZFASSUNG:*

Die BI stellt auf einer sehr gut besuchten Bürgerversammlung die von ihr erarbeiteten Zielvorstellungen der Stadtteilöffentlichkeit zur Diskussion und Abstimmung. Sie erhält eine breite Zustimmung. Der Katalog von Forderungen an eine Sanierung wird umgehend den Fraktionen übermittelt und bildet im weiteren Verlauf des Beteiligungsprozesses die Grundlage für die Auseinandersetzungen mit der Stadt. *"Alle Vorstellungen und Forderungen, die die BI im Interesse der Bürger von Linden-Süd formuliert hat, gehen von dem allgemeinen Ziel aus, daß Linden-Süd als Wohngebiet für die jetzt hier ansässige Bevölkerung erhalten bleiben muß.*

Das heißt:

- daß das Gebiet keiner anderen Nutzung zugeführt werden darf,*
- daß Wohnungsabriß, -erhalt, -erneuerung und -neubau in Linden-Süd den Bedürfnissen der vorhandenen Bevölkerung angepaßt werden müssen,*
- daß die Wohnumwelt von Linden-Süd im Interesse der Bevölkerung verbessert und vor den Auswirkungen anderer Interessen (Verkehr, Industrie etc) geschützt werden muß." aus einem Schreiben der BI an Rat und Verwaltung vom 5.6.73.*

Mai 1973
AkWo malt Zebrastreifen

An einer Stelle der Deisterstraße, wo mehrere Unfälle passiert sind, zuletzt am 3.5. ein tödlicher, als ein 5jähriges Mädchen beim Überqueren der Fahrbahn von einem Auto erfaßt wird, malt die AkWo öffentlich mehrmals einen Zebrastreifen auf die Fahrbahn. Nachdem er zunächst unter Polizeischutz wieder entfernt wurde, richtete die Stadt eine Woche nach der letzten "Malaktion" einen "legalen" Zebrastreifen ein.

Weitere Besetzungen
städt. Wohnungen

Unter Führung der AkWo werden auch noch einige Häuser bzw. Wohnungen besetzt und teilweise Instandsetzungen und Modernisierungen durchgeführt: In der Franzstr. 2 und 5, Ricklinger Str. 88, Haspelmathstr.36. -

Elterninitiative gegen
Schließung von KiGa

Im Mai 73 bildet sich eine Elterninitiative, die in den folgenden Monaten versucht, die Schließung des Kindergartens am Spielfelde aus "Rentabilitätsgründen" zu verhindern. Ohne auf die Forderungen der Eltern, die von BI und AkWo unterstützt werden, einzugehen, beschloß der Rat am 27.6.72, den Kindergarten ersatzlos aufzulösen, da dem Träger (AWO) die Kosten für eine Weiterführung nicht zumutbar seien.

Juli 1973

Friedliche Hausbesetzung

Mitglieder der Aktion Wohnungs-
not und der Unabhängigen Bürgerini-
tiative Linden Süd besetzten im
späten Nachmittag am Montag das
Haus Kaplanstraße 21 in Linden Süd

August 1973
Zugeständnisse der
Verwaltung

VORAUSSETZUNGEN DER
ZUSAMMENARBEIT

September 1973
"Parteienkrach"

Nachdem die Verwaltung auf einer BI-Sitzung mitteilt,
daß ein weiteres, erst in den 50er Jahren gebautes
Haus abgerissen werden soll, beschließt die BI, in
einer gemeinsamen Aktion mit der AkWo dieses Haus
zu besetzen.

Dies führt zu einer sehr großen Öffentlichkeit über
die Sanierungspraxis in Linden-Süd.

Die BI verlegt ihr Dienstagsforum kurzfristig in
das besetzte Haus.

AkWo und BI veranstalten eine Aktionswoche, in der
täglich öffentliche Veranstaltungen stattfinden.

BI und AkWo erreichen durch die Hausbesetzung, öffent-
liche Diskussionen auch mit Ratsherren und die Ver-
abschiedung einer Resolution eine breite Front der
Lindener gegen die Sanierungspolitik der Stadt.
Die Stadtverwaltung kommt den Lindenern einen Schritt
entgegen: Sie verspricht, Abrisse nur noch mit Zustimmung
der BI und bei sofortiger Neubebauung des Grundstücks
vorzunehmen und keine Kündigungen mehr auszusprechen.
Gleichzeitig versucht die Verwaltung, die BI wieder
auf den "rechten Weg" zu bringen. Anlässlich eines
Flugblatts, daß von der BI im Informationsladen zur
Hausbesetzung Kaplanstr. aufgehängt worden ist,
schreibt der Oberstadtdirektor an die BI:

*"Voraussetzung jeder Zusammenarbeit ist es, daß die Strafgesetze
nicht verletzt werden.*

*Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn die Zusammenarbeit
bei der Vorbereitung und Durchführung der Sanierung zwischen der
Stadt und einem so wichtigen Partner wie der Unabh. Bürgerini-
tiative L.-Süd unnötig erschwert würde.*

*Dies müßte aber die Folge von Hausbesetzungen oder
die Unterstützung solcher Maßnahmen sein." aus Brief von Koldewey
2.8.73*

Spätestens mit der Hausbesetzung in der Schierholzstr.2
in Groß-Buchholz, die von hannoverschen Jusos unter
ausdrücklicher Solidarisierung mit der Besetzung in
der Kaplanstr. durchgeführt wird, beginnt der offene
Streit zwischen und auch innerhalb der Parteien über
die Legitimität solcher Aktionen.

Die CDU-Ratsfraktion, deren lokale Vertreter sich durch-
aus wohlwollend zur Besetzung Kaplanstr. geäußert hatten,

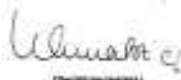
Neue Hann. Presse
am 5. August 73:
CDU-Sprecher verurteilt:
"offensichtliches Zusammen-
spiel der Stadtverwaltung mit
einer Volksfront von Soz.-de-
mokraten und Linksextremisten."

"HARTER SCHLAGABTAUSCH"
aus einem Artikel der
Hannoverschen Allgemeinen
vom 17.9.73

Oktober 1973
Überlegungen zur
"Bürgerbeteiligung"

Zusammenfassung
des 1. Sitzungsprotokolls der
Kommission für die
Stadtentwicklung
in der Sitzung vom 1. Oktober 1973

- Zustimmung:
1. Wahl zum Vorsitzenden der 1. Sitzung
 2. Beschlussfassung über die
Arbeitsaufträge (S. 10)
 3. 2000 DM, Wiederherstellung von Grünflächen


Christoph Grottel

Dezember 1973

bezichtigte die SPD in Rat und Verwaltung, die Haus-
besetzungen unterstützt und "Volksfrontbündnisse"
eingegangen zu sein

In der hannoverschen SPD verschärfte sich der Kon-
flikt zwischen den linken und rechten Genossen,
so z.B. auf dem Unterbezirksparteitag am 15.9.73:

„Wir sind uns in den Grundsätzen nicht einig,
und daher rührt auch die unterschiedliche Beur-
teilung der aktuellen Konflikte“, analysierte
Fraktionsführer Heilmann die Lage des Unter-
bezirks. Er, Heilmann, sehe in Hausbesetzungen
ein Mittel der Gewalt, die er entschieden ablehne.
Heilmann: „Ich bin ein erbitterter Gegen-
ner der Konfliktstrategie derjenigen Genossen,
die Konflikte um der Konflikte willen suchen.“

In scharfer Form ging der Vorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion, Helmut Kasimier, mit den
Befürwortern von Hausbesetzungen ins Gericht.
„Seien es nun Jusos oder Genossen aus Linden-
Limmer“: „Diese Aktion kommt einem Kampf ge-
gen die eigene Partei gleich“, rief er aus, und
Besonders im "linken" SPD-Ortsverein machten sich der
Druck der "rechteren" Ratsfraktion sowie die internen
Rängeleien stark bemerkbar. Es wurde eine Statuten-
änderung gefordert, später der Vorstand umgebildet.
Die FDP verhielt sich relativ neutral und vermittelnd.

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion über
die Hausbesetzungen wird die Uninformiertheit und rela-
tiven Machtlosigkeit der Ratsmitglieder gegenüber dem
bürokratischen Apparat Stadtverwaltung eklatant sichtbar.
Außerdem gerät die von der Verwaltung bereits als Modell
gelobte Betroffenenbeteiligung an der Sanierung ins
Wanken, eine loyale Mitarbeit der BI am weiteren Prozeß
scheint fragwürdig.

Die Diskussion über die Einbeziehung von Bürgerver-
tretern in die Ratsausschüsse, insbesondere aber die
Einrichtung einer Sanierungskommission (SK) beginnt.
Die SK soll paritätisch mit Ratsherren und Bürgerver-
tretern besetzt sein, sich mit allen Fragen des Stadt-
teils, insbesondere der Sanierung befassen, ihre Ent-
scheidungen sollen für weitere Entscheidungen empfeh-
lenden Charakter haben.

Die SK Linden-Süd tritt zum ersten Mal zusammen.
Alle Vertreter sind nach Parteiauswahlverfahren
bestimmt (3SPD, 2CDU, 1 FDP). Die BI hatte nach mehr-
facher Diskussion diesem Verfahren zugestimmt und sich

mehrheitlich für eine Mitarbeit in der SK entschieden. FDP und SPD stellen ihre Bürgersitze der BI zur Verfügung. (siehe hierzu Kapitel 2.4)

Phase III (Jahreswende 73/74 bis Ende 1975)

Zusammenfassung: Diese Phase ist gekennzeichnet durch eine zunehmende "Monopolisierung" der Interessenartikulation im Stadtteil durch die BI, was gleichzeitig eine Verringerung der Öffentlichkeit im Stadtteil und damit eine Schwächung des Rückhalts der BI mit sich bringt. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch die Auflösung der AkWo und nur noch spontane Initiativen, die auf einzelne Projekte bezogen nur geringe Kontinuität und Mobilisierungsfähigkeit von Betroffenen haben. Die BI droht zunächst an den inneren Widersprüchen zu zerbrechen, richtet sich aber insbesondere durch die kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Verwaltung, die nicht mehr auf der Straße, sondern im Saal der SK stattfindet, wieder auf.

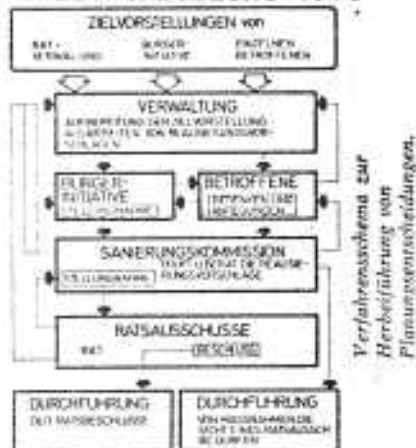
In diesem Winter ist ein wirtschaftlicher Tiefpunkt erreicht, der eine Rezessionsphase einleitet, in der kaum noch ökonomischer Wachstumsdruck auf dem Stadtteil liegt. Dadurch wird ein Einlenken der Verwaltung auf die Vorstellungen der BI ermöglicht und das "Konzept der erhaltenden Erneuerung" entwickelt...

Die Stadtverwaltung, die inzwischen wegen der Auseinandersetzungen mit der BI die Arbeit an Bebauungsplänen eingestellt hat und als Antwort auf die Forderungen der BI mit der Erarbeitung eines Rahmenplans begonnen hat, legt einen Zwischenbericht über die Sanierung vor.

Schwerpunkt dieses Berichts bildet die Darstellung der bisherigen Beteiligungspraxis (BI) sowie die anstehenden Perspektiven (SK). Die Verwaltung greift massiv in die politische Auseinandersetzung im Stadtteil ein, indem sie ausschließlich den gemäßigten Kräften in der BI offensive Partizipationsangebote macht, die Sanierungsplanung als "weitgehend offen" darstellt

JAHRESWENDE 73/74
"SOGENANNT E ENERGIEKRISE"

Januar 1974
"Zwischenbericht 1973"



Februar 1974
Auflösung der AkWo

"RECHENSCHAFTSBERICHT"
(Zusammenfassung)

AkWo über BI, in:
Hannoversche Presse
Nr. 5, Dez. 1973

Dann wird von unseren Leitern ein ver-
steckter Angriff gegen die AkWo ge-
fahren: Man stiftet der "SPD-bezogenen"
Bürgerinitiative Linden-Süd vor, mit
der AkWo zusammenzuarbeiten.
Ob sich das die Bürgerinitiative
zu Herzen nimmt?

?

Doch die Autoren irren sich: Wir haben
dieses Bündnis abgelehnt, weil wir
mit jeder Gruppierung zusammenarbeiten,
die unsere Politik einmacht. Wir können
das, weil wir wissen, wie wir uns politi-
sch von der Jugend-Sozialdemokratie unter-
scheiden. Für uns ist eine konkrete,
regelmäßige Bündnis mit einer "SPD-bezogenen"
Bürgerinitiative auf der Grund-
lage unserer Politik ein politischer
Erfolg und kein politischer Angriff
der Sozialdemokratie auf uns. Im Gegen-
teil, daß die BI auch nur für kurze
Zeit auf unsere Seite schwenkt, eine
politische Niederlage der SPD. Die un-
verantwortlichen Praktiken der ver-
schleierten Flügel der hannoverschen
SPD haben das will bekräftigt. Die SPD
fühlt sich von der AkWo abgerufen,
weil die im wesentlichen die jugendliche
SPD-Politik legitimiert. 

Nach Meinungsverschiedenheiten über die Weiterarbeit
löst sich die AkWo auf.

Ihr anlässlich der Auflösung in den "Lindener Sozial-
nachrichten Nr. 3" verbreiteter Rechenschaftsbericht
macht noch einmal Ziele, Vorgehensweise und Ergeb-
nisse der Gruppe deutlich:

"Vorgehensweise der Gruppe:

- Aufgreifen von aktuellen Problemen der Bevölkerung
- Herstellen der Öffentlichkeit durch Flugblätter, Wandzeitungen,
Zeitung und Kundgebungen
- Durchführen von Aktionen, wie Hausbesetzungen, Zebrastreifen malen
- In öffentlichen Aktionen wurden Rats- und Verwaltungsver-
treter zur Rede gestellt
- Öffentliche Zugeständnisse wurden erzwungen, indem Versprechungen
und Maßnahmen von Rat bzw. Verwaltung einander gegenübergestellt
wurden, die so in Legitimationsschwierigkeiten gebracht
wurden.

-Bestehende Widersprüche zwischen Parteien und Organisationen
wurden ausgenutzt

-Bestehende politische Gruppierungen wurden zu Stellungnahmen
herausgefordert

Ergebnisse der Gruppe:

- Verhinderung von Abrissen durch Hausbesetzungen
- Durchsetzung von Reparaturarbeiten in einigen Fällen
größter Wohnraumzerstörung
- Umsetzung von Familien aus katastrophalen Wohnverhältnissen
in leerstehende, besetzte Wohnungen. Durchsetzung von Mietverträgen.
- Durchsetzung eines Zebrastreifens
- maßgebliche Beteiligung bei der Durchsetzung eines Abriß- und
Kündigungsstopps"

Einige ehemalige AkWo-Aktivistinnen arbeiten auch weiterhin
bis Ende 75 an spontanen Initiativen im Stadtteil mit,
andere versuchen verstärkt im Produktionsbereich
verändernd wirksam zu werden.

Frühjahr 1974
Konflikte um erste
Neubauten

Die Arbeit der "Gemeinnützigen Baugesellschaft Hanno-
ver" (GBH), die als Bauträger der städtischen Bauvorhaben,
auftritt, die im Rahmen eines 1973 versprochenen Bau-
lückenprogramms im Sozialen Wohnungsbau anlaufen, wird
zum Gegenstand heftiger Kritik in der BI.

Februar 1974
Beginn der Rahmenplan-
diskussion

Die Rahmenplanentwürfe des BI-Beraters, die in Zusammen-
arbeit mit einer Studentengruppe entstanden sind, und
der Stadtverwaltung werden in der BI diskutiert.
Die BI beschließt, den Entwurf des Beraters innerhalb
der BI auszuarbeiten und schließlich auf einer oder
mehreren Bürgerversammlungen mit den Lindenern aus-
führlich zu diskutieren.
Danach soll die Auseinandersetzung mit dem Rahmenplan
der Stadt erfolgen.
Die Diskussion in der BI wird jedoch oft vertagt, Gründe
sind die notwendige Erörterung aktueller Tagesereignisse
sowie vom Verständnis der Teilnehmenden oft abgehobene
Fachkomplexität.

Mai 1974

Die Verwaltung legt auf einer SK-Sitzung unangekündigt
Abrißdrucksachen für drei Häuser nebst Unterschriften-
sammlung von Anwohnern für diese Abrisse vor.
Durch dieses Ausspielen der Anwohner gegen die BI
wird gegen den Willen der BI der Abriß beschlossen.

Neuorganisation der BI

Wegen der Verschleppung der Arbeit in der BI wird
eine formale Neuorganisation beschlossen. Es werden
Arbeitsgruppen "Aktuelles", "Rahmenplanung", "Sanierung
der Blöcke 31/34" und "Öffentlichkeitsarbeit" einge-
richtet. Mindest einmal im Monat soll eine BI-Vollver-
sammlung (Dienstagsforum) stattfinden und alle 3 Monate
eine Bürgerversammlung einberufen werden.

Juni 1974
Grundsteinlegung

Anlässlich der Grundsteinlegung der ersten Neu-
bauten kommt es zum Krach innerhalb der BI - es
werden 2 verschiedene Flugblätter mit unter-
schiedlichen Einschätzungen zu den Neubauten
herausgegeben.

2. Juli 1974
erste Konflikte

Mehrheitlich beschließt die BI, die Arbeits-
gruppe "Aktuelles" aufzulösen, weil deren Mit-
glieder über die Köpfe der restlichen BI hin-
weg agierten.
Außerdem wird über die Abstimmungs berechtigung
diskutiert und abgestimmt.

10. Juli
Wohnungsbesetzung in
der Seifeldstraße

Drei junge Männer besetzen eine leerstehende Wohnung in der Seifeldstr. und machen durch Flugblätter usw. öffentlich darauf aufmerksam, daß die GBH ihnen bisher trotz mehrmaliger Zusicherung und auch Aufforderung durch die BI keine Wohnung vermittelt habe.

16. Juli
Spaltung der BI

Auf dem Diensttagsforum der BI stehen 2 Anträge zur Abstimmung: "Die BI verurteilt die Hausbesetzung" und "Die BI unterstützt diese Hausbesetzung". Die mehrheitliche Annahme des zweiten Antrags durch die anwesenden Abstimmungsberechtigten führt dazu, daß der konservative Teil der BI die weitere Mitarbeit in der BI aufkündigt.

August 1974
Gründung der "Bie.V."

Sechs Wochen lang gibt es kein Diensttagsforum. Gründe sind die Sommerferien aber vor allem die Unsicherheit über die weitere Arbeit der BI. Während die übriggebliebene "Rest-BI" Kontakt mit Verwaltung und SPD-Ortsverein aufnimmt, und versucht, wieder ein Diensttagsforum vorzubereiten (das scheitert u.a. daran, daß keiner der noch Mitarbeitenden einen Schlüssel für den Informationsladen hat), bereitet der konservative Teil der BI mit organisatorischer Hilfestellung eines seit Herbst 73 in der BI mitarbeitenden CDU-Funktionärs die Gründung eines "eingetragenen Vereins" vor.

23. August

In einer Presseerklärung teilt der "harte Kern der BI um die Gründungsmitglieder" die Bildung eines Vereins "BI e.V." mit.

Flugblatt der BI v. 26.8.:

Die Rest-BI verteilt ein Flugblatt im Stadtteil. Auszug aus einem Artikel der Neuen Hann. Presse vom 24.8:

Flug-Vertriebsblatt
der Unabhängigen
Bürgerinitiative
Lindener Süd
26.8.1974



Verantwortl. BI
Ulrich-J. J.
3 Hannover
Steinwegstr. 48

WER VERTRITT DIE INTERESSEN DER LINDENER BEI DER SANIERUNG ?

- EIN EINGETRAGENER VEREIN ?
- oder -
- DIE UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE, DIE FÜR ALLE OFFEN IST

Presseerklärung:
„Dieses weitgehendst demokratische Modell wurde aber in den letzten Wochen von Gegnern unserer demokratischen Grundordnung dazu genutzt, rein politische Ziele einer bestimmten Richtung unter dem Deckmantel des in zwei Jahren aufgebauten Namens der Unabhängigen BI Lindener Süd und auf dem Rücken der Lindener Bürger zu verbreiten.“ Außerdem ist in der zweiseitigen Resolution von „irgendwelchen politischen Interessenvertretern, die nicht in diesem Stadtteil leben“, und von „Feinden dieser Demokratie“ die Rede.

Auf die Frage der Neuen HP, wen denn der nun „in Eintragung begriffene“ (offizieller Terminus) Bürgerzusammenschluß mit diesen Formulierungen meint, erklärte Pressesprecher Jörg König namens der BI: „Es handelt sich bei diesen Feinden der Demokratie, die unsere Arbeit mißbrauchen wollen, teilweise um Sympathisanten der sogenannten Cheoten, also um Grüppchen mit anarchistischer oder maoistischer Tendenz, die zum größten Teil gar nicht in Lindener Süd wohnen.“

ASPEKTE DER VEREINSGRÜNDUNG

Motive, einen Verein zu gründen, waren für den konservativen Teil der BI hauptsächlich die Möglichkeit der Kontrolle über die Mitarbeiter und die Ausschüßmöglichkeit politisch unbequemer Personen. Der harte Kern der BI, der ausschließlich legalistisch orientiert ist, will sich gegen die Einflußnahme auf Entscheidungen durch Andersdenkende und die Majorisierung bei Abstimmungen absichern. Statt sich durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit Rückhalt für die eigenen politischen Ziele zu verschaffen, wird ein abgeschlossener Verein gegründet. Im Vorstand sitzen: O.g. CDU-Mann, der "Pressesprecher" der BI (ein SPD-Mitglied), und ein weiterer "Mann der ersten Stunde" (ein Unabhängiger).

Doch der Verein, der für sich die Interessenvertretung des Stadtteils in Anspruch nimmt, findet wenig Gegenliebe bei allen Parteien und der Verwaltung. Die Mitglieder des BI e.V., die nach ihrer Presseerklärung nur noch einmal auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der BI Ricklingen öffentlich in Erscheinung treten, erscheinen bald wieder im Dienstagsforum der BI. Es gelingt bald, wieder eine stetige konservative Mehrheit in der BI zu erhalten. Dies führt in der weiteren Entwicklung zu einer nahezu "Kongruenz" von BI e.V. und Dienstagsforum der BI, ohne daß dies öffentlich diskutiert wird. Mitglieder des BI e.V. treffen sich zusätzlich zum Dienstagsforum regelmäßig und nehmen entscheidenden Einfluß auf dessen Arbeit (Organisation, Inhalte).

Der Rest-BI, deren Zusammenhalt hauptsächlich über die Funktionäre des SPD-Ortsvereins hergestellt ist, schafft es nicht, dem BI e.V. etwas adäquates entgegenzusetzen.

27. August 74

Das erste Dienstagsforum nach der Spaltung findet ohne Beteiligung der BI e.V.-Mitglieder statt.

10. September 74
"Wiedervereinigung"

Auf dem übernächsten Dienstagsforum sind plötzlich die BI e.V.-Leute wieder sehr zahlreich vertreten. Es wird über eine Einladung der SPD-Ratsfraktion diskutiert, die die rivalisierenden Gruppen "zur Darstellung der verschiedenen Standpunkte" zu einer Fraktionssitzung einlädt.

Sommer/Herbst 1974 Abriß oder Modernisierung	Um die Auseinandersetzungen um Hausabrisse auf einer objektiven Ebene führen zu können legt die Verwaltung ein "Entscheidungsverfahren" zur Beurteilung der Modernisierungsfähigkeit von Altbauten vor (Gutachten).
Allerweggutachten	In dieser Zeit entwickelt sich auch zunehmend die Diskussion über die Verkehrsplanung. Ein Verkehrsgutachten für den Allerweg wird vergeben (siehe Kapitel 2.2).
Block 31/34	Als vorgezogene Sanierungsmaßnahme schlägt die Verwaltung die Blöcke 31/34 vor. Die BI verpaßt alle Möglichkeiten, z.B. auf den von der Stadt durchgeführten Blockversammlungen, eine Zusammenarbeit mit den Betroffenen zu organisieren.
10. Oktober 1974 Vergabe des Verkehrsgutachtens	Die SK beschließt, das Verkehrsgutachten zu vergeben. Die Auseinandersetzungen zwischen BI und Verwaltung über den Gutachter beginnen.
5. Dezember 1974 Die SK "platzt"	Die CDU-Ratsherren lassen die SK "platzen", weil die BI einen Antrag zur Beibehaltung des Einheitstarifs im ÖPNV eingebracht hat. Zur gleichen Zeit findet eine Welle von Demonstrationen in der Innenstadt der "Roten Punkt Aktion" statt. (siehe Kapitel 2.2 und 2.4)
Januar 1975	Die BI führt eine Grundsatzdiskussion über die SK (siehe 2.4).
März 1975	Eine Initiative, die eine Stadtteilzeitung für Linden-Süd herausgeben will, bittet die BI um Unterstützung der Forderung nach einer Tagungsmöglichkeit im Informationsladen der Stadt. Die BI schließt sich mehrheitlich der Verwaltung an und lehnt jegliche Unterstützung ab. In der Initiative, die in der Folge mehrere Nummern der "Lindener Extrablatts" herausgibt, arbeiten auch BI-Mitarbeiter mit, die die Notwendigkeit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit erkannt haben.



Juni 1975
Abrißbeschuß
Charlottenstr. 29/31



ALLE
AGITATION
BLIEB VERGEBLICH.



September 1975
Abrißbeschuß
Ricklinger Str. 44/44A

JETZT HANDELN WIR
Informationen I.



Die Ricklinger Str. 44/44A

16. Oktober 1975
Bebauungsplanbeschuß
gegen den Willen der
BI

"Vertrauenskrise"

Auf der ersten Sitzung der SK nach dem "Platzen" wird u.a. mehrheitlich dem von der Verwaltung vorgeschlagenem Abriß der Häuser Charlottenstr. 29/31 zugestimmt, für deren Erhalt sich die Bewohner und Teile der BI stark gemacht hatten.

Die BI unternimmt nichts, um in Zusammenarbeit mit den Hausbewohnern etwas gegen den Abriß zu tun. Erstmals existiert ein von einer Studentengruppe angefertigtes "Gegengutachten" zum "Abrißgutachten" der Stadt, das auch in der SK offiziell vorgelegt wird. Dieses Gutachten weist eine kostengünstige Modernisierungsfähigkeit nach.

Die Hausbewohner, die sich in einem der KPD/ML nahe-stehenden "Linden-Aktiv" organisieren, erhalten von der Verwaltung Ersatzwohnungen, das Haus wird bald darauf abgerissen.

Wieder stimmt die SK einem in der BI umstrittenen Abriß zu. Die Bewohnerinitiative "Jetzt handeln wir", die von Teilen der BI unterstützt wurde, hatte sich öffentlich für den Erhalt des Hauses eingesetzt. Einige Mieter führten in städtischen Wohnungen Mietstreiks mit der Forderung nach Instandsetzung und Modernisierung im Interesse der Bewohner durch.

Diesmal stimmten auch Vertreter der BI in der SK für den Abriß. Innerhalb der BI entwickelt sich eine Selbstverständnisdiskussion über BI und SK. Eine offene Spaltung wird vermieden, bei der Entscheidung über Abrisse wird jedoch weiterhin konträr diskutiert, die Fraktion der Abrißbefürworter setzt sich zunehmend stärker durch.

Der Rat beschließt den ersten Bebauungsplan für Linden-Süd (Block 31) gegen die Stimmen der Lindener SPD Ratsherren und die Empfehlung der SK. Die BI hatte neben geringfügigen inhaltlichen Bedenken Fehler im Beteiligungsverfahren kritisiert und den Plan abgelehnt.

In der Folge kommt es zu einer vorübergehenden "Vertrauenskrise" zwischen BI und Verwaltung. Die Stelle für Sanierungen teilt mit, daß sie in Zukunft nicht mehr regelmäßig am Dienstagsforum teilnehmen wird, da die Nervenbelastung der Mitarbeiter zu hoch sei. Die BI protestiert und die Verwaltung schickt einen nervenstärkeren Vertreter...

Phase IV (Ende 1975 bis Herbst 1978)

Zusammenfassung: Diese Phase ist gekennzeichnet durch die zunehmende Konsolidierung der Beteiligung im Interesse der Verwaltung. Die BI ist nun unangefochten die einzige Gruppe im Stadtteil, in der noch Sanierungsinteressen von Betroffenen artikuliert werden, vertreten werden zunehmend nur noch die Interessen der in dieser Gruppe Mitarbeitenden. Dies bewirkt eine tendenzielle "Verbrüderung" von BI und Sanierungsabteilung, deren Vertreter es gelernt haben, "auf dem Instrument Bürgerinitiative zu spielen".

November 1975
Beratervertrag

Die CDU-Ratsfraktion, der das Engagement des BI-Beraters (Holland) "zu radikal" erscheint, beauftragt das städt. Rechnungsprüfungsamt, die Rechtmäßigkeit der Bezahlung Hollands durch die Stadt zu prüfen. Eine Verlängerung des zum Jahresende auslaufenden Vertrags wird von San.-Abteilung und BI über die Unterstützung von FDP- und SPD-Fraktion durchgesetzt. Der ab 76 geltende Vertrag ist nunmehr unbefristet und enthält keine "Beratungsverpflichtung" mehr gegenüber der Verwaltung.

Jahreswende 75/76
Finanzierung der
Sanierung gefährdet

Die Bewilligung von Landesmitteln für die Sanierung scheint gefährdet. BI, Verwaltung und alle Ratsfraktionen setzen sich gemeinsam erfolgreich für eine Bereitstellung von Mitteln im 76er Landeshaushalt ein.

1. Dezember 1975
Verkehrsgutachten
beginnt

In dem schon seit einem Jahr schwelenden Streit um das Verkehrsgutachten ist es zu einer Einigung gekommen. Am 1.12. findet die erste Sitzung des Gutachters mit BI- und Verwaltungsvertretern statt. Die Arbeitsgruppe "Verkehr" der BI übernimmt die Betreuung des Gutachtens ... (siehe Kapitel 2.2)



ZUR DISKUSSION 18.2.1976
Bürgerversammlung zur
Rahmenplanung

Die Rahmenpläne von Verwaltung und BI werden veröffentlicht. Entgegen der ursprünglichen Absicht der BI wurden sie weder in allen Einzelheiten ausführlich in der BI noch wurde der BI-Entwurf in der Stadtteilöffentlichkeit diskutiert.

Auf einer von BI und Sanierungsabteilung gemeinsam einberufenen Bürgerversammlung werden beide Rahmenplanentwürfe gemeinsam öffentlich vorgestellt.

- Als auf der Versammlung grundsätzliche Kritik an der Rahmenplanung laut wird, wird diese mit der Bemerkung zurückgewiesen, der Kritikübende hätte sich ja noch nie "in der BI sehen lassen"...
BI-intern wird später bemängelt, daß oft zwischen BI und Verwaltung keine Unterschiede mehr feststellbar waren..
- Frühjahr 1976
Bebauungsplan Block 14
Wesentlicher Konflikt zwischen BI und Verwaltung ist der B.plan Entwurf für den Block 14, in dem entlang entlang der Deisterstr. Mischgebiet ausgewiesen ist. Die BI und ihr befürchten die Verdrängung von Wohnnutzungen und Erreichen einen Abbruch des angelaufenen Verfahrens. Nach Inkrafttreten der Novelle zur Baunutzungsverordnung, in der geschoßweise Ausweisungen möglich werden, soll der Plan erneut ins Verfahren.
- Sommer 1976
Gegengutachten bei Abrißhäusern
Über den BI-Berater werden einige Gegengutachten für von der Verwaltung zum Abriß vorgesehene Altbauten angefertigt. Vorausgegangen ist BI-interne Diskussion über Modernisierung.
Obwohl die Gutachten im Gegensatz zu den von der Verwaltung in Auftrag-gegebenen teilweise Modernisierungskosten weit unter der festgesetzten "Rentabilitätsgrenze von 70% vergleichbarer Neubaukosten ermitteln, gelingt es nicht, über BI und SK Abrisse zu verhindern (z.B Ricklinger Str.100 bis 110).
- 30.August 1976
Einweihung des "Bürgerhauses"
Das "Bürgerhaus" in der Charlottenstr.29a, ein im Rahmen der Sanierung umgebautes Fachwerkhaus, wird in einer Feierstunde vom Oberbürgermeister den Bürgern übergeben. Träger ist die ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik, die es zukünftig für soziale Projekte nutzt (Alten-, Kinder-, Ausländerarbeit, Mieterberatung zusammen mit Juristen). Nutzer sind außerdem die Sanierungsabteilung (Information und Beratung) und die BI (Dienstagsforum, Arbeitsgruppen)
- September 1976
Verkehrsgutachten liegt vor
Das Ergebnis des Verkehrsgutachten liegt vor. (siehe Kapitel 2.2)

November 1976 Beginn der Diskussion zur "Ausländerproblematik" in der BI	Der Mord an einem Türken ist Auslöser der Diskussion über die sogenannte "Ausländerproblematik" in der BI. Die erste Arbeitsgruppe "Ausländerfragen" nimmt die Arbeit auf. (siehe Kapitel 2.3)
Dezember 1976 Einrichtung der AG "Altes Godehardstift"	Die bereits seit Sommer 1976 diskutierte Vorstellung, das durch den Umzug des Altenheims in einen Neubau leerstehende ehemalige Godehardstift als Stadtteilzentrum zu nutzen, führt zur Bildung einer Arbeitsgruppe "Godehardstift" der BI, in der zunächst ein Nutzungskonzept mit Hilfe des BI-Beraters erarbeitet wird.
2. Dezember 1976 SPD-Bürgerversammlung Sanierungsmittel...	Erneut droht die Gefahr, daß das Land Niedersachsen keine Mittel für die Sanierung bereitstellt. Der SPD-Ortsverein veranstaltet dazu eine Bürgerversammlung mit Podiumsdiskussion von Verantwortlichen.
Januar 1977 Diskussion über Atom- mülltransporte	Im Zuge der sich entwickelnden allgemeinen Diskussion über die Atomenergie wird diese auch in die BI getragen. Die BI verfaßt eine Resolution an das Sozialministerium wegen der Gefährdung der Lindener durch die Atom- mülltransporte vom Lindener Güterbahnhof zur Lagerung im Bergwerk "Asse II".
Frühjahr 1977 Verkehrsberuhigung	Erste verkehrsberuhigende Maßnahmen nach Delfter Vorbild werden diskutiert. Die San.-Abteilung informiert die BI durch einen Film. Der Umbau der Wesselstraße zur Fußgängerzone beginnt. Im Herbst findet eine Informationsreise von Verwaltung, BI- und SK-Mitgliedern nach Delft statt (siehe 2.2)
Modernisierungsdiskussion	Insbesondere über die Frage der zukünftigen Mietentwicklung in modernisierten und neugebauten Wohnungen beginnt die Auseinandersetzung über ein Modernisierungskonzept. Eine BI-Arbeitsgruppe wird eingerichtet.
Sanierungskommission	Die CDU hat einen Funktionär des Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümervereins als Bürgervertreter in die SK entsandt. Damit beginnt ein langwieriger Konflikt zwischen BI, Parteien und Verwaltung um die Weiterführung der SK. (siehe 2.4)

Sommer 1977
"Modernisierungsmodell
Ahrbergstraße"

In der Sommerpause setzt sich in der Sanierungs-
abteilung die Idee durch, versuchsweise einige
geeignete Häuser zur Modernisierung als "Einfami-
lienhäuser" an Privatleute zu vergeben.
Teile der BI und eine engagierte Architektengruppe
hatten sich dafür stark gemacht.
Im August findet eine erste Interessentenversammlung
statt, die Vergabe der 4 Häuser zieht sich bis Dezember
1977 hin...

Januar 1978
Abrisse-Neubauten im
Konjunkturprogramm
Charlottenstr.-Nord

Die San.-Abteilung legt zur SK-Sitzung 13 Abriß-
drucksachen vor, um Bauplätze für Neubauten nach-
weisen zu können, die im Rahmen des niedersächs.
"Zukunftsinvestitionsprogramms 78" finanziert
werden können.
"Im Interesse einer beschleunigten Neubautätigkeit"
stimmt die BI nach internen Auseinandersetzungen
den Abrissen mit einer Ausnahme (sozialer Härtefall)
zu. Eine "Interessengemeinschaft Charlottenstraße-
Nord", in der sich kurzfristig über 50 jüngere
Familien, Studenten in Wohngemeinschaften usw. zusamen-
geschlossen hatten, machte der Stadt das Angebot,
einige der abrißbedrohten Häuser zu kaufen, zu moder-
nisieren und selbst zu bewohnen.
Die SK beschließt einstimmig den Abriß der Häuser.
Die Interessengemeinschaft, die sich nach anfäng-
licher Euphorie durch interne Auseinandersetzungen
(Familien-WGs) stark verkleinert, erstellt bautech-
nische und Kosten-Gegengutachten für die Häuser
und erreicht über den Hebel des Denkmalschutzes
bei der Bezirksregierung eine langwierige Prüfung
der Abrißnotwendigkeit dieses in der Nieders. Denk-
malkartei aufgeführten Ensembles.
Die Abrißzustimmung des Denkmalpflegers kommt erst
ein Jahr später ...

16. März 1978

Auf der SK stellt die Verwaltung erstmals öffentlich
im Zusammenhang mit der Diskussion über Erhalt oder
Abriß des Pfarrhauses der Erlöserkirche am Allerweg
ihre veränderten Vorstellungen über den Ausbau
des übergeordneten Verkehrssystems vor.
Allerweg, Göttinger- und Friedrich-Ebert-Str. (Rick-
lingen) sollen nun in Tunnellage ausgebaut werden.
Für den Erhalt des Pfarrhauses hatte sich über die

Neue BI-Taktik
- Gegen Abrisse!

ERKLÄRUNGSANSÄTZE

Frühsummer 1978
Stadtteilst

BI und Denkmalpfleger eine an einer Zwischennutzung interessierte Gruppe starkgemacht (seit Sommer 77).

Die BI stimmt nunmehr dem Abriß dieses als "Faustpfand" gegen den oberirdischen Ausbau des Allerwegs begriffenen Hauses zu, wenn die Verwaltung den unterirdischen Ausbau verbindlich zusichert... (siehe 2.2)

Auf der gleichen SK-Sitzung wird auf Antrag der BI die Entscheidung über anstehende Abrißdrucksachen vertagt. Die BI ist aus "taktischen Gründen" gegen den Abriß, um die "Bautätigkeit in Linden-Süd anzukurbeln".

Diese "Taktik", die im Dienstagsforum der BI nicht diskutiert wurde, war von einem Mitglied des BI e.V. vorgeschlagen worden. Der Verdacht scheint begründet, daß hier hinter den Kulissen über informelle Kontakte von Sanierungsabteilung zu den "Gründungsmitgliedern" der BI (BI e.V.) eine konzertierte Aktion stattfand.

Die damalige Mehrheit der BI hat sich nie inhaltlich gegen einen Abriß der Häuser entschieden, die Sanierungsabteilung nie ernsthaft versucht, die Abrisse gegen den Willen der BI durchzusetzen, was sicher leicht gewesen wäre ...

Hintergrund dieser konzertierten Taktik ist das beiderseitige Interesse von BI-Mehrheit und San.-Abteilung an einer Bewilligung von ZIP-Mitteln für Neubauten und einer Effektivierung von Planung und Durchführung durch die GBH ...

Also: BI und San.-Abteilung gemeinsam für eine zügige Sanierung gegen das niedersächsische Finanzministerium, den Denkmalpfleger bei der Bezirksregierung (Bsp. Charlottenstr.-Nord), andere Verwaltungsstellen (Gemeinnützige Baugesellschaft, Hochbauamt), andere interessierte Bürger (Charl.str.-Nord) und nicht zuletzt die von z.B. Abrissen unmittelbar betroffenen Mieter, die dieses Ziel verhindern könnten ?????

Die SK tritt vorerst nicht wieder zusammen, weil die BI-Vertreter sich endgültig weigern, mit dem "stadtfremden" HWG-Funktionär zusammenzuarbeiten. (siehe Kapitel 2.4)

Die BI wird zur Vorbereitung eines Stadtteilstes eingeladen, daß von einer Initiative von Atomgegnern aus Linden-Süd zusammen mit anderen deutschen und ausländischen Gruppen des Stadtteils geplant ist. Die BI hat keinerlei Interesse, dieses Angebot zur öffentlichen Darstellung zu nutzen und lehnt eine Beteiligung an der Vorbereitung ab.

Juli/August 1978
"Grüne Insel
Wesselstraße 16"

Die Arbeitsgruppe "Godehardstift", die sich mittlerweile zu einem Zusammenschluß von verschiedenen an einer Nutzung des zukünftigen Bürgerzentrums interessierten Gruppen entwickelt hat, will sich dagegen am Fest beteiligen.

Das "eigenmächtige Handeln" dieser "BI-Arbeitsgruppe" führt zu kurzer, BI-interner Auseinandersetzung-über das Selbstverständnis von BI und Arbeitsgruppe.

Auf einer Anliegerversammlung wegen der geplanten Umgestaltung der Charlottenstraße gelingt es zwei Interessenten an einem Erhalt eines von der Verwaltung auf Abriß gesetzten Hauses, eine Mehrheit der Anwesenden für ihren Vorschlag des Erhalts und der privat finanzierten Restnutzung von Gebäude und Grundstück zu begeistern. Auch auf dem anschließenden Dienstagsforum gelingt es den beiden (eine Neu-Lindenerin-ein stadtteilmfremder BI-Mitarbeiter), mit Unterstützung der mobilisierten Anwohner, die sich gegen die Zwischennutzung als öffentliche Grünfläche und für einen Erhalt der bestehenden Situation aussprechen, die Konservativen in der BI zu überstimmen. Die Sanierungsabteilung, die die Verhandlungen mit den Interessenten bereits seit April 78 verschleppt, "prüft" daraufhin nochmals die Möglichkeit einer Restnutzung, vertröstet die Interessenten und lehnt zum Spätherbst endgültig ab...

September 1978
"Ausländerpapier"



Die BI veröffentlicht ihre Forderungen zur Bevölkerungszusammensetzung im sogenannten "Ausländerpapier". Dies Papier, das nach langen internen Diskussionen bereits im Juli 78 mehrheitlich beschlossen worden war, macht die Verringerung des Ausländeranteils von z.2. 25 auf 10 % zur Grundbedingung der Integration von Ausländern und zu einem Hauptziel der Sanierung. Die Veröffentlichung dieser Forderungen führt zu heftigen Diskussionen im Stadtteil, in den Parteien usw. und leitet eine Entwicklung ein, die gegenwärtig noch völlig offen-möglicherweise zu neuen Formen und Inhalten der Bürgerbeteiligung führen kann . . . (siehe Kapitel 2.3 und 4.)

Phase V (ab Herbst 1978)

- Einführung: Diese Phase beginnt mit der Veröffentlichung des "Ausländerpapiers" und den darauf folgenden spontanen Reaktionen von jüngeren und ausländischen Lindenern (siehe Kapitel 4.).
Neue Inhalte (Ausländer, Mietprobleme) und Formen (Öffentlichkeit) werden wieder in die BI getragen. Auch die zuletzt resignierten Vertreter des SPD-Ortsvereins "wittern Morgenluft" und sind nicht mehr bereit, vorbehaltlos die Politik der BI weiter stillschweigend zu akzeptieren.
Die inneren Konflikte kommen zu Jahresbeginn 1979 in der Frage der Besetzung der SK voll zum Ausbruch und führen zu einer offenen Spaltung der BI und vielleicht zu der Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses des Dienstagsforums der BI ...
- Oktober 1978
Grundsteinlegung
- Die Grundsteinlegung für die 220 nun endlich im Rahmen des "Zukunftsinvestitionsprogramms" begonnenen Neubauwohnungen findet unter reger Beteiligung der offiziellen Öffentlichkeit statt. Ein Vertreter der BI hält auch eine Rede.
Die Arbeitsgruppe "Godehardistift" verteilt Flugblätter usw. gegen die geplante Streichung der Mittel für den Umbau ...
17. Oktober 1978
Arbeitsgruppe
"Ausländer & Deutsche"
- Nach mehrmaligen sehr kontrovers geführten Diskussionen wird auf Druck der anwesenden Ausländer eine neue Arbeitsgruppe "Ausländer und Deutsche" innerhalb der BI eingerichtet. (siehe Kapitel 4.)
9. November 1978
Bürgerversammlung
- Mit Unterstützung vom SPD-Ortsverein organisieren Vertreter der Arbeitsgruppe "Godehardistift" eine Bürgerversammlung anlässlich der Mittelstreichungen für Sanierungsmaßnahmen aus dem Haushaltsentwurf der Stadt. Die Bürgerversammlung ist nur schlecht besucht, die BI-Mehrheit, die zwar offiziell einlädt ..., hat Vorbereitung und Durchführung der Versammlung weitgehend boykottiert.
Die Verwaltung bietet den interessierten Gruppen eine Schlichtnutzung des leerstehenden Gebäudes ohne Instandsetzung geschweige denn Umbau als Stadtteilzentrum an.

November 1978
Grundsatzerklärung

Dezember 1978
Sanierungskommission
Grundsatzdiskussion

Januar 1979
Sanierungskommission
Wahl der Vertreter

Februar 1979
Die SPD interveniert



Neue (vergessene ?)
Inhalte

Mehrheitlich wird in der BI gegen die konservativen Kräfte die Veröffentlichung einer Grundsatzklärung der Arbeitsgruppe "Ausländer & Deutsche" beschlossen.

Die Diskussion über die Entwicklung der SK in Linden-Nord und Perspektiven für Süd, wo immer noch über eine Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt wird, endet in der BI mit dem Auftrag an eine Arbeitsgruppe, hierzu ein Diskussionspapier zu erstellen. (siehe Kapitel 2.4 und 4.)

Im Verlauf der Weihnachtspause ist hinter den Kulissen die Wiederaufnahme der SK beschlossen worden. Die BI-Mehrheit ist nicht mehr bereit, das vorliegende Papier der Arbeitsgruppe zu diskutieren. Gegen den Willen von Vertretern des SPD-Ortsvereins und der "Arbeitsgruppe "Ausländer & Deutsche" werden auch umgehend die Vertreter der BI gewählt, aufgrund der Mehrheitsverhältnisse alle aus dem Kreis der konservativen BI e.V. .

Der SPD-Ortsverein ficht diese Wahl erfolgreich bei der Ratsfraktion an. Bei der Wiederholung der Wahl, die eine Woche vorher angekündigt wird, sind die konservativen Teile der BI in der Minderheit. Nicht kompromißbereit, verlassen sie geschlossen das Bürgerhaus.

Die übriggebliebenen über 50 Anwesenden stellen dann zunächst die auf der vorherigen Sitzung geänderte Abstimmungsberechtigung in alter bewährter Form wieder her. (Es sollten nur noch Sanierungsbetroffenen abstimmen dürfen). Danach werden die SK-Mitglieder aus dem Kreis der Anwesenden bestimmt.

Aus Kreisen der Gründungsmitglieder, die sich teilweise auch weiterhin nicht mehr am Diensttagsforum beteiligen, verlautet, daß sie diese Wahl anfechten werden.

Das Diensttagsforum beschäftigt sich mit der Vernachlässigung von Instandsetzungen in städtischen Häusern. Hierzu werden Vertreter der Gemeinnützigen Baugesellschaft sowie Mieter aus zahlreichen Häusern eingeladen. Anstoß dafür kommt aus dem Kreis der jüngeren Lindener, die sich wider am Diensttagsforum beteiligen und Öffentlichkeitsarbeit (Flugblätter) leisten. Die Sanierungsabteilung weigert sich, ein Flugblatt der BI zu vervielfältigen ...

Die Bearbeitung dieses Abschnitts erfolgte, um einen Überblick über alle an der Partizipation beteiligten Gruppen bzw. Institutionen zu geben, um die Zusammenhänge und Beziehungen zwischen den einzelnen Beteiligten darzustellen und um eine Grundlage für die Beschreibung der Konfliktverarbeitung zu schaffen.

Darstellung der an der Sanierung beteiligten Institutionen bzw. Gremien oder Ausschüsse und deren Mitglieder:

Dienstleistungsforum (BI):

Arbeitsweise - wöchentliche öffentliche Sitzungstermine im Bürgerhaus mit wechselndem Diskussionsleiter, ständigem Protokollführer, zwei ständigen Kontaktleuten zu anderen Gremien, einem ständig in den Sitzungen zur Verfügung stehenden fachlichen Berater; keine Formalorganisation

Anwesende

freiwillig - Stadtteilbewohner Linden-Süde (ständig oder sporadisch teilnehmend; grundsätzlich stimmberechtigt)
- Bewohner anderer Stadtteile (stimmberechtigt nach 3-monatiger kontinuierlicher Mitarbeit)
- Gemeinwesenarbeiter

aus Institutionen delegiert

ständig - Stelle für Sanierung
sporadisch - Vertreter von einzelnen Ämtern (z.B. Sozialverw.)
- gehobene leitende Verwaltungsbeamte
- Ratsmitglieder als Mitglieder von Ausschüssen
- Vertreter der Parteiorganisationen
- Vertreter von Interessengemeinschaften im Stadtteil
- lokale Presse
- Vertreter der Gemeinnützigen Baugesellschaft mbH.
- Vertreter von mit der Sanierung befaßten Planungsbüros, z.B. die AGSTA

nicht delegierte Personen als Mitglieder von Interessengruppen

- BI e.V.-Mitglieder (stimmberechtigt, weil Stadtteilbewohner Linden-Süde)
- Vertreter der AGSTA
- Studentengruppen

AG's des Diensttagsforums

- Arbeitsweise - für eine bestimmte Zeit neben der BI an einem eingegrenzten Themenbereich arbeitende Gruppe mit unterschiedlicher Zusammensetzung nachfolgend aufgeführter Teilnehmer
- Teilnehmer - Stadtteilbewohner Linden-Süds
- Berater des Diensttagsforums
- Stelle für Sanierung
- Vertreter von Interessengemeinschaften im Stadtteil

Bürgerversammlung

- Arbeitsweise - öffentliche Einberufung (mindestens alle 4 Jahre), an der 400-500 Stadtteilbewohner, die Verwaltung und Stadtteilbewohner des Diensttagsforums teilnehmen

Block- bzw. Straßenversammlung

- Arbeitsweise - aufgrund von Rechtsgrundlagen von der Verwaltung einberufene, bestimmte teilräumliche Versammlung (StBauFG §9), an der außer den Straßen- bzw. Blockbewohnern die Verwaltung und delegierte Beobachter des Diensttagsforums (manchmal der Berater) teilnehmen

Mieterversammlung

- Arbeitsweise - durch die Verwaltung einberufene oder freiwillig stattfindende Versammlung der Mietparteien eines Gebäudekomplexes

Verwaltung

- Stelle für Sanierung - regelmäßige Teilnahme eines Vertreters an den wöchentlichen Sitzungen des Diensttagsforums; außerdem regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen der SK
- andere Verwaltungsstellen - problembezogene Delegation in das Diensttagsforum und in die SK
- Gemeinwesenarbeiter - als Stelle der Verwaltung sind sie regelmäßig auf den Sitzungen des Diensttagsforums vertreten

Stadtteilbewohner = Bevölkerung Linden-Süds

Interessengemeinschaften im Stadtteil = Zusammenschluß z.B. von Anwohnern einer Straße, Geschäftleuten, Eltern usw.

- Parteien - wird nicht näher erläutert, da Teilnehmer- und Organisationsstrukturen den üblichen Parteistrukturen entsprechen

Darstellungen

Die Auseinandersetzungen, die innerhalb der Bürgerinitiative angesichts des steigenden Ausländeranteils an der Stadtteilbevölkerung geführt wurden, waren uns eine ausführliche Dokumentation aus verschiedenen Gründen wert.

1. Sehr deutlich wird an diesem Konflikt die Herangehensweise und das Selbstverständnis der BI, welche antagonistischen Kräfte es gibt und wie die interne Willensbildung vorstatten geht.
2. Wechselwirkungen zwischen baulich-räumlichen, oft ökonomisch bestimmten Prozessen und sozialen Entwicklungen zeigen sich auf, - aber auch die "verengte" Sichtweise der etablierten BI, die aus zu beschreibenden Gründen die "falschen" Schlüsse zieht ...
3. Außerdem war die ausführliche Analyse dieses Konfliktverlaufs wesentliche Erkenntnisgrundlage für unsere Einschätzung der vorhandenen "Bürgerbeteiligung" in Linden-Süd und unser konkretes, praktisches Engagement im Stadtteil.

In der Dokumentation über die Beschäftigung der BI mit der Bevölkerungszusammensetzung, insbesondere mit dem hohen Ausländeranteil, lassen sich grundsätzlich zwei Phasen unterscheiden:

- Eine erste Phase, die von Beginn der BI-Arbeit im Sommer 72 bis etwa ins Jahr 75 anhält, in der die BI nicht zwischen ausländischen und deutschen Lindenern (in ihrer "offiziellen Politik") unterscheidet; und
- Eine zweite Phase, in der die sogenannte "Ausländerproblematik" als scheinbar zusätzliches Sanierungsproblem auftritt, mit der sich speziell beschäftigt wird. Diese Phase, deren Beginn nicht exakt bestimmt werden kann, soll in diesem Zusammenhang bis zur Einrichtung der Arbeitsgruppe "Ausländer und Deutsche" im Oktober 78 beschrieben werden ...

PHASE I (1972 bis 2 1975)

Bereits im Herbst 72 wurde innerhalb der BI neben 5 weiteren auch eine "Arbeitsgruppe Gastarbeiter" gebildet. In einem ersten Zwischenbericht (1) werden zwei wichtige Einschätzungen deutlich:

1. Die Probleme seien für alle Nationalitäten gleich

Offensichtlich herrscht angesichts der direkten Bedrohung aller Lindener durch die Sanierungsabsichten der Stadt, die in dieser frühen Phase ja noch eine weitgehende Umstrukturierung des Stadtteils durch großflächige Abrisse vorsah, das Bewußtsein vor, sich unabhängig von Nationalitäten sich nur gemeinsam gegen die Sanierungsabsichten wehren zu können, von der ja alle gleichermaßen in ihrer Lebens- und Wohnsituation betroffen sind.

Dies erklärt sich sicher auch aus der Zusammensetzung der BI und der individuellen Situation ihrer Mitarbeiter. Hinsichtlich der Sanierungsbetroffenheit besteht eine große Homogenität, bisher hat durch die Sanierung noch niemand seine Situation verbessern können.

Die bestehende Heterogenität in sozio-ökonomischer Hinsicht (z.B. Mieter-Hausbesitzer) wird durch die gemeinsame Sanierungsbetroffenheit, die auch die ausländischen Lindener einschließt, verdeckt.

2. Die ausländischen Arbeitnehmer seien "Gäste", die ohnehin kein längerfristiges Interesse am Stadtteil hätten

Dem widerspricht eigentlich die Einschätzung, daß es sich bei den "Gastarbeitern" nur um eine mobile Übergangsbevölkerung handele, und daß ihnen deshalb keine besondere Bedeutung zuzumessen sei.

Hier ist zum Verständnis wohl wichtig, auf den noch relativ niedrigen Anteil der ausländischen Lindener hinzuweisen, der 1972 zwar im "engeren Sanierungsgebiet" bereits bei über 20% liegt, jedoch im Untersuchungsgebiet, das sich im wesentlichen mit dem später erweiterten Sanierungsgebiet deckt, bei etwa 10% liegt (2). Die Masse der Ausländer konzentriert sich auf den Kernbereich des Stadtteils in den Blöcken beiderseits des Allerwegs.

1) aus: Protokoll der BI
vom 21.11.72

"Die Diskussion ... ergab, daß die Probleme für deutsche und ausländische Arbeitnehmer gleich sind."

2) Quelle: Bericht über das Ergebnis der vorher. Untersuchung, sowie Auskunft des Statist. Amtes (Frau Fischer)
Einwohner davon Ausländer

31.12.72:	12 703	2232 = 17,5 %
31.12.77:	11 082	2717 = 24,5 %

3) siehe: Anlage zum Protokoll
der BI vom 30.1.73,
Bericht der AG 6: Probleme der Gastarbeiter,
im Materialenteil

4) aus: Bericht der AG Wohnen
vom 16.4.73

"Die bestehende Mischung von deutschen und ausländischen Einwohnern von Linden-Süd soll im Prinzip erhalten bleiben."

5) GEGENPLANUNG BÜRGERINITIATIVE

BEVÖLKERUNGSZUSAMMENSETZUNG

Nach dem vorgelegten Konzept kann das Ziel, die vorhandene Zusammensetzung der Bevölkerung in Linden-Süd im wesentlichen zu erhalten, erreicht werden. Das Konzept sichert die planerischen Voraussetzungen dazu, indem es

- von einer geringen Zahl von Altbauabrisse,
- von einem Maximum an Modernisierungen,
- von einem frühzeitigen Neubau in den Baulücken

ausgeht. Durch Modernisierungen kann ein niedriges Mietniveau gehalten werden, durch die Baulückenbebauung kann ausreichend neuer Wohnraum ohne wesentliche Abrisse geschaffen werden. Durch diese Maßnahmen lassen sich alle erforderlichen Umsetzungen innerhalb des Sanierungsgebietes verwirklichen, ohne daß Lindener Bürger ihren Stadtteil verlassen müssen.

6) PLANUNG STADTVERWALTUNG

BEVÖLKERUNGSZUSAMMENSETZUNG

Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung von Linden-Süd beträgt zur Zeit 25 %.

Es ist zu erwarten, daß bei weiteren Zuzug von Ausländern die heute feststellbaren Schwierigkeiten des Zusammenlebens zwischen deutschen und ausländischen Bewohnern zunehmen werden.

Um diese Entwicklung zu beeinflussen, hat die Verwaltung nur geringe Möglichkeiten, da sie nur Einfluß auf die Belegung der städtischen Wohnungen und auf die Wohnungen hat, bei denen die Stadt durch Mitfinanzierung ein Belegungsrecht erworben hat.

Eine Wende in der Tendenz steigender Ausländerzahlen wird eintreten, wenn der Stadtteil durch Verbesserung der Wohnqualitäten für deutsche Familien wieder attraktiver wird.

Die Ausländer werden von der Bürgerinitiative mehrheitlich jedenfalls nicht als eine besondere Gruppe empfunden, der im Verlauf der Sanierung eine besondere Beachtung geschenkt werden muß.

Die "Arbeitsgruppe Gastarbeiter", in der wie in der gesamten BI keine Ausländer mitgearbeitet haben, löst sich Anfang 73 wieder auf (3).

Ihre Einschätzungen fließen in andere Arbeitsgruppen ein und finden sich insbesondere in den Vorstellungen der "Arbeitsgruppe Wohnen" für die Sanierung von Linden-Süd wieder (4).

Hier wird jedoch ausdrücklich betont, daß die Ausländer keine "Gäste" seien.

Die BI, die erklärtermaßen angetreten ist, die "Interessen der Lindener bei der Sanierung" zu vertreten, nimmt die Forderung nach Erhalt der vorhandenen Bevölkerungszusammensetzung in den Katalog der Rahmenplanforderungen auf (5). Auffällig ist jedoch, daß anders als bei der "AG Wohnen" nicht mehr ausdrücklich auf die bestehende nationale Mischung hingewiesen wird. Es ist zu vermuten, daß in anbetracht der sich bereits verändernden Mehrheitsmeinung der BI zur "Ausländerproblematik" bewußt auf eine deutliche, möglicherweise interne Konflikte provozierende Formulierung verzichtet wurde.

Dagegen sind die Aussagen der Verwaltung zur Bevölkerungszusammensetzung weitaus deutlicher (6). Unverhohlen wird das alte Sanierungsziel "Austausch der Bevölkerung" hier auf Kosten der Ausländer artikuliert.

Die BI hält es bei den "Auseinandersetzungen um einen Rahmenplan" bereits nicht mehr für notwendig, diesen Widerspruch als "Konfliktpunkt" besonders hervorzuheben.

"Nahtstelle Zuzugssperre"

7) siehe: Protokoll der BI
vom 2.4.74
im Materialteil

8) Von einzelnen BI-Mitarbeiter
wurden kontinuierlich "Zustände"
in mit Ausländern belegten Woh-
nungen skandalisiert und ein
Eingreifen der Verwaltung über
"Zuzugstopp" u.ä. gefordert...

Erklärungsansätze

unterschiedliche Interessen

Dieser schleichende Übergang von der ersten zur zwei-
ten Phase der Diskussion der Bevölkerungszusammen-
setzung wird auch an der Behandlung der "Zuzugssperre
für Nicht-Lindener" ins Sanierungsgebiet deutlich.

Die Forderung nach einer Zuzugssperre für Nicht-Lindener
war frühzeitig von der BI aufgestellt worden, um
zunächst einmal Wohnraum für die vorhandene, möglicher-
weise von der Sanierung durch Abriß ihrer Wohnung
betroffene Stadtteilbevölkerung freizuhalten.
Rat und Verwaltung hatten 1973 erklärt, sich an
diese politische Forderung gebunden zu fühlen.

Im weiteren Verlauf der Sanierung wird dieser grund-
sätzliche Zuzugstopp allmählich in eine "Zuzugssperre
für Ausländer" umgemünzt.

Stationen auf diesem Weg lassen sich in den Protokollen
der BI entdecken, wo zwar 74 noch von einem Zuzugstopp
"insbesondere für Ausländer" (7),
aber bereits 76 von einem "Ausländerstopp" gespro-
chen wird.

Auffällig ist, daß die in einer sicherlich rechtlichen
"Grauzone" vom Amt für Wohnungswesen für städtische
Wohnungen praktizierte "Zuzugssperre" zwar seit etwa
1975 vollständig ausgeübt wird, ihre Einhaltung auch
immer wieder von der BI kontrolliert wird (8), diese
offensichtliche Diskriminierung aber niemals eine
breitere Öffentlichkeit findet.

So hat z.B. der "Ausländerbeirat" der Stadt Hannover
im Jahre 78 vergeblich versucht, eine offizielle
Auskunft über die Existenz einer Zuzugssperre für
Ausländer zu bekommen.

PHASE II (1975 bis 1978...)

Bevor ... auf den Verlauf der Diskussion zur
"Ausländerproblematik" innerhalb der BI eingegangen
wird, werden im folgenden vorab einige mögliche
Erklärungsansätze für den "Gesinnungswandel" der BI
skizziert.

1. Die breite Abwehrfront der Lindener gegen
die von "oben" verordnete Sanierung ist spätestens
mit dem Auflösen der "Aktion Wohnungsnot" (AKWO)
im Jahre 74 auseinandergebrochen.
Während die BI sich auf eine Verhandlungsstrategie

mit der Verwaltung und den Politikern einläßt und die Artikulation der Sanierungsvorstellungen der Lindener zunehmend von der Straße in den Saal der Sanierungskommission verlagert, damit auf eine formal erzwungene und sich auch inhaltlich auswirkende Ebene gerät, die oft an der Interessenslage unmittelbar z.B. von Abrißplänen Betroffener vorbeigeht, werden eben diese unmittelbaren Interessen zunehmend weniger öffentlich artikuliert.

Monopolisierung
von Interessenver-
tretung

Die BI verhindert schon allein durch ihre Existenz eine Selbstorganisation von Betroffenen Gruppen auf breiterer Basis, da sie zum einen den auch von Rat und Verwaltung akzeptierten Anspruch, die Interessen aller Sanierungsbetroffenen zu vertreten, nie ernsthaft in Frage stellt; ebensowenig aber bereit ist, über neue Formen der Stadtteilarbeit nachzudenken, die die Partizipation einer breiteren Öffentlichkeit an den Sanierungsfragen ermöglichen könnten.

Zu nennen sind hier die Weigerung, eine Stadtteilzeitungsinitiative zu unterstützen, die sich 1975 auch aus Mitarbeitern der BI gebildet hatte; die Weigerung im Frühjahr 78, an einem Stadtteilfest aktiv mitzuwirken, daß von einer Anti-Atom-Gruppe zusammen mit ausländischen Gruppen des Stadtteils geplant wurde; sowie allgemein das Festhalten an den nur für Insider verständlichen eingefahrenen Kommunikations- und Organisationsstrukturen (Versammlungsleiter, Tagesordnung, Rednerliste, usw.).

Was ist die BI?

2. Die BI hat sich "gesundgeschrumpft". Von den 2500 Lindenern, die durch ihre Unterschrift gegen den Allerwegausbau und die Sanierungspläne der Stadt protestierten, von den Hunderten, die noch 73 zu einer Bürgerversammlung kamen, und damit der BI gegenüber Rat und Verwaltung zur Rolle der Interessenvertreterin verhalfen, ist 1975 ein recht kleiner "harter Kern" von 10 bis 15 Personen übriggeblieben.

Einige dieser Personen haben im Verlauf der Sanierung bereits ihre eigene Situation verbessern können oder erwarten jedoch Vorteile von einer Sanierung, an der sie selber "beteiligt" sind.

Es ist sicher kein Zufall, daß mehrere alte BI-Aktivisten aus ihren Altbauwohnungen in die ersten Neubauwohnungen im Sanierungsgebiet ziehen konnten und oder in der BI mitarbeitende Hausbesitzer aufgrund des Informationsvorsprungs und des direkten Kontakts zur Verwaltung früher als andere ihr Haus mit öffentlicher Förderung renovieren konnten (9).

Dies führt dazu, daß sich die subjektive Interessenslage vieler BI-Mitarbeiter von der insbesondere auf den Erhalt billigen Wohnraums angewiesenen Bevölkerungsteile wie der Ausländer und Auszubildenden usw. entfernt hat.

Die BI-ler, (die ihren "Arsch im Trockenen" haben), plädieren z.B. bei Entscheidungen über den Abriß von Wohngebäuden oft mehrheitlich für Abriß dieser "alten Klabbacher" und "Rattenlöcher".

Neben der Tatsache, daß sie selbst nicht mehr auf den damit vernichteten potentiell billigen Wohnraum angewiesen sind, spielt für die Entscheidung der BI-ler wohl auch so etwas wie "Vergangenheitsbewältigung" eine Rolle.

Die zu beobachtende Überlagerung der objektiven baulichen Mängel dieser Abrißhäuser ("schlechte Bausubstanz") durch sozialpsychologische Kriterien ("Rattenloch") für die Abrißnotwendigkeit läßt zwei Spekulationen zu:

- Die Erinnerung an die eigene, ärmliche Vergangenheit, an das eigene "Rattendasein" soll getilgt werden; oder
- Die Erinnerung an ehemalige in diesen Abrißhäusern vorhandene soziale Situationen, z.B. die Konzentration von ganz roten oder aber braunen "Ratten" in der Nazizeit, deren ehemalige "Schlupflöcher" man nun endlich zu vernichten die Macht hat ...

Quellen

- 9) siehe: Lindenblatt 12/78, Liste der Hauseigentümer, deren Fassadenrenovierung mit öff. Mitteln bezuschußt wurden...
- und: Flugblatt der Stadtteilgruppe ("Lindener SPD putschte gegen den "König" von Linden-Süd") vom 13.2.79 im Kapitel 4.

Steigender Ausländeranteil

Spekulation !?! Möglich, aber sicher ist, daß diese Form von "Sozialhygiene" insbesondere die heute überwiegend in diesen Abrißhäusern lebenden Ausländer trifft und auch treffen soll.

3. Der Ausländeranteil im Sanierungsgebiet ist im Verlauf der Sanierung erheblich gestiegen. Er beträgt 1976 bereits knapp 25 % (siehe auch 1). Als der BI der steigende Ausländeranteil z.B. durch das Bebauungsplanverfahren für den Block 18 mit einem Ausländeranteil von 60 % im Jahr 1975 aber auch durch zunehmend mehr "sinnliche Erfahrung" von Ausländern im eigenen Haus oder in Gestalt ausländischer "Tante-Emma-Läden" ins Blickfeld gerät, wird überlegt, wie man angesichts des Versagens des "Zuzugstopps" dieser "Problematik" anders Herr werden kann.

Die Angst vor einem "Umkippen" des Stadtteils, einer Überfremdung (Bsp. Kreuzberg) macht sich breit. Besonders die bereits etablierten BI-ler bekommen neue Ängste vor einer Verdrängung aus ihrem Stadtteil, der "wieder ein bürgerlichen Stadtteil werden soll" (Zitat eines BI-lers ,78), was er nie gewesen ist.

Das Phänomen des steigenden Ausländeranteils wird von der BI mehrheitlich nicht als notwendige Folge des spekulativen Sanierungsinteresses insbesondere der privaten Hausbesitzer begriffen, die sich optimale Renditen durch bewußtes Nicht-Investieren in ihre Häuser und Vermieten (z.T. mit Überbelegung und Wuchermieten, wie im Fall eines Maklers Schneider in der Ricklinger Str. 33 bekannt geworden) sichern können, sondern als ein von der Sanierung doch etwas losgelöstes "Problem".

Wichtig ist wohl auch das zeitliche Zusammentreffen dieser Erkenntnis mit der 74er Wirtschaftskrise, wo ausgelöst durch die hohe Arbeitslosigkeit von 1 Million auch gesamtgesellschaftlich plötzlich Forderungen nach Reduzierung des Anteils der ausländischen Arbeit-(weg-)nehmer zumindest laut gedacht wurden.

Ausländer als
"Sündenbock"?

10) aus: Protokoll der BI v. 5.8.75
"Herr K. formulierte den Antrag, daß
die BI auf der nächsten San.-Kommission
im Sept. exemplarisch den Abriß der
Häuser ... fordern soll, unter dem
Motto: 'den Spieß einmal umdrehen'."

Wichtiger
Hinweis!

Zusammenfassung
der weiteren
Diskussion

Hier ist die "Sündenbock"-Funktion der ausländischen Arbeitnehmer für eine nicht durch sie verschuldete kapitalistische Krise sehr deutlich, ihre Rolle nämlich, dem Volk ein Ventil zum Ablassen der aufgestauten Unzufriedenheit zu verschaffen, ohne daß dieser "Dampf" die etablierten Mängel des ökonomischen Systems tangiert.

Als auch der seit etwa 75 betriebene Versuch, durch Forderung nach einer beschleunigten Sanierung (Abriß-Neubau) eine "Tendenzwende" (10) mit dem Ziel einer Verbesserung der Sozialstruktur kurzfristig keine Erfolge zeitigt, beschließt die BI, eine Arbeitsgruppe zur "Ausländerproblematik" zu bilden, die dieses "Problem in den Griff kriegen" soll.

An dieser Stelle geben wir aus Platzgründen nur eine kurze Zusammenfassung des weiteren Diskussionsverlauf über die Bevölkerungszusammensetzung.

Eine ausführliche Dokumentation sämtlicher Gespräche innerhalb der BI, der Sanierungskommission sowie von Presseartikeln zu diesem Thema haben wir in den Materialenteil unserer Arbeit "verbannt". Außerdem wird in Kapitel 4. dieser Arbeit die Entwicklung ab Herbst 78, an der auch wir stark beteiligt waren, dokumentiert.

Die Diskussion über die "Ausländerproblematik", die zunächst aus dem Dienstagsforum der BI ausgelagert wird (November 76), führt ab Sommer 77 zu anhaltenden Auseinandersetzungen in der BI, als nämlich von der Arbeitsgruppe ein Bericht vorgelegt wird, der keine Vorschläge für eine Verringerung des Ausländeranteils enthält, wie sie von der Mehrheit der BI erwartet wurden, sondern von einer Integration aller derzeit im Stadtteil lebenden Ausländer ausgeht.

Dieser 1. Ergebnisbericht wird in eine im August vorgelegte Resolution umgearbeitet, mit der die BI mehrheitlich immer noch nicht einverstanden ist.

11) sogenanntes "Ausländerpapier" der BI, veröffentlicht im Lindenblatt, Oktober 1978

Ausgangspunkt für die Bildung der Ausländer-Arbeitsgemeinschaft waren die zunehmenden Klagen der Lindener Bürger über das schwierige Zusammenleben von deutschen und ausländischen Bewohnern in Linden-Süd. Hauptgrund für diese Lage ist der außerordentlich hohe Ausländeranteil von zur Zeit offiziell 25,25% (ohne Dunkelziffer) im Sanierungsgebiet. Dieser Anteil ist auf Dauer unerträglich. Eines der Hauptziele der Sanierung muß es sein, diesen Anteil auf den Stand vor Beginn der Sanierung zu senken.

Wohnbereich

1. Absoluter Zutugastop für ausländische Bewohner sowohl für städtische Häuser als auch für private Häuser.
2. a) Kontrolle aller neuen Mietverträge durch die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung (wie im Stbfg vorgehen).
b) Gleichzeitiges Verstärken der Vermittlung von deutschen Bewohnern durch die Stadt (Amt für Wohnungswesen) bei Zuweisungsrecht der Stadt für Privatwohnungen.
c) Ständige Hinweise zur Aufnahme deutscher Bewohner an die privaten Hausbesitzer durch die Stadt und zuständige Organisationen (z. B. H. und G.-Verein).
d) Ausbau der Information durch die Stadt für die privaten Hausbesitzer über die Möglichkeiten zur Instandsetzung bzw. Modernisierung, damit die Wohnungen für Deutsche wieder annehmbar werden.
3. Modernisierungsangebot für die Häuser, die in einem menschenunwürdigen Zustand sind, bzw. wo jahrelang nichts zur Verbesserung getan worden ist oder überhöhte Mieten genommen werden (Überprüfung von baulichen und gesundheitlichen Mängeln durch die zuständigen Stellen). Bei nicht möglichem Modernisierungsangebot gegebenenfalls Renovierungs-Gebot aussprechen.
4. Freie Hand für die Sozialplanung, dabei soll kein Zwang angewandt werden, den Ausländern Wohnungen in anderen Stadtteilen anzubieten.
5. Aufnahme von deutschen Bewohnern aus anderen Stadtteilen in die Bewerberlisten. Bevorzugung bei der Vergabe jedoch für Lindener und ehemalige Lindener.
 - a) Öffnung der Bezugsberechtigung für junge Familien ohne B-Schein soweit rechtlich zulässig.
6. Ausreichende Information über den Sanierungsprozeß in den jeweiligen Landessprachen (zu Blockversammlungen, im Schaukasten des Bürgerhauses, durch das Linden-Blatt).
7. Einschalten der ausländischen Gemeinden und des Ausländerbeirates zum gegenseitigen Austausch der Problematik ausländischer Familien im Wohnbereich.
8. Bei Vergabe von Wohnungen (Neubau und modernisierten Altbau) soll höchstens der derzeitige Prozentsatz des Ausländeranteils pro Haus zugelassen werden. Grundsätzlich gilt gleiche Behandlung von deutschen und ausländischen Bewohnern.

→ Fortsetzung nächste Seite ...

Die Gegner dieses "1. Ausländerpapiers" machen einen Gegenvorschlag, der die Verringerung des Ausländeranteils an der Stadtteilbevölkerung von 25 auf 10 % zur Vorbedingung jeglicher Integration macht. Dieses im Dezember 77 vorgelegte "Ergänzungspapier" der "2. Ausländer-AG" wird zusammen mit dem Bericht der 1. Arbeitsgruppe zu einem im Mai 78 vorliegenden "Kompromißvorschlag beider Ausländer-Arbeitsgruppen" verarbeitet, in dem an die diskriminierenden, restriktiven Forderungen der 2. Arbeitsgruppe die fortschrittlichen Aussagen der 1. Gruppe angehängt wurden.

Dies Papier bleibt in der BI umstritten, wird jedoch im Sommer 78 mehrheitlich verabschiedet und veröffentlicht. (**)

Sofort gerät dies Papier in die öffentliche Diskussion.

Während die SPD-Mehrheitsfraktion in Rat und Verwaltung sich weiterhin tunlichst aus der politischen Diskussion über die Bevölkerungsentwicklung heraushält, die ihren Veränderungsinteressen (Austausch der Bevölkerung) objektiv das Wort redenden BI aber gewähren läßt, statt frühzeitig in die Diskussion einzugreifen und z.B. die Position der Gemeinwesenarbeit zu stützen, versucht die CDU-Ratsfraktion sofort eine Offensive, indem sie dem Rat die Veränderung der Richtlinien für die Wohnungsvergabe vorschlägt, um "dem Trend zur Steigerung des Ausländeranteils" entgegenzuwirken. Die NPD erwähnt das "Ausländerpapier" der BI in einem Flugblatt, aber auch die Gegner dieser Forderungen schlafen nicht.

Im September 78 erzwingt ein spontaner Kreis von jüngeren Lindenern durch ein "Go-In" in das Diensttagsforum der BI die Wiederaufnahme der Diskussion. Diese Diskussion hat die Folge der Bildung einer neuen Arbeitsgruppe, der AG "Ausländer und Deutsche", in der neben ausländischen und jüngeren deutschen Lindenern, die bisher nicht in der BI mitgearbeitet hatten, alten BI-lern, Gemeinwesenarbeiterinnen, usw. auch die Verfasser dieser Arbeit mitgearbeitet haben.

9. a) Intensive Vorbereitung auf den Umzug (vorüberge Treffen der künftigen Hausgemeinschaften).
- b) Intensive Betreuung der gewünschten Hausgemeinschaften. (zu a) und b): z. B. durch die Gemeinwesenarbeit.
10. Übersetzungen der Hausordnungen und des Mietvertrages, mit dem Hinweis auf die Meldepflicht, in die jeweiligen Landessprachen.
11. Die genannten Kriterien gelten auch für die Nachbelegung von Wohnraum.

Freizeitbereich

1. Angebote ausländischer Gemeinden im Bürgerhaus (Beratung und Betreuung)
2. Gezielte Angebote für deutsche und ausländische Bewohner
3. Förderung ausländischer Selbsthilfeorganisationen.

Schulsituation

Der hohe Anteil ausländischer Kinder bedingt eine äußerst schwierige Lernsituation an den Schulen im Sanierungsgebiet. Die Sachlage an den Schulen muß für deutsche und ausländische Kinder verbessert werden. Wir fordern alle zuständigen Politiker auf, sich dafür einzusetzen.

Folgende Punkte sollten dabei in die Überlegungen mit einbezogen werden:

1. Gezielte Informationen der ausländischen Familien über Kindergärten.
2. Vorbereitung der Kindergärten auf nationalgemischte Gruppen durch gezielte Schulungslehrgänge und Kurzlehrgänge (z. B. Volkshochschule, Jugendamt).
3. Modell einer Vorbereitung auf die Schule für 4-6jährige deutsche und ausländische Kinder.
4. Eingliederung des muttersprachlichen Unterrichts in den Stundenplan der Schulen mit ausländischen Kindern (ab 5. Klasse statt Englisch)
5. Zusammenarbeit der ausländischen und deutschen Lehrer (Absprache der Lerninhalte)
6. Einsatz eines kompensatorischen Programms am Nachmittag.
7. Einzelfallhilfe durch ältere deutsche Schüler

Die Arbeitsgruppe, an der sich durchschnittlich über 30 Personen beteiligt haben, trifft sich ab Oktober 78 wöchentlich und droht zu einer "Konkurrenz" der alten BI zu werden. Mehrheitlich wird in der BI eine "Grundsatzerklärung" durchgesetzt und veröffentlicht.

Die AG scheitert schließlich an der zunehmenden Komplexität und damit Abgehobenheit der Arbeitsinhalte sowie der Probleme, die sich aus dem Verständnis als 'Arbeitsgruppe der BI' ergaben. Sie stellt ihre Arbeit im Februar 79 mit der Veröffentlichung eines Zwischenberichts (siehe Kapitel 4) ein, der im Juni 79 über die Sanierungskommission durch die BI veröffentlicht wird.

2. ANALYSEN AUS- GEWÄHLTER KONFLIKTBEREICHE

2.2 "LÄNGSSCHNITT VERKEHR"

2.2 Gliederung :

2.2.0 Einstieg in die Problematik

2.2.1 Kurzbeschreibung der Phasen

2.2.2 Phase I

2.2.2.1 Externe Umstände und Probleme der Phase

2.2.2.2.1 Aktionen und Taktik der Verwaltung

2.2.2.2.2 der BI

2.2.2.2.3 der AKWo

2.2.2.3 Ergebnisse und Einschätzung

2.2.2.4 Bürgerbeteiligung - wie wurde sie wahrgenommen

2.2.2.5 Zusammenfassende Einschätzung - Entwicklung der Art der Auseinandersetzung

2.2.3 Phase II

2.2.3.1 Externe Umstände

2.2.3.2.1 Aktionen

2.2.3.2.2

2.2.3.2.3

2.2.3.3 Ergebnisse ...

2.2.3.4 Bürgerbeteiligung ...

2.2.3.5 Zusammenfassende Einschätzung - Entwicklung der Art der Auseinandersetzung

2.2.4 Phase III

2.2.4.1 Externe Umstände ...

2.2.4.2.1 Aktionen ...

2.2.4.2.2

2.2.4.2.3

2.2.4.3 Ergebnisse ...

2.2.4.4 Bürgerbeteiligung ...

2.2.4.5 Zusammenfassende Einschätzung - Entwicklung der Art der Auseinandersetzung , hier wird schon eine Gesamt-Einschätzung gegeben

Aktualisierung

Einstieg in die Problematik

2.2.0

Grundlage für die Bearbeitung des Verkehrsbereiches ist die von uns aufgestellte These der Wandlung der BI vom Konfliktgegner zum Konfliktregulierungsinstrument .

Der Verkehrsbereich ist einer der von uns exemplarisch bearbeiteten Bereiche , da er : Anstoß zur Sanierung gab , innerhalb der Sanierung einen großen Anteil der Arbeit beansprucht , für wesentliche Verbesserungen im Stadtteil sorgen soll .

Innerhalb der Beschreibung sollen die Probleme , aber auch die Aktionen zur Lösung , besonders die Aktionsarten , dargestellt werden . Dieses wird durch die Gliederung des Bereichs verdeutlicht .

Der Konfliktbereich Verkehr ist nicht mehr , wie zu erst beabsichtigt , in unterschiedliche Konfliktlinien (Überörtlicher Verkehr , Innerörtlicher Verkehr ,

Öffentlicher Nahverkehr) geteilt worden , da zum einen die Bearbeitung der unterschiedlichen Verkehrsbereiche , außer in den Rahmenplänen , grob den unterschiedlichen Phasen zugeordnet werden können , da weiter der ÖPNV eine untergeordnete Rolle spielt , zuletzt sollen die Aktionsarten für die Beurteilung der Phasen entscheidend sein , dh. es ist sinnvoll , zumindest den Bereich Verkehr im Zusammenhang zu betrachten . Der Konfliktbereich Verkehr ist in drei Phasen geteilt worden , um die Linien klar darstellen zu können . und grobe Gemeinsamkeiten in den Zeiträumen zu erkennen . Hierdurch lassen sich Sprünge , Veränderungen von der einen zur anderen Phase besser herausarbeiten . Da die Phasen gleich untergliedert sind , lassen sich Vergleich leicht anstellen .

Um die Phasen und die wesentlichen Veränderungen erkennen zu können , ist es sinnvoll , die Punkte ³⁴⁸ der Gliederung hintereinander zu lesen . Dieses könnte auch zu Beginn einen Einstieg in die Verkehrsproblematik erleichtern , stellt aber den Arbeitsverlauf auf den Kopf . Zum Verständnis der Konfliktlinie Verkehr ist zur Grundlage eine Chronologie Verkehr erstellt worden , auf die zur Erklärung von Umständen auch zurückgegriffen wurde . Diese Chronologie zeigt die Probleme und Aktionen , nur des Verkehrsbereichs .

Kurzbeschreibung der Phasen

2.2.1

- In der ersten Phase tritt die Problemstellung, also auch die Betroffenheit der Bürger auf, die Bürger reagieren erst nachdem Planungen bekannt werden.
Es folgen aber schon erste Schritte gegen die Mißstände. In Linden-Süd wird eine BI gegründet, die spontane und unkontrollierte Aktionen durchführt. Die BI war für ihre Konfliktgegner nicht berechenbar, dieses lag aber auch daran, daß es noch andere Gruppen gab, die Aktionen gegen die Sanierung unternahm und die BI kontrollierten. Die BI lehnt zuerst nur die Planungen der Verwaltung ab. Diese erste Phase ging bis zur Entscheidung über das Gutachten. 1975
- In der zweiten Phase treten zu den Reaktionen auf die Verwaltungsplanung eigene Lösungsvorschläge auf. Hierzu ist die BI besonders durch die Hilfen der Verwaltung befähigt. Diese ermöglichen eine fachliche Beratung und eine Qualifikation der Bürger. Mit ihren Vorschlägen geht die BI aber auf die Planungsart der Verwaltung ein. Ein wesentlicher Punkt ist, daß die Ermittlung der Vorstellungen in einem weiteren Gremium, der SK, geschieht. In dieser Phase fordert die BI zur Abwehr der Verwaltungsplanung auch Verbesserungen im Stadtteil. Die Verwaltung versucht die Bürgerproteste zu kanalisieren und die aktiven Bürger von der Basis zu lösen. Sie hat durch die Legitimierung der BI die anderen im Stadtteil aktiven Gruppen ausgeschaltet und den Protesten die Spitze genommen. Die BI wird alleiniger "Vertreter" der Interessen der Lindener bei der Sanierung bis zur Fertigstellung des Guts.
- In einer dritten Phase zeichnen sich Kompromisse zwischen BI und Verwaltung ab. Vor allem im überörtlichen Verkehr ist aber nicht geklärt, ob die von der Verwaltung vorgetragene Vorstellungen auch realisiert werden. Im innerörtlichen Verkehr versucht die Verwaltung, ihre Vorstellungen gegen die Rahmenplanung der BI, in einzelnen Projekten auszudrücken. Die BI versucht, gemeinsam mit der Verwaltung gefundene Lösungen den Bürgern zu oktroyieren. Die Planungen kommen nicht aus der Bevölkerung, die BI ist nur Kontrollorgan der Verwaltung. bis 78/79
- Diskussion um neue Beteiligungsformen - auch in der innerörtlichen Verkehrsplanung

Phase 1 2.2.2
Externe Umstände und
Probleme der Phasen 2.2.2.1

-Insbesondere als seit Mitte der 60er Jahre die Wachstumsraten zu fallen begannen und die Konkurrenzfähigkeit der bundesrepublikanischen Waren auf dem Weltmarkt in Gefahr geriet, wurde das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Akkumulation der Einzelkapitale und der Qualifikationsstruktur der exploitablen Arbeitskraft sowie dem Ausbau der materiellen Infrastruktur (Verkehr und Transport, Energie, Wohnungsbau und soziale Einrichtungen) immer offensichtlicher. Aufgrund der Zuspitzung dieses Widerspruchs mußte der Staat, der - wie oben ausgeführt - auch in der Rekonstruktionsperiode als ökonomische Potenz in den Reproduktionsprozeß des Kapitals eingegriffen hatte - nun den Schwerpunkt seiner Aktivitäten verlagern. Er erhielt die Aufgabe, die infrastrukturellen Voraussetzungen der Kapitalakkumulation (Bildungswesen, Forschung, Verkehrswesen, Städtebau etc.) den veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals anzupassen. Dabei ist soviel klar: Die Bourgeoisie - gezwungen größere infrastrukturelle Ausgaben zu tragen - wird zur Aufrechterhaltung der Profitrate noch mehr als vorher versuchen, den Teil des Wertprodukts, der an die Arbeiterklasse fällt, zu beschränken, d. h. den Lohn zu drücken und die Ausbeutung zu verschärfen. Untereinander werden die einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie darum kämpfen, wie groß der Teil des von jedem Einzelkapital angeeigneten Mehrwerts zu sein hat, der in Form von Steuern an den Staat fällt, und weiter: zu wessen Vorteil die staatlichen Mittel verwandt werden. Daß Straßenbau, Sanierung und randstädtischen Siedlungen des Sozialen Wohnungsbaus auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung des fixen Kapitals notwendige Erscheinungsformen dieses Kampfes um den Mehrwert sind - einmal des Gesamtkapitals gegen die Arbeiterklasse und zum andern der einzelnen Kapitalfraktionen untereinander - soll am Beispiel der Umstrukturierung eines der großen Agglomerationsräume der BRD im folgenden gezeigt werden.

Gemeinsam ist den »Betrieben« des sogenannten Dienstleistungssektors daß sie möglichst zentrale Standorte anstreben müssen, d. h. Lagen, an denen sie für die Kunden (im weitesten Sinne des Wortes) gut erreichbar sind. Gelingt es z. B., durch infrastrukturelle städtebauliche Maßnahmen, die Kaufkraftströme zu erhöhen, indem möglichst viele und möglichst zahlungskräftige Käufer angezogen werden, so steigen die Umsätze (die Zirkulationsgeschwindigkeit des angelegten Warenkapitals) und die infrastrukturellen Vorleistungen wie Straßen, öffentliche Nahverkehrsmittel, Parkmöglichkeiten etc. werden besser ausgelastet, d. h. die tertiären Grundlasten (die ja im RNR dem Gutachten zufolge zu hoch sind) sinken.

Aus: Helga Paßbinder
in Kursbuch 27

19.4.72 Vorbereitende
Untersuchung
Siehe Chronologie

Siehe Chronologie

Die Verwaltung, der Rat möchten eine Sanierung nach dem STBauFG durchführen, um in der Durchführung und Finanzierung Vorteile zu bekommen. Dieses bedeutet aber auch, daß sie die Betroffenen formal beteiligen muß. Der Sanierungsbeginn wird so bewußt auf einen Termin nach dem Inkrafttreten des STBauFG geschoben, bzw. die Sanierung wird erst durch das STBauFG ermöglicht.

Der Generalverkehrsplan von 1956 beschreibt die Verkehrsführung in Gesamthannover. Hierbei kommen die Probleme, die dadurch in den einzelnen Stadtteilen auftreten, zu kurz. Linden-Süd wird durch verstärkten überörtlichen Verkehr belastet.

Die Verwaltung argumentiert verstärkt auf technischer Ebene. Sachzwänge werden angeführt.

Der BI geht es vor allem um eine Abwendung von Planungsnachteilen im Stadtteil (Verkehrslärm etc.).

Seit ca. 20 Jahren ruhen die Investitionen in Linden-Süd. Schon 1957 wurden erste Sanierungsvorstellungen bekannt. Hierdurch wurden die Investitionen zur Erhaltung des Stadtteils zurückgehalten. Die Gebäude verkommen, andere finanzschwächere Schichten ziehen zu. Die Straßenplanung berücksichtigt nur den überörtlichen Fahrverkehr, nicht die anlieger in Linden-Süd. Linden-Süd ist Durchfahrgebiet zur City und unterliegt so anderen, nicht direkt durch die Verwaltung zu steuernden, Zwängen, so.

Diesen Umständen wurden die Planungen Ende der 50er und Ende der 60er Jahre gerecht.

Wichtige Voraussetzung zur Konflikterkennung ist noch, daß Wohngebiete wie Linden-Süd nicht für den heutigen Verkehr gerüstet sind. Hier ergeben sich erhebliche Differenzen zwischen den vorhandenen Möglichkeiten und den erforderlichen Ausstattungen (Parkflächen, Beruhigung der Straßen).

Erste Sanierungsvorstellungen der Verwaltung werden Ende der 60er Jahre zurückgehalten, was natürlich nach Bekanntwerden dieser Arbeiten Mißtrauen in der Bevölkerung erweckt. Man erkennt, daß die Verwaltung Planung ohne Betroffenenbeteiligung durchführen will, dh. Interessensverbände der Vermieter und der Geschäftsleute waren wohl informiert.

Aktionen der Verwaltung

2.2.2.2.1

Als Reaktion auf die Widerstände und Partizipationsansprüche der Betroffenen versuchte die Verwaltung zunächst, eine neue Planerrolle zu konstituieren: es sollte ein Koordinator und Vermittler zwischen den kommunalen Planern und den Betroffenen geschaffen werden, der die Vermittlungsarbeit zwischen Planern und Betroffenen und auch umgekehrt leisten sollte. Eine solche Vermittlerrolle war von Seiten der Verwaltung zunächst auch dem Berater zugedacht.

In dem Maße, in dem sich der Berater nicht an die ihm von der Verwaltung zugedachte Vermittlerrolle hielt, wurde die Vermittlerfunktion selbst obsolet. Der Berater als Fachmann auf der Seite der BI eröffnete die Möglichkeit, anstelle der eher manipulativen Vermittlung eine dialogische Auseinandersetzungsstruktur zwischen BI und Verwaltung zu etablieren. Das verbesserte zwar einerseits die Einflußmöglichkeiten der BI auf die Planung, trug aber andererseits zu ihrer quasi-institutionellen Einbindung in den Planungs-

Aus Seminarbericht
Klaus Holland

5.9.72

29.11.72

29. 1.74

Die Verwaltung beantragt Sanierungsmittel und führt vorbereitende Untersuchungen zur Sanierung durch. Die Verkehrsplanung der Verwaltung baut auf die Konzeption des Generalverkehrsplanes von 1956 auf. Die Träger öffentlicher Belange werden zu Beginn der Sanierung in einer vorbereitenden Untersuchung nach ihren Vorstellungen zur Verkehrsgestaltung befragt. Die einzige wesentliche Äußerung ist die des Straßenbauamtes: die Göttingerstraße soll ausgebaut werden, was den Verlust von ca. 300 WE bedeutet.

Bei diesen institutionalisierten Planungsvorbereitungen werden die Bürger nicht befragt.

Durch das STBAuFG ist die Verwaltung in der Lage, Planungen im Sinne ihres Konzeptes ohne rechtliche Probleme durchzudrücken und diese mit Bundes- und Landesmitteln zu fördern.

Dieses bedeutet aber, daß die Verwaltung die Bürger formal beteiligen muß.

Die Mehrheitsfraktion (SPD) hat bei der BI - Gründung ihren Anteil gehabt und so wird die BI nun auch von der Verwaltung als Bürgervertreter unterstützt.

Die Verwaltung stellt der BI einen Anwaltsplaner, einen Protokollanten sowie Räume und technische Hilfen. Die Verwaltung erkennt die BI aber nicht als vollwertigen Partner an, die Forderungen der BI werden zu erst total abgelehnt.

Nach einer Unterschriftensammlung der BI ist die Verwaltung gezwungen, auf die Forderungen der BI einzugehen.

"Übergeordnete Sachzwänge" werden aber immer noch zur Realisierung der Planung vorgeschoben.

So beruft sich die Verwaltung häufig auf Normen, die ihrer Planung zugrunde liegen.

Die Verwaltung ist auf den BI-Sitzungen präsent und stellt sich den Vorwürfen.

Gleichzeitig erfährt sie hier aber den Unmut und kann frühzeitig reagieren.

Verwaltung und BI stellen gegensätzliche Rahmenpläne auf (Anwaltsplaner).

Die Bürger werden immer noch als unqualifiziert abgetan.

Partizipationselement
Sanierungskommission

29. 1 74

29. 5.73

Insgesamt kann man feststellen, daß die Partizipation unter Anwesenheit des Beraters die klassische Sanierungsplanerrolle als Planverfasser und Planvermittler aufgelöst hat in zwei kontroverse Planerrollen. Genau dieses scheint die Entwicklung der BI zu einem Konfliktregulierungsinstrument unterstützt zu haben, da die gegen einanderstehenden Planer von ihrer Berufrolle her offensichtlich die Tendenz haben, entstandene Konflikte planerisch auflösen zu wollen (denn ein Plan, ein Handlungskonzept muß bei ihnen immer herauskommen).

Aus Seminarbericht
Klaus Holland

Konkrete Diskussionen sollen in einem abgehobenen Gremium derSK, geführt werden .

Noch im Herbst 1973 und im Rahmenplan 1974 lehnt die Verwaltung die BI - Vorstellungen zur Sanierung ab . Die Umlegung der Göttingerstraße in den Bereich der Hanomag scheint der Verwaltung durch deren Konkurs möglich .

Nach dem Aufkauf durch eine andere Firma ist dieses wieder unrealistisch .

Zum Allerweg will die Verwaltung ein Bebauungsgutachten erstellen lassen .

Mit der Konkretisierung der Planung wartet die Verwaltung bis die BI ihre Zielvorstellungen vorlegt .

Die Verwaltung plant aber losgelöst von den BI - Vorstellungen weiter .

Die Planaufstellung wird aber nicht nur in der Verwaltung durchgeführt , auch die BI-Planungen müssen berücksichtigt werden .

Die Planung unterliegt nun mehr offen politischen Entscheidungen .

Auf Aktionen der AKWo hin muß die Verwaltung einen Fußgängerüberweg an der Deisterstraße schaffen .

Die Verwaltung merkt , daß bei zunehmender Qualifikation der Bürger diese nicht mehr so schnell überzeugt werden können .

Taktik der Verwaltung

Die Verwaltung argumentiert mit nicht immer vorhandenen Sachzwängen .

Sie stellt sich auf einen Partner im Stadtteil ein , dieser soll die geforderte Bürgerbeteiligung bei der Sanierung garantieren .

Hierdurch betreibt die Verwaltung eine Legitimation dieser Gruppe

Andere Gruppen wie die AKWo werden abgewertet und sollen im Beteiligungsprozeß nicht auftreten .

Die legitimierte Gruppe wird so an die Verwaltung gebunden .

Durch die Reduzierung der Beteiligten sollen diese von der Basis entfernt werden .

Die Verwaltung versucht die Bürger an die Planungsart der Verwaltungsplaner anzugleichen . Dieses bewirkt wiederum eine abgehobene Planerdiskussion , von der andere Bürger ausgeschlossen werden .

Zugleich bedeutete es, daß die kommunalen Planer von ihrer Vermittlungsfunktion entlastet wurden; so konnten sie z.B. auf Fragen nach alternativen Lösungen immer auf die Gegenplanungsmöglichkeiten des Operaters verweisen.

Aus Seminarbericht
Klaus Holland

Aktionen und Taktik der AKWo

2.2.2.2.2

Änderungen der Planungsvorstellungen, die nicht auf BI-Initiative zurückgehen, sondern anderen Zwängen unterliegen, werden der BI als ihre Erfolge dargestellt. (Zurückstellung der Planungen und Realisierungen durch die Finanzmisere).

Die BI soll von der radikalen Ablehnung der Verwaltungsplanung abgebracht werden (durch einen Verwaltungsvertreter in den BI-Sitzungen).

Die Verwaltung will durch die Hinweise auf ihre Planungen von Mißständen im Stadtteil ablenken.

Aktionen der AKWo

Die AKWo sprach die direkten Interessen der Bevölkerung an.

So wurden zur Erzwingung eines Fußsängerüberganges, an einer gefährlichen Stelle der Meister Straße, Zebrastreifen auf die Fahrbahn gemalt.

Nachdem diese Streifen einmal entfernt, von der AKWo aber wieder erneuert wurden, ist nach einer Verkehrszählung von Seiten der Verwaltung ein ordnungsgemäßer Übergang geschaffen worden.

Die Hausbesetzungen der AKWo richteten sich zum Teil auch gegen die Vernichtung von Wohnraum zugunsten von Parkgaragen und Straßenausbau.

Taktik der AKWo

Die AKWo versucht, durch spontane Aktivitäten kurzfristige Erfolge zu erzielen. Die Aktivitäten ergeben sich aus Mißständen im Stadtteil, die für alle offensichtlich vorhanden sind.

Dieses bewirkt eine breite Unterstützung der Aktionen durch die Bürger. Sie sind bevölkerungsnah und für jedermann verständlich.

Bei der Durchführung ihrer Aktionen geht die AKWo keine Kompromisse ein, dieses ergibt sich schon aus den durch die Aktionen vorgegebenen Realitäten.

Die AKWo hat keine festen Rahmenbedingungen, sie greift nur die konkret anstehenden Mißstände auf. Dieses ermöglicht ein Verständnis herzustellen. Langfristige Strategien sind schwieriger zu durchschauen und werden daher auch eher mißtrauisch betrachtet.

Die AKWo greift nur aktuelle Konfliktpunkte auf.

Die Einzelaktionen stehen in einem Zusammenhang (Strategie), der aber nicht immer erkennbar ist.

Aktionen und Taktik der BI

2.2.2.2.3

Chronologie

5. 9.72

8.12.72

12. 6. 73

27. 4.74

21. 7.73

Die AKwo benutzt die BI als Sprungbrett für ihre Forderungen. Häufig waren Vertreter der AKwo auf BI-Sitzungen vertreten.

Aktionen der BI

Nach den ersten Planungen in dieser Phase und nach dem Verfahren der Verwaltung, wird diese, aber auch die Bürgervertreter im Rat, nicht mehr als Vertreter der Lindener Interessen angesehen.

Einzelne spontane Aktionen und Informationsverbreitung werden aus der Bevölkerung gestartet.

Politische Organisationen versuchen die Proteste zu kanalisieren.

Unter anderem zur Vereinigung der verschiedenen Strömungen wird eine BI gegründet.

Die BI stellt Forderungen auf.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, sammelt die BI 2500 Unterschriften gegen einen geplanten Ausbau des Allerweges.

Es werden Vorstellungen vorgetragen, die den Rückhalt der Bevölkerung auf einer Bürgerversammlung erhalten.

Die Zielvorstellungen werden dem Rat zugeleitet.

Die BI trifft sich jeden Dienstag.

Für besondere Problemkreise werden Arbeitsgruppen errichtet, so auch eine AG-Verkehr.

Die BI tritt nicht für Verbesserungen, sondern für die Abwehr von Planungsschäden ein.

Ein wesentlicher Teil der BI-Arbeit war die Erstellung von Rahmenplänen, die Studenten in Zusammenarbeit mit dem Anwaltsplaner erarbeiteten.

Eine Veröffentlichung über den geplanten Allerwegausbau, in der HAZ, schockt die BI, da sie sich übergangen fühlt.

Die BI dehnt ihre Tunnelforderungen aus. Göttinger Straße und Allerweg sollen nun untertunnelt werden.

Die BI stimmt keiner Erweiterung der Göttinger Straße zu und stellt somit das Verkehrskonzept der Verwaltung in Frage.

Die BI will ein von der Verwaltung zur Allerwegproblematik vorgeschlagenes Gutachten in ein Verkehrsgutachten.

Die BI unterstützt Aktionen der AKwo.

Innerhalb der BI stehen zu den einzelnen Problemen unterschiedliche Fraktionen.

Die BI kommt von der Abwehr der Planung zu Verbesserungsforderungen, sie geht auf die Zusammenarbeitsvorstellungen der Verwaltung ein.

Die nächste Stufe der Änderung des Planungsablaufes wurde erreicht, als sich im Winter 72/73 die BI daran begab, unabhängig von den ursprünglichen Konzeptionen umfassende Zielformulierungen für die Sanierung zu erarbeiten. Die Verwaltung wartete von der Erstellung neuer Konzepte diese Zielformulierungen ab. Sie erstellte ihren Sanierungsprogrammplan grundsätzlich als Reaktion auf diese Zielformulierungen und übernahm die Abfolge von Zielformulierung und Planaufstellung in ihrem ersten Bericht über die Sanierung als Konzept.

Wesentlicher war die dritte Stufe der Veränderung, mit der Aufstellung eines eigenen Rahmenplanes griff die BI in den Planaufstellungsprozess der Verwaltung selbst ein. Das erfolgte zunächst über das - durch den Berater vermittelte - Aufschreiben der Grundstruktur des Rahmenplanes und dann durch die gleichzeitige Entwicklung von zwei strukturell gleichwertigen Planungskonzepten/Rahmenplänen.

Aus dem Seminarbericht
Klaus Holland

Fraktionen z.B. SPD-Mitglieder
BI eV "
Spontis

Taktik der BI

Von Konfrontation zur Alternativplanung
In der Entwicklung der BI zeigt sich die Anpassungsfähigkeit der "Bürgervertreter" innerhalb der BI, die BI glaubt, durch Gespräche und Auseinandersetzungen ihre Ziele besser durchsetzen zu können.
Die Gefahr, des Verwischens der Zielvorstellungen durch die Verwaltung, wird nicht gesehen.
Die BI ist von den Reaktionen auf die Planungen der Verwaltung zu eigenen Aktionen gekommen, den Aktionen liegen eigene Zielvorstellungen zugrunde.
Die BI stellte in den Zielvorstellungen und Rahmenplänen überspitzte Forderungen auf.
Teilweise gingen diese Forderungen über die des Anwaltsplaners hinaus.
Die BI will mit der Verwaltung arbeiten, sie glaubt, daß die schlechten Planungen nur auf Fehler der Verwaltung zurückzuführen sind, ansonsten wird der Verwaltung guter Wille attestiert.
Durch eine eigene Gegenplanung glaubt die BI, ihre eigenen Vorstellungen am Besten einbringen zu können.
Sie geht hierbei auf die Planersprache der Verwaltung ein.
Die Gegenplanung soll gleichberechtigt neben der Planung der Verwaltung stehen.
Die BI will ein festes Gremium schaffen, in dem die Sanierungsproblematik besprochen wird.
Durch Unterschriftensammlungen soll die Planung der Verwaltung gestoppt werden. Weiter wird dieses durch eine Bürgerversammlung versucht. Hier sollen die vordiskutierten Vorstellungen mit den Bürgern diskutiert und von den Bürgern unterstützt werden.
Die BI verfolgt längerfristige Ziele, sie will die Planung der Verwaltung korrigieren.
Das Selbstverständnis und "einungsbild" der BI ist nicht einheitlich, die BI versucht aber mit einheitlicher Meinung aufzutreten, um nach außen ein einheitliches Meinungsbild der Lindener darzustellen.
Die BI (Anwaltsplaner) will durch "fundierte" Methoden ihre Planung aussagekräftig machen.
Mit ihren Forderungen kommt die BI von der Planungsabwehr zu Verbesserungsvorschlägen.

Ergebnisse und Einschätzung

2.2.2.3

Verwaltung

Die Verwaltung hat einen festen Partner auf der Betroffenenenseite gefunden. Durch den ständigen Kontakt und durch die Legitimation nur dieses Partners hat die Verwaltung diesen gebunden.

Durch die ständige Präsenz auf den Sitzungen der BI kann die Verwaltung den Unmut der Bürger erkennen. Über die BI erhofft sich die Verwaltung Einfluß auf die Bürger zu bekommen. Entscheidend ist der Versuch, mit der BI zusammen die Bürger zu beeinflussen. Die Verwaltung muß in dieser ersten Zeit ihre Planungen revidieren, auf Eis legen, den Bürgern anpassen.

AKWo

Die AKWo hat durch ihre Aktionen einen Fußgängerübergang an der Deister-Straße erzwungen. Für diese direkt anstehende Problematik hat sich die Aktionsform als sinnvoll erwiesen.

Die Informationspolitik der AKWo war auf starke Beteiligung der Bürger ausgerichtet. Die meisten Flugblätter in dieser ersten Phase sind von der AKWo erstellt und verteilt worden. Außerdem wurden die Hausbesetzungen zur Information - Bürgerversammlung-genutzt.

Ein weiterer Punkt ist die Unterstützung der BI. Ohne die Aktionen der AKWo hätte die BI nicht ihre Forderungen durchsetzen können. Die AKWo sorgte für den politischen Druck der Bewohner im Stadtteil.

Durch die Existenz einer weiteren Gruppe im Stadtteil unterlag die BI einer Kontrolle. Sie mußte ihre Aktionen nach unten legitimieren.

BI
Chronologie

Durch ihre formulierten Zielvorstellungen, die die BI auf einer Bürgerversammlung diskutiert und in Teilen durch 2500 Unterschriften unterstützen läßt, wird die Sanierung im Stadtteil diskutiert. Bürger können Vorstellungen, die aus den eigenen Reihen kommen, besprechen.

Durch eine breite Unterstützung im Stadtteil wird die Planung der Verwaltung, aber vor allem deren Realisierung aufgeschoben, was sich später als vorteilhaft erweist, da unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen die Planungen der Verwaltung sich den Vorstellungen der Bürger angleicht.

Die BI kommt zu einer regelmäßigen Diskussion der Sanierungsvorstellungen mit Vertretern der Verwaltung. Zur Bearbeitung der Verkehrsproblematik richtet die BI eine Arbeitsgruppe ein, die sich verstärkt mit dieser Problematik befaßt.

Die totale Ablehnung der Sanierungsvorstellungen der Verwaltung weicht der Diskussion dieser Ziele. Dieser Diskussion dienen besonders die selbst-formulierten Vorstellungen der BI in den Rahmenplänen.

Anfang 1974 stehen 2 Rahmenpläne, je einer der BI und der Verwaltung. Die Verwaltung versucht aber, ihre Vorstellungen der überörtlichen Verkehrsplanung im FMP festzuhalten.

Im Juni steuert die BI schon auf die Lösung der Verwaltung zu, der Allerweg, der zuvor nicht ausgebaut werden sollte, soll nun untertunnelt werden. Hierzu wollte die Verwaltung zuerst ein Bebauungsgutachten Allerweg erstellen lassen, die BI forderte aber ein Verkehrsgutachten für Linden-Süd und setzte sich durch. Die BI versucht die Problem im größeren Rahmen zu sehen. So fordert sie, den ÖNV zu verstärken und in diesem Zusammenhang P+R anzubieten. Sie geht damit von der traditionellen Bevorzugung des Individualverkehrs ab und bringt sich in Gegenposition zur Verwaltung. In der SK führt dieser Punkt dann zur Auflösung des Gremiums. Die CDU ist nicht bereit, im Rahmen der Sanierung über politische Themen - Fahrpreiserhöhung - zu diskutieren. Hier treten unterschiedliche Einschätzungen der Sanierungsarbeit auf. Aber auch in der BI gibt es zu diesen Problemen kein einheitliches Meinungsbild.

2.2.2.4

Bürgerversammlungen wurden von der BI und von der Verwaltung einberufen. Hier wurden auf Podiumsdiskussionen die Planungsvorstellungen erläutert. Die Bürger sollten auf den Versammlungen den Vorstellungen der BI Rückhalt geben. Die Versammlungen der Verwaltung finden alle 4 Jahre in allen Stadtteilen gleichmäßig statt. Sie dienen mehr der Information denn der Beteiligung der Betroffenen.

Durch die Gründung der BI sollten und wollten die Bürger eine Organisation schaffen, die permanent an der Planung beteiligt ist und so auch ihre Interessen der Stadtteilbevölkerung vertritt. Die BI wurde maßgeblich durch SPD-Kreise ins Leben gerufen.

Die AKWO war eine Organisation, die sich aus dem Unmut im Stadtteil heraus gebildet hat und, ohne dauernden Kontakt zur Verwaltung zu haben, versucht, durch spontane Aktionen konkrete Mißstände im Stadtteil aufzuzeigen und durch politischen Druck zu verbessern. Aber Verhandlungen über längerfristige Ziele hat die AKWO nicht geführt.

Andere Gruppen im Stadtteil äußerten sich in und über das Dienstagsforum der BI.

Die BI trifft jeden Dienstag in einer offenen Sitzung, auf der jeder im Stadtteil Wohnende Stimmrecht hat, und fühlt sich so legitimiert für alle Lindener (Linden Süd) zu sprechen.

In den Ortsvereinen der Parteien wird sicher auch über die Sanierungsproblematik diskutiert. Parteien schicken Vertreter, die sich nicht als solche darstellen, in das Dienstagsforum. Besonders die SPD versucht, die Aktionen der BI zu steuern.

Informationen in Form von Flugblättern werden von der BI, besonders aber von der AKWO, als Stadtteilzeitung herausgegeben. Ua. hierdurch betreibt die AKWO eine bessere Öffentlichkeitsarbeit als die BI.

Spektakuläre Aktionen sind Hausbesetzungen der AKWO, die aber auch die Unterstützung der BI erhielten. Die Problematik wurde auf Veranstaltungen in den besetzten Häusern, aber auch in Diskussionen über die Aktionen in der Bevölkerung deutlich. Die klar erkennbaren Ziele der Aktionen fördert eine Solidarisierung. Diese spektakulären Aktionen dienten als Anreißer in der Sanierungsdiskussion.

Die BI ist nicht alleiniger Konfliktgegner der Verwaltung. Die ANWo erreicht eigentlich, ergänzend zu den Zielvorstellungen der BI, die direkteren Erfolge. Langfristigere Erfolge, wie die Aufschiebung der Realisierung der Verkehrsplanung, sind aber besonders der Alternativplanung der BI zuzuschreiben, die natürlich politische "Ückendeckung" auch durch das Aufzeigen der Mißstände und des Unmuts durch die ANWo erfährt. Nicht erkannt wurde von der BI die Konkurrenz zu Interessen der Innenstadtutzer.

Wesentlicher Punkt dieser ersten Phase ist die Gründung einer BI. Die Art und Weise dieses Vorganges, die starken Einflüsse der Verwaltung und der SPD bestimmen auch die Handlungsweise der BI. Innerhalb der ersten Phase schon hat sie sich in vielen Punkten den Vorstellungen der Verwaltung angepaßt, vor allem wohl auch um diskussionsfähig zu bleiben.

Erfolge der BI, die Aufschiebung der Planung und die damit veränderten Planvorstellungen der Verwaltung, sind aber auf wirtschaftliche Umstände zurückzuführen. Zu Beginn ist die BI auch nur bestrebt, Schäden durch die Planungen abzuheben, Verbesserungen im Stadtteil werden erst später gefordert.

Dieses erklärt auch, daß die BI erst nach den bekannt gewordenen Planvorstellungen der Verwaltung ins Leben gerufen wurde. Nicht die Mißstände sind der Anstoß, sondern die Aktualisierung der Planung durch deren Vorstellung, außerdem braucht die Verwaltung Bürgerpartner bei der Planung.

Schon durch diese Entstehungsgeschichte läuft die BI Gefahr, Konflikte zu regulieren.

Bereits zu dieser Zeit muß die BI immer gefordert werden, soll sie Aktionen gegen die Verwaltung unterstützen. Diese Aktionen sind aber erforderlich, um die Verwaltung in ihre Grenzen zu weisen. Es zeigt sich, daß eine freie ungebundene Gruppe freiere Entscheidungen fällen kann.

Partizipationselement
Sanierungskommission

Chronologie

Forderung der BI

Die Mittel zur Durchsetzung der Forderungen sind schriftlich
Sie sind vor allem von der Gegenpartei nicht kalkulier-
bar .

Die BI versteht die Fahrpreisgestaltung als Teil der
Verkehrspolitik . Es ist aber hier schon zu differenzieren
zwischen den BI Mitgliedern ; die Fahrpreisgestaltung
war vor allem ein Thema , das die SPD in die BI getragen
hat .

In diesem Konflikt verdeutlicht sich , daß die SK ein
Premium ist , in dem sich die Verwaltung mit den traditio-
nellen Vorstellungen von Planung stärker durchsetzt .
Wichtig ist hier , daß die BI nur über die SPD Stimmen
Einfluß in der SK hat . Sie ist nicht direkt beteiligt .
Durch die Einschränkung der BI in der SK auf die Saniera-
ungsprobleme , ist sie auch als Bündnispartner für an-
dere gefährdet . Aber gerade Verkehrsprobleme sind nicht
allein auf Linden-Quä begrenzt , daher ist die BI auf
die Solidarität anderer Gruppen angewiesen . Unter die-
sem Gesichtspunkt ist auch eine koordinierte Gesamt-
planung zu fordern .

Innerhalb der SK soll die Straßenführung aus der F-pla-
nung ausgeklammert werden . Hier ist die Verwaltung
nicht einverstanden , es soll rechtlich unmöglich sein .
Das Instrumentarium steht einer vernünftigen Planung
entgegen . Die BI muß auf die Sprache der Verwaltung
eingehen .

In dieser ersten Phase der Sanierung sind die Gründung
der BI und deren Aufschiebung der Verkehrsplanung der
Verwaltung die wesentlichen Merkmale . Die BI hat sich
aber schon den Vorstellungen der Verwaltung über eine
BI angepaßt . Die Erfolge der BI sind auch auf wirtschaft-
liche Umstände zurückzuführen .

Vor allem die Aktionen der Akwo gingen an der BI vorbei .

Phase II
externe Umstände und
Probleme der Phasen
2.2.3.1

Wirtschaftliche Rezession
Verkaufsflächen in der City stellen sich als zu groß
heraus
Stadt bekommt keine Bauträger zur Sanierung

Probleme der Phase
Gutachten - Bebauungs- oder Verkehrsgutachten , Alternativen ,
Rahmenplanung (Veröffentlichung)
Kompromiß der Verkehrsplanung bahnt sich an
Überörtlicher Verkehr

Aktionen und Taktik
der Verwaltung
2.2.3.2.1

- Aktionen der Verwaltung
- 1.10.75 Verwaltung geht vom Bebauungsgutachten ab - Verkehrsgutachten-auf Forderung der BI
Verwaltung kann Vorgaben mit der BI abstimmen
 - 3.75 Verwaltung will entgegen einem EK Beschluß das Gutachten an den anderen Gutachter vergeben
Verwaltung kauft Häuser am Allerweg - Richtungsweisend für die weitere Planung im Bereich Verkehr
 - 2.12.75 Verwaltung will Tiefgaragen bauen - Planungen der BI und das Gutachten unterlaufen
Verwaltung unterbricht Diskussionen mit politischer Argumentation .
Verwaltung läßt BI Vertreter von einer Stelle zur anderen laufen , ohne ihnen Auskunft zu erteilen
 - 10.11.75 Verwaltung hält Daten zur beschlossenen Erweiterung des Gutachtens zurück
 - 29. 6 76 Verwaltung will nach schlechtem Abschneiden im Gutachten eine erneute Bewertung
 - 25.11.76 Verwaltung läßt ihre Verkehrslösung in der HAZ als die vom Gutachter besser beurteilte darstellen
 - 24.11.76 Verwaltung will den Bauausschuß des Rates allein über die Verkehrsproblematik informieren .
Verwaltung ruft Bürger und Straßenversammlungen ein

Der dann folgende Auftrag des Bausschusses an die Verwaltung, nicht ihren Rahmenplan weiter zu verfolgen, sondern mit der BI einen Kompromißplan auszuhandeln, demonstriert zugleich den Einfluß der Partizipation auf den Planungsverlauf und die institutionelle Konsolidierung der BI.

Die Veränderung im Planungsablauf ist nicht auf die Rahmenplanung beschränkt, sondern ist im Prinzip auch bei Einzelplanungen vorhanden, ohne daß die BI inner in gleichen Umfang in den Planaufstellungsprozeß eingegriffen hat. Aus Seminarbericht Klaus Holland

Die Akwo existiert nicht mehr

Aktionen und Taktik der BI

2.2.3.2.2

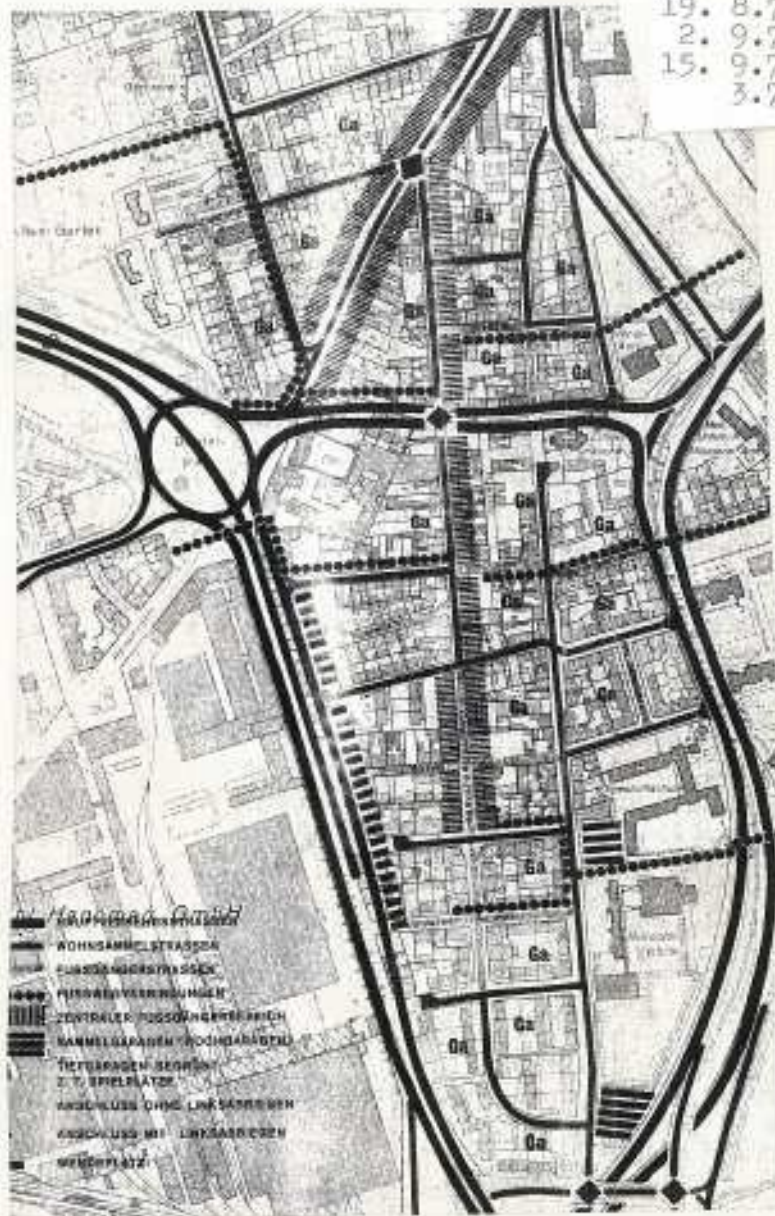
18.2
18. 2.76
28. 1.75
12. 2.75
28. 2.75
3. 3.75
3. 6.75
9. 6.75
10. 6.75
12. 8.75

Taktik der Verwaltung

Verwaltung verhandelt , besteht nicht mehr starr auf ihre Forderungen
 Verwaltung nimmt Zusagen zurück , sie nimmt die BI nicht ernst
 Verwaltung schafft trotz Verhandlungen 'orgaben für eine Lösung in Ihrem Sinne
 Verwaltung versucht die BI in Einzelfragen von ihrem Rahmenplan zu lösen
 Verwaltung argumentiert mit technischer Sachzwängen
 Verwaltung ermüdet die BI durch langfristiges Taktieren
 Verwaltung läßt BI Vertreter im Rathaus von Amt zu Amt laufen, ohne ihnen Informationen zu geben
 Verwaltung hält Daten zurück
 Verwaltung qualifiziert unliebsame Gutachterergebnisse ab
 Verwaltung beeinflusst die Öffentlichkeit durch ungenaue Darstellungen in den Medien
 Verwaltung verstrickt die BI in Verfahrenssachen
 Verwaltung läßt die SK platzen
 Verwaltung setzt ihre Sprache durch
 Verwaltung läßt die BI zur zweiten Planungsorganisation werden
 Verwaltung hält ihre Taktik zurück
 Verwaltung ist durch ihre Planung im Vorteil
 Verwaltung strukturiert die Bürger- und Anliegerversammlungen vor

Aktionen der BI

BI ordnet ihre Aktionen Allgemeinpolitisch ein (Allerweg zerschneidet Arbeiterstadteil)
 BI betreibt Bündnispolitik - BI Ricklingen
 BI will Rahmenpläne veröffentlichen
 BI stellt die Rahmenpläne fertig
 BI fordert Gutachten
 BI setzt ihre Art des Gutachtens durch
 BI strebt Kompromiß in der überörtlichen Verkehrsführung an (Allerweg und Göttinger Straße in alter Führung aber im Tunnel
 BI besteht nicht auf ihren Rahmenplan (überspitzt)
 BI AGV arbeitet 1-mal im Monat
 BI wird beim OB , Oberstadtdirektor etc . vorstellig
 BI läßt Verkehrsplaner zu ihren Sitzungen ein
 BI informiert neben der Verwaltung den Ba_ausschuß



- 19. 8.75 BI fordert Verbesserungen , nicht nur Abwendung von Planungsschäden
- 2. 9.75 BI verbessert die Wohnumfeldbedingungen
- 15. 9.75 BI unterstützt die " rote Punkt Aktion "

Taktik

- BI will ihren Gutachter durchsetzen
- BI akzeptiert nach langen Diskussionen Gutachter der Verwaltung
- BI setzt sich auch in der SK in dieser Frage nicht durch
- BI ist kompromißbereit , sie geht von ihren überspitzten Forderungen ab
- BI verbindet teilweise die direkten Maßnahmen mit übergeordneten politischen Vorstellungen
- BI wird je nach Dringlichkeit bei verschiedenen Stellen vorstellig
- BI versucht Verbündete zu bekommen
- BI setzt zusätzliche Information des Bauausschusses durch die BI durch
- BI reagiert auf Aktionen der Verwaltung
- BI will von der Abwehr von Planungsschäden zu Verbesserungen im Stadtteil kommen
- BI setzt sich hauptsächlich für Lösungen im überörtlichen Verkehr ein , die innerörtlichen Lösungen werden vorbereitet
- BI formuliert noch überzogene Ziele
- BI geht auf die Planungssprache der Verwaltung ein , sie hat Schwierigkeiten der Information nach "unten"
- BI hat keine konkurrierenden Gruppen mehr , sie ist in ihrer Stellung gefestigt und muß sich nicht vor der Bevölkerung rechtfertigen
- BI fordert sofortige Verbesserungen für die Anwohner der stark befahrenen überörtlichen Straßen
- BI arbeitet mit fachlichen Argumenten
- BI verhindert die schnelle Realisierung der Pläne der Verwaltung

**PLANUNG
STADTVERWALTUNG**

**VERKEHRS-
KONZEPT**

Die Haupterschließung des Stadtteils Linden-Süd ist vorgesehen über die ihn umgebenden Straßen: Göttinger Straße (B 6) und Ritter-Brüning-Straße, beide als Rechtsabbiegemöglichkeiten ohne Linksabbieger. Außerdem sollen auch zukünftig folgende Kreuzungen mit Linksabbiegemöglichkeiten erhalten bleiben: Deisterstraße/Charlottenstraße, Allerweg/Charlottenstraße und Fischerhof/Ricklinger Straße.

Die Innere Erschließung des Gebietes soll eingeteilt werden in Wohnstraßen, die allgemein befahrbar sind und Fußgängerstraßen, die nur ausnahmsweise für Grundstückszufahrten und Lieferverkehr frei

zu sein. Die Fußgängerstraßen sollen Freiflächen von Kindern und Erwachsenen für Spiel und Freizeit zusätzlich genutzt werden können.

Die übergeordneten Fußgängerverbindungen zwischen dem Stadtteil und dem Grünbereich der Ihna-Niederung und dem Van-Alten-Garten kreuzen die umgebenden Hauptverkehrsstraßen und müssen besonders gesichert werden. Das ist mit der Unterführung a. d. Stadionbrücke für eine Wegeverbindung bereits erreicht.

Der Einstellplatzbedarf für die Autos der Bewohner wird sich langfristig auf rund 2.200 Plätze oder Garagen belaufen. Als Berechnungsgrundlage wird davon ausgegangen, daß auf 5 Einwohner ein PKW kommt oder auf eine Wohnung ein PKW-Anteil von 0,7. Dabei ist berücksichtigt, daß Linden-Süd günstig zur Innenstadt liegt und eine Straßenbahnlinie angeboten wird. Die Unterbringung von maximal 400 notwendigen Garagen innerhalb

des Baublockes ist ein Planungsziel. Der übrige Bedarf an privaten Stellplätzen müßte in Hochgaragen konzentriert untergebracht werden.

Bürgerbeteiligung

2.2.3.4

Es wird kein Bebauungs- sondern ein Verkehrsgutachten erstellt

BI und Verwaltung einigen sich auf einen Gutachter, Inhalt und Aussage des Gutachtens werden gemeinsam mit dem Gutachter abgestimmt

Die BI kann das Gutachten ausweiten

Die Realisierung der Verwaltungsplanung wurde verhindert, die Planung in Frage gestellt

Die Rahmenpläne werden abgestimmt und veröffentlicht
Durch die Tunnelöffnung können an der Göttinger Straße 300 WG erhalten werden

Die Verwaltung verwirft Kompromisse, die sie zuvor mit der BI abgestimmt hat und die in der SK eine Zustimmung bekommen haben

Die BI ist alleiniger "Bürgervertreter"

BI und Verwaltung diskutieren auf einer von der Verwaltung bestimmten Planerebene, dieses ergibt Schwierigkeiten im Kontakt nach unten, zur Basis

Die BI grenzt sich ab, sie ist ein kleiner abgehobener Kreis, der als zweite Planerorganisation fungiert

Die BI arbeitet auch unter schlechten Bedingungen in der SK mit

Rat und Verwaltung sind nicht bereit, die Sanierung politisch zu betrachten, sie lassen die SK wegen "allgemeinpolitischer" Forderungen der BI platzen.

Zu Beginn der Phase führte die BI noch eine Bürgerversammlung durch. Themen waren Sanierungsziel und Forderungen der BI

Im weiteren Verlauf wird eine Bürgerversammlung von der Verwaltung und der BI gemeinsam durchgeführt - Rahmenplanvorstellung

Außerdem hält die Verwaltung auch Straßenversammlungen ab - Neugestaltung der Straßenräume

Bürger kommen mit ihren Problemen in die BI

Hier können sie den Vertreter der Verwaltung sprechen, die BI hat hier nur Mittlerfunktion, die Bürger können in vertrauter Umgebung mit der Verwaltung reden - Abbau der Schwellenangst

Informationen durch Flugblätter werden kaum noch verbreitet

Informationen werden durch die Presse weitergegeben - häufige Berichterstattung über die SK -

Die Sanierung läuft, wesentliche Anfangsaktivitäten sind vorbei, die Lindener fühlen sich durch die BI vertreten, Randgruppen haben kaum eine Chance in den

Gegenplanung der BI

- Kein Ausbau überörtlicher Verkehrswege zu Lasten des Wohnens
- B 6 aus Göttinger Str. nach Westen ins Industriegebiet verlegt
- Statt Allerwegausbau eine Innen-Stadtverbindung über Kaiserghel und Stadionbrücke
- Großteil der Straßen im Wohngebiet ohne privaten Fahrverkehr
- Aus Verkehrsstraßen werden Fußgängerzonen und Spielstraßen
- Zufahrt nur noch für Versorgungs- und Anlieferungsverkehr
- Größter Teil der PKW-Einstellplätze am Rande des Gebietes
- Großteil der PKWs ebenerdig aufgestellt
- nur wenige Tiefgaragen in der Mittleren Zone
- 3 PKW-Einstellplätze für 4 Wohnungen reichen
- Fußgängerzone mit Anschluß an U-Bahn, Bus- und Straßenbahnverkehr.

Zusammenfassende Einschätzung

2.2.3.5

Sanierungsprozeß einzugreifen, die BI hat ihre Abwehrmechanismen, die AKWo und andere Gruppen existieren nicht mehr

Das Platzen der SK wegen der Einheitstarifforderung führt zu Statutenänderung, die die Bürger weiter benachteiligt

In dieser Zeit erkennt die Verwaltung die Schwächen der BI, sie sieht, daß die BI keinen Rückhalt im Stadtteil hat bzw. diesen größtenteils verloren hat und nicht auf Antrieb wiederherstellen kann. Diese Einschätzung wirkt sich in den Aktionen der Verwaltung aus. Sie setzt sich nach anfänglichen Zugeständnissen immermehr durch.

Die BI andererseits geht von ihren Extremforderungen ab und erscheint verhandlungsfähig. Sie wird auch nicht mehr von anderen Gruppen im Stadtteil (z.B. AKWo) gefordert, diesen wurde von der Verwaltung die Vertretung des Stadtteil abgesprochen, die Verwaltung hat sich auf die BI festgelegt, was diese gegenüber der Verwaltung verpflichtet.

Die verstärkte Durchsetzungskraft der Verwaltung läßt die BI ihre eigenen Aktivitäten sehr negativ einschätzen. Sie kann ihre Vorstellungen nicht durchsetzen. Das Verhältnis der BI zur Verwaltung hat sich aber so weit konsolidiert, daß die BI der Verwaltung keine geeigneten Gegenmaßnahmen bieten kann. Sie ist zu sehr in die Planungsstrategie der Verwaltung eingebunden, sie kann den Aktivitäten der Verwaltung nichts entgegenzusetzen und ist so immer im Zugzwang, sie hinkt immer hinterher.

Dieses resultiert aber besonders aus der Vorstellung der BI, die Verwaltung würde mit der Sanierung Fehler begehen und diese seien durch die BI zu beheben. Die BI sei also nur ein Kontrollorgan der Verwaltung. Diese Einschätzung wird durch die Teilerfolge noch verstärkt. Die Verwaltung erklärt ihre Zugeständnisse nicht durch geänderte Rahmenbedingungen, diese werden nur bei der Verweigerung der Zugeständnisse an die BI benutzt. So glaubt die BI, die Veränderungen der Planvorstellungen wären nur auf ihre Aktivitäten zurückzuführen. Nach der möglichen Einigung im überörtlichen Verkehrsbereich kann sich die BI verstärkt auf den innerörtlichen Verkehr konzentrieren. Hier kann sie konkrete Verbesserungen schaffen.

Phase II 2.2.4

Externe Umstände und
Probleme der Phase

2.2.4.1

Konjunkturprogramm - Bau, anstieg der Konjunktur

Gutachten, inneres Verkehrssystem, konkrete Lösungen
Planungskontrolle, Kompromiß überörtlicher Verkehr
ÖNV - Verlegung der Bahn, Atommill

Aktionen und Taktik der
Verwaltung

2.2.4.2.1

12.10.76

Verwaltung verwässert das Gutachten

Verwaltung veröffentlicht das Gutachten nicht

19.4.77

Verwaltung trifft Entscheidungsvorbereitungen für das
innere Verkehrssystem

Verwaltung versucht zB., mit Parkflächen in Innenhöfen
vom Konzept der BI abzugehen

23.5.77

Verwaltung beruft Straßenversammlungen zur Information
der Bürger ein

Verwaltung versucht, die BI zur Unterstützung der Planun-
gen, gegenüber den Bürgern, zu gewinnen.

31.5.77

Verwaltung organisiert eine Delft - Reise zur fachlichen
Information, und sie bindet die Bürger hiermit

31.5.77

Verwaltung will das alte Pfarrhaus abreißen - die BI
will es als Pfand für die geforderte Tunnelösung ver-
wenden

Verwaltung führt erst nun Verkehrslösungen zum Gutach-
ten durch, sie können nicht berücksichtigt werden

Verwaltung will die Stadtbahnlinie verlegen, für Linden
Süd bedeutet dieses eine schlechtere Anbindung an das
Verkehrsnets, vor allem zur City

17.5.77

Verwaltung deutet eine Verschiebung des Allerwegausbaus
aus finanziellen Gründen an *Planung soll abgelehnt werden*

Kleingärtner protestieren gegen die Trassenführung der
Göttinger Straße durch ihre Gartenanlage
Interessengemeinschaft Deisterstraße (Kaufleute) führt
direkte Verhandlungen mit der Verwaltung

Verwaltung bietet Delft-Reise an
 Verwaltung will ungünstiges Gutachten hinauszögern
 und in Vergessenheit bringen
 Verwaltung beeinflusst die Veröffentlichung durch Ver-
 zögerung
 Verwaltung prägt der Sanierung mit Einzelmaßnahmen ihren
 Stempel auf, sie umgeht die Pläne der BI
 Verwaltung versucht die Gegenposition der Bürger zu
 brechen
 Verwaltung verspricht im überörtlichen Verkehr Lösungen,
 deren Realisierung in ferner Zukunft liegen - keine
 Mittel -
 Verwaltung ruft Anliegerversammlungen ein und struktu-
 riert diese - die BI ist untätig
 Verwaltung - Stelle für Sanierung - nutzt Votum der BI
 als Unterstützung gegen andere Verwaltungsstellen -
 Beispiel, Wohnstraßen
 Verwaltung erfährt den Unmut in der Bevölkerung durch
 ihre ständige Präsenz auf den BI-Sitzungen
 Verwaltung setzt Planung gegenüber den Bürgern mit BI
 Unterstützung durch
 Verwaltung plant Anliegerversammlungen gemeinsam mit der
 BI

Aktionen und Taktik
der BI 2.2.4.2.2

11.10.77

BI kämpft um die Veröffentlichung des Gutachtens

17. 8 77

BI stimmt einem Kompromiß im überörtlichen Verkehrsbe-
 reich zu

15.11.77

BI macht Vorschläge für das innere Verkehrssystem

27.11.77

BI fordert Verlagerung des Atommitlitransports

BI fordert Pfarrhauserhalt bis zur sicheren Tunnellösung
 am Allerweg

BI kontrolliert die Planung und die Realisierung

BI berichtet über die fertiggestellten Projekte - Wie
 werden sie angenommen

BI fordert Korrektur in fertiggestellten Projekten

BI tritt für den Erhalt der Stadtbahnlinie Ricklingen -
 Linden - City ein

11.4.77

BI klärt die Unstimmigkeiten mit anderen Gruppen

BI will Pfarrhaus durch ein Gutachten retten

Pfarrhaus gegen Allerwegausbau als Pfand einsetzen

BI sucht Gruppen zur Nutzung des Pfarrhauses

BI kontrolliert die Planungen und Ausführungen der Verwaltung

BI arbeitet auf Kompromisse zu , sie geht von den über-
spitzten Forderungen ab

BI arbeitet fast nur nach oben zur Verwaltung etc .
sie arbeitet nicht mit den Bürgern - sie setzt die
Planvorstellungen mit der Verwaltung durch

BI will das Pfarrhaus als Pfand für den Allerwegtunnel
erhalten

BI vertritt die Interessen der Teilnehmer , also nicht
die Interessen aller Lindener

BI arbeitet im kleinen Kreis , sie beteiligt keine neu-
en Gruppen , hält sie durch ihre Statuten zurück , sie
veröffentlicht ihre Ergebnisse nicht

BI beteiligt die Bevölkerung nicht an der Planung

BI ist keine Bürgerinitiative für alle Lindener - sie
verhindert Anliegerversammlungen , (Haspelmathstraße)
die die Kritik der Anlieger an der Straßenplanung und
am Straßenbau klären sollen .

BI akzeptiert die Planersprache der Verwaltung und schließt
hiermit Laien aus

Andere Bürgergruppen versuchen über die BI auf die Ver-
waltung einwirken zu können , bzw. wenn sie gegen die
Planungen von BI und Verwaltung sind geben sie direkt
zu den entscheidenden Stellen , zur Verwaltung .

Da das Gutachten für die BI positiv ausfällt, will die
Verwaltung es nicht veröffentlichen

BI und Verwaltung einigen sich über die Lösungen im
inner- und überörtlichen Verkehr .

Es entsteht eine harmonische Zusammenarbeit zwischen
BI und Verwaltung , da die BI kaum Kontakte nach unten
hat und als zweite Planungsorganisation fungiert - gegen-
seitige Hilfestellung

Die BI arbeitet gegen oder ohne die Bürger , sie erarbei-
tet mit der Verwaltung Konzepte zur Oktruierung ihrer
Planung

Die Verwaltung setzt in Detailfragen Vorgaben für Lösun-
gen , die nicht mit BI Forderungen übereinstimmen , die
BI stimmt diesen Forderungen nachträglich zu .

Die Verwaltung erzielt Kompromisse in der überörtlichen
Verkehrsführung , deren Ausführung in 10 - 15 Jahren
liegt - nach Äußerungen eines Ratsherren überhaupt
in Frage stehen .

BI und Verwaltung erzielten in den wesentlichen Punkten Einigungen . Bei den Lösungen im innerörtlichen Verkehr wird die BI gefragt , sie plant Änderungen, die eingebaut werden . Das Tempo der Erneuerung soll 2 Straßen jährlich betragen . Die BI geht von ihrem Erschließungssystem ab , die Delft Reise war eine Überzeugungshilfe der Verwaltung . Die deutliche Anschauung brachte den Bürgern die Planungen näher . Die BI wird wieder in allgemeinpolitische Fragen gedrängt (Atommülltransport)

Ergebnisse und Einschätzung 2.2.4.3

Die Verwaltung plant Anliegerversammlungen, damit der BI gemeinsam durchgeführt werden . Hierbei werden die Bürger durch gemeinsame Strategien von BI und Verwaltung überzeugt . Auf diesen Veranstaltungen werden fertige Planungen, in dem Bürger unverständlicher Art und Weise, dargestellt . Geringe Änderungsvorschläge sollen akzeptiert werden . Vor allem bei der BI ist bei solchen Aktionen nach dem Selbstverständnis zu fragen . Geschäftsleute haben sich direkt an die Verwaltung gewandt . Die BI hat von sich aus kaum Bürger angesprochen . Nur eine Bürgerversammlung wurde durchgeführt . Hier sollte die Problematik um den Allerweg die Bürger anlocken, um sie dann mit anderen Themen zu konfrontieren . Der Verkehr wurde hiernur am Rande erwähnt . Die 100 Besucher wurden mit dem Bürgerzentrum vertraut gemacht . Die BI hat einen mangelnden Rückhalt im Stadtteil , Forderungen neuer Gruppen, zB. der Godehardstift-Gruppe , werden nicht unterstützt . " zu dieser Bürgerversammlung rufe ich nicht auf , ich sag , daß sie nicht kommen sollen . " " Nur der Verkehr zieht " . Auf der Bürgerversammlung stimmen die alten BI'ler einer Resolution , in der auch das zügige Vorgehen im Verkehrsbereich , gefordert wird, nicht zu , da auch Forderungen nach dem Ausbau des Godehardstiftes zum Bürgerzentrum aufgestellt worden sind . Hier zeigt sich , daß nur gezwungene Bürgerbeteiligungen stattfinden . Die BI möchte lieber im alten Rahmen , unter sich , weiterarbeiten . So werden Verhaltensstrukturen und Verfahrensabläufe nicht in Frage gestellt ; dieses ermöglicht eine einfachere Arbeit , die dann aber auch nur den eigenen Interessen dienen kann .

Bürgerbeteiligung
2.2.4.4

Die übrigen Planinstrumente der Sanierung haben sich in ihrem Charakter durch die Partizipation kaum verändert. Anstelle von denkbaren Instrumenten, die auf die Versittlung von Planinhalten an die Betroffenen angelegt sein könnten, hat die Einbindung der BI in den Planungsprozeß lediglich dazu geführt, daß nunmehr auch auf ihrer Seite die gleichen Instrumente benutzt wurden wie auf Seiten der Verwaltung. Die Gegenplanung hat im wesentlichen nicht neue Instrumente hervorgebracht, sondern die Verteilung von Instrumenten und instrumenteller Kompetenz verändert.

Aus Seminarbericht
Klaus Holland

In dieser letzten Phase wurde das Gutachten fertiggestellt aber nicht veröffentlicht. Die Verwaltung kommt mit ihren Aktivitäten im überörtlichen Verkehr, Linienführung der Verwaltung aber Tunnellösung, und im innerörtlichen Verkehr, -Delft-, zum Zuge. Außerdem werden schon einzelne Maßnahmen zur Verwässerung der BI Pläne durchgeführt. Bei der BI ist nicht genau zu erkennen, ob die aufgegebenen Positionen nur überprüften Verhandlungscharakter hatten.

Klar abzulesen ist, daß die BI nicht die Interessen der Lindener vertritt. Sie ist ein Kontrollorgan der Verwaltung, oder auch umgekehrt, und daher teilweise unabhängig vom Stadtteil. Zur Bürgerbeteiligung ist sie in dieser Form nicht fähig. Die Verwaltung hat die BI isoliert und auf ihre Diskussions Ebene gehoben. Dieses erschwert die Vertiefung nach unten zusätzlich. Die Bürgerinitiative hat keine Aktivitäten, die neue Motivationen, eine Perspektive der Arbeit ergeben.

Die BI entwickelt sich beschränkt zum Anlaufpunkt der Lindener, die von ihrer Existenz und Arbeit wissen. An diesem Ort kann mit Verwaltungsvertretern gesprochen werden. Diese Kanalisation der Konflikte ist die Aufgabe, die die Verwaltung der BI zuschreiben will. Die Art der Auseinandersetzung ist die der Planer. Vorteil ist die sachliche Ebene, auf der diskutiert wird. Hierbei geht aber viel von der ursprünglichen Spontaneität und des Förderungsinhaltes verloren. Diese Form der Beteiligung ist auf Kompromisse ausgerichtet, Kompromisse die zu Gunsten der Verwaltung verlaufen. Zu fordern wäre noch einmal eine klare Konzeption der Verwaltung, auch im Verkehrsbereich, so daß die BI diese Durchführung kontrollieren kann. Nach sechs jähriger Arbeit zeigen sich aber Ermüdungserscheinungen z.B. über Verkehrsprobleme zu diskutieren, bzw. deren Durchführung und Beseitigung zu kontrollieren. Ein weiterer negativer Punkt ist die mangelnde Identifikation der BI Mitglieder mit den Rahmenplänen. Zu fragen ist hier, ob die oft selbstständige Erarbeitung dieser Pläne durch den Anwaltsplaner und durch Studenten der Aneignung der Inhalte im Wege steht. Die BI hat sich häufig fachlichen Argumenten auch aus ihren Reihen gebeugt. Im weiteren Verlauf, vor allem in der Kontrolle, beharrt die BI nicht mehr auf ihre ehemals aufgestellten Forderungen.

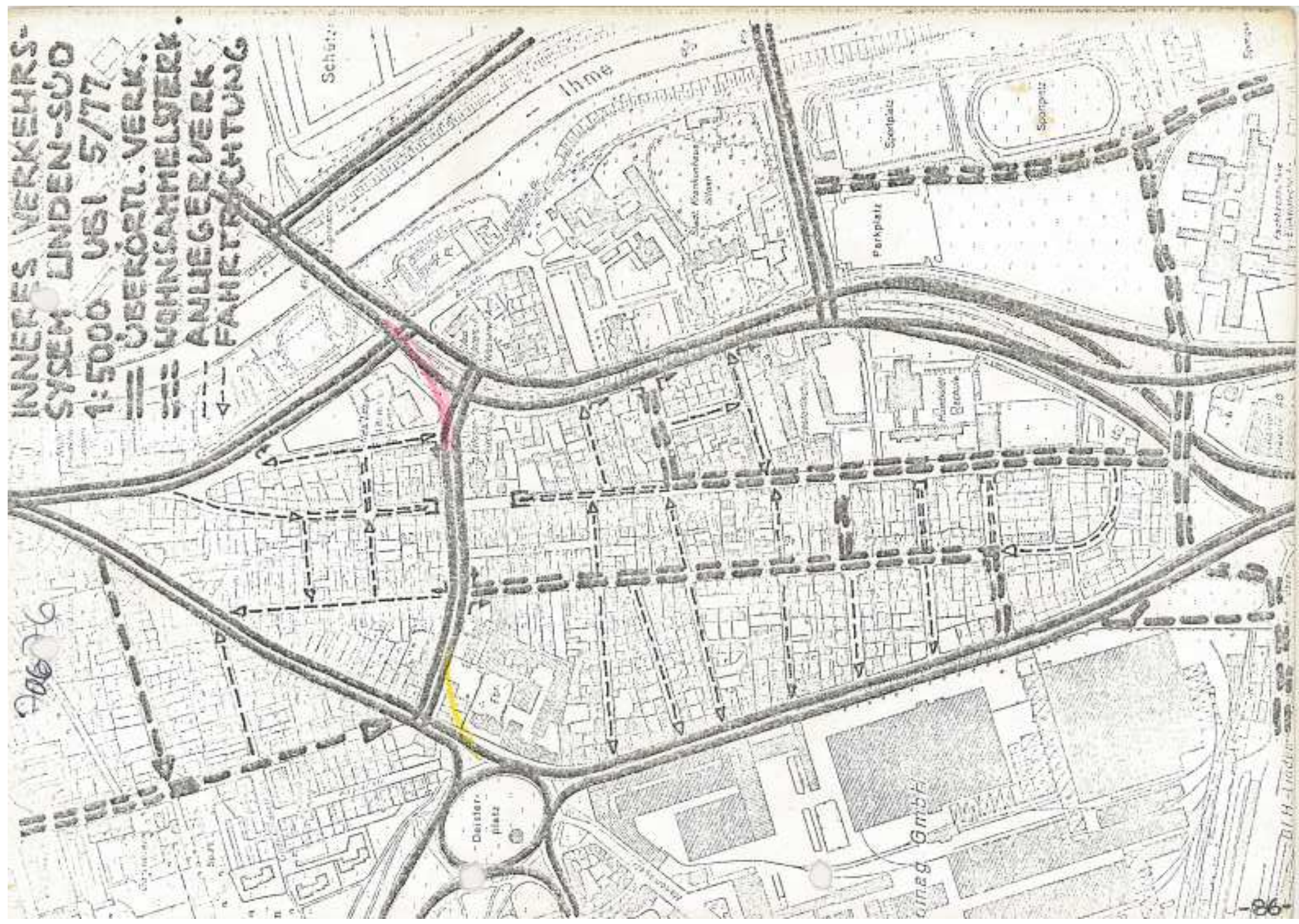
Bei den konkreten Planungen ist es versäumt worden, die Bürger einzubeziehen. Bürgerbeteiligung wird in der Rahmenplanung zugestanden, an den Stellen, an denen die Betroffenen aber am besten mitreden können, vor der eigenen Haustür hört die Mitbestimmung auf.

Zusammenfassende Einschätzung
2.2.4.5

Im ^{man} Linden-Süd diskutiert nun, Ende 78, neue Ansätze der Beteiligung. Hierbei ist die BI aber mehr ausgespart, die Diskussion läuft um die Sanierung Linden-Süd. Vorschläge werden vom Anwaltsplaner, von der AGSTA, einem freien Planungsbüro und der Verwaltung diskutiert. Im Bereich Verkehr, bei den Straßenumbauten werden aber vorhandene Verfahren übernommen. Die Bürger werden vor vollendete Alternativen gestellt. Sie können nicht bei der Erarbeitung der Pläne ihrer Straßen Einfluß nehmen. Die diskutierten Vorstellungen sollen aber eine solche frühzeitige Beteiligung der Bürger einbeziehen. Es sollen im Wohnbereich sogar unterschiedliche Standards in den einzelnen Wohnungen ermöglicht werden. Dieses ist auch auf den Verkehrsbereich zu übertragen, wobei hier die Abhängigkeit der Planungen der einzelnen Straßen zu beachten ist.

Bezeichnend für den Verlauf der Konfliktlinie Verkehr ist in diesem Zusammenhang, die Abwesenheit der BI bei den ersten Diskussionen um eine Erneuerung der Beteiligungspraxis. Die BI wird bei wesentlichen Punkten nicht gefragt, sie kann dann nur über fertige Konzepte diskutieren. Doch die Wandlung der BI zum Kontrollorgan, darf die Form der Erarbeitung nicht erreichen. Hier zumindest muß sie von vornherein mitsprechen. Der Wandel der BI, der sich im Verkehrsbereich ablesen läßt, ist Grundlage für eine Sanierung, die nur auf die BI als Bürgerpartner im Prozeß baut. Vorschläge, selbst für eine Revision der Beteiligung, kommen nur von den professionellen Beteiligten. Sie wurden zum Teil der BI noch nicht unterbreitet, dann glaubte, sie würde diesen intensiveren Mitsprachen der Bürger negativ gegenüberstehen.

INNERES VERKEHRS-
 SYSTEM LINDEN-SÜD
 1:5000 UBl 5/77
 ÜBERÖRTL. VERK.
 ANLIEGERWERK
 FAHTRICHTUNG



Sanierungspolitik der Stadt Hannover - Entstehungszusammenhang

Durch Ratsbeschluß vom 11.10.72 wird das Sanierungsgebiet Linden-Süd förmlich festgelegt.

Als Reaktion auf die von städtischer Seite eingeleiteten Maßnahmen und forciert durch eine die Sanierung offiziell einleitende Informationsveranstaltung, entwickelt sich in zunehmendem Maße eine öffentliche Diskussion und Meinungsbildung innerhalb der Lindener Bevölkerung, die die Bildung von Interessengruppen und Aktionsgemeinschaften zur Folge hat. Verkürzt dargestellt, bilden sich aus diesen "Bewegungen" die Bürgerinitiative Linden-Süd und die "Aktion Wohnungsnot", im weiteren kurz AKWO genannt.

Parallel zur Arbeit an einer Gesamtplanung unternimmt das Stadtplanungsamt erste vorgezogene Ordnungsmaßnahmen wie Umliegungen, Freiräumung von Wohnungen, Umsetzungen und Abrisse. Diese Maßnahmen werden im ersten Stadium der Sanierung ohne ausreichende Beteiligung der Bürger durchgeführt und lassen erkennen, wie die Verwaltung die weitergehende Sanierung realisieren will.

Das rigoreuse Vorgehen der Verwaltung bei der Durchsetzung von Abrißentscheidungen ist aus dem Selbstverständnis der Verwaltung selbst und ihren zur Gewohnheit gewordenen, selbstständigen Handlungsmöglichkeiten erklärbar, " die bis dahin zum parlamentarisch n i c h t kontrollierten Geschäft der

siehe Exkurs: Verwaltungsstruktur-
Mechanismen, Verw.-praxis

Hausbesetzung

siehe: Exkurs zur Stellung des
Verw.-Ausschuß in der hannoverschen
Verw.-hierarchie

vergleiche:
Chronologie des Sanierungsverlaufes
- seine Anfänge -

Resonanz in der Bevölkerung

erste Einbindung der BI in den
Informationskreislauf der Verw.

verwaltung gehörten."

(Seminar-Papier WS 78/79 , Klaus Holland)

Als Reaktion auf die Sanierungspolitik der Stadt wird im Juli 1973 das Haus Kaplanstr. 21 in einer gemeinsamen Aktion zwischen Bürgerinitiative (kurz BI) und AKWO besetzt.

Mit der Hausbesetzungs-Aktion geraten Linden-Süd und seine Bürgergruppierungen ins Rampenlicht der hannoverschen Kommunalpolitik.

Auch der Verwaltung wird klar, Sanierung nicht als Expertenplanung "verkaufen" zu können, die Brisanz der Sanierungsentscheidungen wird überdeutlich:

"Auf Grund der Bürgerproteste zieht der Verwaltungsausschuß des Rates der Stadt Hannover alle Abrißentscheidungen ... an sich." (s.o. Holland-Papier)

Während einer Aktionswoche im Anschluß an die Hausbesetzung erreichen BI und AKWO durch öffentliche Diskussionen und die Verabschiedung einer Resolution eine breite Front der Lindener gegen die Sanierungspolitik der Stadt, die sich endlich genötigt sieht, den Forderungen der Lindener einen Schritt entgegenzukommen.

So fällt im Verwaltungsausschuß die Entscheidung, keine Abrißentscheidung ohne vorherige Information und Rücksprache mit der BI zu treffen.

Auszug aus BI-Protokoll Nr.33
vom 11.9.1973

BI - Forderung:

"Sanierung muß öffentlich diskutiert
werden!"

"Der Rat müßte mehr an der Basis
arbeiten."

auf der Ebene:
Verwaltung - Rat - SPD-Ortsverein

zum Protokoll vom 11.9.73

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion um die Hausbesetzung wird die Uninformiertheit und relative Machtlosigkeit der Ratsmitglieder ("gewählte Bürgervertreter") gegenüber dem bürokratischen Apparat Stadtverwaltung eklatant sichtbar.

"Das Beispiel Kaplanstr. 21 ist ein Beispiel für die Desorientierung des Rates. Wenn der Rat - nach eigenen Angaben - nicht Bescheid weiß, dürfte er auch keine Beschlüsse fassen."

DISKUSSIONSPHASE

Erste Vorstellungen werden entwickelt, ein gemeinsames Gesprächsforum zwischen Bürgern, Verwaltung und Politikern zu bilden (hier Sanierungskommission, kurz SK).
Zu diesem Zeitpunkt wird die BI noch nicht zur Bildung einer SK hinzugezogen.

"Entwicklung eines eigenen Konzeptes und nicht erst warten, bis der Rat seine Vorstellungen nennt und Tatsachen schafft."

Gesucht werden von der BI die geeigneten Ansprechpartner ("richtige Adresse") in der Verwaltung.

Es fehlt den Bürgern die Erfahrung im Umgang mit Behörden:
"Wer ist zuständig für den Bereich der Sanierung, vor allem, wer kann kurzfristig verbindliche Zusagen machen?"

Verwaltung hält sich zurück

Täschner (CDU): "... unsere Fraktion will den Vorschlag machen, daß auch AKWO und Haus- u. Grundbesitzerverein beteiligt werden."

Der Vorschlag des CDU-Vertreter, auch die AKWO zu beteiligen, kann wohl nur taktischer Art sein. Vergleicht man die Äußerungen der CDU in der Presse zu den Aktionen der AKWO (Kaplanstr. 21), drängt sich uns der Verdacht auf, man will von den grundlegenden Vorstellungen der CDU-Politik ablenken:
Sicherung und Schaffung von Privateigentum, Interessenvertretung von Haus- und Grundbesitzern als volkswirtschaftliche Steuerungsgröße.

Man beachte die CDU-Taktik im weiteren Sanierungsverlauf !

Imperatives Mandat von der BI gefordert !

aus o.a. Protokoll geht hervor:

"daß die AKWO an einer Beteiligung in einer Kommission nicht interessiert ist. Sie läßt jedoch offen, ob "möglicherweise Einzelpersonen als Lindener Bürger an Kommissionssitzungen teilnehmen bzw. delegiert werden."

Die Verwaltung übt sich ihrerseits in Zurückhaltung und wartet erst einmal ab, was auf der "politischen Bühne" so passiert, oder anders gesagt:

In diesem Verhalten kommt die allgemeine Scheu der Verwaltung zum Ausdruck, interne Konflikte gegenüber der Öffentlichkeit auszutragen: es soll vermieden werden, frühzeitige Zugeständnisse zu machen und voreilig Beteiligungsmöglichkeiten vorzuschlagen, die im Nachhinein zurückgenommen werden müßten.

Die Bildung einer "Sanierungskommission" - oder besser der Wunsch danach - ist in der augenblicklichen Diskussionsphase tendenziell als Gedankenmodell zu verstehen.

Es soll ein operationables Instrument geschaffen werden, das möglichst vielen Interessengruppen aus dem Stadtteil die Möglichkeit zur Meinungsäußerung, Anhörung und Mitsprache bietet.

BI nennt ihre ersten grundlegenden Verhandlungspositionen :

Schon frühzeitig fordert die BI ein "Imperatives Mandat" ; eben aus der allgemeinen politischen Erfahrung, daß der "Draht" zum Politiker zu lang ist und der berechtigten Befürchtung, daß dies auch in der "hautnahen" Sanierungssituation so sein wird.

Die BI will sich uneingeschränkt die Möglichkeit sichern, "ihre" Bürgervertreter in eine Kommission schicken zu können und sie jederzeit mit gezieltem Auftrag versehen zu können.

" häßliche Perspektive "

Einladung des Oberbürgermeisters zur
1. Sitzung der Sanierungskommission
in die Eggestorfschule

aus Protokoll vom 18.9.73
TOP 1 Sanierungskommission

Das Thema "Wer vertritt wen?" und wer ist legitimer Interessenvertreter, wird im Laufe der Sanierung als Grundproblem nie aufgelöst. Wie wichtig aber eine praktikable Lösung wäre, zeigt sich (50 Jahre später) genau in dem Moment, daß ein Funktionär des Haus- und Grundbesitzervereins von der CDU als "Bürgervertreter" in die SK geschickt wird: die SK spaltet sich.

Mögliche Vorteile einer Sanierungskommission:

1. .."den Ratsherren direkt die Meinung sagen zu können" ,
2. .."besseren Informationsaustausch zu gewährleisten" ,
3. .."für eine bessere Interessenvertretung der Lindener zu sorgen".

werden von der Bürgerinitiative bezweifelt.

In der BI - Vollversammlung am 18.9.73 steht als 1. Tagesordnungspunkt die Sanierungskommission an. Festgehalten werden im Protokoll die wesentlichen Positionen

- "die Bildung einer SK wird vom Rat einstimmig gewollt .."
- "Ratsvertreter werden nach dem Parteienproporz bestimmt, die Entscheidung zur Wahl der Bürgervertreter ist noch offen .."
- "die CDU will auch die Bürgervertreter nach dem Parteienproporz bestimmt sehen .."

im Sinne eines
" Imperativen Mandats "

Rückbindung an den Stadtteil
muß gesichert sein !

BI - Forderung :

"Es muß namentlich abgestimmt werden.
Die Abstimmungsergebnisse sind Bestand-
teil der Beschlüsse."

Vorstellungen der BI zur Bildung einer Sanierungskommission

nochmals ein Zitat vom 18.9.73 :

" Die Bürgervertreter sollen jederzeit austauschbar sein, da-
mit jeweils mit diesen Problemen vertraute Bürger Aussagen
machen können."

Dieses Verfahren sichert die Rückbindung an die BI - VV und
ermöglicht, falls erforderlich, schnelle und gezielte Korrek-
turen.

Zieleingaben und Vertretungsvorstellungen können von der BI
jederzeit in die SK eingebracht werden; somit wird sicherge-
stellt, daß nur d i e Lindener Bürger für die SK - Sitzungen
legitimiert sind, die aktiv in der BI mitarbeiten und das Ver-
trauen der VV haben. Das heißt jedoch grundsätzlich nicht,
daß nur "langjährig gediente, alte Hasen im BI - Geschäft"
gewählt werden können oder sollten. Mögliche "Alleingänge"
eines Bürgervertreter sind durch das geforderte Imperative
Mandat ausgeschlossen.

Der Sitz in einer SK ist ohnehin nur ein Ehrenamt (die Sitz-
ungsgelder werden freiwillig der BI-Kasse zur Verfügung ge-
stellt).

Gleichzeitig muß jedoch vermieden werden, in der (Stadtteil-)
Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, man verteile hier
"Pöetchen" und die Kommission insgesamt als "Kaffeekränzchen"
abzuwerten.

Die namentliche Abstimmung ist notwendig, um das Abstimmungsverhalten jedes einzelnen SK - Vertreters sehen zu können; d.h. zumindest für die Bürgervertreter selbst einen Nachweis gegenüber der BI zu haben, im Auftrag der BI - VV ein entsprechendes Votum abgegeben zu haben. Mißverständnisse und Spekulationen kommen erst gar nicht auf.

Fraktionszünge werden sichtbar gemacht, für das einzelne SK - Mitglied ist es nicht möglich, sich hinter Mehrheitsbeschlüssen zu verstecken; er ist kein anonymer Abstimmungspartner mehr.

aus Protokoll vom 31.10.73

Anwesenheitsliste:

Rat: Beck, Fitjer, Heinemann
Stplamt: Gerlach, Keller, Kemas,
zur Nedden (Leiter)
Amt für Wohnungswesen: Grönig
Presse: HAZ, NHP
Aktiongemeinschaft Sanierung Li-Süd
Aktion Wohnung snot
UBLI-Süd

Der Fraktionsvorsitzende der SPD -
Hannover, Heinemann :

"Die Bürgervertreter sind nach Gemeindeordnung gewählt. Eine freie Austauschbarkeit ist nicht möglich."

Informationsveranstaltung auf Einladung des Stadtplanungsamtes

TDP : keine CDU - Ratsmitglieder anwesend !

Fitjer (FDP) : .. "die Bürgervertreter müssen von Bürgern gewählt werden und von Bürgern austauschbar sein. Der Platz soll nicht an die FDP gebunden sein. Allerdings müssen BI und Aktionsgemeinschaft beteiligt werden."

Die Ratsherren haben klar im Kopf, nur mit Bürgervertretern arbeiten zu wollen, die nicht abwählbar sind und nicht jederzeit austauschbar. Die grundsätzliche und begründete BI - Vorstellung im Sinne eines Imperativen Mandates die Bürgervertreter zu wählen, zeigt sich hier als scheinbar unüberwindbare Hürde. Die Ursachen für diese grundlegende Einschätzung der Fraktionen müssen näher untersucht werden. System- und strukturpolitische Überlegungen zum politischen Handeln allgemein und zur Partizipation im Besonderen sind hier zu berücksichtigen.

aus Protokoll Nr. 34 vom 18.9.73
Stand der Verhandlungen im Rat:
Die Bildung einer SK wurde von
allen Parteien befürwortet und
einstimmig verabschiedet.

Da in der Gemeindeordnung ein derartiges "Beteiligungsinstrument" nicht vorgesehen ist (und bis heute rechtlich gesehen nicht existieren dürfte), war ein einstimmiger Beschluß im Verwaltungsausschuß notwendig. (entsprechende Aussagen auf einer BI - VV von CDU Parteimitgliedern)

Diskussion um die Besetzung der Sanierungskommission Satzung und Konstituierung

Die Auseinandersetzung um die Besetzung der Sitze in der SK kann nicht nur unter formalen Aspekten betrachtet werden. Die Vorstellungen über die Aufgaben und Funktionen der SK gehen zwischen Bürgern, Politikern und Vertretern der Verwaltung in wesentlichen Punkten auseinander (wer vertritt wen, Stimmberechtigung, Parteienproporz). Allen Beteiligten ist klar, daß eine gemeinsame Lösung gefunden werden muß, um so dringlicher, als der Termin zur 1. SK-Sitzung schon festgesetzt ist.

Bedeutung einer Sanierungskommission

Welche Bedeutung der Sanierungskommission zugeschrieben wird, läßt sich aus dem BI-Protokoll Nr. 34 vom 18.9.73 bzgl. der laufenden Sanierung entnehmen:

"Alle Maßnahmen (der Verw.-exekutive, d. Verf.) sollen gestoppt werden, bis die Kommission arbeitet."

Reaktion auf Unruhe in der Bevölkerung

Hier drückt sich die Stimmung in der Bevölkerung Linden-Süds aus: die Bürger sind beunruhigt über den weiteren Verlauf der Sanierung, da sie keine konkreten Anhaltspunkte haben (fehlende öffentliche Diskussion !).

Ausschüsse künftig mit Bürgern

Verwaltungsbürode in Lohr perfekt / Sanierungskommission gebildet

berufe zweimal rotiert. Der Bebauungsplan wurde bei zwei Enthaltungen angenommen.
An Verfahrenswegen wäre dagegen beizugehen der von SPD und CDU unterstützte Antrag gebildet, eine Sanierungskommission zu bilden, da die Direktion von Zeitmangel vorher war. Da die vorgeschlagene Zusammensetzung der Kommission jeweils Bürger- und sechs Ratsvertreter, die Ratsvertreter wiederum im Verhältnis drei SPD, zwei CDU, ein Mitglied von der FDP nicht der Gemeinderatsversammlung entspricht, mußte Einmütigkeit erzielt werden.
Der Beschluß geriet in Gefahr, weil der Antrag offenbar, nach welchem Verfahren die Bürgervertreter ausgewählt werden sollten. Die Entscheidung darüber sollte dem Verwaltungsausschuss überlassen bleiben. Dazu war allerdings die CDU nicht bereit, denn dem hätte sie von der SPD-Mehrheit überlassen werden können. Die Situation wurde schließlich von Stadtdirektor Kaldewey geordnet, der in Übersetzung mit Oberstadtdirektor Neuhof vorab, sich für den Verwaltungsausschuss Einmütigkeit verschreiben und das benannte FDP-Mitglied in diese Regelung einbeziehen. Danach kam dann der erforderliche einstimmige Beschluß zustande.
mk

HAZ
19.9.73

siehe Anlage

Vorschläge zur Satzung und
Stellungnahmen der Aktionspartner

Entwicklungsverlauf zur Konstituierung der SK

Anhand der BI-Protokolle und der dokumentierten öffentlichen Diskussion um die Bildung einer Sanierungskommission (z.B. HAZ) soll in vergleichender Darstellung versucht werden, wesentliche und bezeichnende Entwicklungsschritte in dieser "heissen Diskussionsphase" nachzuzeichnen.

Gewisse Längen in der Darstellung werden bewußt nicht vermieden, da sie einen Eindruck von dem vermitteln, welchen Einsatz die Bürger bringen mußten, um sich ein Stück Partizipation zu sichern - Mitbestimmung im engeren Sinne war nicht einmal gefordert - als Antwort auf das legislativ verankerte Beteiligungsgebot.

Benennung der Bürgervertreter für die SK

Die Kommission soll sich aus 6 Ratsvertretern und 6 Bürgervertretern zusammensetzen. Bei den Ratsvertretern ist schon von der Parität im Rat der Stadt der Proporz gesichert. CDU-Vorschlag: "Auch die Bürgervertreter sollen nach dem Proporz bestimmt werden."

Dazu die Stellungnahme der BI : Protokoll Nr. 34 :

" .. wenn Bürger von den Parteien benannt werden, erfüllt die SK nur A l i b i f u n k t i o n ."

" .. die Bürger müssen ihre Vertreter selbst wählen."

" .. die Unabhängigkeit muß gewährleistet bleiben."

" .. die Versammlungen sollen in Linden-Süd stattfinden, um eine Isolierung in Ratsgremien zu vermeiden."

Scheitert die Sanierungskommission?

Bürgerinitiative lehnt Mitarbeit

nach Parteiauswahlverfahren strikt ab

Die Absicht, eine Kommission für Sanierungsfragen aus Rats- und Bürgervertretern zu bilden, droht zu scheitern. Ein Sprecher der Bürgerinitiative Linden-Süd bestätigte am Montag, daß seine Organisation nicht bereit sei, in einer Kommission mitzuarbeiten, deren Bürger-Mitglieder nach einem Parteiauswahlverfahren bestimmt würden. „Wenn man das so macht“, erklärte der Sprecher gegenüber der „Allgemeinen“, „bleibt alles so wie es ist.“

Wie berichtet, hat der Rat in seiner letzten Sitzung grundsätzlich der Bildung einer solchen Kommission zugestimmt, das Auswahlverfahren der Bürgervertreter jedoch dem Verwaltungsausschuß überlassen. CDU-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Freckmann ließ schon in der Ratssitzung keinen Zweifel daran, daß seine Fraktion – parallel zur Stimmzahl der Ratsmitglieder in der Kommission – auch für die Bürgervertreter ein Verhältnis von drei (SPD) zu zwei (CDU) zu eins (FDP) anstreben werde.

Da auch im Verwaltungsausschuß ein einstimmiger Beschluß notwendig ist (nur unter dieser Bedingung hat der Rat zugestimmt), führt an der Zustimmung der CDU am kommenden Donnerstag kein Weg vorbei. Von einem anderen Vorschlag war gestern aus CDU-Kreisen noch nichts zu hören. Eine Realisierung der jetzigen CDU-Vorstellungen würde jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit zur Weigerung der Lindener Bürgerinitiative führen, in der Sanierungskommission mitzuwirken. mk

Öffentlichkeitsarbeit der BI

Die BI macht ihre Vorstellungen zur Sanierungskommission öffentlich, indem sie einen Forderungskatalog aufstellt, und diesen an alle Ratmitglieder, alle Mitglieder der SK (die Ratsvertreter sind schon benannt worden), Stelle für Sanierung und die Presse weiterleitet.

Zu den wichtigsten Punkten siehe Protokoll Nr.34 .

Folgende wichtige Positionen lassen sich nun herausstellen :
Bürgervertreter sollen folgende Bedingungen erfüllen:

- Stadtteilgebundenheit, d.h. Betroffener zu sein (Stimmrecht nur für Lindener)
 - öffentliche Wahl und Delegation in die SK
 - Bürgervertreter sollen austauschbar sein
- weitere Bedingungen zur Sache :
- rechtzeitige Bekanntmachung der Tagesordnung
 - öffentliche Sitzungen i m Stadtteil
 - auch Bürger können Tagesordnungspunkte einbringen

Für den unbefangenen und nicht betroffenen Bürger scheinen die o.a. Forderungen selbstverständlich und nicht überzogen zu sein, jedoch sieht die Verwaltungs- und Planungspraxis anders aus : Gerade in den "Feinheiten" des Kommunikationsgefüges Bürger - Politiker - Verwaltung zeigen sich Machtstrukturen, die im weiteren Sanierungsverlauf noch deutlicher herauskommen.

Wie wichtig jeder einzelne o.a. Punkt ist und sein kann, wenn er nicht erfüllt wird oder verändert werden soll, wird im einzelnen noch dargestellt.

Kommentar zum HAZ-Artikel

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE LINDEN-021 3. Besetzung Bürgerinit. Lind. 021	Bremer, 24.10.73
An 45+ 100-Fraktion des Rates der Stadt Bremer	
Bekanntg. Beschluss der Sanierungskommission	
Die Unabhängige Bürgerinitiative Linden-021 hat auf ihrer Sitzung am 25.10.73 folgenden Bescheid zur Besetzung der Sanierungskommission gefaßt:	
Die Bürgerinitiative wird sich an der Besetzung der Sanierungskommission nach dem Bestehen, wenn es nicht gelingt, die CDU-Fraktion des Rates zu einer Koalition ihrer Haltung bezüglich der Besetzung der "Bürgersitze" in der Kommission zu bewegen.	
Zusätzliche Voraussetzung einer Besetzung der Bürgerinitiative ist es aber, daß die CDU- und FRU-Fraktion des Rates ihre eigene, vier "Bürgersitze" ausgenommen des im Brief der Bürgerinitiative vom 26.9.73 formulierten Angebot der Bürger von Linden-021 zur Verfügung zu stellen, ablehnen.	
In Auftrag der UNABHÄNGIGEN BÜRGERINITIATIVE LINDEN-021 G. M.	

"Ermessensspielraum" der
Verwaltung

Streit um die Bürgersitze in der SK

In diesem Artikel wird besonders deutlich, auf welchen Machtkampf die Diskussion um die Bildung der Sanierungskommission hinausläuft :

De facto kommt eine SK nur zustande, wenn im Verwaltungsausschuß ein einstimmiger Beschluß gefaßt wird. Das Partizipationselement SK kommt in der niedersächsischen Gemeindeordnung explizit nicht vor. Man muß davon ausgehen, daß die SK ein Unterausschuß des Bauausschuß ist (siehe auch Exkurs: Verwaltungsaufbau).

Somit ergibt sich rein hierarchisch gesehen die Einbindung in die Verwaltungsstruktur.

Beschlüsse von Ausschüssen werden dem Verwaltungsausschuß vorgelegt und je nach Wichtigkeit schon hier entschieden (sprich an die exekutiven Verw.-bereiche weitergegeben) oder dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Gerade an dieser Stelle wird der Ermessensspielraum der Verwaltung deutlich : sie hat in verschiedenen Bereichen die Möglichkeit, ihre Beschlüsse der politischen Kontrolle zu entziehen, mit ihrem Selbstverständnis, den Rat der Stadt "von der Verwaltungspraxis zu entlasten."

Die Wählergerung der Lindener Bürger, in der Sanierungskommission mitzuwirken, steht gegen die Forderung der CDU nach Proporzverfahren bei der Auswahl der Bürgervertreter.

In diesem Konflikt versucht der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion (Heinemann) zu vermitteln. Er schlägt vor, 2 SK-Sitze der CDU zu überlassen und 3 Sitze (SPD) der Bürgerinitiative. Am 1.11.73 soll die Kommission im Verwaltungsausschuß konstituiert werden.

Die SPD stellt offiziell der BI ihre Bürgersitze zur Verfü-

SPD-Sitze an BI

Landeshauptstadt Hannover (Hannover, den 28. November 1973)

Einladung

zu der 1. Sitzung der Sanierungskommission auf
Mittwoch, den 5. Dezember 1973,
11.00 Uhr,

in die Egestorfstraße, Petristraße 4

Tagesordnung:

1. Wahl eines Vorsitzenden für die 1. Sitzung
2. Beschließung eines Statutes
(Verwaltungsentwurf liegt bei)
3. Abriß bzw. Wiederherstellung von Gebäuden


Oberbürgermeister

aus Protokoll Nr. 41 vom 31.10.73

Drängen auf Abrißentscheidungen :

Dieser Ansatz im Sanierungsverständnis der Verw. hat sich übrigens nach jahrelanger Sanierungspraxis nicht geändert: Auf der 1. SK-Sitzung in Linden-Nord im Januar 1979 waren Abrißvorschläge als TOP 1 ausgewiesen.

gung. Die FDP-Fraktion hat sich noch nicht endgültig entschieden:

Fitjer (FDP) : "Eine offizielle Mitteilung ist noch nicht möglich, da noch kein Beschluß vorliegt." (gemeint ist hier wohl der Fraktionsbeschluß, d. Verf.)

Auf jeden Fall fordert die FDP auch eine Beteiligung der Aktionsgemeinschaft Linden-Süd. Diese setzt sich zusammen aus : Gewarbetreibenden, Haus- und Grundbesitzerverein, etc. und führt eigene Verhandlungen mit der Stadt. Insgesamt gesehen spielt die Aktionsgemeinschaft im weiteren Sanierungsverlauf keine Rolle mehr, zumindest tritt sie öffentlich nicht mehr in Aktion.

Verwaltung erarbeitet Drucksache zur Sanierungskommission

"Die Stadtplaner arbeiten eine Drucksache zum Thema Sanierungskommission aus. Themenverschlagn für die SK :

- Abriß von Häusern in Linden-Süd, Kaplanstr.21

Auffallend ist das Drängen der Verwaltung auf Abrißentscheidungen. Dies scheint in dieser Zeit für die Verwaltung der relevante Aspekt für einen Sanierungsbeginn zu sein.

Der Termin der 1. SK-Sitzung rückt näher ohne daß von Seiten der Parteien und des Verw.-ausschusses verbindliche Zusagen getroffen werden zwecks Benennung der Bürgervertreter. Daraufhin werden in der folgenden BI-Sitzung vom 6.11.73 noch einmal die wesentlichen BI-Forderungen wiederholt. (siehe Protokoll)

TOP's müssen vor jeder SK -
Sitzung bekannt sein !

BRÜNNEN 1.1.1984 (1) (2) (3) (4) (5) (6) (7) (8) (9) (10) (11) (12) (13) (14) (15) (16) (17) (18) (19) (20) (21) (22) (23) (24) (25) (26) (27) (28) (29) (30) (31) (32) (33) (34) (35) (36) (37) (38) (39) (40) (41) (42) (43) (44) (45) (46) (47) (48) (49) (50) (51) (52) (53) (54) (55) (56) (57) (58) (59) (60) (61) (62) (63) (64) (65) (66) (67) (68) (69) (70) (71) (72) (73) (74) (75) (76) (77) (78) (79) (80) (81) (82) (83) (84) (85) (86) (87) (88) (89) (90) (91) (92) (93) (94) (95) (96) (97) (98) (99) (100)

1. Bestimmung der
2. Bestimmung der
3. Bestimmung der

1. Bestimmung der
2. Bestimmung der
3. Bestimmung der
4. Bestimmung der
5. Bestimmung der
6. Bestimmung der
7. Bestimmung der
8. Bestimmung der
9. Bestimmung der
10. Bestimmung der
11. Bestimmung der
12. Bestimmung der
13. Bestimmung der
14. Bestimmung der
15. Bestimmung der
16. Bestimmung der
17. Bestimmung der
18. Bestimmung der
19. Bestimmung der
20. Bestimmung der
21. Bestimmung der
22. Bestimmung der
23. Bestimmung der
24. Bestimmung der
25. Bestimmung der
26. Bestimmung der
27. Bestimmung der
28. Bestimmung der
29. Bestimmung der
30. Bestimmung der
31. Bestimmung der
32. Bestimmung der
33. Bestimmung der
34. Bestimmung der
35. Bestimmung der
36. Bestimmung der
37. Bestimmung der
38. Bestimmung der
39. Bestimmung der
40. Bestimmung der
41. Bestimmung der
42. Bestimmung der
43. Bestimmung der
44. Bestimmung der
45. Bestimmung der
46. Bestimmung der
47. Bestimmung der
48. Bestimmung der
49. Bestimmung der
50. Bestimmung der
51. Bestimmung der
52. Bestimmung der
53. Bestimmung der
54. Bestimmung der
55. Bestimmung der
56. Bestimmung der
57. Bestimmung der
58. Bestimmung der
59. Bestimmung der
60. Bestimmung der
61. Bestimmung der
62. Bestimmung der
63. Bestimmung der
64. Bestimmung der
65. Bestimmung der
66. Bestimmung der
67. Bestimmung der
68. Bestimmung der
69. Bestimmung der
70. Bestimmung der
71. Bestimmung der
72. Bestimmung der
73. Bestimmung der
74. Bestimmung der
75. Bestimmung der
76. Bestimmung der
77. Bestimmung der
78. Bestimmung der
79. Bestimmung der
80. Bestimmung der
81. Bestimmung der
82. Bestimmung der
83. Bestimmung der
84. Bestimmung der
85. Bestimmung der
86. Bestimmung der
87. Bestimmung der
88. Bestimmung der
89. Bestimmung der
90. Bestimmung der
91. Bestimmung der
92. Bestimmung der
93. Bestimmung der
94. Bestimmung der
95. Bestimmung der
96. Bestimmung der
97. Bestimmung der
98. Bestimmung der
99. Bestimmung der
100. Bestimmung der

"Manipulation" von Mehrheiten

Einzelprobleme

Es besteht die Gefahr, daß Bürgervertreter benannt werden, und in die 1. SK-Sitzung delegiert werden ohne die Kenntnis der Tagesordnungspunkte - folglich müßten die BI - Vertreter ohne Rückendeckung und Absprache mit der BI - VV abstimmen.

Für die 1. SK-Sitzung wird die Verwaltung die TOP's vorschlagen und in Form einer Verwaltungsvorlage erläutern.

Somit haben die Ratsherren in der SK einen erheblichen Informationsvorsprung. Sie können somit ihr Abstimmungsverhalten unabhängig vom Diskussionsstand in der SK vorher abstimmen und sich den Rücken freihalten. Die Mitwirkung von Bürgervertretern hätte nur Alibi-Charakter.

Ein weiteres Problem wird in der möglichen Manipulation von Mehrheiten bei der Wahl der Delegierten und bei Abstimmungen in Sachfragen.

Hierzu merken wir an:

- das Mitwirken in einer Bürgerinitiative ist freiwillig
- der regelmäßige Besuch der wöchentlichen BI-Sitzungen ist wünschenswert, jedoch keineswegs Bedingung für das Recht und die Möglichkeit, seine Meinung zu äußern
- und an Abstimmungen teilzunehmen und möglicherweise delegiert zu werden für eine Interessenvertretung der BI

Diese Positionen umrößen in einigen Punkten unser Verständnis von Bürgerinitiativen.

Gerade die Elemente der Freiwilligkeit und Spontaneität er-

möglichen ein offenes und öffentliches Forum der Bürgerkommunikation; Rederecht für jedermann wird gesichert.

Zur Schaffung eines einheitlichen oder mehrheitlichen Meinungsbildes sind bei wichtigen Auseinandersetzungen in der BI Abstimmungen erforderlich.

"Stamm-BI-ler"

An dieser Stelle müssen wir den Begriff des "Stamm-BI-lers" näher erläutern :

Zu diesen zählen die Bürger, die regelmäßig (im Sinne eines Vereins) zu den BI-Sitzungen kommen und bewußt oder unbewußt einen vermeintlichen "Stamplatz" haben. Dies überträgt sich unbemerkt auch auf die "Wichtigkeit der Aussage"; mittlerweile gibt es "ungekrönte Könige" der BI (einer heißt sogar so). An und für sich noch kein Grund zur Skepsis, nur :
Im Falle einer Abstimmungs-niederlage der einen oder anderen Seite wird steigender Unmut deutlich :

Zitatensammlung, sinngemäß

- " Woher kommen denn die vielen Neuen hier ? "
- " Was wollen die hier ? Wo wohnen die denn ? "
- " Die sollen doch dort bleiben, wo sie hergekommen sind ! "
- " Die sind ja alle eingeflogen worden ! "
- " Wir haben ja nichts gegen Ausländer, die sollen aber erst mal richtig deutsch lernen ! "

Der Polemik sind also offensichtlich keine Grenzen gesetzt. Die Disziplinierung zur sachlichen Auseinandersetzung muß auf jeder Sitzung von wenigen, vernünftigen Bürgern erneut hergestellt werden.

Resultat :

- starke emotionale Aufladung
- deutlicher Realitätsverlust
- Vereinsdenken
- Forderung nach paritätischer Abstimmung
- Vertretungsansprüche
- Gerede von Manipulation

aus Aufsatz : Hoffmann-Axthelm, D.
vom Umgang mit zerstörter Stadtge-
schichte, Arch + 40/41

Es fehlt in großen Teilen der Stadt-
teilbevölkerung ein Differenzierungs-
vermögen, das in der Lage wäre zwi-
schen der Sache (Abriß) selbst und
der Auswirkung der Entscheidung auf
den Stadtteil zu unterscheiden.

Von der Substanz einiger Häuser her
gesehen muß man Abrißforderungen zu-
stimmen; wenn aber kein gleich billi-
ger Ersatzwohnraum sofort und sicher
geschaffen werden kann, muß man sich
taktischerweise für die Erhaltung ein-
setzen.

Die BI trägt dieses ambivalente Grund-
problem während der gesamten Sanierung
mit sich herum : wer weiß die Lösung?

Wir suchen Erklärungen für dieses Verhalten und dessen mög-
lichen Ursachen. Die persönlich geführten Auseinandersetzungen
sind weniger ein zwischenmenschliches Problem noch lassen
sie sich nach dem einfachen Muster : Bedürfnisse der Bevöl-
kerung contra autoritäre, technokratische Verwaltung diskutie-
ren. Hoffmann-Axthelm bietet Erklärungsansätze, die uns durch-
aus auf den Stadtteil Linden-Süd übertragbar scheinen:

" Die Bewohner deutscher Stadtviertel pflegen sich in ihrer
überwiegenden Mehrheit keineswegs dafür einzusetzen, daß die
historischen Wunden ihres Viertels offengehalten werden. Die
Älteren haben ihre Gründe, das Gewesene zu vergessen .."

Es hat schon seinen besonderen Grund, wenn auf BI-Sitzungen
gerade die älteren Stadtteilbewohner, die im Stadtteil geboren
sind und dort ihr gesamtes Leben verbracht haben, wenn sie
vordergründig nur den Verfall des Stadtteils sehen ("die alten
Klabachen sollen doch endlich abgerissen werden, damit Lin-
den schöner wird.") und weniger die Entstehungsgründe. Die
Identifikation mit dem Stadtteil derjenigen, die schon immer
da waren und denjenigen, die jetzt in ihm leben wollen und
ihn erleben und verändern wollen, muß verglichen werden.

"Viertelgeschichte ist das, was jeder weiß, was die Kinder
schon hören und sich ausmalen, es ist Teil der Selbstverständ-
lichkeiten, die den alltäglichen Verständigungen zwischen den
Bewohnern unterliegen. Die Erinnerungen gehören einzelnen oder
kleinen Gruppen, die sie, wenn man sie befragt, bereitwillig
weitergeben.

Mit dem Abriß ganzer Häuserblocks zerreißt auch dies Orien-
tierungssystem, die Bevölkerung wechselt, ganz unterschied-
liche Ebenen und Formen von Erfahrung des Viertels kommen ne-

beneinander vor und isolieren sich als Kommunikationsbarrieren gegeneinander, deren Mehrheit auch das Viertel als neues, nicht mehr oder noch nicht kenntliches Objekt erfährt.

Das Viertel ist dabei ein Objekt wie die Wohnung: ein Punkt, der die partielle Ausformulierung von Lebensidentität erlaubt."

So wird das Stadtviertel aufgefüllt "mit persönlichen Bedürfnissen, Aversionen, Erinnerungen und als Wissensstoff erworbenen historischen Kenntnissen."

"Kiezbewußtsein"

Es entwickelt sich ein "Kiezbewußtsein", das ein Nenner ist: "um Veränderungen abzuwehren, affektive Beziehungen herzustellen, ein "wir" gegen andere und gegen die Verwaltung zu formulieren."

"am Viertel hängt persönliche Geschichte"

".. am Viertel hängt persönliche Geschichte. Die politische, allgemeine Geschichte findet anderswo statt, in anderen Gegenden, Städten oder im Fernsehen, sie^{ist} von da aus prinzipiell ortlos."

Die Verwaltung wird zum Feindbild Nr.1 hochstilisiert, man unterliegt einem kollektiven Reinigungszwang:

Das Stadtbild soll durch die Sanierung befreit werden vom Zerfallenen, Unansehnlichen ("Klabachen"): "das Ideal der Verwaltung wie der schweigenden Mehrheit ist die lückenlose, narbenlose Stadt ...", das in den Augen der Lindener vom Makel des Rückständigen, Alten befreit werden soll: dabei wird in der Konsequenz nicht einmal vor den Menschen im Stadtteil halt gemacht. Der hohe Ausländeranteil im Stadtteil wird beklagt, ("Ausländerghetto"), staatliche Verteilungsmaßnahmen (Zuzugstop für Ausländer, Ausquartierung) werden gefordert. Die Menschen haben aus der eigenen Geschichte nicht gelernt.

zur Herstellung der Sanierungsreife duldet man sie

Landeshauptstadt Hannover
STADTPLANUNGSAMT

Landeshauptstadt Hannover - Stadtplanungsamt - Hannover - Postfach

An die
Unabhängige Bürgerinitiative
Linden-EGd

20741 Hannover
Hicklinger Str. 65

Postfach Postbezugsort Postfach-Nr. Postleitzahl
61.82 Hannover, Postfach-Nr. 26. November 1975

Sehr geehrte Herrrath!

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 22.11.1975 das Verzeichnis für die Besetzung der 6 Bürgervertreter für die von uns beschlossene Sanierungskommission festgelegt. Dem Ihnen bekannten Antrag der Verwaltung wurde einstimmig zugestimmt mit der Maßgabe, daß das in der ersten Sitzung zu beschließende Statut des Verwaltungsausschusses zur Zustimmung vorzulegen ist.

Vor von Ihnen mit Schreiben vom 13.11.1975 gestellte Antrag wurde nicht behandelt, da er sich nur auf das Verfahren für die Sitzungen, die die Probleme von Linden-EGd betreffen, bezieht. Wir teilen Ihnen aber dazu mit, daß die Verwaltung die Einladungen für die Sitzungen der Sanierungskommission, die Linden-EGd betreffen, an die Unabhängige Bürgerinitiative senden wird und daß wir die Unabhängige Bürgerinitiative Linden-EGd als diejenige Bürgerinitiative ansehen, die die öffentlichen Sitzungen, in denen die 6 Bürgervertreter von Linden-EGd bestimmt werden sollen, durchzuführen hat.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Sanierungskommission möglichst schnell zusammentreten soll, bitten wir Sie, umgehend vier Bürgervertreter für die erste Sitzung zu benennen. Wir teilen Ihnen dazu mit, daß die CDU-Fraktion zunächst die Herren Bormann, Arsenmann, Am Lindener Markt, und Dieter Herge, Charlottenstr. 26, als Bürgervertreter für die Sanierungskommission benannt hat.

In der Anlage übersenden wir Ihnen einige Exemplare eines Entwurfs für das auf der ersten Sitzung der Sanierungskommission zu beschließende Statut.

Mit freundlichen Grüßen

Der Oberstadtdirektor
in Auftrage

Carl Voelker

Darstellung der Arbeit der BI im "Linden-Blatt"

Für die Bürgerinitiative ist die Existenz des Linden-Blattes schon am Anfang der Sanierung von großer Bedeutung. Die Bürger erwarten von dieser Stadtteilzeitung gezielte Unterstützung ihrer Arbeit.

Das Linden-Blatt erscheint monatlich als Stadtteilzeitung und wird mit einer Auflage von 37 250 (Stand 1979) in Linden, Limmer, Calenberger Neustadt und Davenstedt verteilt.

Exposé: Unabhängiges, überparteiliches Lokalblatt für ...

Im wesentlichen werden Themenbereiche besprochen, die im Lokalteil der "großen Tageszeitungen" in Hannover nicht aufgenommen werden oder nur als "Kleinanzeige" gebracht werden.

Die BI wünscht sich im Anfangsstadium der Sanierung eine Veröffentlichung der Themenbereiche

- Abrißbeschlüsse der Verwaltung
- Stellungnahme zu den Vorwürfen der AKWO
- Konten (der BI, d. Verf.)
- Problematik der Mietkosten bei Neubauwohnungen

Es wird versucht, die Sanierungsproblematik und die Vorstellungen der Verwaltung zu San.-maßnahmen öffentlich zu machen, um schon frühzeitig die Rückbindung der BI an die Stadtteilbevölkerung sicherzustellen.

Weitere Ergänzungen siehe
EXKURS VERKEHR

Wer spielt nun auf dem "Instrument" ?

aus: Seminarpapier K. Holland,
WS 78/79

Unsere Analyse des Partizipationselementes "Sanierungskommission endet zunächst mit dem Termin der 1. SK-Sitzung im Dezember 1973.

Wir meinen, es wird anhand des Entwicklungsverlaufes in o.a. Darstellung deutlich, wer Interesse an der Konstituierung einer Sanierungskommission hatte und was allgemein von diesem Forum erwartet wurde.

Wie arbeitet nun die Sanierungskommission, wie bewährt sie sich in der Praxis ?

hier möglich: EXKURS der SK-ENTWICKLUNG r 1973-78

Veränderung in der Entscheidungsstruktur durch SK

" Eine dritte Veränderung in der Entscheidungsstruktur sieht zunächst nur wie eine Konkretisierung des SK-Beschlußverfahrens aus.

Für alle Bebauungsplanentscheidungen wird vom Rat der Stadt ein Verfahren formell beschlossen, das nicht nur die SK systematisch in den Entscheidungsprozeß einbaut, sondern auch die BI selbst.

Die BI als Institution ist hierbei jeweils im Zusammenhang mit der SK in den Entscheidungsgang eingebaut."

An dieser Stelle ergibt sich die Möglichkeit, in wichtigen Stationen des Sanierungsverlaufes die faktische Etablierung der Sanierungskommission als Institution zu untersuchen.

Zunächst soll aber ein Sprung gemacht werden in die aktuelle Diskussion (Stand 78/79) um die Besetzung der SK mit Bürgervertretern, oder besser mit Vertretern, die keine sind.

aus: unserer Kurzchronologie des Sanierungsverlaufs, hergestellt im SS 78 (von Wolfgang)

lt. Schreiben der BI vom 6.1. 77 lehnt die BI Linden-Süd eine weitere Teilnahme an den SK-Sitzungen ab, falls der CDU-Vertreter Jansen nicht zurückgezogen wird. Herr Jansen wohnt weder im Stadtteil noch läßt er erkennen, daß er irgendein Interesse an der Sanierung und Bürgerbeteiligung hat.

aus einer Stellungnahme der BI vom 6.1.77:

"Die CDU hat nicht nur einen Bürger gegen einen anderen ausgetauscht, sondern sie hat vielmehr einen Lindener Bürger gegen einen Stadteinfremden ausgetauscht, der bisher weder in der Sanierung noch in der BI mitgearbeitet hat. (...) Sie hat damit einen in der Sanierung engagierten Bürger die freie Abstimmungsmöglichkeit genommen und sie einen besoldeten Geschäftsführer einer Interessengruppe (Haus-, Wohnungs- und Grundbesitzerverein) gegeben.

aus Protokoll Nr. 267 vom 21.11.78
TOP 6 Sanierungskommission
"Herr Deiters berichtet über den Stand seiner Verhandlungen über eine Fortführung der Sanierungskommission. Das Rechtsgutachten habe er erhalten, könne aber noch nicht Konkretes über den Inhalt sagen. Er werde weiter berichten."

Die CDU verfolgt weiter ihre Taktik, Bürgervertreter langfristig und nicht abwählbar für einen Sitz in der SK zu bestimmen!

Die CDU hat im gesamten San.-Verlauf ihre Einstellung zu dieser Forderung nicht verändert.

Einschätzung und Situationsbeschreibung der Sanierungskommission im Frühjahr 1977

Die CDU hat einen Funktionär des Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergevereins (HWG) als "Bürgervertreter in die Sanierungskommission entsandt.

Damit beginnt ein langwieriger Konflikt zwischen BI, Parteien und Verwaltung um die Weiterführung der SK.

- Die Bürgervertreter der BI sind nicht mehr bereit, an weiteren SK-Sitzungen teilzunehmen.

Folge: Die Sanierungskommission wird nicht mehr von ihrem Vorsitzenden (Heinemann) einberufen.

Satzungsgemäß könnte der Vorsitzende der SK diese trotz des BI-Boycott tagen lassen. Nur wäre dann die Bürgerbeteiligung in Linden-Süd eine Farce, nur noch Politiker unter sich.

Diskussionsstand Ende 78

Hinter den Kulissen wird, wie man hört, versucht, eine Lösung zu finden.

Die CDU verschanzt sich hinter ihrer Entscheidung, ihren einmal gewählten Bürgervertreter zurückzunehmen.

Behauptung (ein CDU-Mitglied auf der BI-Sitzung am 5.12.78):
"Die CDU sei sich darin einig, daß auch sie diesen Vertreter (Jansen) nicht mehr halten wolle. Die CDU-Parteisetzung lasse es nicht zu, ein Mitglied gegen seinen Willen abzuberauben."

bisher nicht veröffentlicht -
läßt vermuten, daß für die
SPD und andere Interessengrup-
pen (hier auch CDU) unliebsame
Ergebnisse enthalten sind.

aus Protokoll Nr. 268 vom 28.11.78

"Schönheitsfehler Jansen"

Lösungsversuch der SPD-Fraktion zum SK-Streit durch inoffi-
zielles Rechtsgutachten:

Auf Verhandlungsebene lassen sich offensichtlich die starren
Fronten nicht aufweichen.

Zu diesem Zeitpunkt wird hinter vorgehaltener Hand von einem
Rechtsgutachten gesprochen, das im Auftrag der SPD-Fraktion
angefertigt werden soll, um den immer wiederkehrenden Streit
um die Besetzung der Bürgersitze aus der Welt zu schaffen.
Genau Einzelheiten sind offiziell jedoch nicht zu erfahren.
Selbst den Auftraggebern scheinen die Aussagen im Gutachten
nicht sehr publikumswirksam zu sein.

Fragen an Stadtbaurat Adrian :

BI : "Für wie wichtig hält die Verwaltung eine Wiederaufnahme
der SK ?"

Adr: "Die SK hat eine wichtige Funktion als "Fr um für Aus-
einandersetzungen" und zur Vorbereitung von Rats- (aus-
schuß) entscheidungen. Der derzeitige Schönheitsfehler
sollte im Interesse der Sache hingenommen werden."

BI : "Bringt das erwartete Rechtsgutachten etwas Neues ?"

Adr: "Nein, jedenfalls nicht, was den Standpunkt der BI stär-
ken würde."

Überlegungen zum Rechtsgutachten

Es ist eigentlich verwunderlich, daß ausgerechnet zu die-
sem Zeitpunkt ein Rechtsgutachten die Lösung bringen soll. Über
detailliertere Fragestellungen und mögliche Inhalte ist offi-
ziell ohnehin nichts zu erfahren.

Protokoll vom 18.9.73

Argument: Die Durchsetzung von politischen Zielvorstellungen und die Einsetzung von Gremien obliegt allein dem Rat

Die Sanierungskommission ist eine "freiwillige" Einrichtung der Ratsfraktionen :

"Die Bildung einer Sanierungskommission wird vom Rat einstimmig gewollt."

Erinnern wir uns, daß nur durch einen einstimmigen Beschluß im Verw.-Ausschuß (paritätisch besetzt) das Mitwirkungsorgan SK zustandegekommen ist. In der Niedersächsischen Gemeindeordnung ist so ein Forum nicht vorgesehen.

Andererseits lassen sich Tatsachen nicht wegdiskutieren : die SK als Einrichtung und deren Beschlüsse wurden de facto in den Entscheidungsgang der Verwaltung eingebaut und berücksichtigt.

Im Nachhinein durch ein Rechtsgutachten belegen zu wollen, dies sei im Grunde genommen rechtswidrig gewesen, wäre dem Bürger schwerlich zu erklären - die meisten SK-Beschlüsse sind ohnehin realisiert und die sich daraus ergebenden Rechtsansprüche und Folgen nicht zu übersehen.

Auch die CDU will so recht nicht an dieses Gutachten heran - sie war gleichwohl an der SK-Konstituierung beteiligt.

Im Übrigen kann sie abwarten, da sie sich in ihrer konsequenten Sanierungspolitik (in unserem Verständnis bürgerfeindlich) bestätigt sieht und sie selbst keine ihrer Positionen aufgeben mußte, wie oben beschrieben.

Folge: das Rechtsgutachten bleibt offiziell in der Schublade.

massiver Druck auf die BI

Auf die BI wird massiver Druck ausgeübt, sie soll ihre Bürgervertreter wie gehabt wieder in die SK-Sitzungen schicken, als sei nichts gewesen.

Tendenzen innerhalb der BI beachten!

Es werden auf den BI-Sitzungen zunehmend Stimmen laut, die "Sachzwänge" zu schlucken (..als kleine Kröte ..", so BI- und CDU-Mitglied Desbner am 5.12.78) und im Sinne eines Vertretungsauftrages im "Interesse des Bürgers" (Deiters) im Rahmen der Sanierungskommission in alter Form weiterzuarbeiten. " .. im Übrigen sei dies auch weiter nicht gefährlich, da die BI ihre Mehrheitsverhältnisse ausreichend gesichert sehe."

Schwächung der BI-Position

Die alte bekannte Verwaltungstaktik des "Hinhaltens und Weichkochens" würde wieder zum Erfolg führen, wenn die BI diesen Tendenzen nachgeben würde.

Die Taktik und die Position der CDU-Fraktion würde sich erheblich stärken, wodurch sich Machtverhältnisse auf lange Sicht stabilisieren und als nicht änderbar akzeptiert werden müßten.

Die BI muß ihre Chance im Auge behalten, entsprechend dem aktuellen Stand der Sanierungsplanung und dem Ergebnisstand ihrer Arbeitsgruppen gezielt Bürgervertreter mit gezieltem Auftrag in die SK-Sitzungen delegieren zu können.

Wichtiges Ziel der BI-Arbeit muß das Bemühen sein, "am Problem, am Objekt" zu sein und zu bleiben. Wenn Mitbestimmung im CDU-Sinn institutionalisiert wird, verselbstständigt sich die BI-Arbeit auf SK-Ebene und es wird zunehmend der "Basis-Bezug" verlorengehen.

" Bürgerwille "

Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsmöglichkeit wesentlicher BI-Forderungen werden auf die Probe gestellt - der "Bürgerwille" als lebendiges und stimulierendes Element im Willens- und Entscheidungsprozeß muß als relevanter Faktor erkennbar bleiben und zielbestimmend sein.

"Verantwortlichkeit dem Bürger gg.Über"

Der Bürger soll jederzeit sein Verantwortungsgefühl der Gemeinschaft gegenüber unter Beweis stellen - als Forderung an die Adresse der BI gerichtet.

Als Politiker sei man jederzeit bereit zur Zusammenarbeit und nun sei die BI an der Reihe, zu handeln.

BI als "Schwarzer Peter"

Die Fraktionen versuchen aus der Verkehrung von Ursache und Wirkung einen Zugzwang für die BI zu konstruieren.

Bürgerbeteiligung - unterschiedlich
in Linden-Süd und Linden-Nord

In dieser Phase des politischen und öffentlichen Machtkampfes um den Besetzungsmodus der SK erweitert sich das Problemfeld. Offensichtlich werden die unterschiedlichen Vorstellungen von Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen Linden-Süd und Linden-Nord.

De jure sind oder sollen beide Stadtteile als Sanierungsgebiete gleichgestellt sein. Auf jeden Fall wird die Vergabe der Sanierungsmittel zu gleichen Teilen geregelt.

De facto sind jedoch die Stadtstrukturellen und bevölkerungspolitischen Ausgangslagen unterschiedlich.

Was hat die Sanierung in Linden-Süd
mit der in Linden-Nord zu tun?

Trotz dieser Sachlage wird oft die Frage gestellt : Was hat die Sanierung in Linden-Süd mit der in Linden-Nord zu tun? - Wo liegen mögliche Zusammenhänge?

- TAGESORDNUNGSPUNKTE:
1. EINGÄNGE
 2. SANIERUNGSKOMMISSION
 3. ARBEITSGRUPPE "AUSLÄNDER UND DEUTSCHE" / BERICHT
 4. BRIEF AN DEN DENKMALPFLEGER
 5. VERSCHIEDENES

TOP 1. EINGÄNGE

- Es liegt ein Einladungsschreiben zur ersten Sitzung der Sanierungskommission in Linden-Nord vor. Termin: 18.12., 19.30 im großen Saal des Freizeithaus Linden. Der Oberbürgermeister wird zum Anlaß der Neukonstituierung der Kommission eine Rede halten. BI-Vertreter sind herzlich eingeladen. (siehe auch TOP 2)

TOP 2. SANIERUNGSKOMMISSION (SI) / ENTWICKLUNGEN IN LINDEN - NORD UND -SÜD

Mitglieder der BI wünschen eine Diskussion über die Entwicklung in Linden-Nord, wo die SPD unter dem Druck der CDU jetzt einen "Radikalerlaß" für Bürgerinitiativen praktiziert habe, da sie ihre 3 Bürgerstimme in der SK den Stadtteilinitiativen entzogen und "freihändig" durch Parteimitglieder besetzt hat.

Außerdem wird eine Diskussion über den Standpunkt der BI in den Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der SK Linden-Süd gewünscht.

Ein begründeter schriftlicher Antrag sieht vor, daß zur besseren Klärung der BI-Meinung eine Diskussion mit Vertretern des Rates, des SPD-Ortsvereins sowie von Stadtteilinitiativen aus Linden-Nord stattfinden soll.

(Im folgenden wird der wesentliche Verlauf der eineinhalbstündigen Diskussion und deren Ergebnis in einer Zusammenfassung wiedergegeben.)

ZUR SITUATION IN LINDEN-NORD:

Es wird von einem "Stadtteilforum" Linden-Nord berichtet, das am 4.12. zum ersten Mal zusammengetreten ist. Dort wollen Vertreter der zahlreichen, im Stadtteil L.-Nord arbeitenden Initiativen versuchen, gemeinsam eine sinnvolle Arbeit im Interesse der Lindener Bürger zu organisieren. Es waren 13 Initiativen sowie die von der SPD benannten SK-Bürgervertreter anwesend. Die Initiativen wenden sich ganz entschieden gegen das jetzt auch von der SPD praktizierte "Bürger-Auswahlverfahren", weil auf diese Weise nicht mehr von einer Bürgerbeteiligung an der Sanierung die Rede sein kann. Die Bürgervertreter in der SK haben keinerlei Rückhalt in den Bürgerinitiativen des Stadtteils.

Die BI Linden-Süd sollte sich ausgiebig mit der Entwicklung in L.-Nord auseinandersetzen und sich mit den Forderungen der dortigen Initiativen solidarisch erklären. Die dortige Entwicklung könnte auch auf Linden-Süd durchschlagen, falls hier die Initiative der SPD nicht mehr "genügt" wäre. Es gäbe ja bereits Erfahrungen damit, daß die SPD bereit ist, von einem "Radikalerlaß" für Bürgervertreter Gebrauch zu machen.

Dem wird entgegengehalten, daß die beiden Stadtteile nicht vergleichbar seien. Die L.-Süder sollten nicht "den großen Bruder" für die L.-Norder spielen, falls diese etwas über die Erfahrungen in L.-Süd wissen wollten, könnten sie ja in der BI "Mäuschen spielen". Die BI sei außerdem stark genug, ob sich gegen eine Einflußnahme des SPD-Orts behaupten zu können. Die Tatsache, daß in Linden-Nord zahlreiche Initiativen arbeiten, wird als "Kinderkrankheit" und Ausdruck der Zersplitterung bewertet.

Andererseits wird festgestellt, daß die Konzentration der Bürgerbeteiligung auf einen Ort nicht nur Vorteile habe. Beispiele von Problemen in L.-Süd sei die Unzufriedenheit der Jungen und Ausländer, die sich in der BI nicht vertreten fühlen.

Eine Diskussion mit den L.-Nördern und anderen wird nicht beschlossen. Eine beobachtende Teilnahme der BI an "Stadtteilforum" wird für sinnvoll erachtet. Nächster Termin: No., 8.1.79, 19.30 Uhr, F20 Linden.

ZUR SITUATION IN LINDEN-SÜD:

Herr Holtzer berichtet über den Stand seiner Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der SK. Die Verantwortlichen der CDU akzeptierten den Standpunkt der BI, sehen aber keine Möglichkeit, den zurückgetretenen CDU-Bürgervertreter Janssen vor Ablauf der Amtsperiode im 3. Jahrel aus seiner Position zu entfernen.

Erste Informationen werden auf der BI-Sitzung vom 5.12.78 bekannt.

Die BI Linden-Süd wird zur 1. SK-Sitzung in Nord eingeladen.

Diskussionsstand und Situationsbeschreibung siehe nebenstehendes Protokoll :

die zum benannten Bürgervertreter nicht zur SK erschienen, weil sie durch die "fortschrittlichen Kräfte" in der Basis der Partei "unter Druck" gesetzt worden seien. Janssen sei mehrmals zum Verzicht auf seine Ehrenamt aufgefordert worden, die Partei habe jedoch keine rechtliche Handhabe, den einmal von ihr gewählten Bürgervertreter vor Ablauf der Wahlperiode abzuwählen. Das verhängene Rechtsgutachten bestätigte diese Auffassung und stelle darüber hinaus auch noch weitere Positionen der BI in Frage:

1. Die von der CDU bestimmten Bürgervertreter können nicht aus ihren Ämtern entfernt werden, also werden nach der Rechtslage weiterhin Funktion und Stadteilstimme als Bürgervertreter in der SK über die Interessen der Lindener bestimmen
2. Die Wahl der Bürgervertreter auf ein Jahr, so wie sie derzeit von der BI praktiziert wird, ist rechtlich nicht zulässig. Die Bürgervertreter sollen für die Dauer einer Sitzungsperiode des Rates (5 Jahre) bestimmt werden.
3. In das Statut soll ein Passus aufgenommen werden, der die Benennung von "Kommunisten" als Bürgervertreter verbietet, also jetzt auch per Statut ein "Radikalerlaß" für die Bürgerinitiativen und ihre Vertreter.

Zwei unterschiedliche Standpunkte wurden in der anschließenden Diskussion deutlich:

Einerseits wird für eine "wirksame Bürgerbeteiligung" eine schnelle Wiedereinberufung der SK für notwendig erachtet. Dabei müßten "im Interesse der Sache" auch Zugeständnisse gemacht werden.

Andererseits wird davon gewarnt, einer Wiedereinberufung der SK um jeden Preis" zuzustimmen. Die BI habe seit 1977 schon zu oft den Druck (insbesondere der CDU) nachgegeben und dabei eine Reihe von Positionen aufgegeben. Außerdem sei der Hauptinteressierte an der SK doch die Verwaltung, die Bürgerinitiative sei z.Z. durch das Fehlen der SK für die Verwaltung praktisch an deren Stelle getreten. Öffentlichkeit könne auch ohne die SK hergestellt werden.

Das Verhalten der SPD-Rechtsfraktion wird kritisiert, die jederzeit durch einen politischen Beschluß im Rat eine Bürgervertretung in der SK im Interesse der Bürger herbeiführen könnte.

Um zu einer klaren Meinung der BI zu kommen und die Verhandlungsposition klar abzugrenzen, soll zur nächsten Sitzung ein Papier vorgelegt und diskutiert werden, in dem der Standpunkt und die Forderungen der BI zur SK klar zum Ausdruck kommen. (Entwurf: Kühnel, Kriener, Becker)

Politische Lagebeurteilung - Jahreswende 78/79

Wie steht es mit der Sanierung ?

Nach sechs Jahren Sanierung in Linden-Süd haben alle Beteiligten Erfahrungen gemacht im Umgang mit der Sache selbst und im Umgang miteinander. Die Aktionspartner haben sich aufeinander eingestellt und wissen sich gegenseitig gut einzuschätzen. Allseits vorhersehend ist die Meinung, das Instrument "Sanierung" ganz gut zu beherrschen : "Wir haben die Sache im Griff" (Oelkers).

Kürzung der Sanierungsmittel

Die ersten Mißklänge sind zu hören als bekannt wird, daß der Bund, und somit auch die Länder(hier Niedersachsen) die Sanierungsmittel insgesamt erheblich kürzen wollen und auch tatsächlich der Stadt Hannover ca. 50% weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Die Stelle für Sanierung sieht keine Möglichkeit, aus anderen "Töpfen" Mittel freizumachen - die auf insgesamt 10 Jahre projektierte Sanierung ist gefährdet.

Es besteht zudem wenig Aussicht, diese (finanziellen) Lücken zu schließen. Verschiedene Versuche sind bisher erfolglos geblieben, niedersächsische Landtagsabgeordnete einzuschalten und auf Staatssekretärsebene ein Einlenken zu erzielen.

Insgesamt gesehen scheinen 6 Jahre Sanierungsarbeit kein Argument zu sein. Im folgenden Jahr sollen die Mittel jedoch wieder aufgestockt werden, wie man hört - der Zeitpunkt fällt zusammen mit den niedersächsischen Landtagswahlen

Parallel zur BI Linden-Süd arbeiten in Nord Stadtteilgruppen mit unterschiedlichen Schwerpunktaktivitäten.

Allen gemeinsam ist ihre selbstständige und unabhängige (von Verbänden, Institutionen etc.) Arbeitsweise. Die schon seit Jahren existierende BI Linden-Nord sowie die anderen Gruppen lehnen die enge Zusammenarbeit mit der Verwaltung ab.

Unabhängig von einer eingehenden Analyse der Stadtteilaktivitäten in Linden-Nord läßt sich feststellen :

- daß der Vorwurf der Zersplitterung und Uneinigkeit (im Sinne einer gemeinsamen Handlungsstrategie) nicht von der Hand zu weisen ist,
- auf der anderen Seite spiegeln die Stadtteilgruppen jedoch das vorhandene differente Meinungsbild im Stadtteil
- daß die Rückbindung (Basisbezug) der einzelnen Gruppen durch ihre Einzelthematik (Wassergeldgruppe ..) nur bedingt gegeben ist.
- daß auf einem Stadtteilforum versucht wird, die Zusammenarbeit der Gruppen zu fördern
- daß der mögliche Einfluß des SPD - Ortsvereins im Vergleich zu Linden-Süd gering ist.

SPD-OV Politik

Gerade der letzte Punkt scheint ein Hauptgrund zu sein für die SPD, die Bürgervertreter für die Sanierungskommission Linden-Nord durch den Ortsverein selbst zu bestimmen.

Die Partei dokumentiert hier schlicht die (realen) Machtverhältnisse und ihre Einflußmöglichkeit als Partei.

Letzter Anstoß zu diesem "Auswahlverfahren" der SPD war wohl der Vorschlag der BI Linden-Nord, eines ihrer Mitglieder als Bürgervertreter (ähnlich wie in Linden-Süd praktiziert) zu be-

Beschlüsse und Entscheidungen werden Signalwirkungen auch für Linden-Süd haben, wo die Sanierung bisher gelaufen ist

Alarmsituation

.. läßt sich leider nicht in die Köpfe der BI - ler in Süd durchstellen.

im Vordergrund stehen Diskussionsbeiträge wie .. "die sollen ihren Kram doch alleine machen .. uns hat auch keiner geholfen .. die können ja zu uns in die Schule kommen ..".

nen... eigentlich akzeptabel für die SPD; leider haftete dem bestimmten Bürgervertreter (oder besser BI-Vertreter) der Makel der DKP - Zugehörigkeit an, eine "Ungehörigkeit" in den Augen der SPD.

Nichtzuletzt als Konsequenz einer auch von der SPD angezettelten "Radikalenhetze" weicht sie dem kommunalpolitischen Druck (aus den eigenen Reihen und von Seiten der CDU) und zieht die Benennung der ihr zustehenden Bürgersitze an sich.

Die von der SPD benannten Bürgervertreter fühlten sich -nach eigenem Bekunden - "gar nicht so glücklich" in ihrer Rolle als Bürgervertreter 2. Wahl - ohne irgendeine Rückbindung an den Stadtteil oder die Stadtteilgruppen.

Für uns stellte sich diese Entwicklung als Alarmsituation dar. Es müssen also besondere Gründe für die SPD-Ratsfraktion vorgelegen haben, in Linden-Süd "großzügigerweise" der BI die Benennung der Bürgervertreter überlassen zu haben und auch im Laufe der Sanierung diese Strategie nicht verändern zu wollen.

Gefahr für die BI Linden-Süd

Hier dokumentiert sich wiederum die Tatsache, daß die Sanierungspolitik allgemein von großen Teilen der BI Linden-Süd nie als Einheit gesehen wurde, eben nur auf den eigenen Stadtteil bezogen.

Wir meinen, daß Signalwirkungen zu erkennen sind und die Entwicklung in Linden-Nord durchaus auch für Süd Konsequenzen haben kann.

Dies wird näher in unserer Stellungnahme zur SK erläutert :

Eingabe in die Vollversammlung BI-Länder Süd am
21.12.1978

abgegeben durch Heinz Erbe, Werner Tappenberg,
Wolfgang Huber

I. Bericht zum Stadtteilforum Linden-Nord am 4.12.78

- Abstimmung der Sanierungskommission -
Vorschlag durch den SB-Bereich
Linden-Nord
- keine Berücksichtigung von Vertretern der
BI - Linden-Nord und anderer Stadtteil-
gruppen

II. Aktivitäten um die Sanierungskommission Linden Süd

- zunächst kurzer Bericht über den Verhand-
lungsstand und weiteren Vorgehen durch
Heinz Erbe

Agenda:

- Dringlichkeit in Linden Nord werden durch
die jetzige Situation mit der SB-Einstufung
zu klären ist, dass SB - Vorkauf geht
auf Linden Süd über.
Das Land nicht den Interessen der Bürger-
schaften Linden Süd sein

- BI Linden Süd heute in Planung

- welche Verhandlungsmöglichkeiten bei einer Ver-
kauf, BfV 10/11/78

- Zusammenfassung:

- die Sanierungskommission wird in der Bürger-
initiative nicht mehr als gegeben
- die SB 1978 ist nicht mehr aus dem Jahr, das
1975 von den Bürgern gewählt wurde
- wesentliche Fortschritte sind festzustellen
- durch die Fehlen der Sanierungskommission
wird die BI Linden Süd für die Vermittlung
aufgestellt -> BI, Umwelt, SB-Festhalten

Öffentlichkeit kann auch über den -funktionieren hergestellt
werden!

- Anwaltschaft - Arbeitsgruppe
- Bürgerinitiative "Altes Gemarkungsamt"

Zielsetzung: Von der Sanierung und der Mittelvergabe sind die
Bürger in Linden Süd und Linden Nord gleichberechtigt betroffen.
Wir fordern die BI Linden Süd auf, eine gemeinsame Diskus-
sion - Veranstaltung mit Vertretern des SB-Bereiches,
Linden-Nord, Linden-Süd, Vertretern der BI-Länder und Stadtteil-
gruppen am nächstmöglichen Termin anzustreben.

Gefordert wird eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit
allen Stadtteilgruppen : Es soll eine gemeinsame Sanierungs-
strategie gefunden werden, um nicht zuletzt wegen der gekürz-
ten Sanierungsmittel die Sanierungsmaßnahmen zu optimieren :
gerade in dieser Situation ist es dringend erforderlich, mit
möglichst vielen Betroffenen zusammenzuarbeiten.

Um einen Einstieg in die Diskussion zu bekommen, erklärten wir
uns bereit, zur nächsten BI-Sitzung in Thesenform einmal die
wichtigsten Fakten zusammenzustellen.

STELLUNGNAHME ZUR SANIERUNGSKOMMISSION
ENTWURF ZUM 9.1.79

Zweck: dieser Stellungnahme ist es, die Position der Bürgerinitiative (BI) in den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit in der Sanierungskommission (SK) klar zu umreißen. Deutlich wird in den folgenden Punkten, daß einer SK nicht 'um jeden Preis' zugestimmt werden kann. Es muß geklärt werden, unter welchen Bedingungen die Interessen der Lindener Bürger sinnvoll und nachhaltig wirksam in der SK vertreten werden können.

In einem Rückblick auf den Wandel des SK-Statuts wird deutlich, daß die SK von 1978 nicht mehr das ist, was die Bürger sich 1973 von ihr erhofft hatten.

Wichtige Forderungen der Bürger lautet unter dem Druck der Verwaltung und der Parteien, insbesondere der CDU, in wesentlichen Punkten aufzuerheben werden:

1973: BI-Forderung: "KEIN PARTEIAUSWAHLVERFAHREN FÜR DIE 6 BÜRGER-
VERTRETER"

BI-Protokoll vom 18.9.73:

- "Die Bürgervertreter sollen aus dem betroffenen Stadtteil kommen
- Alle 6 Bürgervertreter sollen auf den wie immer öffentlichen Sitzungen der BI gewählt und delegiert werden (Stimmrecht haben dabei nur Lindener)".

HAZ vom 19.9.73: Ratsherr Pitjer (FDP):

- "Pitjer begrüßte zwar grundsätzlich die Teilnahme von Bürgern an den Ausschusssitzungen, es wäre der FDP lieber gewesen, wenn dabei der "Parteiproporz" keine Rolle gespielt hätte."

DENNOCH WURDE DAS PARTEIAUSWAHLVERFAHREN INS STATUT DER SK AUFGENOMMEN, D.H.. ES GAB 3 SPD, 2 CDU- und 1 FDP-BÜRGERVERTRETER. Die BI konnte sich mit SPD und FDP über eine Benennung der 4 Bürgervertreter einigen

1975: "DAUERENDE AUSTAUSCHBARKEIT DER BÜRGERVERTRETER - WECHSELNDE
VORSITZ DER KOMMISSION ZWISCHEN BÜRGERN UND RATSHERRN"

nochmal dazu BI-Protokoll vom 18.9.73:

- "Die Bürgervertreter sollen jederzeit austauschbar sein, damit jeweils zu speziellen Problemen, mit diesen Problemen vertraute Bürger Aussagen machen können"

BI-Protokoll:- "Die SK darf nicht zum Alibiinstrument umgebaut werden"...

- "Wenn das Statut geändert werden soll, dann in Richtung auf mehr Gewicht für die Bürger."

DAS STATUT WURDE AUF ANTRAG DER CDU WIE FOLGT GEÄNDERT:

- die Bürgervertreter werden für 1 Jahr fest benannt
- der Vorsitzende wird in Zukunft fest benannt und von den Ratsherren gestellt



1976/77 ... NUR IM STADTTEIL VERANKERTE BÜRGER DÜRFEN DIE INTERESSEN DER LINDENER IN DER SK VERTRETEN !

WAS PASSIERT?- die CDU benennt den Vorsitzenden des Haus- und Wohnungsbesitzer - Vereins (Jansen) für einen ihrer Sitze aus einer Stellungnahme der BI vom 6.1.77:

"Die CDU hat nicht nur einen Bürger gegen einen anderen ausgetauscht, sondern sie hat vielmehr einen Lindener Bürger gegen einen Stadteilmfremden ausgetauscht, der bisher weder in der Sanierung noch in der BI mitgearbeitet hat. (...) Sie hat damit einem in der Sanierung engagierten Bürger die freie Abstimmungsmöglichkeit genommen und sie einem besoldeten Geschäftsführer einer Interessengruppe (Haus-, Wohnungs- und Grundbesitzerverein) gegeben.

Die BI sieht darin eine unannehmbare Beeinträchtigung der Betroffenen in der SK.

Damit ist eine Mitbestimmung der Bürger nicht mehr durchführbar. Die BI wird deshalb an der zukünftigen Arbeit der SK nur teilnehmen, wenn der bisherige Besetzungsmodus für die 6 Bürgersitze voll wiederhergestellt ist."

AUF WUNSCH DER BI WURDE DAS STATUT DER SK ERNEUT GEÄNDERT:

- nur noch "Sanierungsbetroffene" sollen Bürgervertreter sein können

DIE BI ZIEHT IHRE "STADTEILFREMDE" BÜRGERVERTRETER ZURÜCK;

DIE CDU BEHARRT WEITER AUF DEN VON IHR BENANNTE VERTRETER (JANSEN)



1978/79 DAS VON DEN PARTEIEN IN AUFTRAG GEGEBENE RECHTSGUTACHTEN SOLL NUN FOLGENDE VERÄNDERUNGEN DER SK EINLEITEN :

1. Die von der CDU benannten Vertreter bleiben bis zum Ablauf der Ratsperiode in der Sanierungskommission
2. Alle Bürgervertreter sollen zukünftig auf 5 Jahre benannt w.
3. Es soll ein Passus in das SK-Statut gebracht werden, der "Verfassungsfeinde" als Bürgervertreter ausschließt.
(Wer als "Feind" zu betrachten ist, bestimmen die Parteien)



WIR FRAGEN: WIEVIEL POSITIONEN SOLLTEN DIE LINDENER "IM INTERESSE DER SACHE" FÜR EINE SK NOCH AUFGEBEN ?

!!!
WENN WIR EINE SANIERUNGSKOMMISSION GRUNDSÄTZLICH BEFÜRWORTEN,
MÜSSEN "IM INTERESSE DER BÜRGER" FOLGENDE BEDINGUNGEN ERFÜLLT SEIN:

1.) Die Bürgervertreter müssen im Stadtteil verankert sein und in den bestehenden Initiativen der Lindener aktiv mitarbeiten; sie dürfen keine von den Parteien benannten Interessenvertreter sein.

! DIE BI FORDERT DAS GRUNDSÄTZLICHE ÜBERDENKEN DES PARTEI-AUSWAHLVERFAHRENS! - in jeden Fall aber ein Abberufen des HWG-Funktionärs Jace.

2.) Die BI muß ihre Chance im Auge behalten, entsprechend dem aktuellen Stand der Sanierungsplanung und dem Ergebnisstand ihrer Arbeitsgruppen gezielt fachkundige Bürgervertreter mit abgestimmtem Auftrag in die SK-Sitzungen delegieren zu können.

! DIE BI FORDERT DAS GRUNDSÄTZLICHE ÜBERDENKEN DER BENENKUNG VON BÜRGERVERTRETEREN FÜR EIN JAHR !

! Bürgervertreter sollen, wenn die BI es will, zu jeder SK-Sitzung erneut bestätigt oder ausgetauscht werden können, in keinem Fall aber auf 5 (fünf) Jahre fest bestimmt werden!

3.) Bürger unterschiedlicher politischer Einstellung sollen weiterhin in der SK vertreten sein können.
- Die mehrjährigen Erfahrungen in der BI haben gezeigt, daß unabhängig vom Ansehen der Person innerhalb der BI eine konstruktive Diskussion und Zusammenarbeit möglich ist.
- Die BI hat bewiesen, daß sie in der Lage ist und selber am besten weiß, wer ihre Interessen vertreten kann und soll.

! DIE BI LEHNT ALLE VERSUCHE AB, UBER STATUT - ÄNDERUNGEN DEN PARTIEN UNLIEBSAME UND POLITISCH NICHT GENEHME BÜRGERVERTRETER IM VORHINEIN AUSSCHLIESSEN ZU WOLLEN !

Q In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich das in Linden-Nord praktizierte Verfahren kritisiert, wo über einen "Radikalerlaß" für Bürgervertreter die Stadtteilinitiativen völlig aus der "Bürgerbeteiligung" ausgebootet wurden.

Für eine wirksame Bürgerbeteiligung an der Sanierung brauchen wir aktive Bürger und keine bezugslosen Partei-Marionetten !

Tendenzwende ?

Ein Punkt wird deutlich : Die SPD und (auch die FDP) sind nicht mehr bereit, ihre "Bürgereritze" den Stadtteilinitiativen zu überlassen - Tendenzwende ?

- die Parteien nehmen die Benennung der Bürgervertreter selbst in die Hand und benennen ihnen genehme Vertreter.
- wieweit der "Radikalenerlaß" durchschlägt, zieht sich in der Ablehnung des BI-Vertreters : schon im Vorfeld von Entscheidungen greifen die Parteien an, unliebsame Tendenzen und Bürger auszuschalten,
- sie greifen präjudizierend schon in den Prozeß der Meinungsbildung ein um später um so glänzender "bürgernahe" Sanierungspolitik betreiben zu können,
- Für die Parteien gibt es offensichtlich Bürger 1. und 2. Klasse : zur 1. Klasse zählen offensichtlich jene, die zu den potentiellen Wählern gezählt werden, zur 2. Klasse all diejenigen, die als "Querulanten" eingestuft werden.
- Stadtteilinteresse als parteiunabhängige Größe gibt es wohl nicht - Bürgerbeteiligung nur für die Bürger als Angebot, die potentiell den Parteien genehm sind.
- im Hintergrund steht wohl, daß "Erfolge" in der Stadtteilarbeit als Parteierfolge interpretiert werden sollen.

Die politischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Stadtteilen bestimmen also sehr stark das Verhalten der Politiker und ihre Aktivitäten im Bereich der Bürgerbeteiligung.

Zurück zur Situation in Linden - Süd : für uns ergibt sich im Vergleich zu unserer politischen Beurteilung der Gesamtlage folgendes Bild:

These :
BI übernimmt SK-Funktion

BI wird aufgewertet

These

Die zeitweise Auflösung der SK in Linden - Süd hat keineswegs dazu geführt, den Sanierungsverlauf und die Entscheidungsvorbereitung zu behindern und die Sanierung zu stoppen.

Für die Verwaltung reicht es offensichtlich, ihr Tun über die BI zu legitimieren. Dies klappt ja auch ganz prima. Die BI macht mit und wird, ob sie will oder nicht, stellvertretend für die SK - Funktion genutzt.

Somit erscheint es den meisten Aktionspartnern auch nicht dringlich, für eine Neubesetzung und Fortführung der SK zu arbeiten - d.h. die BI betrachtet sich als den relevanten Basispartner für die Verwaltung entsprechend dem von vielen geteilten Eindruck, auf der SK werde ohnehin nur das ratifiziert, was vorher die BI festlegt.

Die SK hat für viele wohl nur Formalcharakter - in der Tat kann man sich schwerlich vorstellen, daß auf Dauer die SK andere Beschlüsse faßt als die BI zuläßt - wiewohl dies schon vorkam (Abrißbeschuß Altes Pfarrhaus); die Interdependenz ist offensichtlich.

Öffentlichkeit kann auch ohne SK hergestellt werden.

Der Streit um die Besetzung der SK entwickelt sich zu einem politischen Machtgerangel erster Güte.

Die Spaltung der BI Linden-Süd wird vom SPD - DV aufgefangen, Kontrahent bleibt der BI e.V.. Die Verwaltung versichert, die BI auch ohne den e.V. als ihren Ansprechpartner zu betrachten. Die SK tagt nicht.

An dieser Stelle brechen wir die SK-Analyse im Rahmen unserer Studienarbeit ab.

HINTERGRÜNDE / SPEKULATIONEN / TATSACHEN / TAKTIKEN

Was spielt sich eigentlich hinter den Kulissen ab ? Einiges läßt sich nicht beweisen, zeigt jedoch die Feinheiten auf :

- Der SPD-DV ist bei allen BI-VV im Stadtteil Linden-Süd mehr oder weniger stark präsent: aktive Parteimitglieder "tarnen" sich als BI-Mitglieder (generell gesehen ist ihre Teilnahme legitim, in diesem Falle repräsentieren sie aber nicht den sogen. "Normalbürger" an sich, sondern werden häufig von der Partei geschickt)
- in wichtigen BI-Sitzungen wurde die Diskussion gesteuert durch Parteigänger
- der SPD-DV hat die durchgängige Existenz der BI gesichert durch seine aktive Teilnahme
- zur Sicherung von BI-Beschlüssen (im Sinne der DV-Politik) wurden passive Parteimitglieder und/oder Sympathisanten aktiviert

Schaffung von Mehrheiten kann nicht als undemokratisch bezeichnet werden, entsprechend unserem Verständnis von Bürgerbeteiligung.

Das Grundproblem liegt wohl in dem Punkt, daß gerade in einem Bürgerforum immer wieder deutlich Parteiinteressen durchschlagen.

Gründung des BI-e.V.

- nach der Spaltung der BI im Jahre 74 bildete sich als Splittergruppe der BI-e.V. bestehend aus sogenannten "Stamm-Bi-lern, die sich selbst als stadtteilrepräsent sahen - vom Ansatz her schon bedenklich.

Der BI-e.V. verstand es jedoch in der Folgezeit ausgezeichnet, seine Vereinsexistenz nicht allzu sehr ins Licht der (BI-) Öffentlichkeit zu rücken.

- die Mitgliederstruktur zeichnet sich durch rechtsorientierte, reaktionäre, teilweise faschistische Tendenzen aus; ihre Positionen bzgl. der Sanierung stecken sie in privaten Treffs ab.
- Mitglied ist auch eine alte "Vorzeige-Dame" der SPD, speziell des SPD-DV
- die Versammlungen sind nicht öffentlich (eben ein Verein) und zielen auf ein gemeinsames Abstimmungsverhalten auf BI-VVs ab.
- besonders auffällig tritt der e.V. bei Abstimmungen in Erscheinung : er macht eigentlich den Fehler, sich während der BI-Sitzungen en bloc zu plazieren und auch geschlossen zu votieren.
- Entgegen ursprünglicher BI-Vorstellungen, den Diskussionsleiter für den nächsten BI-Termin zu wählen, entwickelt sich im Laufe der Zeit der "Brauch", den Vorsitz "der Einfachheit halber" in den Reihen des e.V. zu bestimmen.
- diese Verfahrensweise hat den erheblichen Nachteil, daß Bürger, die zum ersten Mal zu einer BI-Sitzung kommen, den Eindruck gewinnen, das Ganze sei eine Art Vereinsveranstaltung.

Es wäre nicht uninteressant, ein Soziogramm der Bürgerinitiative zu zeichnen, allerdings nur auf den Fall in Linden-Süd beschränkt wäre dies in vielen Positionen nicht greifbar, repräsentativ muß es allerdings auch nicht sein.

3. BEWERTUNG UND EINSCHÄTZUNG

3.	BEWERTUNG UND EINSCHÄTZUNG DER BETEILIGUNGSFORM
----	---

3.1	VORBEMERKUNG
-----	--------------

An dieser Stelle der Arbeit erscheint es uns sinnvoll, auf der Grundlage der bisherigen Analyse des Beteiligungsfalles eine Bewertung und Einschätzung vorzunehmen, weil diese zum Verständnis der Beschreibung unserer Aktivitäten im Stadtteil eine Voraussetzung bildet und wir außerdem einige Aspekte der institutionalisierten Bürgerbeteiligung in Linden-Süd zur weiteren Auseinandersetzung einzuschätzen für sinnvoll und nötig halten.

Wieder entsteht dabei das Dilemma, in dieser schriftlichen "Arbeit" der Darlegung unseres Diskussionsstandes einen Platz zuweisen zu müssen, der sich als dem möglichen Leser am besten verständlich anbietet.

Dabei ist unser Erkenntnisprozess bei der Arbeit am Beteiligungsfall Linden-Süd bei weitem nicht so kontinuierlich gelaufen, wie er in dieser "Arbeit" vielleicht dargestellt wird.

Die Diskussion über die Bürgerbeteiligung an der Sanierung - über Chancen und Grenzen einer Bürgerinitiative bei der Planungspartizipation, Chancen und Grenzen auch für andere Betroffene und beteiligte Planer usw., - ist zwischen den Verfassern dieser Arbeit an dieser Stelle bei weitem nicht abgeschlossen gewesen und ist es auch jetzt noch nicht.

Analyse und Reflektion, Bewertung und Einschätzung der Arbeit der Bürgerinitiative haben zusammen mit den praktischen Erfahrungen im Stadtteil und Auseinandersetzungen und Diskussion mit anderen Standpunkten zur Bürgerbeteiligung bei uns jedoch Erkenntnisprozesse in Gang gesetzt, die wir im Folgenden darstellen und zur Diskussion stellen wollen.

Dieses Kapitel beginnt mit einer Auswahl von Stellungnahmen anderer Autoren zur Einschätzung von "Bürgerinitiative".

Danach eine Bewertung der Beteiligungsform "Bürgerinitiative" in Linden-Süd, wobei versucht wird, unter für relevant erachteten Kriterien und Aspekten die Arbeitsweise der Bürgerinitiative zusammenfassend

einzuschätzen.

3.2 BÜRGERINITIATIVE UND PLANUNGSBETEILIGUNG -
STELLUNGNAHMEN VERSCHIEDENER AUTOREN

3.2.1 Die Auswahl

Die nachfolgende Auswahl einiger Einschätzungen von Bürgerinitiativen halten wir für wichtig, um einen Einstieg in unterschiedliche Sichtweisen von der Beteiligung von derartigen Betroffenenzusammenschlüssen an Planungen aufzuzeigen.

Wir haben mit vielleicht einer Ausnahme keine Stellungnahmen gewählt, die der Beteiligung von Betroffenen an Planungsentscheidungen grundsätzlich widersprechen. Die Positionen sind eigentlich nur verständlich vor dem Hintergrund des Wissens um den politischen Standort des jeweiligen Autors, also seines Staats- und Gesellschaftsbegriffs, seiner Einordnung und Erklärung der Entstehung von Partizipationsforderungen, usw. .

Auf eine derart umfassende Darstellung haben wir aus verständlichen Gründen an dieser Stelle verzichten müssen.

3.2.2 Dienel 1978 ¹⁾

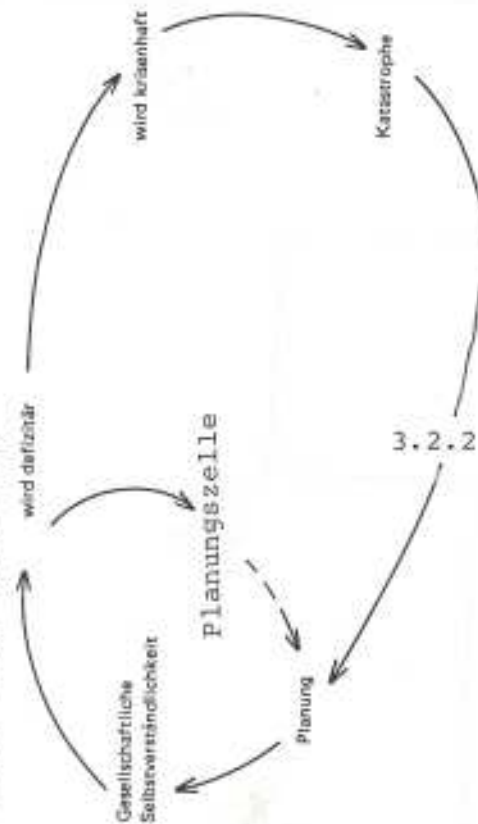
In Rahmen seines Plädoyers für die "Planungszelle" untersucht Dienel auch andere bereits praktizierte Beteiligungsverfahren.

Bürgerinitiative (BI) definiert er als "Ein Zweckbewegungen, die spontan auf Fehlverhalten der politisch-administrativen Apparatur reagieren" (S.52).

"Bürgerinitiativen der 2. Generation" entstehen dann, wenn sich institutionalisierte oder regional oder fachlich orientierte dauerhafte Strukturen herausbilden. Dabei treten seiner Meinung nach als Extreme einerseits "verwaltungsintegrierte Einrichtungen, z.B. Forschungsinstitute" und andererseits "harte Kontraststrukturen, eine Art Gegenverwaltung oder auch 'Gegenstaat', mit reisenden Terrorspezialisten und dergleichen" auf.

Dazwischen liegen "Verbandsstrukturen" (z.B. BBU).

Abbildung 21: Krisenparungseffekt der Laisanplanung (C)
Dienel 1978, Seite 178



1) Peter C. Dienel, Die Planungszelle - Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, 1978

Als Vorteile einer BI für die vertretene Sache, den einzelnen Teilnehmer oder die Gesellschaft führt Diemel auf:

- Überproportionale Durchsetzungschancen, insbesondere vor Wahlen
- Selbstverwirklichungsmöglichkeiten für den Teilnehmer
- Ergänzung der Bürokratie durch Spontanreaktion
- Ergänzung der Bürokratie durch Informiertheit über den Benutzerwillen
- Innovationspotential: Gesellschaftliches Frühwarnsystem
- Qualifikationsfeld f. politische Kader

Als Schwächen dieser Beteiligungsform "schlagen negativ zu Buche":

- Motivierungsdefizite: "Bis bröckeln ab, wenn nicht etwas geschieht..."
- Unzureichende techn. Informiertheit
- Dramatisierungszwang, Gefahr, "mehr Emotionalisierung als Rationalität zu praktizieren"
- Verarbeitet nur aktuelle, ortsnahe Probleme
- Schichtenselektion: Mittelschichtskonform von Interessenlage und Verhaltensweise
- Nicht immunisierbar gegen Interessensdurchgriff
- Formal schwer einbaubar, "der formale Einbau dieses Beteiligungsverfahrens(.. in die vorhandenen Entscheidungsstruktur ...) würde ihm andererseits seine Autonomie und Spontaneität nehmen."
- Vermittelt vielfach Frustrationen: "Die Resignation des Einzelnen ist hinterher tiefer als zuvor."

Diemel kommt zu dem Schluß, daß "das Beteiligungsverfahren BI in unserer hochkomplexen Gesellschaft unter den bestehenden Bedingungen zwar "sinnvoll" ist, das "Gros der gestellten Probleme" aber planmäßiger abgebaut werden müsse, als über die Arbeit von Bis.

"Die systematische Vermehrung dieses Beteiligungsverfahrens dürfte in Zustände hineinführen, die nicht frei sind von einer gewissen Chaotik." (S.58)

3.2.3 Mayer-Tasch 1976 2)

Der Recht- und Politik-Professor Mayer-Tasch leistet eine Einordnung von BIs in die Strukturen des bestehenden politischen Systems. Für die Legalität und Legitimität von BIs ist seiner Meinung nach Grundbedingung, "daß jegliche Einflußnahme auf die letztendliche Gemeinwohllentscheidung nur in systemadäquaten Mitteln erfolgen kann." (Seite 79) BIs leisten unüberschätzbare Beiträge" zur Fortentwicklung unseres Gemeinwesens zu einer echten Bürgerdemokratie" wenn sie den richtigen Weg zwischen "Scylla unkritischer Kooperation und Charybdis starrer Konfrontation" finden. (S.163) U.a. nennt er folgende Bedingungen, die für eine "Effizienz" von Bürgerinitiativen nötig sind:

- Die Organisationsform, er unterscheidet "Ad-hoc-Initiative" und "Dauer- und Langzeitinitiative"
- Die Zielbestimmung
- Die Strategie und Taktik der Aktionen
- Die Koalitionen, die eingegangen werden
- Die Adressaten der konkreten Forderungen
- Die Pressionen, die zur Durchsetzung der Forderungen eingesetzt werden.

2) Peter Cornelius Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung - Der aktive Bürger als rechts- und politikwiss. Problem, Reinbek 1976

3.2.4 Offe 1972 3)

Offe definiert: "BIs zeichnen sich dadurch aus, daß sie meist als Einzweck-Aktionen beginnen, ihre Ideologie aber auf der Basis von umfassenden, meist radikal-demokratischen Vorstellungen formulieren." (S.141ff) Sie sind darauf angewiesen, "einen oft außerordentlich engen Gratweg zwischen Kooptation und Patronisierung durch die Administration einerseits und Illegalisierung und Repression andererseits einzuhalten". BIs können "den Dispositionsspielraum der Verwaltung erweitern" und dadurch Möglichkeiten demokratischer Kontrolle" schaffen. Eine weitere Perspektive stellt die Entwicklung von übergreifenden Organisationsformen mit dem Ziel von "antagonistischer Kooperation" mit gesellschaftstransformierenden Zielen dar.

3) Claus Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, -Aufsätze zur Politischen Soziologie, Frankfurt/M. 1972

Zur Beurteilung, was BIs " für eine sozialistische Transformation des bestehenden Systems beitragen können," werden u.a. folgende Aspekte angeführt (S.161ff):

- Wenn BIs die Verhältnisse im Reproduktionsbereich lediglich als 'Mißstände', deren Behebung im Grunde nichts im Wege steht, begreifen, können sie sich leicht zu "genossenschaftliche Dienstleistungsbetrieben" entwickeln. Die Gefahr besteht, daß sie "auf das Niveau spontaner Selbsthilfe-Einrichtungen zurückfallen".
- BIs sind oft "willkommene Partner der Verwaltung", indem sie als politisches "Frühwarnsystem" Konflikte und Entwicklungsengpässe frühzeitig erkennen lassen. BIs verlieren ihren politischen Sinn, wenn sie sich bloß an den im politischen Institutionensystem formulierten Angeboten orientieren und nicht zu Forderungen durchstoßen, deren Erfüllung die Verwaltung nicht ohnehin schon erwägt.
"Sobald sich BIs auf die Formen der Auseinandersetzung beschränken, denen Bürokratien allein gewachsen sind, zerstören sie die Bedingungen ihres eigenen Erfolgs".
- In zweierlei Richtungen muß die "Konsolidierung von BIs" vorangetrieben werden, wenn sich aus dem Reproduktionsbereich heraus ein politischer Kampf erfolgreich entfalten und entwickeln soll:
In vertikaler Richtung: "Das bedeutet den in jedem einzelnen Fall konkret geführten Nachweis, daß das Kapital und die von ihm getragene gesellsch. Entwicklungsdynamik den gemeinsamen Nenner aller disparitären Einschränkungen und Belastungen darstellt";
und in horizontaler Richtung, die in der organisatorischen Zusammenarbeit und dem Erfahrungsaustausch mit anderen Initiativen und der gemeinsamen Aktionsplanung und längerfristigen Strategie auf übergeordneter Ebene liegt.

3.2.5 Faßbinder 1970/72 4)

- 4) Helga Faßbinder, Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer BI
in: Sanierung-für wen?, Berlin 70;
+ Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung... in: Kursbuch 27/72

Helga Faßbinder lehnt die 'Offesche These von den horizontalen Disparitäten' ab. Sie geht davon aus, daß politische Antworten gegen "die relative Verschlechterung der Wohnbedingungen der Lohnabhängigen" nicht in isolierten Kämpfen gegen "die Erscheinungsformen dieser Kapitalstrategien" bestehen kann (z.B. Stadtteilarbeit).

Erfolge kann dieser Kampf nur dann aufweisen ,
"wenn er geführt wird im Zusammenhang des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie". (1970, S.342)

Die Erfahrung solidarischen Handelns ist nur im Produktionsprozeß(durch die Organisation des Arbeitsprozeßs) selbst angelegt. Die Individualisierung im Reproduktionsbereich konnte nur "ohnmächtigen Defätismus" hinterlassen.

Ausgehend von der Feststellung, daß auf die Forderungen von Gruppen, "die aufgrund ihrer Klassenlage Ziele verfolgen, die die Planungskonzeptionen infrage stellen würden", grundsätzlich nicht eingegangen werden kann, beschreibt sie folgende Funktionen von BIs: (1972,Seite 75ff)

- Die Kommunalpolitisch-Verantwortlichen sind auf den Erhalt von 'Ruhe und Ordnung' beim Durchsetzen der Kapitalinteressen angewiesen. Erreicht wird dies entweder durch "die Fiktion des Zugeständnisses" oder "die Einsicht in die Notwendigkeit".
- Das harte Aufeinanderprallen von Interessensgegensätzen muß im partizipatorischen Prozeß umgewandelt werden in den Schein des "Miteinanderfüreinander".
- Für die Durchsetzung von Planungsmaßnahmen reicht es nicht, wenn die Betroffenen "die ihnen abverlangten Bewegungen" mitmachen, sondern sie müssen darüberhinaus "die zukünftigen Strukturen in der durch die Planung vorgesehenen Weise nutzen". Die Partizipation von bestimmten Betroffenen-gruppen(etwa qualifizierte Arbeitskräfte) in BIs hilft, Planungen gegenüber anderen Betroffenen-gruppen durchzusetzen
- BI als Frühwarnsystem
- Beteiligung zur Korrektur der Planung durch die "konkrete Phantasie der späteren Nutzer".
- BIs können aufgrund nach der Klassenlage heterogenen Zusammensetzung keine "einheitlichen Ziele entwickeln". Ihr Agieren kann nur in einem "Re-Agieren, im Protest und passivem Widerstand um Erhaltung des Bestehenden liegen".
- Emanzipation ist nur individuell ,psychisch möglich-"Kollektiv wird nur der Verzicht und die Einsicht in das Unvermeidbare eingeübt.

Perspektive hat die Arbeit von BIs nur dann, wenn die "Illusion der Klassenneutralität der Staatsgewalt" aufgegeben wird. Die Kämpfe im Wohnbereich können dann eine wichtige Funktion gewinnen, "wenn es gelingt, den Zusammenhang mit dem Kampf im Produktionsbereich herzustellen," Die im Reproduktionsbereich erfahrenen Widersprüche müssen auf den "Klassenantagonismus" zurückgeführt werden. "Dies besagt jedoch, daß dieser Kampf nicht von irgendwelchen BIs geführt werden kann, sondern in Verbindung gebracht werden muß mit dem ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse..".

3.2.6 Evers/Rodriguez-Lores 1977 5)

Die Verfasser begreifen BIs als einen relevanten Teil der "sozialen Bewegungen" der 70er Jahre.

"Grundproblem der Weiterentwicklung von politischer Qualität und Gewicht der sozialen Bewegungen(...) ist die Herstellung einer organisatorischen Verbindung zwischen den Forderungen nach sozialen Reformen und den demokratischen Forderungen nach neuen Entscheidungsstrukturen".

Während die sozialen Forderungen meist selbstverständlich sind, sind es die politisch-demokratischen in der Regel nicht.

Das Selbstverständnis dieser Bewegung schwankt zwischen der Integration in den Handlungsspielraum, den ihr das System zuweist, und der Formulierung von systemtranszendierenden Wunschbildern...

Als Perspektive der weiteren Entwicklung, die angesichts der Gefahr einer autoritären Krisenlösung (Modell Deutschland) als nicht sehr günstig eingeschätzt wird, werden folgende für das Scheitern oder den Erfolg dieser Bewegung wesentliche Punkte genannt:

- Die Initiativen müssen Formen übergeordneter Kooperation entwickeln, um sowohl den Weg "in eine isolierende Radikalität wie auch einen bloßen städtischen Lobbyismus" zu vermeiden (Seite 5)
- Die Initiativen müssen Formen der Kooperation zu anderen relevanten politischen Kräften (Gewerkschaften, fortschrittliche Teile der Parteien) finden
- Dem Kampf mit sozialen Zielen muß eine "politische Qualität" hinzukommen (Basisdemokratische Forderungen)

5) Adalbert Evers/Juan Rodríguez-Lores, Kommunale Politik und soziale städtische Bewegungen in: ARCH + 35, Oktober 1977

3.3 EINSCHÄTZUNGEN DER BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD

3.3.1 VERHÄLTNIS ZU PARTEIEN:

Die BI, deren Mitglieder zwar immer wieder deren Parteiunabhängigkeit betonen, wird von uns als "erweiterte Basisgruppe" des SPD-Ortsvereins eingeschätzt (siehe auch Kapitel 1.1 und 4.) Durch die Doppelmitgliedschaft zahlreicher Teilnehmer am Dienstagsforum in BI und Parteien ist ein enges Verhältnis gegeben.

Die BI versucht, über die Parteivertreter Forderungen durchzusetzen. Dieser institutionalisierte Weg erleichtert es den Parteien, ihrerseits diese Forderungen in ihrem Sinne anzubringen. Wollen z.B. Mitglieder der SPD Forderungen im Stadtteil durchsetzen, treten sie zu mehreren energisch im Dienstagsforum auf und setzen ihre Position durch. Auch die CDU hat es nach anfänglicher Konfrontation zur BI verstanden, über ihre Parteigänger im Dienstagsforum dieses zunehmend für ihre Parteiinteressen zu mißbrauchen.

Natürlich muß eine Bürgerinitiative sich auch institutionalisierter "Kanäle" zur Artikulation und Durchsetzung ihrer Forderungen bedienen. Parteienvertreter, die ein imperatives Mandat gegenüber der BI wahrnehmen, können dabei dienlich sein.

In Linden-Süd haben es die Parteigänger jedoch verstanden, die BI, die auch aus einem Unmut der Bürger über die interessenvertretenden Partei-Politiker entstanden ist, wieder an die institutionalisierten Formen der Parteien zu binden und deren Forderungen zu kanalisieren.

Gab es zu Beginn des Beteiligungsprozesses noch zahlreiche Beispiele für direkte Aktionen, die sich an die Stadtbewohner richteten, öffentlichen Protest auslösten und die Politiker in Legitimationsschwierigkeiten brachten, so kam die BI allmählich immer mehr vom "engen Gratweg zwischen Patronisierung einerseits und Kriminalisierung andererseits" (Offe) ab.

3.3.2 VERHÄLTNIS ZUR VERWALTUNG:

Die BI-Mehrheit sieht in der Verwaltung einen Planungsapparat, der Fehler begeht, die jedoch durch die frühzeitige Mitsprache der Bürger vermieden werden können. Diese Einschätzung veranlaßt die BI, eng mit der Verwaltung (=Sanierungsabteilung) zusammenzuarbeiten.

Die Verwaltung hat aufgrund der Legitimationsschwierigkeiten für ihre "exekutive Programmsteuerung" ein elementares Interesse an einer geregelten Form von Bürgerbeteiligung.

In der Auseinandersetzung geht die BI auf die Argumentationen und die Sprache der Verwaltung ein. Die BI stellt einen zweiten Planungsapparat dar, der Alternativen zur Verwaltungsplanung erarbeitet, damit die Planung (im Sinne von Faßbinder) phantasievoll bereichert, als "Frühwarnsystem" (Offe) für zu unpopuläre Planungen dient und auch Planungskompromisse gegen andere Beteiligte/Betroffene durchsetzen hilft. Bei gleicher Interessenslage von BI und Sanierungsabteilung (Kompromiß) unterstützen sich beide gegenseitig gegen andere Interessen, sowohl im Stadtteil als auch bei Parteien oder Verwaltung. Die "Durchschlagskraft" (Offe) der Planung wird erhöht ("Treibsatzeffekt").

Über die Planung wird dann in den politischen Gremien entschieden. Sie wird kaum mit Bürgern außerhalb des Dienstagsforums ernsthaft diskutiert, was auch aufgrund der abgehobenen Planersprache von BI und Verwaltung kaum möglich ist.

3.3.3

VERHÄLTNIS ZU ANDEREN INITIATIVEN:

Durch die eingefahrenen Formalien und Inhalte des Dienstagsforums ist dieses zur Stadtteilbevölkerung hin weitgehend abgeschlossen.

Seit es außer H.u.G.Besitzer-Vereinen bzw. Zusammenschlüssen von Geschäftsleuten keine Gruppierungen mehr im Stadtteil gibt, die sich offensiv in der Sanierung engagieren, wird die BI nicht mehr kontrolliert. Hierdurch verlor diese auch den Legitimationsdruck im Stadtteil, Öffentlichkeitsarbeit wird nicht mehr geleistet. Die BI scheint froh, keine "konkurrierenden" Gruppen (etwa AKWO) mehr neben sich zu haben.

Kurzfristige, ad hoc-Bündnisse gab es mit der AKWO, andere "one-single"-Bündnisse z.B. mit anderen BIs gegen die Verkehrsplanung oder der örtlichen BI Umweltschutz gegen Atomülltransporte durch Linden usw.

Die BI hat nie versucht, sich an überregionalen Zusammenschlüssen, Konferenzen usw. zu beteiligen, schließlich ging es nach Meinung von BI-Mitglieder ja "nur um die Sanierung, und daß hat nichts mit Politik zu tun" (sinngemässes Zitat).

3.3.4

VERHÄLTNIS ZUR STADTTEILBEVÖLKERUNG:

Die BI ist angetreten, die "Interessen der Lindener an der Sanierung" zu vertreten. Wir haben festgestellt, daß durch die BI nur der vertreten wird, der im Dienstagsforum mitarbeitet und sich hier durchzusetzen versteht. Letzteres trifft z.B. für Ausländer und junge Deutsche nicht zu, sie sind nicht "vertreten". Die BI entwickelt ihre Planungen und Forderungen nicht in

gründlicher Auseinandersetzung mit einer breiten Stadtteil-
Öffentlichkeit (Bsp. Rahmenplanung). Interessen anderer
Stadtteilbewohner fließen in das Diensttagsforum nur über
persönliche Kontakte der BI-Mitarbeiter ein (Die Frau von nebenan
hat mich angesprochen...). Die Bevölkerung wird bestenfalls
zur Ratifizierung der Planung (Bürgerversammlung) hinzugezogen.
Dennoch unterstellen wir einigen älteren BI-Mitgliedern, daß
sie von einer Kongruenz ihrer Interessen mit denen "der Lin-
dener" ausgehen. Dies gilt sicher auch m.E. für einen Groß-
teil der älteren "Stamm-Bevölkerung", die ihre Interessen
durch die BI nach unseren Erfahrungen auch vertreten fühlen.
Die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung im Verlauf
der Sanierung hat jedoch ein Abheben der BI von der Interessens-
lage großer Teile dieser Bevölkerung ("Arme", "Auszubildende",
"Ausländer") gefördert.

3.3.5

VERHÄLTNIS ZUR ÖFFENTLICHKEIT:

Die BI überläßt das Herstellen von Öffentlichkeit über
die Sanierung weitgehend der Verwaltung. Seit Einrichtung der
Sanierungskommission wird Öffentlichkeit eigentlich fast aus-
schließlich über deren Sitzungen hergestellt, wobei die
Formen und Inhalte den Berichterstatern der lokalen Presse
weitgehend überlassen bleiben. Ausnahme bildet m.E. das
"Lindenblatt", dessen Redakteur zeitweilig in der BI mitgear-
beitet hat.

Eine eigenständige, von Presse und Verwaltung unabhängige
Öffentlichkeitsarbeit der BI über Flugblätter, Versammlungen
o.ä. hat nur in der Anfangsphase der Sanierung stattgefunden.
Seit Jahren ist eher eine Verhinderung von Öffentlichkeit zu
beobachten. Versammlungen mit Betroffenen zur Erörterung kon-
kreter Sanierungsprobleme werden abgeblockt, Angebote zu einer
Stadtteilöffentlichkeitsarbeit werden nicht wahrgenommen oder
ebenfalls abgelehnt (Bsp. Zeitung oder Stadtteilstiftung).
Die BI arbeitet heute ausschließlich "nach oben", d.h. in
Richtung Verwaltung und Parteien.
Weitergabe von Information und Einholen von Legitimation der
eigenen Forderungen im Stadtteil findet nicht mehr statt.

4. VORSCHLÄGE ...

o

B

4 "Vorschläge" zur Revision der Beteiligungspraxis in Linden Süd

- 4.1 Unsere bisherige Arbeit in der BI
- 4.2 In der BI zu bearbeitenden Probleme
- 4.3 Unterschiedliche Ansätze der Betroffenenbeteiligung
 - 4.3.1 In Parteien
 - 4.3.2 In spontanen Arbeitsgruppen
 - 4.3.3 In der BI - Entwicklung einer Strategie in der BI zu arbeiten
- 4.4 Bericht über die Arbeit mit der BI
 - 4.4.1 Arbeit in der Ausländer AG
 - 4.4.1.1. Voraussetzung zur Entstehung der AG und der Mitarb.
 - 4.4.1.2 Ziele der Arbeit
 - 4.4.1.3 Zusammensetzung der AG
 - 4.4.1.4 Einschätzung der Arbeit in der Ausländer AG
 - 4.4.1.5 Ergebnisse der Arbeit
 - 4.4.2 Arbeit in der BI - Dienstagsforum
 - 4.4.2.1 Vorbedingungen
 - 4.4.2.2 Ziele der Arbeit
 - 4.4.2.3 Verlauf der SK-Diskussion
 - 4.4.2.4 Ergebnisse - Einschätzungen
- 4.5 Neue Ansätze (Ergebnis der gemeinsamen Diskussion)
Perspektive einer Weiterarbeit in Linden Süd und anderswo

4.1 Unsere bisherige Arbeit in der BI

Das Bearbeiten eines Themas, Problemes, das man am Ort im konkreten Stadium beobachten kann, sollte diese Beobachtung, für uns die Teilnahme an den BI-Sitzungen, nicht unterlassen.

Wir nahmen aber nicht nur zur Beobachtung teil, die Inhalte und Probleme wurden die unseren, so konnten wir uns der inhaltlichen Mitarbeit nicht entziehen. Wir waren betroffen durch unser politisches Verständnis und durch die fachliche Qualifikation.

Es sind allerdings unterschiedliche Standorte festzuhalten. Allein die Teilnahme an der BI ist unterschiedlich.

Wolfgang: Protokollant seit Oktober 77

Georg: sporadische Teilnahme seit: 76/77

Werner: Teilnahme seit: März 78

Wir wohnen nicht im Stadtteil, haben aber durch unsere Ausbildung und durch das allgemeinpolitische Verständnis Interesse, Anteil an der Beteiligungsform in Linden-Süd.

— Bis zur Sommerpause 78 wurden in 78 eher "normale" Probleme Abrisse, B-Pläne, Verkehrsführung etc. diskutiert und mit der Verwaltung abgestimmt. Aber schon in dieser Zeit wurde durch die häufige Mitarbeit, durch das Erkennen der Entscheidungsvorgänge, der eher positive Eindruck der BI bei uns durch die Realität verwischt.

Die das Selbstverständnis der Gruppe angreifenden Fragen standen aber erst nach der Sommerpause 78 auf.

Die B⁺ spürte Reaktionen auf die Veröffentlichung ihres "Ausländerpapiers". Ausländer und junge Deutsche zeigten sich empört und starteten Aktionen.

— Die BI glaubte durch den längeren Ausfall der SK - Ursache: CDU-Vertreter - BSW-Vertreter und nicht aus Linden Süd - Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, die Sanierung läuft nicht weiter. Dagegen steht, daß die BI die Rolle der SK übernimmt, also auch Zustimmung zu Abrissen etc. geben muß, und hierdurch eine Aufwertung erfährt. Erst später, als Folge der SK-Verhandlungen werden Anfang 79 die BI-Vertreter in die SK gewählt. Die Mehrheitsverhältnisse erlauben dem BSW, seine Kandidaten durchzusetzen, anderen werden rigoros abgelehnt. Später wird diese Machtpolitik von der SPD umgedreht. Sie setzt ihre Kandidaten durch.

Diese Situationen verlangten von uns das Einbringen der Arbeitsansätze in die aktuellen Nachfragen. Im weiteren sind die Grundlagen der Arbeit dargelegt.

siehe SK

4.2 In der BI zu bearbeitende Probleme

Schon während der Erarbeitung der Grundlageninformation arbeiteten wir in der BI Linden-Süd mit .
Durch die Mitarbeit wurden einige in der Theorie gefasste Vorstellungen , die aus der Erarbeitung der Protokolle etc. resultierten , revidiert .
Die Gefahr bestand , im direkten Vergleich der Erkenntnisse aus den Protokolldurchsichten mit den realen Umständen , die Analyse zu verwischen .
Weiter lag ein Problem in der voreiligen Strategieentwicklung , die eine Mitarbeit erfordert .
Hierdurch können falsche Ansätze , die aus unausgereiften Analysen nur g~~ab~~ entstanden , bedeutende Auswirkungen auf die Arbeit der BI erlangen .
Um aber während einer Studienarbeit die erarbeiteten Erkenntnisse in der Realität testen zu können , ist eine Arbeit unter diesen Bedingungen schon parallel zur Analyse , in der relevanten Institution erforderlich .
Die BI-Arbeit bringt persönliche Kontakte mit den übrigen Teilnehmern des Dienstagsforums etc. .
Auch diese Erarbeitung von Grundlagenmaterial darf nicht oberflächlich geschehen .
Die Einschätzung der BI ist zu Anfang der Mitarbeit und ohne genügend Hintergrundmaterial nicht umfassend zu leisten .
Bei der Mitarbeit in einer Institution wie die BI ist eine objektive Beurteilung der geleisteten Arbeit erschwert , wenn diese Mitarbeit auch Identifikation bedeutet .
Es ist aber nicht legitim , eine Institution nur als Arbeitsobjekt zu benutzen .
Eine Mitarbeit muß auch inhaltliche Ziele verfolgen , nur Eigeninteresse ist schädlich für die Arbeit der bestehenden Gruppe .
Hier darf aber die BI nicht als obenstehende Rahmenbedingung verstanden werden .
Ansatzpunkt muß die Bürgerbeteiligung in der Sanierung sein . Die Realität läßt uns zwar verstärkt an der BI arbeiten , es sollen aber nicht andere evtl. bessere Beteiligungsformen als die in Linden-Süd praktizierten vergessen und nicht bearbeitet werden .
Aus der Arbeit in der BI müssen neue Ansätze geformt werden.

4.3 Unterschiedliche Ansätze der Betroffenenbeteiligung

Zur Frage der Mitarbeit in der BI erarbeiteten wir noch zusätzliche Strategien, die eine Beteiligung der Betroffenen ermöglichen sollen. Möglichkeiten der Mitarbeit sehen wir in:

- Parteien - Spd DKP CDU
- Sponti Gruppen ANW Gruppe
- Blockveranstaltungen

4.3.1 In Parteien

Die Mitarbeit in Parteien setzt eine Mitgliedschaft voraus, diese hindert viele an konkreten Belangen im Stadtteil mitzuarbeiten, da sie die langfristige Zielsetzung der Parteien nicht befürworten. Außerdem ist durch die Mitarbeit ein bestimmter institutionalisierter Weg vorgeschrieben, den man als Alternative zur BI nicht anerkennen kann. In wesentlichen Punkten würden sich die Schwierigkeiten, die die BI mit der Verwaltung hat, wieder einstellen. Eine Partei kann auch nur die Planung kontrollieren, andere Aufgaben wie Bürgerbeteiligung können diese Organisationen nicht erfüllen. Es kann nicht die Aufgabe der Parteien sein, die Bürgerbeteiligung z.B. bei der Sanierung zu ersetzen. In Fällen, in denen die Parteien die Bürgervertreter bei der Sanierung stellen, ist die Bürgerbeteiligung nicht ernst gemeint. Beteiligt wird hier nur die Parteibasis, dieses auch nur, wenn den Funktionären die Sanierung nicht wichtig erscheint. Die Mitarbeit in Parteien erfordert zu viel Kompromißbereitschaft. Hierbei gehen die direkten Interessen unter.

Parteien setzen sich für die Interessen der Bevölkerung ein, wenn diese in ihr Programm passen und publikumswirksam verkauft werden können.

Zu beachten ist die Haltung der Partei. Sinnvoll für den Sanierungsprozeß in Linden-Süd wäre eine Mitarbeit in der SPD, da hier die Vorstellungen über die SE aber auch über parteiinterne Wege in der Verwaltung und im Rat durchgesetzt werden können. Genau diese Herangehensweise verhindert aber eine Offenlegung der Planung und der Entscheidungsfindung, die für die Beteiligung der Öffentlichkeit unerlässlich ist.

Parteiarbeit setzt ein parlamentarisches Demokratieverständnis voraus. Bürgerinitiativen arbeiten aber gerade gegen die Fehler dieser Form! Sie entstehen, da in der bisherigen Form die Bürger nicht zu Worte kommen.

4.3.2 In spontanen Arbeitsgruppen

Ein zweiter Ansatz war die Mitarbeit in spontanen Gruppen, die bestehende Mißstände aufdecken und versuchen, durch Veröffentlichungen und andere Aktionen diese Mißstände zu beseitigen. Der Mangel dieser Gruppen liegt in der fehlenden Perspektive der Arbeit. Die Aktionen dienen zumeist der Behebung konkret anstehender Mängel, eine längerfristige Zusammenarbeit ist durch diese Strategie erschwert. Oft sind die Bewertungen der einzelnen Akteure zu diffus und zu hoch angesetzt (Wir wollen alles anders ...). Außerdem sollen die Mitglieder der Gruppe die Betroffenen selber sein. Dieses ist für die Durchsetzung der Ziele im Einzelfall ein Vorteil, die Betroffenen selber können sich einbringen. Es hat aber einen permanenten Wechsel der Gruppenmitglieder zur Folge. Wichtig ist hier ein fester bestehender Kern, der die Betroffenen auf die bestehenden Mängel hinweist. Der Wechsel der Beteiligten bringt aber den Vorteil, daß sich die Personen nicht in der Arbeit verschleifen. Die Strukturen solcher Gruppen sind offener und können sich so besser den beteiligten Personen aber auch den Aktionen anpassen. Mitglieder werden nicht durch formale Reglementierungen ausgeschlossen. Wichtig sind vor allem die Vorstellungen, nach denen die Beteiligten an den Aktionen mitarbeiten sollen. Spontane Aktionsgruppen sind nicht im Sinne der Verwaltung, die sich einen "braven" Konfliktpartner sucht, mit dem sie die Sanierung auch auf Kosten anderer im Stadtteil "ohnender durchziehen kann. Daher werden Spontigruppen Schwierigkeiten haben, sich mit den entscheidenden Gegnern auseinanderzusetzen, sie werden nicht als kompetenter Gesprächspartner akzeptiert. Das Eingehen auf die bestehenden Organe und die bestehenden Wege ist auch nicht das Ziel dieser Gruppen. Sie wollen vielmehr durch politischen Druck, ausgelöst durch Veröffentlichung der Mängel, Ergebnisse erzielen. Eine bestehende Anlaufstelle könnte auch wie die AKWo, für Verhandlungen sind sie erforderlich, bereitstehen. Die besondere Arbeit dieser Gruppen liegt aber in der permanenten Motivierung der Teilnehmer, die nur eine solche Beteiligung ermöglicht, im Gegensatz zur bestehenden BI kann eine solche Gruppe aber durch immer neue Mitglieder am Leben, und vor allem auch inhaltlich aktuell bleiben. Als Beispiel sollte man die Aktionen der BI in

4.3.3 In der BI

der Frühphase aber vor allem die Aktivitäten der AKWo und deren Auswirkungen auf die BI-Arbeit berücksichtigen .

Zu überlegen sind solche Spontanaktionen , die in die BI getragen werden . Die BI könnte so als Forum der unterschiedlichen Gruppen verstanden werden , die hier ihre Arbeit koordinieren , sich aber sonst unabhängig und eigenverantwortlich ihren Zielen widmen .

Das Diensttagsforum würde so zu einer Art Stadtteilforum , wie es in Linden-Nord besteht .

Zu beachten ist aber , daß dieses eher einer institutionalisierten Form der Beteiligung näher kommt und Spontanaktionen unter diesen Bindungen leiden können .

Vorteil ist aber ein konstanter Anlaufpunkt der Bürger , die sich mit Problemen im Stadtteil befassen .

Hierzu müßten die bestehenden Schranken formaler Art beiseitegeräumt werden . Ein Fehler wäre , von dem bestehenden Diensttagsforum auszugehen . Hier könnten die bestehenden Formen zu leicht übernommen werden .

Wichtig wäre es , einen neuen Anfang zu machen .

Hier muß noch einmal auf die Anfänge der Betroffenheit zurückgekommen werden . Es ist sinnvoll , wenn Anstöße zur Veränderung nicht von einer Vertuegruppierung kommen , sondern von den Betroffenen selber eingebracht werden . Die Anstöße einer Avantgarde sind nur als Diskussions- und Einstiegsmöglichkeit zu verstehen .

Bürgerinitiativen bekommen eine bessere Durchsetzungskraft , wenn den konkreten Mißstandsaufdeckungen noch politische Zielrichtungen hinzukommen , die die Mitarbeiter motivieren . So ist den Argumentationen eine witsichtige Grundlage gegeben . Daher ist es sinnvoll , außer der Problematisierung der Mißstände auch Strategien zur Beseitigung nicht nur im konkreten Fall , sondern auch darüber hinaus zur allgemeinen Verbesserung der Beteiligung (Demokratie) , zu entwickeln .

4.4 Bericht über die Arbeit mit der BI

Nachdem wir nun konstant in der BI mitarbeiten⁵⁶, nun aber konkrete Probleme anderer Gruppen anstanden und in der BI nicht behandelt wurden, mußten wir uns für eine Aktionsform entscheiden, in der diese Probleme behandelt werden.

Unsere Anwesenheit in den bisherigen BI-Sitzungen hat sicher hier schon Einfluß auf die Entscheidungen ausgeübt. Durch die Bearbeitung der Ausländerproblematik in der BI wollten wir vor allem den Dialog zwischen Ausländern und Deutschen fördern. Eine eigenständige Gruppe hätte eher die Belange der Ausländer bearbeiten können, aber sie hätte nicht die Durchsetzungsmöglichkeiten, die die BI-Institution leistet. Hier geht es auch um die Durchsetzung durch Gespräche und nicht durch politischen Druck, der aus der Unzufriedenheit resultiert und unvermittelt vom Ansprechpartner nicht verwertet werden kann.

Die Ausländerproblematik ist nach der BI-Veröffentlichung durch eine AKW-Gruppe und Ausländerorganisationen im Stadtteil problematisiert worden und wurde auch in die BI getragen. Mit den Ausländern, aber auch mit den neuen politischen Kräften meinten wir, in der BI neue Impulse setzen zu können. Vor allem wollten wir über eine getrennte, mehr unabhängige Arbeitsgruppe, neue Forderungen in das Dienstagsforum bringen.

Diskutiert wurde auch, das Dienstagsforum in bestimmten Themen zu überstimmen, dh., man muß mit vielen Personen erscheinen und seine Forderungen auf die Tagesordnung setzen lassen und diese dann mit Mehrheit beschließen. Dieses hätte aber eine Zusammenarbeit mit den BIEVlern, die wir zu dieser Zeit noch für möglich hielten, von vornherein ausgeschlossen. Es ist aber doch zu überlegen, ob es nicht legitim ist, auch andere Gruppen im Stadtteil Durchsetzungsmöglichkeiten zu geben, ohne daß die Gruppen in der BI aufgehen. Uns ging es auch darum, durch Mitarbeit in der BI und durch die Verstrukturierung von Entscheidungen in der Ausländer AG, Einfluß auf die Ergebnisse der BI-Arbeit zu nehmen (Doppelstrategie).

Siehe 4.4.1 Arbeit in der Ausländer AG
Konfliktlinie 4.4.1.1 Voraussetzung zur Ent-
Ausländer stehung der AG -

Wohnen in Linden-Süd bald mehr Ausländer als Einheimische?

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG 21. SEPTEMBER 1972

Bürgerinitiative wehrt sich gegen Oberfremdung / Zuzugstopp gefordert / „Ausländerunruhe“ wird Politikern überreicht

In Linden gibt es wieder. Die Bürgerinitiative Linden-Süd wehrt sich gegen den hohen Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung im Stadtteil. Und es nimmt weiter zu. Mit 25 Prozent Ausländern liegt Linden an der Spitze aller Stadtteile Hannovers. In einem sogenannten „Ausländerpapier“ fordert die Initiative, den Anteil der ausländischen Bürger wieder auf etwa Prozent zurückzuführen - auf den Stand des Jahres 1971, Beginn der Sanierung.

Wer haben Angst, daß dieser Stadtteil unkenntlich wird? Sorgen sich Jörg König, Pressesprecher der Bürgerinitiative, und seine Mitarbeiter. Werden in einigen Jahren mehr Ausländer als Deutsche in Linden-Süd wohnen?

In kurzer Zeit haben sich die Beschwerden nach Ansicht der Bürgerinitiative gehäuft. Nicht selten kommt es zu Streit, wenn in einem Mietshaus mehrere ausländische Familien leben. Das ist häufig der Fall. Und je älter die Altersgruppen sind, desto schwerer fällt es ihnen, sich an türkische Musik und andere Eigenheiten der Zugewanderten aus dem Süden zu gewöhnen.

„Unzureichend Pflege und - was mehrere Gründe auch immer - ungenügende Modernisierung oder Benützung von Wohnhäusern veranlassen immer mehr Interessierte, das Stadtviertel zu verlassen. Fast ausschließlich rücken dann Ausländer nach, denn weitere Interessenten nur an sich für die zu geringen Mieten angedrungen, aber mieterranghöheren Wohnungen. So droht Linden-Süd, ähnlich dem Berliner Stadtteil Kreuzberg, zu einem Ausländerquartier zu werden.“

Das wollen die Linden-Süd-Bürger verhindern. „25 Prozent Ausländer sind auf Dauer unerträglich“, heißt es in dem Papier. Die gestiegene Quote von 18 Prozent soll durch einen absoluten Zuzugstopp erreicht, außerdem sollten die arbeitslosen Wohnungen für deutsche Bewerber wieder attraktiv werden.

Neben einer öffentlichen Aufklärung von Mietern und Vermietern über die Zusammenhänge von Einheimischen und Ausländern soll die Stadt bei der Vergabe von staatlichen Wohnungen nicht mehr als den gegenüberliegenden durchschnittlichen Anteil von Ausländerfamilien pro Haus zulassen. In einem Mietshaus mit acht Parteien dürfen demnach nicht mehr als zwei ausländische Familien wohnen.

Werner Braunhagen, Linden-Süd

bietet an schulischen Bereich. Von 110 Schulanfänger in der Eggenfischschule beispielsweise sind über 60 Kinder von Ausländern. In manchen Klassen sind die türkischen, griechischen und jugoslawischen Kinder bereits in der Mehrheit. Während das „Ausländerpapier“ noch mehr Integration der Ausländerkinder anregt, diskutieren Mitglieder der Bürgerinitiative bereits die Forderung nach separaten Ausländerklassen. Das könnte die Eingliederung jedoch eher behindern.

Das Papier der Bürgerinitiative schneidet jedoch den Wunsch, einen Großteil der ausländischen Arbeitskräfte wieder hinzuwerfen, und die Absicht, deren Integration voranzutreiben. An einen Zuzugstopp ist jedoch nicht zu denken. „Dafür gibt es keine rechtlichen Grundlagen“, erklärte Alfred Gröning, Leiter des Amtes für Wohnraum, der „Allgemeinen“. Ein Eingriff in die private Wohnraumvermittlung ist nicht möglich, eine arbeitsrechtliche Behandlung von Deutschen und Ausländern bei der Vergabe der staatlichen Wohnungen ist erzwungen.

In den Vergabeausschüssen für die Wohnungen im Sanierungsgebiet entscheiden Hausbesitzer und Bürger aus dem Stadtteil. Der Ausländeranteil hat daran jedoch, je nach Eingriff der Administration in die Vergabe zu variieren und es den Ausländern selbst zu überlassen, wo sie wohnen wollen.

Das Ausländerpapier geht jetzt den Politikern im Rat der Stadt und der Stadtverwaltung zu. Daß die Diskussion über den Ausländeranteil in Linden-Süd jetzt Sprengstoff legt, ist bereits abzusehen, denn zum erstenmal hat eine Bürgerinitiative hier die Behörde zum Papier gezwungen, die am Samstag mit der Spartenrat schon lange geäußert wurden. Es scheint, als ob sie Angst vor der Oberfremdung mit großem Erfolg hat.

Unser Ansatz war, im Dialog die Probleme der Ausländer zu lösen. Es muß also ein Ansprechpartner im Stadtteil gesucht werden. Da der Unmut durch die Veröffentlichung der BI aufgebrochen ist, war die BI die geeignete Gruppe. Andere Aktionsformen hätten evtl. mehr Ausländer, aber keine Deutschen beteiligt.

Im Wesentlichen waren die BIEVler aber nicht bereit, auf die Argumente der Ausländer einzugehen, sie versuchten, die Unmutsäußerungen innerhalb der BI in eine Arbeitsgruppe zu verlagern, nachdem klar war, daß der Unmut nicht mehr totgeschwiegen werden konnte. Hiermit wurde die Diskussion der Öffentlichkeit entzogen und in die vorhandenen Strukturen integriert, dh. die Ausländermeinungen werden geschluckt, die Äußerungen werden im Formelaufbau der BI untergehen. Die BI hat bis zu diesem Zeitpunkt schon ein formales System aufgebaut, das es „außenstehenden erschwert, in der BI mitzuarbeiten, und somit die BI nach außen abschirmt, keine unterschiedlichen Vorstellungen zuläßt. Die BI wird offiziell zwar als Vertreter der Lindener Interessen dargestellt, sie darf aber nicht von Lindenern unterlaufen werden.

Hierzu wurde auch die Öffentlichkeit des Dienstagforums verschwiegen. Hoch den anwesenden Ausländern wurde nicht erklärt, daß sie, sofern sie in Linden-Süd wohnen, volles Stimmrecht innerhalb des Dienstagforums hatten.

Aber die Ausländer wollten in der BI arbeiten, sie suchten den Dialog. Es sollten aber eigene Strukturen aufgebaut werden.

Unter diesen Voraussetzungen war für uns, die wir mit dem Papier der BI nicht einverstanden waren, eine Möglichkeit gegeben, unsere Erkenntnisse aus der vorherigen Bearbeitung den Ausländern zur Verfügung zu stellen.

Vor allem im formalen Bereich konnten wir Hilfen geben, ohne die die BI die Ausländergruppe noch eher vollintegriert hätte.

Dieser Zeitpunkt war für eine Strategie von unserer Seite verfrüht. Es wird sich auch im weiteren Verlauf zeigen, daß der von uns vorgeschlagene und von der Gruppe durchgeführte Ansatz zu erheblichen Schwierigkeiten führte und die Gruppe scheitern ließ.

1. Begrenzung der Größe der Arbeitsgruppe

Es wird beantragt, die Zahl der Mitglieder der Arbeitsgruppe zu begrenzen, um einerseits die Arbeit der Arbeitsgruppe effektiver zu gestalten und andererseits ein Überstimmen durch momentane Mehrheiten zu vermeiden. Aus diesem Grunde wird eine paritätische Stimmverteilung für Deutsche und Ausländer vorgeschlagen (?:?).
Nach längerer Diskussion über die Auswirkungen auf das Selbstverständnis der Arbeitsgruppe und mögliche Verschiebungen der Paritätstendenzen auf die BI insgesamt wird beschlossen, die Frage einer Begrenzung der Mitgliederzahl der Arbeitsgruppe (und mögliche Stimmverhältnisse) an drei Sitzungen zu verschieben, um zunächst einen möglichst breiten Meinungsaustausch Raum zu lassen und erst dann Beschlüsse über konkrete Arbeitsaufträge zu fassen.

fester Vorsitz

Vorgeschlagene Gruppenszusammensetzung:

7 Deutsche 7 Ausländer

von ca. 30 auf ca. 10 Teilnehmer

BEREITUNG DER DISKUSION VOM 8.1.79 (Wolfgang Becker)

13 Teilnehmer, kein Diskussionsleiter, keine feste Tagesordnung

1. Den für den 18.12. geplante Treffen der Kleingruppen (Wohnungsangebot und -nachfrage, Sozialstruktur, Schulsituation, Ausländerrecht) war nur schlecht besucht. Außerdem hatte niemand einen Schlüssel fürs Bürgerhaus.

Es wird kurz darüber diskutiert, warum sich so viele Leute aus der AG zurückgezogen haben. Hierzu werden 2 Meinungen vertreten:

- Die AG hat sich durch die Arbeitsweise bereits von den direkten Problemen im Stadtteil "abgehoben". Genau wie bei der BI hätten auch bei der AG insbesondere die Ausländer nur geringe Chancen, an der Arbeit teilzunehmen. Die AG muß sich Gedanken machen, wie sie stärker an die Stadtteilbevölkerung "ankommen" kann.

- Wichtig ist, daß sich jemand Gedanken über die Situation im Stadtteil macht. Dabei ist weniger wichtig, wieviel Leute an so einer AG teilnehmen, es zählt nur das Durchhaltevermögen und der Erfolg.

Neben dem Wegbleiben der Ausländer und junger Linderer ist auch das Wegbleiben der alten BI-ler problematisch. Erst wurde diese AG als Arbeitsgruppe der BI eingerichtet, jetzt sind bis auf Horra Deiters keine alten BI-ler mehr da. Ein besonderes Problem ist dabei, daß sich der Diskussionszusammenhang von BI und AG dabei trennt, (die AG diskutiert, und die BI nach weiter was sie will!).

Die Ausländer AG verstand sich als eigenständige Untergruppe der BI. Es war aber im weiteren Verlauf der Diskussion nicht mehr zu erreichen, daß eine konstruktive Zusammenarbeit von Ausländern und Deutschen stattfand.

Der Dialog, der in und mit der BI laufen sollte, war nicht zu erreichen, vielmehr versteifte sich die Mehrheit der BIEVler darauf, die Arbeitsgruppe durch Störungen, beleidigende Äußerungen den Ausländern gegenüber sowie Formalien zu sprengen. In dieser Situation versuchten wir, den Ausländern ihre Position und die Unhaltbarkeit der Reaktion der BI zu erläutern und sie zur verstärkten Mitarbeit aufzufordern. Dieses war eigentlich keine Strategie, sondern nur eine Abwehr der unglaublichen Äußerungen der BI-ler.

Im weiteren Verlauf zeigt sich aber deutlich, daß die Mitglieder des BIEVs diese Arbeitsgruppe in den Griff bekamen, die Anzahl der teilnehmenden Ausländer verringerte sich zusehends.

Durch Veröffentlichungen, so in der Stadtpost, versuchten wir, die Öffentlichkeit auf die Problematik in Linden-Süd aufmerksam zu machen.

Weiter wurde von uns die Diskussion innerhalb der AG durch Papiere angeregt und versucht, diese zu lenken. * Es ist allerdings illusorisch, zu glauben - die Ausländer AG hätte sich durch unsere Mitarbeit zum wesentlichen positiven Faktor innerhalb der BI entwickelt. Eine Erneuerung der BI über diese Arbeitsgruppe war nicht möglich.

Nun nehmen an der AG auch weniger BIEVler teil, da sie ihre Aufgabe - die Ausländer AG zur Bedeutungslosigkeit zu degenerieren und hiermit die Diskussion um die Ausländerproblematik im Stadtteil abgedreht haben, erfüllt ist auch der BI kein Schaden entstanden - sie kann zur Tagesordnung übergehen.

* siehe Stadtpostartikel und Linden-Süd putzschte.....

Resolutionen und Grundsatzserklärungen der
Ausländer AG (chronologische Folge)

RESOLUTION

15.10.78

- 1 -

(80 Teilnehmer)

Zusammgekommen in einer Versammlung wenden wir Spanier aus Linden-Süd uns an die Öffentlichkeit und verurteilen das Dokument der Bürger-Initiative-Linden-Süd.

Die BI-Linden-Süd hat ein Dokument veröffentlicht, das sich gegen den Aufenthalt der in Linden-Süd wohnenden Ausländer richtet und fordert den Wegzug von 15% derzeit dort lebenden Ausländern, damit die Wohnungen an deutsche Mieter vergeben werden können.

Diese Forderungen können wir nicht stillschweigend hinnehmen und erklären dazu folgendes:
bevor die Stadt Hannover mit dem Sanierungsplan begann, waren es viele Deutsche, die aus diesem Bezirk weggezogen, denn:

Die Wohnungen waren menschenunwürdig oder seit vielen Jahren nicht repariert bzw. renoviert worden. Außerdem mangelte es dem Stadtteil an hygienischen- und gesundheitlichen Mitteln, sowie an Freizeitangeboten und auch Kindergärten waren nicht genügend vorhanden.

Wir Ausländer, die wir keine Wohnungen in anderen Stadtteilen Hannovers erhielten, zogen nach Linden in die genannten Wohnungen ein.

Es ist zutreffend, daß wir in großer Anzahl in Linden-Süd wohnen, nicht zu vergessen, gemeinsam mit einer nicht geringeren Anzahl von Rentnern und Studenten.

Während der vergangenen Jahre haben wir an die Stadt (Rathaus) Hannover und auch an die privaten Vermieter überhöhte, ja teils Wuchererlöse gezahlt und dies für Wohnungen, die für die deutschen Mitbürger menschenunwürdig und nicht akzeptabel waren. Menschenunwürdig laut Dokument der BI).

Folgerung:

Als unsere Anwesenheit in Linden-Süd rentabel war, hat kein Mensch protestiert. Erst als die neuen- und renovierten Wohnungen vergeben wurden, kamen Proteste gegen die Ausländer.
Jetzt, sollen wir gehen und die Wohnungen verlassen, die ja nun renoviert sind und somit auch menschenwürdig für deutsche Mieter.

Aus diesen Grunde verurteilen Wir:

daß das Amt für Wohnungswesen bei der Vergabe von Sozialwohnungen in Linden-Süd evtl. den geforderten "Stop" für Ausländer praktiziert

daß wir erneut diskriminiert werden, indem man uns verbietet in renovierten Wohnungen zu wohnen und wir entgegen dem Grundgesetz unseren Wohnsitz nicht frei wählen können.

daß versucht wird uns aus Linden zu jagen, damit sich unsere Anzahl um 15% verringert.

- 2 -

Wir fordern:

daß bei der Vergabe von Sozialwohnungen in Linden-Süd die Ausländer weiterhin berücksichtigt werden.

die renovierten Wohnungen in relativer Anzahl an die dort wohnenden Ausländer gerecht vergeben werden.

eine Lösung der bestehenden Probleme in Linden-Süd, ohne daß zu diskriminierenden Maßnahmen gegriffen wird.

Wir appellieren an die Parteien- obwohl wir sie nicht wählen können- unsere Interessen zu vertreten.

Die deutschen Bewohner in diesem Stadtteil bitten wir um Verständnis für unsere Lage. Linden ist nicht alt durch unser Verschulden, sondern dadurch, weil seit vielen Jahren nicht für Linden getan wurde, das heißt nichts renoviert wurde.

Unser Dank gilt den vielen deutschen Bewohnern aus diesem Stadtteil für ihre Solidarität, die sie uns bekundeten, indem sie das Dokument der BI verurteilten, sowie auch die Diskriminierung unter der wir leiden.

Versammlung der Spanier am 15.10.1978
im Bürgerhaus, Charlottenstr. - Linden-Süd

19.10.1978

An die
Stadtverwaltung der Landeshauptstadt
- Hannover -
die Antifraaktionen
den Ausländerbeirat

Betr.: Ausländerpapier der Bürgerinitiative Linden-Süd

Sehr geehrte Damen und Herren!

Besorgt über das von der BI-Linden-Süd ausgearbeitete und in der Oktober-Ausgabe des "Linden Blattes" erschienene Ausländerpapier wenden wir uns an Sie.

Die einzelnen Forderungen in diesem Papier sind Ihnen sicherlich bekannt und veranlassen uns zu der Frage, ob solche diskriminierende Forderungen überhaupt diskutabel sind, denn ganz abgesehen von der humanen Seite, verstoßen diese auch gegen das Grundgesetz, das die freie Wahl des Wohnsitzes zusichert.

Bezeichnend im Papier ist u.a. 2.-3
"Modernisieren, damit die Wohnungen für Deutsche
wieder annehmbar werden".

In erwähnten Artikel heißt es: "das Ausländerpapier soll kein böses Blut erzeugen"; verfolgt man dann die einzelnen Forderungen kann man nicht wahr, dies als blanken Hohn aufzufassen.

Die hohe Anzahl der in Linden-Süd wohnenden Ausländer (nicht zu vergessen die vielen Refkaer und Studenten) kann und darf durch solche geforderten Maßnahmen nicht reduziert werden. Es ist ein Problem, das zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst werden muß.

Wir appellieren an Sie, alles zu tun, damit die geforderten Maßnahmen nicht in die Praxis gelangen und das Problem auf gegenseitiger Basis gelöst wird.

Sollten die geforderten Maßnahmen in die Praxis gelangen, sind wir überzeugt, daß das Zusammenleben noch "unerträglicher" (S. Titat) würde, den die Ausländer wären sicherlich nicht bereit solche Maßnahmen stillschweigend hinzunehmen.

Was gedeckt die Stadtverwaltung und die einzelnen Parteien für die Lösung dieses seit langer Zeit bestehenden Problems zu tun.

Wir bitten um Stellungnahme.

Respektvoll
Im Namen des Ausschusses

Grundsatzklärung der BI Arbeitsgruppe "Ausländer und Deutsche"

1. Aufgrund des in der Oktober-Ausgabe des "Lindenblattes" veröffentlichten "Ausländerpapiers" der "Unabhängigen Bürgerinitiative Linden-Süd" hat sich die Arbeitsgruppe "Ausländer und Deutsche" gebildet, die ihre Arbeit am 17.10.78 aufnahm und sich zukünftig jeden Montag um 18.00 Uhr im Bürgerhaus Charlottenstr. 29a treffen wird.

Diese Arbeitsgruppe der "Unabhängigen Bürgerinitiative" wurde auf Vorschlag derjenigen ausländischen und deutschen Mitbürger gebildet, die mit den Forderungen der Bürgerinitiative nach Verringerung des Ausländeranteils im Sanierungsgebiet nicht einverstanden waren.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Forderungen des "Ausländerpapiers" zu diskutieren und möglicherweise das "Papier" zu überarbeiten, um gemeinsam eine Verbesserung der aktuellen Problematik zu erreichen und eventuelle Konfrontationen zu vermeiden.

Die Arbeitsgruppe geht von dem Verständnis aus, daß es kein "Ausländerproblem" gibt, sondern Probleme des Zusammenlebens und der Toleranz von verschiedenen Nationalitäten im Stadtteil.

Aus der gemeinsamen, öffentlich geführten Diskussion von Vertretern aller Bevölkerungsgruppen sollen konkrete Vorschläge zur Verbesserung der derzeitigen schlechten Situation gemacht werden.

Einen Schwerpunkt müssen dabei Überlegungen bilden, wie insbesondere die ausländischen Mitbürger ihre Interessen bei der Sanierung besser vertreten können.

2. Die Arbeitsgruppe wird der Bürgerinitiative über ihre Arbeit berichten und als Arbeitsgruppe der BI nicht ohne mehrheitliche Zustimmung der BI (=Dienstagsversammlung) an die Öffentlichkeit treten. Darüberhinaus darf es jedoch keine formale und inhaltliche Beeinflussung durch die BI geben.

Anderenfalls muß eine andere Organisationsform gefunden werden.

3. Die Arbeit dieser Gruppe ist nur möglich, wenn die BI diese "Grundsatzklärung" veröffentlicht. Dies muß in Form einer Pressemitteilung geschehen.

Die zuständigen Stellen der Verwaltung sowie die politisch Verantwortlichen müssen ebenfalls über die Wiederaufnahme der Diskussion im Stadtteil informiert werden. Die vorliegende "Grundsatzklärung" muß ihnen direkt zugeschickt werden.

Entwurf eines

ZWISCHENBERICHT DER ARBEITSGRUPPE "AUSLÄNDER UND DEUTSCHE"

zur Diskussion am 4.12. von Georg Werner und Wolfgang

I. BILANZ DER BISHERIGEN ARBEIT

1. Formale Organisation

- Wir sind eine offene Gruppe, ein Forum, zu dem durch unsere Grundsatz-
erklärung alle Interessierten eingeladen sind.
- Wir haben keine "Geschäftsordnung" o.ä. und wollen unsere Arbeitsweise
selbst bestimmen. Es gibt keine formale Beeinflussung durch die Bürger-
initiative oder andere Gruppen. Als Arbeitsgruppe der BI werden wir
dieser jedoch laufend über unsere Arbeit informieren und bei Veröffentlich-
ungen o.ä. nicht übergehen.
- Wir haben nicht den Anspruch, die Interessen anderer zu vertreten, also
keinen "Stellvertreteranspruch". Unsere Gruppe legitimiert sich über
die Bekanntmachung ihrer Existenz und aller Diskussionsergebnisse im
Stadtteil.

2. Bisherige inhaltliche Ergebnisse und Übereinstimmungen:

- Der Stadtteil Linden-Süd soll kein Getto einer bestimmten Bevölkerungs-
gruppe werden.
- Wir sind gegen Diskriminierung, also für generelle Gleichbehandlung
aller Nationalitäten, Altersstufen, usw.
- Wir sind für eine Beibehaltung des Ersatzwohnraums für alle Nicht-Lindener,
bis für alle Sanierungsbetroffenen ausreichend Ersatzwohnraum zur
Verfügung steht.
- Die Vergabe - Richtlinien für Neubau- und modernisierte Wohnungen
sollen nicht im Sinne des CDU-Antrags in Rat geändert werden.

II. VORSCHLÄGE (PERSPEKTIVEN) FÜR DAS WEITERE ARBEITEN

1. Neuorganisation:

- Für halten zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit eine Aufteilung in
Kleingruppen für sinnvoll. Diese Kleingruppen sollten zu bestimmende
Arbeitsschwerpunkte erhalten.
- Diese Gruppen sollten möglichst gemischt besetzt sein (alte und junge
Deutsche und Ausländer)
- In wöchentlichen Wechsel sollten dann Kleingruppentreffen und Vollver-
sammlung der Arbeitsgruppe stattfinden, Termin der Vollversammlung
bleibe weiterhin Montag, 18.00 Uhr, Bürgerhaus.

2. Inhaltliche Schwerpunkte:

- Wir brauchen eine Gruppe, die sich weiterhin zur veröffentlichten Zeit
im Bürgerhaus trifft. Sie soll die Integration neuer Mitarbeiter und
die dauernde Öffnung und Information nach außen übernehmen.
Sie könnte praktische Lösungen für aktuelle Probleme suchen (Sammler
von Einzelkonflikten, Information von Hausgemeinschaften, ...).
Außerdem könnte hier die Diskussion mit der Gemeinschaftsarbeit sowie
der Sozialplanung (Lige) geführt werden, mit dem Ziel einer besseren
Koordination und Zusammenarbeit
- "Ausländerrecht und Einflussnahme auf die kommunalen Entscheidungen."
hier sollten Grundlagen wie das Papier der Bund/Länder-Kommission "DGB"
studiert und ausgewertet werden. Speziell müssen konkrete Rechte wie
auf Wohngeld, Sozialhilfe usw. erarbeitet werden.
Auch sollten konkrete Vorschläge gemacht werden, wie die Einfluss-
möglichkeiten der Ausländer verbessert werden können (Kommunales Wahlrecht,
Ausländer in Sanierungskommission, Vergabekommission für Wohnungen, usw.)
- "Soziale Planung (Bevölkerungszustimmung) durch die Sanierung???"
(Untertitel: Was ist ein "funktionierender" Stadtteil?)
Diese Gruppe sollte die vorliegenden statistischen Zahlen (Bevölkerungs-
entwicklung, Vergabe und Nachfrage von/nach Wohnungen, Wohnungsspiegel,
d.h. Art der Wohnungen u.ä. usw.) studieren und werten.
Neben der Einströmung sollten konkrete Verbesserungsvorschläge für
die Sanierungspraxis erarbeitet werden.
Neben dem Wohnbereich könnte sich diese Gruppe auch mit der Nachfrage
und dem Angebot im Freizeit- und Erziehungsbereich beschäftigen.

III. WAS SOCHNELLWEITENDIG PASSIEREN SOLLTE ...

Damit wir uns nicht bei all der vielen Arbeit völlig aus den Augen
verlieren, schlagen wir auch zum "menschlichen" Nherkommen ein
gemeinsames VOR-KENNTNIS-PIEST im Bürgerhaus vor
Bei ausländischen und deutschen (Wahlrechts-) Liedern sollten wir
den Grundstein für eine weiterhin sinnvolle und entspannte Arbeit
unserer Gruppe legen....

8. Januar 1979

ZWISCHENBERICHT

der Arbeitsgruppe "Ausländer und Deutsche"
in der Unabhängigen Bürgerinitiative Linden-Süd

1.

Die Arbeitsgruppe hat am 23.10.78 ihre Arbeit aufgenommen und hat seitdem an
jeden Montag im Bürgerhaus geteget.
Die Arbeit dieser Arbeitsgruppe fand regen Interesse bei der Lindener Bevöl-
kerung, insbesondere auch bei ihren ausländischen Mitbürgern. In der Regel
waren mehr als 30 Personen anwesend.
Wegen der großen Reaktionen und der heftigen Kritik, die die Veröffentlichung
des Ausländerpassiers der BI ausgelöst hatte und die Anlaß der Bildung dieser
Arbeitsgruppe gewesen war, wurde zunächst noch eine Reihe von Sitzungen hin
allen Beteiligten Gelegenheit gegeben, ihre Meinungen darzulegen und Mißver-
ständnisse auszuräumen.
Erstes Ergebnis dieser begangenen Grundsatzdiskussion war die Erarbeitung
einer Grundsatzklärung, in der die Arbeit dieser Arbeitsgruppe öffentlich
bekannt gemacht und die Arbeitssiele dargelegt wurden. Diese Erklärung ist
am 31.10.78 von der BI beschlossen worden und wurde inzwischen veröffentlicht.

In der Erklärung wird besonders hervorgehoben, daß die Arbeitsgruppe die Vor-
erungen des Ausländerpassiers diskutieren und dieses möglicherweise überarbei-
ten will, um eine Verbesserung der aktuellen Problematik zu erreichen und
eventuelle Konfrontationen zu vermeiden. Es sollen konkrete Vorschläge zur
Verbesserung der jetzigen schlechten Situation gemacht werden. Einen Schwer-
punkt sollen Überlegungen bilden, wie die ausländischen Mitbürger ihre Inter-
essen bei der Sanierung besser vertreten können und die Probleme des Zusam-
menlebens und der Toleranz zwischen verschiedenen Nationalitäten im Stadtteil
bearbeitet werden können.

Die inzwischen auf der Basis dieser Erklärung durchgeführte Grundsatzdiskus-
sion hat in folgenden Punkten bei den Teilnehmern der Arbeitsgruppe eine weit-
gehende Übereinstimmung erbracht:

- Linden-Süd darf kein Getto irgendeiner Bevölkerungsgruppe werden.
- Keine Bevölkerungsgruppe im Stadtteil darf diskriminiert (also ungleich
behandelt) werden.
- Niemand, der heute im Stadtteil lebt, darf vertrieben werden.
- Niemand, der heute nicht im Stadtteil lebt, darf zuziehen dürfen, solange
nicht ausreichender Ersatzwohnraum für alle Sanierungsbetroffenen zur Ver-
fügung steht.
- Die Kriterien für die Vergabe von modernisierten und Neubau-Wohnungen soll
weiterhin sein:
- die Betroffenheit durch die Sanierung
- die Einkommenssituation
- die Familiengröße
Weitere Kriterien soll es nicht geben.
- Die Unsicherheit über den Fortgang der Sanierung und die Rechte der Sanie-
rungsbetroffenen muß verringert werden.
- Die Wohn- und Lebenssituation im Stadtteil muß rasch und nachhaltig ver-
bessert werden. Hierzu gehört nicht nur die Instandsetzung und Modernisie-
rung der Wohnungen, sondern auch die Schaffung von Freizeit- und anderen
Wohnfolgeeinrichtungen (wie z.B. das Bürgerzentrum Godehardi) und die Ver-
kehrsanbahnung im Stadtteil.

2.

Folgende Problembereiche will die Arbeitsgruppe in der nächsten Zeit verstärk
bearbeiten:

Verbesserung der Schulsituation / Vergabe von Wohnraum / Entwicklung der
Sozialstruktur / Ausländerrecht / Beratung von Sanierungsbetroffenen

① Schulstruktur
② Öffnungs-
vergabe

Flugblatt aus der „Stadtteilgruppe“
13.2.79

putsche gegen den „König“ von Lindener SPD ~~Warte ihre Kandidaten durch~~ Linden-Süd

Anwähler majorisierten Bürgerinitiative / Wahl soll angefochten werden
LINDENER

Wie die hannoversche Allgemeine Zeitung am 9. Februar zu berichten wußte, sind die "KÖNIG-TREUER", - für die "Interessen der Lindener" an der Sanierung streitenden Mitglieder der "UNABHÄNGIGEN BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD" am vergangenen Dienstag an ihre angestammten Sitze in der SANIERUNGSKOMMISSION gebracht worden.

In dieser Kommission debattieren 6 Ratsherren (3 SPD, 2 CDU, 1 FDP) zusammen mit 6 Bürgern (3 SPD, 2 CDU, 1 FDP) über die SANIERUNG LINDEN-SÜD.

Bei der Wahl der Bürgervertreter für die 3 Sitze, die von der SPD den Lindener Bürgern zur Verfügung gestellt werden, saßen die "KÖNIG-TREUER" diesmal eine Niederlage einstecken.

Als sie feststellten, daß sie in diesem Jahr nicht wie bisher eine kläffende Mehrheit für die Kandidaten der "BÜRGERINITIATIVE E.V." finden würden, verließen diese Damen und Herren mit ihrem "KÖNIG" das Bürgerhaus in der Charlottenstraße. Vorher hatte ihr geheimes Wortführer, der CDU-Bauunternehmer Deschner aus Ricklingen, zum Rückzug geblasen.

Die "BÜRGERINITIATIVE E.V." ist ein Verein, der sich seit 1974 konspirativ trifft und das "offene" Dienstagströffen der "UNABHÄNGIGEN BI LINDEN-SÜD" vorbereitet.

Nachdem die "BI E.V." das Bürgerhaus verlassen hatte, bestimmten knapp 60 Bürger, wer in Zukunft auf den Bürgerstätten der SPD mit den Rats- und sonstigen Herren um die Sanierungsinteressen der Linden-Süder streiten soll.

Zusammen mit 4 PUTSCHEREN SPD-GENOSSEN aus Linden-Süd und -Mitte wählten dann über 50 ausländische und deutsche Linden-Süder und langjährige Mitarbeiter der "UNABHÄNGIGEN BI LINDEN-SÜD" folgende Personen in die Sanierungskommission: Frau Sancho-Rico, Herrn Strohmayer und Herrn del Castillo, sowie als Vertreter Frau Fahlrott, Herrn Schütter und Herrn Blinow.

Die "SANIERUNGSKOMMISSION LINDEN-SÜD" wird in Zukunft also so besetzt sein:

RATSHERRN:	BÜRGERVERTRETER:
Reinhart (Ratsfraktionsvorsitzender) Buchner Bielefeld	-Alvaro del Castillo (Sozialarbeiter und Mieter aus Linden-Süd) -Marlise Sancho-Rico (Sozialarbeiterin und Mieter, Linden-Mitte) -Werner Strohmayer (Vorsitzender des SDP-Ortsvereins und Mieter, Linden-Mitte)
 - SPD -	
Fitzner (Bürgermeister)	... 7 Der Sitz ist noch frei, für einen der Partei genehmen Bürger, vielleicht aus der BI u.V.?
 - FDP -	
Reymann Beckmann (Bauunternehmer)	-Janssen (Vorsitzender des Haus-, Wohnungs- und Grundbesitzer-Vereins, Hannover) -Arnesmann (Hausbesitzer, Linden-Mitte)
 - CDU -	

Damit wäre ja eigentlich alles in Butter.

Die "SANIERUNGSKOMMISSION", in der nun erstmals eine Frau und auch erstmals ein ausländischer Mitbürger sitzen, könnte endlich trotz aller "SCHÖNHEITSPHILAN" zusammenzutreten.

Alle drei von den Lindenern besetzten Bürgervertreter haben bereits bedauert, daß sie sich leidenschaftlich für die Interessen unseres Stadtteils einsetzen werden.

WEG MIT DEN LINDENERN — DER KÖNIG WILL WEITER ALLEIN BESTIMMEN !!!



Doch der selbsternannte "KÖNIG" von Linden-Süd und seine Getreuen wollen diese demokratische Wahl anfechten !!!

Warum hüpfen die "KÖNIG-TREUER" eigentlich so an diesen Sitzen ???

Die "KÖNIG-TREUER" Mitglieder der "BÜRGERINITIATIVE" werden seit 1973 als "D I E INTERESSENVERTRETER D E R LINDENER" von Stadtverwaltung und Parteien anerkannt. Seitdem sitzen die "alten Herren" des "BI E.V." auch in der SANIERUNGSKOMMISSION, die damals ins Leben gerufen wurde, um die Folgen der Trübsal über die geplante Sanierung zu glätten, die im Stadtteil bis hin zu Hausbesetzungen geführt hatten.

Im Laufe der Jahre haben die "KÖNIG-TREUER" Streiter der "BÜRGERINITIATIVE E.V." bei ihrer Arbeit in der "SANIERUNGSKOMMISSION" zunehmend vergessen, sich um die tatsächlichen "INTERESSEN DER LINDENER-SÜDER AN DER SANIERUNG" zu kümmern.

Zwischenmenschlich haben jedoch viele dieser wackeren Streiter selbst von der Mitarbeit an der Sanierung profitiert:

- Einige der zahlreich vertretenen Hausbesitzer haben sich mit öffentlichen Mitteln die Modernisierung ihrer Häuser finanzieren lassen.
- Andere sind mittlerweile aus ihren alten Wohnungen gezogen ...



Was wartet's da noch, daß diese wackeren Streiter für das "WELTWEHL" heute nichts Besseres zu tun haben, als Am in Am mit der Stadtverwaltung ein "WUNDER, WUNDERLICHES LINDEN" zu fordern und dabei z.B. Laufend den Abriss von oft einfach zu renovierenden Altbauern zuzustimmen.

Dabei können sie sich überhaupt nicht mehr um die Meinung der davon betroffenen Mieter. Hauptsache ist, daß die alten "KLAMMERN & RÄTTENKÖCKE" endlich abgerissen werden.

Schuld daran, daß es überhaupt solche verpörrischen Häuser in Linden-Süd gibt, sind nach Meinung der "KÖNIG-TREUER" nun plötzlich die "NEULÄNDER".

Ohne darüber nachzudenken, wer die "GASTARBEITER" nach Deutschland geholt hat und unter welchen teilweise rauen Bedingungen diese hier wohnen, arbeiten und leben müssen, werden sie zu den "SCHRECKEN" für die schlechten Zustände in unserem Stadtteil gesucht.

Über die Hälfte von ihnen soll nach Meinung der "BÜRGERINITIATIVE E.V." erstmal den Stadtteil verlassen, "bevor von über eine Integration sprechen kann ..."

DIE HEINIGEN, DIE FÜR DIE TEILWEISE SCHLECHTEN VERHÄLTNISSE IM STADTTEIL WIRKLICH VERANTWORTLICH SIND, KÖNNEN SICH BEI SOLCH EINER BÜRGERINITIATIVE NATÜRLICH INS FRÄUSTCHEN LACHEN:

- DIE STAATSWERKMEISTER, die z.B. immer mehr billigen Wohnraum vernichtet und jetzt sogar Einfamilienreihenhäuser an der Charlottenstraße bauen lassen will;
- DIE STAATSEIGENE "GEMEINE HAUSEGELLSCHAFT HANNOVER", die sich wenig um die Instandhaltung ihrer Häuser kümmert, aber jeden Monat Miete kassiert;
- und nicht zuletzt ZAHLEICHE PRIVATE HAUSBESITZER, wie z.B. der Makler Schneider, der seine drei Häuser im Sanierungsgebiet zu teilweise Wucherpreisen bis unter's Dach an Ausländer verpachtet hat und sich jetzt die Modernisierungen von der "öffentlichen Hand", - also uns allen-, finanzieren läßt, um dann endlich wieder an Deutsche vermieten zu können.



DOCH NOCH IST LINDEN-SÜD NICHT VERLOREN. ODER ?
JEDEN DIENSTAG-ABEND AB 19.00 UHR LADT ALLE LINDENER EIN:
DAS BÜRGERHAUS, CHARLOTTENSTRASSE 29 A

ViSdP: Herrmann Wohnungsroth,
Ricklinger Str. 44 a

Eigenproduktion:

Stadtpost

November 78

"Ausländerprobleme" in Linden Süd?

Nach zweijähriger, oft kontrovers geführter Diskussion hat die "Unabhängige Bürgerinitiative Linden-Süd" (kurz: UBI) im vergangenen Sommer ihre Forderungen zum Zusammenleben von deutschen und ausländischen Bürgern mehrheitlich verabschiedet.

Kernpunkt des sogenannten "Ausländerpapiers" ist die Forderung, daß der derzeitige Ausländeranteil im Sanierungsgebiet von 25% im weiteren Verlauf der Sanierung auf 10% gedrückt werden müsse, er für die Lindener unerträglich hoch sei.

Das "Ausländerpapier", daß eine Reihe konkreter Vorschläge enthält, z. B. einen generellen Zuzugstopp für Ausländer und eine Bevorzugung von Deutschen bei der Belegung von Wohnungen, wurde den zuständigen Verwaltungsstellen und den Ratsfraktionen als Empfehlung übermittelt und in der lokalen Presse (HAZ, Lindenblatt) als Bürgermeinung verbreitet.

Diese Forderungen werden jetzt auch von Parteien aufgegriffen. Unter Bezug auf das "Ausländerpapier" der UBI verbreitete die NPD ein Flugblatt: "Wird Linden zum Ausländer-Getto?". Die CDU brachte in der



letzten Oktoberwoche eine Beschlüßvorlage zur Belegung städtischer Wohnungen in den Rat ein.

Der Standpunkt der UBI hat auch im Stadtteil erhebliche Bewegung ausgelöst. Deutsche und ausländische Bürger, die sich durch die Politik der UBI nicht vertreten fühlen, fordern die Zurücknahme des "Papiers". Erreicht wurde bisher die Bildung einer Arbeitsgruppe, in der Deutsche und Ausländer gemeinsam neue Forderungen zur Bevölkerungspolitik formulieren werden.

Termine:

Öffentliche Sitzung der UBI Linden-Süd:

Dienstags, 19.00 Uhr

Öffentliche Sitzung der Arbeitsgruppe:

Montags, 18.00 Uhr;

Ort:

Bürgerhaus, Charlottenstraße 29a,
Linden-Süd.

Arbeitsgruppe "Ausländer und Deutsche"
der Unabhängigen Bürgerinitiative Linden-Süd

BERICHT ÜBER DEN VERLAUF DER ARBEIT IM ZEITRAUM 23.10.78 - 22.1.79

Vorbemerkung:

Die Arbeitsgruppe 'Ausländer und Deutsche' war von der Bürgerinitiative Linden-Süd eingerichtet worden, nachdem die Bürgerinitiative von einer Gruppe von Ausländern und Deutschen massiv wegen des veröffentlichten 'Ausländerpapiers' kritisiert worden war, der Bürgerinitiative jedoch zugleich die Zusammenarbeit mit dieser Gruppe angeboten worden war. Die Bürgerinitiative griff dieses Angebot auf und bildete die Arbeitsgruppe 'Ausländer und Deutsche'.

In dieser Arbeitsgruppe ist zunächst versucht worden, Mißverständnisse auszuräumen und mehr Verständnis für die schwierige Lebenssituation aller Bewohner im Stadtteil herzustellen. Die Arbeitsgruppe glaubt, mit ihrer intensiven Arbeit des ersten Vierteljahres dieses Ziel weitgehend erreicht zu haben und will sich nun intensiver einzelnen Sachproblemen zuwenden.

Die Arbeitsgruppe hält diesen Zeitpunkt deshalb für geeignet, um die Bürgerinitiative und die Sanierungskommission über den Verlauf und die Ergebnisse der bisherigen Arbeit zu unterrichten.

Der Bericht stellt in soweit die Meinung der Arbeitsgruppe dar und muß sich nicht unbedingt in allen Teilen mit der Meinung der Bürgerinitiative decken.

Ablauf und Ziel der Arbeit:

Die Arbeitsgruppe hat am 23.10.78 ihre Arbeit aufgenommen und hat seitdem an jedem Montag im Bürgerhaus getagt.

Die Arbeit der Arbeitsgruppe fand reges Interesse bei der Lindener Bevölkerung, insbesondere auch bei ihren ausländischen Mitbürgern. In der Regel waren mehr als 30 Personen anwesend.

Wegen der großen Emotionen und der heftigen Kritik, die die Veröffentlichung des 'Ausländerpapiers' der Bürgerinitiative ausgelöst hatte, wurde zunächst über eine Reihe von Sitzungen hin allen Beteiligten Gelegenheit gegeben, ihre Meinungen ausführlich darzulegen und Mißverständnisse auszuräumen.

Erstes Ergebnis dieser begonnenen Grundsatzdiskussion war die Erarbeitung einer Grundsatzklärung, in der die Arbeit dieser Arbeitsgruppe öffentlich bekannt gemacht und die Arbeitsziele dargelegt wurden. Diese Erklärung ist am 31.10.78 von der Bürgerinitiative beschlossen worden und wurde inzwischen veröffentlicht.

In der Erklärung wird besonders hervorgehoben, daß die Arbeitsgruppe die Forderungen des Ausländerpapiers diskutieren und dieses möglicherweise überarbeiten will, um eine Verbesserung der aktuellen Problematik zu erreichen und eventuelle Konfrontationen zu vermeiden. Es sollen konkrete Vorschläge zur Verbesserung der jetzigen schlechten Situation im Stadtteil gemacht werden. Einen Schwerpunkt sollen dabei Überlegungen bilden, wie die ausländischen Mitbürger ihre Interessen bei der Sanierung besser vertreten können und die Toleranz der verschiedenen Nationalitäten, die im Stadtteil zusammenleben, vergrößert werden kann.

Die inzwischen auf der Basis dieser Erklärung durchgeführte Grundsatzdiskussion hat in folgenden Punkten eine Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern der Arbeitsgruppe erbracht:

- Linden-Süd darf kein Getto irgendeiner Bevölkerungsgruppe werden.
- Keine Bevölkerungsgruppe im Stadtteil darf diskriminiert (also ungleich behandelt) werden.
- Niemand, der heute im Stadtteil lebt, darf vertrieben werden.
- Niemand, der heute nicht im Stadtteil lebt, darf zuziehen dürfen, solange nicht ausreichender Ersatzwohnraum für alle Sanierungsbetroffenen zur Verfügung steht.

- Die Kriterien für die Vergabe von modernisierten und Neubau-Wohnungen sollen weiterhin sein:
 - die Betroffenheit durch die Sanierung
 - die Einkommenssituation
 - die Familiengröße
 Weitere Kriterien soll es nicht geben.
- Die Unsicherheit über den Fortgang der Sanierung und die Rechte der Sanierungs-betroffenen muß verringert werden.
- Die Wohn- und Lebenssituation im Stadtteil muß rasch und nachhaltig verbessert werden. Hierzu gehört nicht nur die Instandsetzung und Modernisierung der Wohnungen, sondern auch die Schaffung von Freizeit- und anderen Wohlfolgeeinrichtungen (wie z.B. das Bürgerzentrum Godshardstift) und die Verkehrsberuhigung im Stadtteil.

Problembereiche:

Folgende Problembereiche will die Arbeitsgruppe 'Ausländer und Deutsche' in der nächsten Zeit verstärkt bearbeiten:

1. Verbesserung der Schul- und Kindergartensituation:

Von vielen deutschen Bürgern wird der Vorwurf erhoben, ihre Kinder erhielten wegen des hohen Anteils ausländischer Kinder an der Bgestorffschule keinen ausreichenden Unterricht.

Geht man diesem Vorwurf nach, so findet man zunächst wenig präzise Angaben zur bestehenden Situation. Daher soll zunächst geklärt werden, wie hoch die Klassenstärken und der Anteil der deutschen und der ausländischen Kinder ist. Dies gilt entsprechend auch für die Kindergartensituation.

Ferner soll durch eine Befragung von deutschen und ausländischen Eltern sowie der Lehrkräfte ein genaueres Bild über die Schulsituation (entsprechend die Kindergartensituation) gewonnen werden.

Erst dann sollen Vorschläge für eine Verbesserung der Schul- und Kindergartensituation gemacht werden.
2. Entwicklung des Wohnraumsangebots und der Wohnungsvergabe:

Es ist der Vorwurf erhoben worden, ausländische Bürger würden bei der Vergabe von Wohnraum benachteiligt.

Deshalb soll zum einen die bisherige Vergabepaxis (Angebot / Nachfrage) (Deutsche / Ausländer) überprüft werden. Zum anderen soll geklärt werden, in welcher Weise sich das Wohnraumsangebot seit Beginn der Sanierung verbessert oder möglicherweise verschlechtert hat. Ferner soll geklärt werden, mit welchem Wohnraumsangebot (Neubau, Modernisierung, Instandsetzung / Privat, Öffentlich) zum Abschluß der Sanierung gerechnet werden kann. Von Interesse ist auch die zu erwartende Verteilung nach Wohnungsgrößen. Hier muß geklärt werden, ob diese mit der zu erwartenden Bevölkerungsstruktur (siehe auch Punkt 3) ausreichend übereinstimmt.
3. Entwicklung der Bevölkerungsstruktur:

Bei der Diskussion, ob ein Maximalanteil an ausländischen Mitbürgern benannt werden kann, bei dem eine Entwicklung zu einer Gertobildung im Stadtteil vermieiden wird (unabhängig davon, ob dies rechtlich und faktisch durchsetzbar wäre), hat sich gezeigt, daß die Arbeitsgruppe weder ausreichende Informationen über die tatsächliche Entwicklung der Bevölkerungsstruktur im Stadtteil verfügt, noch in der Lage wäre, verfügbare Daten ausreichend zu interpretieren. Neben ausreichenden Daten über die Situation zu Beginn der Sanierung, zum jetzigen Zeitpunkt und eine Trendprognose oder Planung zum Abschluß der Sanierung werden Aussagen benötigt, die einerseits mehr Information über die Situation und die Ziele der Sanierungs-betroffenen (wie Verweildauer der Ausländer, Situation der Kinder und Jugendlichen, Vorstellungen zum Wohnungsstandard usw.) erbringen und andererseits die Motive der bereits Abgewanderten untersuchen.
4. Ausländerrecht:

Bei den bisherigen Beratungen der Arbeitsgruppe hat sich gezeigt, daß sich besonders die ausländischen Mitbürger über ihre Rechte nicht im klaren sind. Dies gilt sowohl für das Mietrecht, wie das Sanierungsrecht, wie auch das spezielle Ausländerrecht.

Andererseits sind auch viele Deutsche Mitbürger über die rechtliche Situation der Ausländer nur wenig informiert. Deshalb soll die rechtliche Situation der Ausländer genauer untersucht und dabei auch die laufende Entwicklung des Ausländerrechts (Bund-Länder-Kommission, Gewerkschaften) dargestellt werden.

5. Beratung von Sanierungs-betroffenen:

An die Arbeitsgruppe haben sich zahlreiche ausländische Mitbürger gewandt, mit der Bitte, ihnen bei der Erhaltung oder Verbesserung ihrer Wohnsituation zu helfen. Bis zu einer allgemeinen Regelung durch die Bürgerinitiative soll diese Arbeitsgruppe Übergangsweise für Hilfesuchende zur Verfügung stehen, um diese einerseits über ihre Rechte und Möglichkeiten zu informieren und sie andererseits auf die zuständigen Dienststellen der Verwaltung (Gemeinwesenarbeit, Sozialplanung, usw.) hinzuweisen oder einen entsprechenden Kontakt herzustellen.

Geplante Arbeitsweise:

Die Arbeitsgruppe will in der nächsten Zeit verstärkt in den gebildeten Kleingruppen weiterarbeiten und sich seltener in Plenums treffen. Die Arbeitsgruppe ist sich dabei bewußt, daß von ihr Probleme aufgegriffen werden, die nicht nur für die Frage des Zusammenlebens von Ausländern und Deutschen, sondern allgemein für die Sanierung des Stadtteils von Bedeutung sind, wie z.B. die Frage, welcher Wohnraum in Zukunft vorhanden sein wird oder wie sich die Einwohnerzahl und -struktur im Stadtteil entwickeln wird. Die Arbeitsgruppe wird deshalb darauf achten, die zu entwickelnden Problemstellungen rechtzeitig wieder in die Hände der Bürgerinitiative als Ganzes und der planenden Verwaltung zu legen.

Ein anderes Problem der Arbeitsgruppe ist das Zurückgehen der Beteiligung der ausländischen Mitbürger mit steigendem Abstraktionsgrad der Diskussion, wie es teilweise bei der Bearbeitung der aufgewiesenen Problemstellungen der Fall war. Die Arbeitsgruppe will deshalb nach Wegen suchen, die konkrete Lebenssituation der Ausländer stärker zum Gegenstand ihrer Arbeit zu machen und so diese wieder stärker in die Arbeit einzubeziehen.

Arbeitsfeld der neu einzurichtenden Planstellen für 'Ausländerarbeit':

Die Arbeitsgruppe sieht die Gefahr eines Abhebens von der konkreten Lebenssituation im Stadtteil und besonders der ausländischen Mitbürger auch für die geplanten von der Stadt Hannover neu einzurichtenden Planstellen für 'Ausländerarbeit'.

Die Arbeitsgruppe fordert daher den Rat der Landeshauptstadt Hannover auf, dafür Sorge zu tragen, daß die beiden Planstellen für 'Ausländerarbeit' nicht problemfern beim zuständigen Dezernenten, sondern konkret vor Ort arbeitend im Stadtteil angesiedelt werden. Bei der Besetzung der beiden Stellen ist deshalb darauf zu achten, daß Gemeinwesenarbeiter eingestellt werden, die von ihrer Qualifikation her (z.B. Sprachkenntnisse) auch in der Lage sind, vor Ort Kontakt zu den ausländischen Mitbürgern aufzunehmen und ihre Lebenssituation kennenzulernen. Nur so kann gewährleistet werden, daß von ihnen Vorschläge und Konzepte (auch in Zusammenarbeit mit den bereits in der Ausländerarbeit tätigen caritativen Verbänden) entwickelt werden, die an der realen Lebenssituation der Ausländer ansetzen und so wenigstens eine Chance zu einer Verbesserung der Situation bieten.

Da Linden-Süd und Linden-Nord die beiden Stadtteile mit dem bei weitem höchsten Anteil an Ausländern sind (und damit auch von diesem Problem am stärksten betroffen sind), hält die Arbeitsgruppe es für sinnvoll, jeweils eine der beiden Stellen für die Arbeit in je einem der beiden Stadtteile vorzusehen.

Grundsatzklärung der BI-Arbeitsgruppe 'Ausländer und Deutsche'

In der Oktoberausgabe des Länders-Blattes veröffentlichte die 'Unabhängige Bürgerinitiativ-Länder-Süd' ihr Ausländerpapier. Da viele ausländische und deutsche Mitglieder an den Ponderungen der Bürgerinitiativ-Kritik gewöhnt haben, wurde eine Arbeitsgruppe aus Gegnern und Befürwortern des 'Ausländerpapiers' innerhalb der BI gebildet.

Die 1. Sitzung dieser Arbeitsgruppe fand am 17.10.1978 statt. Die Arbeitsgruppe wird sich künftig (bis auf weiteres) jeden Montag im Bürgerhaus, Charlottenstr. 29a treffen.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Ponderungen des 'Ausländerpapiers' zu diskutieren und möglicherweise das 'Papier' zu überarbeiten, um Gemeinsamkeiten eine Verbesserung der aktuellen Problematik zu erreichen und eventuelle Konfrontationen zu vermeiden.

Die Arbeitsgruppe soll konkrete Vorschläge zur Verbesserung der jetzigen schlechten Situation machen. Einen Schwerpunkt müssen dabei Überlegungen bilden, wie insbesondere die ausländischen Mitglieder ihre Interessen bei der Sanierung besser vertreten können und die Probleme des Zusammenlebens und der Toleranz zwischen verschiedenen Nationalitäten in Stadtteil bearbeitet werden können.

Es wäre wünschenswert, wenn möglichst viele ausländische und deutsche Mitglieder in dieser Arbeitsgruppe miterarbeiten könnten.

(mit 2 nein- und 2 Enthaltungen so beschließen, 28 Anwesende)

Folgendes Minderheitsvotum soll der BI ergänzend vorgelegt werden:

Das Ausländerpapier hat eine lebhaft diskutierte Diskussion auch außerhalb der BI entfacht. Aus diesem Grunde hat sich eine AG der BI aus ausländischen und deutschen Bürgern gebildet, um über die Aussagen des Ausländerpapiers sachlich zu diskutieren.

Es wäre wünschenswert, wenn möglichst viele ausländische und deutsche Mitglieder in dieser Arbeitsgruppe miterarbeiten würden.

Termin: jeden Montag, 19.00 in Bürgerhaus

Beobachtet von ... 5 Ja, 1 Enth., Rest nein

Zu diesen inhaltlichen Zielen verfolgten wir noch den Ansatz durch eine aktive Ausländer AG, die BI zu erneuern. Die veralteten festgefahrenen Strukturen sollten zu Gunsten einer besseren Beteiligung verändert werden. Hierbei sollte nicht auf totalen Konfrontationskurs gegangen werden. Es wurde erwartet, daß die Mitglieder zu einem Lernprozeß - in unserem Sinne - fähig sind, und daß durch die starke Ausländerbeteiligung andere Ziele durchgesetzt werden könnten. Wir erwarteten, daß die BIL - Lindener aber auch die Ausländer zu einem Dialog bereit seien. Dieses erschien uns in der konkreten Situation sinnvoller zu sein als separate Aktionen zum Ausländerpapier ohne die Ansprechpartner zu starten. Ein wesentlicher Faktor ist, daß hier nicht dritte, sondern die Lindener unter sich Probleme beseitigen müssen.

4.4.1.3 Zusammensetzung der AG

Die ausländischen Teilnehmer der AG sind zum großen Teil Spanier . Von anderen Nationalitäten sind zumeist nur Funktionäre als Vertreter anwesend . Diese wohnen häufig nicht in Linden - Süd .

Unter den deutschen Teilnehmern sind zuerst die Blevler zu nennen . Diese sind meistens ältere Lindener Bürger . Außerdem nehmen noch jüngere Lindener teil, die durch ihre Aktionen BI und Ausländer auf die Problematik aufmerksam machten .

Als dritte Gruppe sind wir Studenten zu nennen . Diese recht unterschiedliche Zusammensetzung birgt schon einige Schwierigkeiten . Wenn uns die Biler schon teilweise nicht verstehen - Ausdruck , Gedankengänge - so wird dieses durch die Sprachschwierigkeiten der ausländischen Teilnehmer noch erschwert . Die Teilnehmer , die keine Stellvertreterposition haben, die nicht so gut deutsch sprechen, werden am ehesten ausgeschlossen , zumal bei den Diskussionen bald auch auf die anfangs praktizierte spanische Übersetzung verzichtet wird.

Bei den deutschen Teilnehmern ist zwischen den alten Bilern und den Spontis und uns zu unterscheiden . Hier gibt es erhebliche Altersunterschiede.....

Vor allem aber die politischen Ansätze dieser Gruppen sind nicht zu vereinbaren . Gehen die Blevler von Fehlern der Verwaltung aus, die die BI zu korrigieren haben, so sind bei uns die Gegner nicht in der Verwaltung zu suchen . Diese verwirklicht nur die ihr im System zustehenden Aufgaben . Wenn also von uns Verbesserungen vorgeschlagen werden , dann sind sie unserem Verständnis nach nur reformistisch und können der Festschreibung des Systems dienen .

4.4.1.4 Einschätzung der Arbeit
in der Ausländer AG

Die Ergebnisse unserer bisherigen Studienarbeit werden in konkret anstehende Probleme eingebracht .
Dh. die Arbeit ist noch nicht abgeschlossen , muß aber schon angewandt werden .
In der Ausländerfrage wurde nach der Entscheidung mitzuarbeiten zuerst nur formale Hilfe gegeben .
Die Einschätzung , daß die BI sich bewußt nach außen abgrenzt, bewahrheitet sich . Die BI hat Fremden gegenüber eine ablehnende Haltung und kann diese durch ihre Formalstrukturen aus der Diskussion heraushalten .
Durch die Auseinandersetzung mit den Ausländern (ohne BIEVler), konnten wir diese auf die vorhandenen Strukturen hinweisen und Maßnahmen zur Veränderung der Situation erläutern . Die Ausländer wurden mit den Abläufen vertraut und ließen sich nicht mehr abweisen .
Gemeinsame Strategien zum Aufbrechen der Strukturen haben Erfolg . Die Ausländer AG arbeitet im selbstgewählten Rahmen . Sie läßt sich nicht von der BI majorisieren . Wesentlicher Punkt sind hier die Verhaltensweisen der einzelnen Mitglieder . Ein bewußt kontrolliertes Auftreten der Ausländer läßt die sehr emotional reagierenden BIEVler zu Außenseitern werden . Sie passen sich der sachlichen Diskussion nicht an . Bei allzu störenden Mitgliedern der Sitzungen ist versucht worden, diese zu isolieren .

Zu den Sitzungen in der Anfangsphase sind konstant mehr Ausländer als Deutsche gekommen . So konnten die die Ausländer interessierenden Themen angesprochen werden . Nach ca. 3 Monaten veränderte sich die Zusammensetzung durch die schon beschriebenen Umstände .

13 Teilnehmer, kein Diskussionsleiter, keine feste Tagesordnung

1. Das für den 18.12. geplante Treffen der Kleingruppen (Wohnungsangebot und -nachfrage, Sozialstruktur, Schulsituation, Ausländerrecht) war nur schlecht besucht. Außerdem hatte niemand einen Schlüssel fürs Bürgerhaus.

Es wird kurz darüber diskutiert, warum sich so viele Leute aus der AG zurückgezogen haben. Hierzu werden 2 Meinungen vertreten:

- Die AG hat sich durch die Arbeitsweise bereits von den direkten Problemen im Stadtteil "abgehoben". Genau wie bei der BI hätten auch bei der AG insbesondere die Ausländer nur geringe Chancen, an der Arbeit teilzunehmen. Die AG muß sich Gedanken machen, wie sie stärker an die Stadtteilbevölkerung "ankommen" kann.
- Wichtig ist, daß sich jemand Gedanken über die Situation im Stadtteil macht. Dabei ist weniger wichtig, wieviel Leute an so einer AG teilnehmen, es zählt nur das Durchhaltevermögen und der Erfolg.

Neben dem Wegbleiben der Ausländer und junger Lindener ist auch das Wegbleiben der alten BI-ler problematisch. Erst wurde diese AG als Arbeitsgruppe der BI eingerichtet, jetzt sind bis auf Herrn Deiters keine alten BI-ler mehr da. Ein besonderes Problem ist dabei, daß sich der Diskussionszusammenhang von BI und AG dabei trennt, (die AG diskutiert, und die BI macht weiter was sie will!).

Die Arbeitsgruppe ist zur Zeit - Januar 79 - im Umbruch. Bisher wurden allgemeine Themen angesprochen, die den Ausländern auf den Nägeln brannten. Zur weiteren Arbeit ist es aber erforderlich, die anstehenden Themen intensiver zu bearbeiten. Es dürfen nicht nur oberflächliche Betrachtungen angestellt werden. Zu dieser Problematik wurde von uns ein Papier erstellt und allgemein diskutiert, Erfolg ist, daß sich die AG in Untergruppen teilte, die die speziellen Themen bearbeiteten. So sollen die bestehenden Mißstände analysiert und Vorschläge zur Beseitigung gemacht werden.

Hierbei ist ein Ziel, die alten BI-ler nicht auszustoßen, sondern den Dialog mit ihnen zu suchen. Ihre Multiplikatorfunktion im Stadtteil darf nicht unterschätzt werden.

Ergebnis dieser Aufteilung ist aber auch die abstrakte Diskussion der eher konkreten Probleme. Die Ausländer können ihre Betroffenheit nicht einbringen, sie erkennen ihre Probleme nicht wieder. Sie sind wie andere Gruppen zu mobilisieren, wenn sie eine Lösung ihrer eigenen Probleme erkennen. Außerdem müssen von ihnen angemessene Diskussions- und Aktionsformen gewählt werden. Diese Erkenntnis trifft aber wohl nicht nur auf Ausländer zu. Sind Betroffene im Stadtteil zu mobilisieren und wollen sie ihre Situation verändern, dann muß die gewählte Form der Aktionen ihren Interessen entsprechen. Hier dürfen dann keine formalen Vorgaben eine Arbeit erschweren, weil eine bestehende Gruppe um ihr Alleinvertretungsrecht bangt.

4.4.1.5 Ergebnisse der Arbeit

Die "AG" hat direkten Kontakt zur Verwaltung.

Die Ausländer AG der B⁺ hebt sich schon durch die Zusammensetzung, die Mitarbeit neuer Mitglieder - Ausländer und junge Deutsche - von vorherigen und bestehenden Arbeitsgruppen ab.

Es hat sich hier ein Forum gebildet, daß sich mit den konkreten Bedürfnissen der bislang im Sanierungsprozeß unbeachteten ausländischen Mitbürger beschäftigt und versucht, auch Hilfen zu erteilen.

Durch die von den Ausländern konsequent durchgehaltene sachliche Atmosphäre war es möglich, neue Mitglieder zu integrieren.

Im Gegensatz zur BI und zu den B1 evlern in der AG konnten die übrigen Mitglieder eine solidarische Basis schaffen.

Unsere Mitarbeit hat dazu beigetragen, Mitglieder an die AG zu binden und von anderen Aktivitäten fernzuhalten. Die AG ist keine eigenständige Institution, die eigene Entscheidungsfreiheit hat, sie wird zF. von der BI kontrolliert - Veröffentlichungen -.

Die AG macht durch ihre Zugehörigkeit zur BI der BI im weiteren öffentlichen Auftreten - SK - Sitze ; keine Konkurrenz.

Die theoretischen Ansätze lenken zu sehr von der Realität ab und können bei den Ausländern keine Betroffenheit erzeugen.

Nach zwei Ausländer AG's ohne ausländische Beteiligung wird mit Ausländern eine Dritte gegründet.

Die AG erreicht, daß die BI ihr Ausländerpapier nicht mehr veröffentlicht, aber seine Einhaltung fordert. Die AG veröffentlicht eine Stellungnahme zum Ausländerpapier der BI.

Deutsche und Ausländer erarbeiten gemeinsame Konzeptionen zum Zusammenleben.

4.4.2 Arbeit in der BI - Dienst- tagsforum

Die Mitarbeit in der BI bedeutet ein anderes Engagement in der Sanierung als die Mitarbeit in der Au-länder AG . Durch die BI - Arbeit wird die Form der Auseinandersetzung erst einmal akzeptiert . Man muß über die Anerkennung in der Gruppe zu evtl. Veränderungen kommen . Hier sind uns schon durch äußerliche Abweichungen von den BIlern Grenzen gesetzt .

Erstens wohnen wir nicht im Stadtteil und werden so als Fremdkörper empfunden .

Zweitens sind wir Studenten, die sich zT. intensiver mit der Sache beschäftigt haben und daher schon häufig einen Vorsprung haben ,

Drittens sind die Gedankengänge und Ausdrucksformen unterschiedlich

Viertens kommen von uns Anregungen, die nicht in die vorhandenen Strukturen passen

Fünftens wird uns die zu kurze Arbeitszeit vorgehoffen

Sechstens erwerben wir die Arbeit der BI in Studienarbeiten , - aus der BI-Arbeit soll kein Vorteil entstehen - -Vergleich Wohnsituation der BIlern vor und nach der Sanierung -

Siebtens besteht zwischen uns und den alten BIlern ein erheblicher Altersunterschied, der sich in Belehrungen seitens der BI ausdrücken kann

Achtens können noch andere Verhaltensstrukturen bzw. Ausdrucksweisen und Aussehen angeführt werden

Alleingesehen mögen diese Punkte nicht so entscheidend erscheinen, aber die Summe der zutreffenden Abweichungen vom Normalbiler läßt uns auch inhaltlich schwer zum Zuge kommen .

4.4.2.1 Vorbedingungen

BRUNNEN-VERLAGS-UND-DRUCKERIE, Frankfurt a. M., 8.12.78
Kommunikations-Abteilung

- ZUSAMMENFASSUNG:**
1. EINLEITUNG
 2. SITUATIONSKONNOSSION
 3. BEWEISSTELLE "KONNOSSION UND BEWEISSTELLE" BEZUGS
 4. BEWEISSTELLE "KONNOSSION UND BEWEISSTELLE" BEZUGS
 5. BEWEISSTELLE

1. EINLEITUNG

Es liegt die Zielsetzung vor, einen Bericht über die Situation der Kommunikation in der BRD zu verfassen. Der Bericht soll die Situation der Kommunikation in der BRD darlegen und die Gründe für die Situation der Kommunikation in der BRD erläutern. Der Bericht soll die Situation der Kommunikation in der BRD darlegen und die Gründe für die Situation der Kommunikation in der BRD erläutern.

2. SITUATIONSKONNOSSION

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet. Die Situation der Kommunikation in der BRD ist durch die Entwicklung der Kommunikation in der BRD gekennzeichnet.

Die Mitarbeit in der BI unterliegt also gewissen Zwängen. Durch die Beteiligung an den Entscheidungen der Lindener wird man besonderer Kritik unterworfen. Man greift durch die Mitarbeit in eine Domäne der BI ein. Man verletzt sozusagen das Selbstverständnis. Das Problem liegt hier in den festen Strukturen, die sich eine Stellvertreterlegitimation zumessen und sich nicht durch andere kontrollieren lassen wollen. Die BI hat durch ihre Mitarbeit im Sanierungsprozeß die Rolle der Vertreter der Beteiligten übernommen und voll in die Planungsvorstellungen der Verwaltung integriert. "Dieses Rollenspiel darf nicht durch unberechenbare Kräfte gestört werden". Es ist also nicht nur der BI, sondern auch der Verwaltung recht, wenn keine Rufe nach direkter Beteiligung aufkommen. Somit steht man mit neuen Vorstellungen und mit Revisionen der bestehenden Verhältnisse einer übermächtigen Allianz entgegen.

Fraglich ist, ob durch Argumente von unserer Seite die BI zu Lernprozessen fähig wird. Dieses zeigt besonders im Streit um die Wiederaufnahme der SK-Jahreswende 78/79

4.4.2.2 Ziele der Arbeit

Unser Ziel bei der Mitarbeit war, auch die Ausländer und jungen Deutschen aus der Ausländer AG in der BI zu unterstützen. Deren Start in der BI und die Durchsetzung deren Forderungen hätten in der BI einen Denkprozeß bewirken müssen. Die BIler sollten jedoch nicht von uns überrannt werden. Allein die verstärkte Teilnahme anderer Gruppen am Dienstagsforum hätte Auswirkungen auf den Ablauf und die Ergebnisse gehabt.

Fortsetzung TOP 1:

WAHL DER BÜRGERVERTRETER:

Herr König legt ein offizielles Schreiben vor, in dem die BI zur Benennung von 4 Bürgervertretern für das Jahr 79 aufgefordert wird.

Der Antrag von Herrn Klages (SPD), die Benennung auf die nächste Sitzung zu vortragen, um allen Interessierten die Gelegenheit zu geben, eigene Kandidaten vorzuschlagen und mitzuwählen, wird bei 6 Pro-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Vertreter der Arbeitsgruppe "Ausländer und Deutsche" schlagen vor, auch einen ausländischen Mitarbeiter dieser AG als Bürgervertreter in die SK zu entsenden. Die BI spricht sich mehrheitlich gegen diesen Vorschlag aus, (die Ausländer sollten erstmal kontinuierlich in der BI mitarbeiten usw.). Es werden 9 Personen als Bürgervertreter in der SK vorgeschlagen. Über jede Person wird einzeln abgestimmt. Der Vorschlag, nach einem Verhältniswahl-system (jeder hat nur eine Stimme) abzustimmen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Die Wahl hat folgendes Ergebnis:

Herr Witzers (23Stimmen), Hoppe (23Stimmen), Hartje (10St.) und König (10St.) sind die 4 ständigen SK-Mitglieder, Werner (10St.), Faber (10St.), Oelkers (12St.) und Frau Sancho (10St.) sind als Vertreter benannt, wobei Herr Werner mit den meisten Stimmen als Vertreter an erster und Frau Sancho-Rico mit den wenigsten Stimmen an vierter Stelle steht. Der vorgeschlagene ausländische Kandidat Herr del Castillo erhielt 9 Stimmen und wurde somit nicht benannt.

Protokoll AG Ausländer 8.7.79

4.4.2.3 Verlauf der SK-Diskussion

SC
2.3.

Die Beteiligung anderer Gruppen ist schon eine Öffnung der Gruppe nach außen hin. Hierdurch wurden schon Betroffene angesprochen.

Im Bereich der SK-Arbeit muß die BI nach unserer Vorstellung erkennen, daß sie ohne den Rückhalt in der Bevölkerung immer mehr Zugeständnisse

Verwaltung machen muß. Weiter ist ein

Kommisssen in anderen Stadtteilen erforderlich.

Zusammen sollte die BI zu einer härteren Haltung

über ihren Wegner veranlassen.

In der SK sollen Vertreter unterschiedlicher Gruppen sowie auch der "Ausländer" vertreten sein.

Auch die Vergabekommission soll von verschiedenen Vertretern besetzt werden.

Ausgehend von der in der BI herrschenden Über die Verhandlungsposition des Herrn L. Problem der Wiederaufnahme der SK haben wir zu einer Diskussionsbasis erstellt. Hierzu haben wir im Diensttageforum ein Papier eingebracht das eine 1 1/2 stündige Diskussion der SK-Arbeit bzw. der Einschätzung der SK bewirkte. Vor allem die Sorge, daß Verhältnisse aus anderen Stadtteilen auf Linden-Süd übertragbar sind, wurden von vielen Teilnehmern nicht nachvollzogen. Es scheint dem Forum nicht zu gelingen, von anderen Verhältnissen auf die eigene Situation zu schließen. Teilweise, vor allem bei SPD-Mitgliedern, muß angenommen werden, daß diese Diskussion bewußt vermieden werden sollte, um ihre Position in der BI nicht zu gefährden. Von ihnen ist aber auch keine Aussage über innerparteiliche Diskussionen bzw. Stellungnahmen der Partei zu bekommen.

Für das Taktieren der BI ist symptomatisch, daß keine strukturierte Verhandlungsposition befürwortet wurde. Es ist die Vertrauensebene, auf der der Vertreter arbeitet, entscheidend. Durch eine klare Position, so wurde dargelegt, würde der Verhandlungsspielraum eingegrenzt, der Verhandlende eingeschränkt. Dieses kann nicht befürwortet werden. Es ist keine klare Linie zu erkennen, es bestehen keine klaren Positionen. Zweitens können Verhandlungen, deren Inhalte nicht genau bekannt sind, nicht unterstützt werden. Offengelegte Forderungen der BI können von dieser unterstützt werden, der Verhandlende kann sich auf politische Positionen beziehen. Es ist allerdings möglich, daß der BI ev über die Positionen des Verhandlenden informiert ist und diese Informationen der Öffentlichkeit nicht erklärt werden sollen.

- Die BI muß sich bewußt werden, wie viele Positionen sie im Laufe der Sanierung schon aufgegeben hat.

In unserem Papier zeigten wir die wesentlichen Rückschritte von den Anfangsforderungen und erklärten, warum es keine weiteren Zugeständnisse geben darf. Dieses Papier wurde inhaltlich überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

4.4.2.4 Ergebnisse - Einschätzungen

Als Entwicklung ist noch festzuhalten, wie die SPD auch in Linden - Süd versucht, die Vertreter der GEs analog zu Linden - Nord selber zu besetzen.

Lindener SPD boxte ihre Kandidaten durch

Anhänger majorisierter Bürgerinitiative / Wahl soll angefochten werden

Der Bürgerinitiative Linden-Süd droht die Spaltung. Tiefschmerzliche Meinungsverschiedenheiten über die Haltung zum Ausländerproblem in dem Stadtteil haben sich bei den Wahlen für die Sanierungskommission in einer Machtkrise zwischen dem alten Kern der Initiative um Jörg König und dem SPD-Ortsverein Linden-Lösener entzündet. Die Partei, die zahlreiche Mitglieder mobilisiert hatte, blieb Sieger. König will die Wahl anfechten.

Die Bürgerinitiative hatte ihre Vertreter in der Kommission zum erstenmal am 8. Januar gewählt. Über diesen Termin war der Vorsitzende der Lindener SPD, Werner Strohmeyer, nicht informiert worden. „Aus Termingründen“ sagt König. „Weil wir ausgeglichen werden sollten“, argwöhnt der Ortsvorsitzende, der im letzten Jahr gewähltes Mitglied der Sanierungskommission gewesen war.

Strohmeyer fecht den ersten Wahlgang mit Erfolg beim Vorsitzenden der Sanierungskommission, dem SPD-Fraktionschef im Rat, Walter Heumann, an. Als formaler Grund wurde die Wahl eines Bürgers zum stellvertretenden Kommissionsmitglied genannt. Dieser stüchelte der SPD aus politischen Gründen nicht tragbar. Nach Auskunft Strohmeyers soll er in der Öffentlichkeit rechtshandliche Lieder gesungen haben. Gegen diesen Protest lief sich wenig

einwenden, weil nach dem Statut offiziell die Parteien auch die Bürgerliste in der Kommission zu vergeben haben. Die SPD hat der Initiative ihre drei Sitze übertragen.

Am 30. Januar fand nun eine Sitzung der Bürgerinitiative statt, bei der die Mitglieder um Jörg König eine Satzungsänderung durchsetzten, wonach nur noch Bewohner des Sanierungsgebietes Linden-Süd wahlberechtigte Mitglieder sein dürfen. Damit hätte auch Strohmeyer, der in Linden-Mitte wohnt, die Stimmberechtigung verloren. Als neuer Wahltermin wurde der 6. Februar vereinbart.

An diesem Abend jedoch haben sich die „König-Treuen“ plötzlich in der Minderheit. Prompt wurde die gerade eine Woche alte Satzungsänderung wieder rückgängig gemacht. Die von SPD-Ortsverein und Spänsäcker Getreide hergestellte Mehrheit

wählte Strohmeyer, dem spanischen Soziologen Alvaro de Cuetillo und die mit einem Spanier verheiratete Maribel Sanchez-Rico zu Kommissionsmitgliedern. Die so in die Minderheit Geratenen verließen den Saal unter Protest.

„Es wurden Leute eingeflogen, die man bei uns jahrelang nicht gesehen hätte“, beklagt sich König. Er will nicht hinnehmen, daß „auf diese Weise bestimmt wird, was in Linden-Süd geschieht“. „Uns ging es darum, eine ausländerfeindliche Tendenz in der Bürgerinitiative zu verhindern“, verteidigt Strohmeyer die Aktion.

Von „Ausländerfeindlichkeit“ will König man allerdings nichts wissen. Er stehe hinter dem vor einigen Monaten von der Initiative veröffentlichten Papier, in dem der jetzige Ausländeranteil von 20 Prozent in Linden-Süd als zu hoch bezeichnet wurde. Etwa zehn Prozent, meint König seien tragbar – das sei der Ausländeranteil vor Beginn der Sanierung gewesen. Andernfalls sei eine Integration nicht möglich.

Der Sanierungskommission, jedenfalls nicht blockiert. Wie lange noch?

Selbst die SPD glaubt den undemokratischen Vorgängen ein Ende setzen zu müssen. Sie hat der BI ihre SK-Sitze zur Verfügung gestellt. Nach der letzten „Wahl“ der Mitglieder im Dienstagsforum, auf der der BIev nur seine Mitglieder durchsetzte und einen wegenfaschistischer Äußerungen von der SPD zurückgezogenen Vertreter wiederwählte, stellt der SPD-Vorsitzende die Möglichkeit dar, die SPD-Sitze in der SK nicht mehr von der BI besetzen zu lassen, sondern selber Vertreter zu benennen.*

Wesentliches Ergebnis der Arbeit in der BI ist, daß sich der „BI ev“ stärker zusammengeschlossen hat und in den „Wahlen“ der SK-Mitglieder nur seine Vertreter akzeptiert hat, - die Wahlen fanden an einem für den „BI ev“ günstigen Zeitpunkt statt -.

Eine weitere Stärkung ergibt sich, wenn nun nicht in Linden-Süd weitergearbeitet wird. Die BI wird sich als kaum angreifbar betachten. Die Bürgerbeteiligung in der Sanierung wird dann wohl für längere Zeit außer Kraft gesetzt sein.

Unklar ist, in wie weit die Verwaltung diese extreme Haltung der BI unterstützen kann. Für die Verwaltung zeichnet sich die Möglichkeit ab, außerhalb der BI, Bürgerbeteiligung im „Block“ zu erproben. Zu fragen ist hierbei, in wie weit die BI sich einen Verlust an „ertretung“ akzeptiert und die neuen Ansätze der Verwaltung zu stören sucht.

*Die Wahl war außerdem nicht angekündigt, nicht im Stadtteil bekannt. Andere Gruppen im Stadtteil konnten keine Vertreter benennen und durchsetzen.

Neue Ansätze

Die Ergebnisse der bisherigen Arbeit zwingen uns, neue Ansätze zu formulieren. Dieses läuft parallel mit den Erkenntnissen aus der Analyse, die den bisher-voreilig-erstellten Hypothesen nicht voll entsprechen.

ventuell wurde die Analyse aber auch durch die konkrete Mitarbeit verwischt und undeutlich. Weiter ist festzuhalten, daß wir durch unsere Handlungen anderen Akteuren (SPD) im Stadtteil zuarbeiten.

Es ist zu überlegen, wie bündnisfähig diese Partei ist, wie weit eine Zusammenarbeit, die ja effektiv nicht stattfindet und sich nur auf partielle teilweise unbewusste Unterstützung der SPD durch uns beschränkt, sinnvoll ist.

Die Ausschaltung des BIEV mag als emotionaler Akt zu verstehen sein. Objektiv ist aber eine Zusammenarbeit mit den Funktionären der SPD gegen den BIEV, der ja immer noch Vertreterorganisation eines Teils der Bevölkerung ist, nicht zu begründen. Hier müssen dann schon weitere inhaltliche Argumente angebracht werden.

Für eine neue Arbeit im Stadtteil muß ein neuer Ansatz, ein Bruch mit dem bisherigen stattfinden. Dieses bedeutet auch, daß den Bürgern die neue andere Form der Arbeit dargestellt werden muß. Sie sollte dann aber auch als Fortsetzung der bisherigen Arbeit im Stadtteil, aber als neue Form mit anderen Inhalten verstanden werden. In dieser Doppeldeutigkeit liegt die Schwierigkeit der Weiterarbeit. Es muß vor allem aber die Effektivität der Arbeit dargestellt werden.

Zuerst muß das Diensttagsforum seine Form im Stadtteil erklären und festigen. Andere Gruppen, die Probleme im Stadtteil behandeln, müssen auch erscheinen. Diese offene Form beinhaltet auch die Nutzung des Forums durch die anderen Gruppierungen, so daß unterschiedliche Probleme nach Bringlichkeit behandelt werden. Dieser Ansatz kommt Spontanaktivitäten zugute. Sie können sich hier einbringen. Der Eindruck eines abgerundeten Zirkels darf nicht entstehen. Es müssen Aufforderungen zur Mitarbeit an die bestehenden Gruppen ergehen.

In dieser Form sind auch die Blockprobleme einzubringen. Es können die einzelnen Blöcke übergreifende Probleme diskutiert werden, sie erfahren hier auch eine bessere Ebene der Durchsetzung.

Für eine weitere Vertretung der Probleme müssen die Vertreter des Diensttagsforums in anderen Gremien - SK - dem imperativen Mandat unterliegen. Das heißt aber auch, daß Vertreter wie die SPD-Genossen nicht in Entscheidungsschwierigkeiten kommen dürfen. Sie sollen nur die Interessen des Diensttagsforums vertreten.

Es muß auch die Wahl auf längere Zeit für SK-Mitglieder in Frage gestellt werden. Hierzu dient nicht die Benennung von Vertretern, um die SK erst einmal wieder anlaufen zu lassen. In der weiteren Diskussion muß die Forderung nach wechselnden, den anstehenden Problemen entsprechenden Vertretern aufgestellt werden. Für die Arbeit in der Gruppe ist es sinnvoll die Probleme nicht zu delegieren, sondern in der Gruppe, mit Vertretern der Ansprechstelle, zu diskutieren. Über diese Form der Arbeit kann auch die Öffentlichkeit informiert werden.

Durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit muß die Bevölkerung im Stadtteil über die Arbeit informiert werden. Dieses ist eine wesentliche Grundlage für die Durchsetzungskraft in Auseinandersetzungen. Die Legitimation, und der Rückhalt im Stadtteil, die Unterstützung der Einzelinteressen durch alle, also eine Gemeinsamkeit in der Auseinandersetzung, können Forderungen besser unterstützen. -
- Gemeinsam sind wir stark -

Besonders die inhaltliche Diskussion und Arbeit kann aber durch die Mitarbeit der Betroffenen relevant werden. Es werden keine Stellvertreterdiskussionen geführt. Nun ist es aber wichtig, für uns eine Strategie zu entwickeln die nicht immer den neuen Situationen unterworfen bzw. angeglichen wird. Dieses bedeutet, die Strategie muß schon flexibles Arbeiten ermöglichen, sie darf aber nicht immer revidiert werden, wenn Aktionen anderer Gruppen die Voraussetzungen verändern. Hier darf man nicht immer einschwenken, um erst einmal Veränderungen zu bewirken, die im Weiteren nicht zu beeinflussen sind.

Aussage soll sein, daß wir wieder mehr aus der Analyse arbeiten müssen und erst dann auf die im Stadtteil vorhandenen Auseinandersetzungen eingehen.

Konkret sollten wir zu den Positionen der SPD, des BIEW's die unsrige klar darstellen, um auch im Weiteren nicht wie bereits geschehen, mit anderen Gruppierungen in einen Topf gesteckt zu werden, und deren Forderungen nur im Interesse der Stadtteilarbeit unterstützen. Die eigenständige aus dem Stadtteil kommende Perspektive, der wir nur unsere Erkenntnisse zur Verfügung stellen, muß herausgearbeitet werden.

Hierzu dient die inhaltliche Arbeit, die noch geleistet werden muß. Anfang war ein Gespräch mit der Schulleitung der Agestorfschule, angeregt durch die AG-Ausländer, bei dem die Bürger über die Situation an der Schule informiert wurden. Weitere Themen könnten die Diskussion um andere Beteiligungsmodelle und konkrete Hilfen für die Bürger sein. Es fällt auf, daß diese Art Stadtteilforum mehr allgemeine Themen bearbeitet und so zu einer längerfristigen Arbeit kommen kann.



Ein neuer Ansatz der Betroffenenbeteiligung ist die Arbeit auf Blockebene. Hier können ergänzend zur BI Vorstellungen der Bewohner in ihrem näheren Wohnumfeld und vor allem in der Wohnung, in die Planung einfließen. Bisher werden die Wohnungsmodernisierungen ohne Beteiligung der Betroffenen durchgeführt. Die ehemaligen Mieter werden vertrieben, die neuen Mieter sind bei der Planung nicht bekannt, dieses befreit die Planer von einer "lästigen" Beteiligung der Nutzer. Auch die Planungen in den Blöcken werden von der Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der BI aber ohne die Bewohner durchgeführt, die Planungen werden den Bewohnern aufgedrängt. Sinnvoll wäre aber auf dieser Ebene die Nutzer direkt anzusprechen und deren Vorstellungen in die Planungen einfließen zu lassen. Diese Aktionsform der Nutzer benötigt nicht die Ausdauer einer BI, geht man davon aus, daß eine Blocksanierung sich nicht über Jahre hinzieht, die Beteiligung auf dieser Ebene ist durch die direkte Betroffenheit und Problemstellung erleichtert, die Mitarbeiter wissen, über was sie reden. Es ist nicht legitim, die Belange der Bewohner durch eine BI regeln zu lassen, die nicht mit den Bewohnern in Kontakt steht und nicht von ihnen legitimiert wird. Für eine Beteiligung auf Blockebene muß eine neue, direktere Zusammenarbeit mit den Planern gefördert werden.

Perspektive einer Weiterarbeit in Linden-Büd und anderswo

Ausgehend von der mangelnden Wahrnehmung der Bürgerinteressen durch Parteien und Verwaltungen, müssen die Bürger die Vertretung ihrer Interessen selber in die Hand nehmen und auf anderen Wegen durchsetzen. Hierbei ist der Druck, den sie den Konfliktgegnern gegenüber ausüben, entscheidend. Warum aber können Verwaltung und Parteien kaum die Interessen der Bürger vertreten?

Die Verwaltung dient zur Vermeidung des durch die Gesellschaft geschaffenen Chaos. Sie versucht, die freien Unternehmerentscheidungen im Nachhinein zu rechtfertigen, in dem sie die erforderlichen Strukturen zur Verfügung stellt. Hierbei werden auch dem Bürger wichtige Elemente der Selbsterhaltung abgenommen. Dieses bedeutet: der Bürger wird unmündig, ist im System verankert und vermag nicht zu kritisieren, da er seiner Aufgaben enthoben wurde. Verwaltungen arbeiten für ihn, er ist nur in Teilbereichen an der gesellschaftlichen Arbeit beteiligt. So kommen die Bürger nicht zu einer eigenständigen Planung ihrer Umwelt. Dieses bedeutet für sie einen Verlust an Identifikation und Selbstverwirklichung.

Bürgerinitiativen - Stadtteilbewegungen sind Elemente, die zu einer Befassung mit elementaren Gegebenheiten der Umwelt aufrufen. Daher dienen sie nicht nur zur Lösung der konkret anstehenden Probleme, sie sind auch zur Selbstbetätigung im lebensnahen Umfeld nötig.

Erforderlich ist aber die gesamtgesellschaftliche Einschätzung der eigenen Arbeit. Aufgabe der Gruppen sollte die Einordnung ihrer Arbeit im gesellschaftlichen Prozeß sein. Dieses ist notwendig, um die entscheidenden Ansprechpartner finden zu können. Die Verwaltung ist häufig nur Handlanger und daher nicht Gegner, sondern nur die Stelle, an der man die Ärgernisse ableitet. Die entscheidenden Konfliktgegner, wie z.B. Hausbesitzer, werden so besser erkannt.

Schließt sich
Schon aus



5. LITERATUR

LITERATUR LINDEN-SÜD

Studienarbeiten :

Buchholz, Götz

- Sanierung Linden-Süd , Gegen Vertreibungspolitik - Altbaumodernisierung—

Darstellung der verschiedenen Interessen der an der Sanierung "Beteiligten" Alternativen Kostenrechnungen (Kahlschlag-Objektsanierung , Modernisierung) , Forderung nach Altbauerneuerung als Bestandteil einer politischen Auseinandersetzung Chronologie der Sanierung 1972/73

TU Hannover , Lehrstuhl Prof Schwoger
Studienarbeit 1973

Buchholz, Götz

- Kapitalismus, Staat, Stadtentwicklung—

TU Hannover
Diplomarbeit 1974

Buchholz/Reincke /Wiecha

- Möglichkeiten der Beteiligung der Betroffenen an der Planung am Bsp. der Sanierung Linden-Süd Teil I—

Analyse der Hintergründe des Sanierungsinteresses , Entwicklung möglicher Beteiligungsformen

TU Hannover, Lehrstuhl Prof Schwaeger,
Studienarbeit SS 73

Arbeitsgruppe "Sanierung Linden-Süd"

- Entwurf eines Rahmenplanes für die Sanierung des Stadtteils Linden-Süd—

TU Hannover
Januar/September 1974

COOP - Seminar 74/74

- Sanierung Linden-Süd, Block 18—

Verschiedene unveröffentlichte Skripte, Soziologische und bauliche Untersuchung des Blockes , Ansätze für Unterstützung von Betroffenen - Initiativen ...

TU Hannover, 6 Lehrstühle
Studienjahr 74/75

Forstreuter/Knuth/Kühnel/Meinhof

- Sanierung Linden-Süd, Auseinandersetzung um einen Rahmenplan—

TU Hannover, Lehrstuhl Prof. Spengelin
Studienarbeit /3/74

Kühnel/Möller/Pape/Winter

- Blocksanierung Linden-süd—

Zur Entwicklung des nun in der Sanierung verfolgten Konzepts der blockweisen Sanierung unter Erhalt der vorhandenen räumlichen Strukturen

TU Hannover Lehrstuhl Prof. Landzettel
Studienarbeit WS 74/75

Kühnel, Holger Meinhof, Gerd

- Altbauerneuerung im Sanierungsgebiet
Untersuchung zur Verbesserung der Wohn-
verhältnisse zu tragbaren Mieten —

Am Beispiel Linden-Süd: Darstellung der
Konsequenzen der Altbauerneuerung, Kos-
tenrechnung zur Kriterienbildung
für Abriß- oder Modernisierungsentschei-
dungen, Kostenermittlung am Block 24/25

Betreuer: Holland / v. Wilucki / Auffarth
TU Hannover, Lehrstühle Laage u. Meckseper
Diplomarbeit WS 75/76

Rabe, Bernd

- Zur Soziologie zweier Abteilungen der
SPD in einem Arbeiter-Wohnbezirk -
eine empirische Untersuchung —

TU Hannover, unveröffentlichtes Manuskript
Diss. Phil. 1975

Radek/Wekel/Woite

- Alternativen der Stadtteilentwicklung
in Hannover-Linden unter Berücksichti-
gung des Einflusses der Bürger auf die
kommunalen Entscheidungsprozesse zur
Veränderung der baulichen-räumlichen
Umwelt —

Chronologie und Analyse der in Linden
praktizierten Betroffenenbeteiligung

TU Berlin
Diplomarbeit SS 76

Verdick/Pape/Kokkinos/Prai

- Sanierung Linden-Süd: Block 24 / 25 —

Entwicklung einer Planungsalternative zur
Plg. der Verwaltung mit der Prämisse
möglichst weitgehenden Erhalts der Alt-
bausubstanz

TU Hannover Lehrstuhl B
Studienarbeit WS 75/76

Veröffentlichungen
von : BI , Bürgerplaner
Verwaltung ,

Stadtplanungsamt Hannover

—Bericht über Erneuerungsmaßnahmen in
Linden—

1. Öffentliche Information über Sanierung
Artikulation allgemeiner San. - Ziele

Hannover 1970

Stadtplanungsamt Hannover

—Bericht über das Ergebnis der vorberei-
tenden Untersuchung im Untersuchungsge-
biet Hann. Linden-Süd—

Beschlußvorlage zur förmlichen Festle-
gung des San.- Gebietes Linden-Süd ,
Nachweis der Sanierungsbedürftigkeit
nach StBauPG , Durchführungsgrundsätze
für die Sanierungsmaßnahmen

Hannover , Anlage 2 zur Drucksache 860/72
Sanierungsmappe, September 1972

Stadtplanungsamt Hannover

Stelle für Sanierung (Gerlach/Machold) -
BI Linden-Süd (Holland/Behnsen)

—Zur Diskussion: Städtebauliche Rahmen-
planung Sanierung Hannover Linden-Süd—

Gegenüberstellung der von der BI und Verwal-
tung erarbeiteten alternativen Rahmenpla-
nungen , Herausstellen der Konfliktpunkte

Hannover 1976

Sanierungskommission Linden.-Süd

—Sitzungsprotokolle—

nicht veröffentlicht
1974 - 1978

Stadtplanungsamt Hannover

—Informationsdrucksache über Stadtsanie-
rung in Hannover (Sanierungsmappe)
Stadtsanierung—

Konkretisierung der Grundsätze und
Ziele der geplanten Sanierungen

Hannover März 1972

Stadtplanungsamt Hannover

Sanierung in Hannover Linden-Süd

—Bericht über den bisherigen Verlauf der
Sanierung , Darstellung der Konflikte
der Betroffenen , Vorstellung der Bürger-
gruppen (BI , AkWo) sowie eines Beteili-
gungsverfahrens unter Einbeziehung der BI—

Hannover Herbst 1973

Bürgerinitiative Linden-Süd

—Protokolle der wöchentlichen Sitzungen
(Dienstagsforum)—

nicht veröffentlicht
1972 - 1978

Holland, Klaus-Jürgen

- Arbeitspapiere zur Vorbereitung eines Modernisierungskonzeptes für die Sanierung Linden-Süd—

nicht veröffentlicht
Dezember 1975

Gerlach, Ulrich und Holland, Klaus - Jürgen

- Sanierung Hannover Linden-Süd, Versuch eine Zwischenbilanz zu ziehen—

Entwicklung des Stadtteils, der Sanierung sowie des Beteiligungsverfahrens
Alternative Einschätzungen

in Stadtbauwelt 52, Dezember 1976

Gerlach, Ulrich

- Sanierung in Hannover-Linden: die Kommune als Träger einer Strategie sozial-orientierter Erhaltung?—

Verfielfältigtes Manuskript eines Referats in einem Seminar "Soz. orientierte Stadterhaltung als politischer Prozeß"

RWTH Aachen
Januar 1976

Bielefeld, Hans und Gerlach, Ulrich

- Erfahrungen mit dem StBauFG—

Kurzfassung von Referaten der DEUBAU 75
Bericht über die politischen Konflikte bei der Sanierung Linden-Süds und das praktizierte Beteiligungsverfahren aus der Sicht von Ratsherr und Verwaltungsmanager

in Aktuelle Probleme des Planungsrechts
München 1/75

Radek/Woite/Wekel

- Bürgerbeteiligung in Hannover-Linden - ein Modell?—

Entwicklung von Stadtteil und Sanierung, Betroffenenartikulation und institutionalisiertes Beteiligungsverfahren, kritische Einschätzung

in ARCH + 35, Oktober 1977

Literatur zur Bürgerbeteiligung

Brech / Greiff

Institut Wohnen und Umwelt
Hrsg.

Bürgerbeteiligung mit
Experten

Struktur des Gebiets und
Planungsverlauf
Anwaltsplanung ...
Aufsätze Holland, Gerlach

Beltz Verlag
Weinheim Basel/Weinheim

Rabe, Bernd

—Der sozialdemokratische Charakter—

Campus Verlag Frankfurt/New York
1978

Helga Faßbinder

—Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung
im Kontext kapitalistischer Regionalpol.—

Kursbuch / Rotbuchverlag 1972

Peter Diemel

—Bürgerbeteiligung als Kostenfaktor
Versuch einer Bewertung vorhandener
u. kommender Beteiligungsverfahren—

in : Seminar für Planungswesen
TU Braunschweig 1976

Kursbuch 50

—Bürgerinitiativen/Bürgerprotest
- eine neue vierte Gewalt—

Kursbuch/Rotbuchverlag
Berlin 1977

Günter, R / Hasse, R

—Handbuch für Bürgerinitiativen
Argumente, Erfahrungen—

VSA Berlin - West 1976

Meyer-Tasch, P. C.

—Die Bürgerinitiativbewegung—

Der aktive Bürger als rechts- und
politikwissenschaftliches Problem

rororo 1976

Rodriguez Lores, Juan

- Kommunale Dezentralisierung und politische Planungsbeteiligung in Italien—

in: Stadtbauwelt 49
März 1976

Offe Claus

- Strukturprobleme des kapitalistischen Staates—

Frankfurt/M 1973

Schriftenreihe des BM für Raumordnung, Bauwesen u. Städtebau
03.048

Städtebauliche Forschung

- Bürgerinitiativen bei der Planung von Wohnung, Wohnumfeld und Stadt—

Bonn-Bad Godesberg 1975

ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Hannoversche Allgemeine
Neue Hannoversche Presse
Bild Hannover

Tageszeitungen, seit 1972 zahlreiche Artikel über den Gang der Sanierung, insbesondere über pol. Entscheidungen, Konflikte,...

Das Rote Linden Blatt

monatl. Information des SPD Ortsvereins, Berichte über aktuelle Fragen aus parteipol. Sicht

Lindener Spezial Nachrichten

1973/74 in mehreren Expl. erschienene Schrift der Aktion Wohnungsnot einer Stadtteilgruppe Li-Süds, Information über Sanierungskonflikte, politisch eingeschätzt

Linden Blatt

monatl. Lokalzeitung, ausführliche Berichte über aktuelle San.-fragen, gute Kontakte zur BI-Linden-Süd

Lindener Extra Blatt

1975 in wenigen Nummern erschienene Stadtteilzeitung für Linden-Süd, Informationen einer Stadtteilgruppe über konkrete Sanierungskonflikte, Propagierung von Selbstorganisation

Jetzt handeln wir

1975 in wenigen Expl. erschienene Information einer gleichnamigen Betroffenen Selbsthilfegruppe über konkrete Sanierungskonflikte

Stadtpost

Berichte über den Verlauf der Sanierung ab 3 1978

1. STRUKTURWANDEL 1972-78

GEBIETSCHARAKTERISTIKA - SANIERUNGSZIELE

Frage: Abreißen oder erhalten?

	Dt. Pentner	Dt. Arbeiter	Di. Ingegn.	Aurländer
12,4	15,0			
8	21,4			
6,4	28,9			
23,2	20,7			
				15
				19

(2) GEBÄUDE

	1972	1978
1972	3,74	2,31
Modernisierung	2,41	2,36
Abgerissen	2,66	2,41

DEUTSCHER

	1. Parz.	2. Parz.	3. Parz.	4. & 5. Parz.
1. Parz.				
2. Parz.				
3. Parz.				
4. & 5. Parz.				

Kosten

	1. Parz.	2. & 3. Parz.	4. & 5. Parz.
1. Parz.			
2. & 3. Parz.			
4. & 5. Parz.			

Zimmer in Wohn

	1. Parz.	2. & 3. Parz.	4. & 5. Parz.
1. Parz.			
2. & 3. Parz.			
4. & 5. Parz.			

Größenstruktur der modernisierten 1978 1975

VE, % 70 50 30 10

DEUTSCHE

TAD, NIMHAI

1. Parz. 2. Parz. 3. Parz. 4. & 5. Parz.

Kloset

11/WE

VE, % 70 50 30 10

Abreißen oder erhalten?

Süd war man sich über den Abriss einig, die im Bürgernah sanieren, billigen Wohnraum vorzuziehen auch Stadteihistorisches zu schätzen gedenken, in der sie unter einer Grundsatzklärung vor, in der sie unter dem Strich die Verwaltung Positives zu bieten hat.

1.1 Strukturwandel (Gebietscharakteristika/Sanierungsziele
1972 - 1978

- 1.1.1. Gebietscharakteristik
- 1.1.1.1. Sozialstruktur
- 1.1.1.2. Altersstruktur
- 1.1.1.3. bevölkerungsmäßige Veränderung
- 1.1.1.4. Arbeitsstätten
- 1.1.1.5. Gebäudezustand

1.1.2. Zwischenbilanz Sanierung

- 1.1.3. Sanierungsziele
- 1.1.3.1. - 72
- 1.1.3.2. 1973 - 74
- 1.1.3.3. 1974 - 78

Die Unterlagen sind im Wesentlichen aus den Diplomarbeiten und Dissertationen Kühnel Meinhof entnommen

Der folgende Teil der Arbeit soll zum Einstieg in die Sanierungsproblematik Unterlagen über den Stadtteil Linden-Süd und über die Sanierungsabsichten aufzeigen . Hierzu wurden aus schon vorhandenen Arbeiten Daten entnommen und neu zusammengestellt . Für eine weitergehende Untersuchung in diesem Bereich sind im Literaturhinweis die entsprechenden Arbeiten aufgelistet . Uns ging es nur um eine Grundlage zur Arbeit im Stadtteil . Von den vorhandenen Daten ist hier nur ein für uns wesentlich erscheinender Teil dargestellt .

1.1.1. GEBIETSCHARAKTERISTIK

ENTWICKLUNG BIS ZUM BEGINN DER SANIERUNG

Das Sanierungsgebiet Linden-süd umfasst den Stadtteil Linden-süd in den Begrenzungen Göttingerstr., Von-Alten-Allee, Lacortestr., Ritter-Brüningstr.

Die wesentlichen räumlichen und sozialen Verhältnisse stammen aus der Phase der industriellen Expansion Lindens im 19. Jahrhundert. Als Arbeiterwohngebiet konzipiert behielt es diese Funktion bis Anfang der 60-er Jahre.

Ab etwa 1950 setzte eine Wandlung der ökonomischen Struktur Hannovers ein, die zu einer Auslagerung Lindener Betriebe, zu anderen aber auch zu Betriebsbeschliessungen führte. So nahm das Angebot an Arbeitsplätzen in Linden im Zeitraum 1961-70 um 26% ab (zum Vergleich: Hannover 14%).

Demitt verlor auch Linden als Wohngebiet der Lindener Arbeiter an Bedeutung. In den Jahren 61-70 verringerte sich die Bevölkerung wL-Süd von 15.500 auf 13.100 Einwohner. Gleichzeitig nahm der Anteil der in Linden-süd beschäftigten Lindener ab.

Linden-süd erfährt in diesem Zusammenhang einen Funktionswandel als Stadtteil Hannovers. Es wurde zu einem für die ökonomische Weiterentwicklung der Stadt bedeutungslosen Wohngebiet für sozial Schwache.

KURZCHARAKTERISTIK GEBIET (Bei Beginn der (offiziellen) Sanierung 1972)

Gebietlage	Cityrandlage
Gebietsgrösse(ha)	38
Einwohnerzahl	10.700, bereits seit 1951 rückläufig
Einwohnerdichte(EW/ha)	282
Wohnungszahl	4973, seit 1972 rückläufig durch Abrisse
Gebietsfunktion	Citynahes Wohngebiet (nach Einschätzung des Planungsausschusses)
Verhältnis EW/Arbeitsplätze	1,25 (bezogen auf den statistischen Bezirk Linden-süd, der die Grossbetriebe des produzierenden Gewerbes am Rand des U-gebietes einschliesst z.B. Hanomag und VAW Leichtmetall. In U-gebiet selbst nur ein grosserer Betrieb Ahrensberg mit ca. 1000 Arbeitsplätzen)
Baustruktur	Arbeitsplatzentwicklung seit 1951 rückläufig 2-5 geschossige Blockbebauung, vorwiegend Mietwohnungsbau
Baualter	51% vor 1900 (zum Vergleich Hannover 11%)
Ausstattungsstandard	47% ohne Bad/WC (zum Vergleich Hannover 14%) 87% ohne Zentralheizung (zum Vergleich Hannover 72%)
Mietniveau	2 DM/qm (zum Vergleich Hannover 2,40 DM/qm)
Bevölkerungsstruktur	
Alterstruktur	20% älter als 65 Jahre (z.Vgl. Hannover 17%)
Sozialstruktur	40% Sozialhilfe, Renten- und Pensionsempfänger 52% Arbeiter (Anteil an den Erwerbstätigen)

Nationalitäten	20% Ausländeranteil, Tendenz steigend auf 25% 1978 (z.Vgl. Hannover 7%)
Eigentü./Mieten	92% wohnen zur Miete
Einkommen	45% verfügen über ein Nettoeinkommen von unter 800 DM 70% verfügen über ein Einkommen von unter 1.200 DM



Sozialstruktur

Der Stadtteil Linden ist trotz der strukturellen Verschiebung seit 1960 (Abnahme des Arbeiteranteils an der Gesamtbevölkerung von 1950 = 29,2% auf 1970 = 24,6% und Anwachsen des Anteils der Angestellten und Beamten von 1950 = 13,3% auf 1970 = 18,8%) auch heute noch in erster Linie ein Arbeiterwohngebiet. Im Vergleich zu Hannover zeigt sich, daß dort schon 1961 der Anteil der Angestellten und Beamten an der Wohnbevölkerung mit 22,1% über dem Arbeiteranteil von 21,2% lag, 1970 betrug der Anteil der Angestellten und Beamten sogar 24,3% gegenüber einem Arbeiteranteil von 18,2%. Während im Zeitraum 1961 - 1970 der Rückgang des Arbeiteranteils in Linden und Hannover fast gleich groß ist, ist der Anstieg des Anteils der Angestellten und Beamten in Hannover fast doppelt so hoch wie in Linden.

1970 waren von 100 Lindener Einwohnern 25 Arbeiter, 20 Rentner (ihrer früheren sozialen Stellung nach größtenteils Arbeiter), 19 Angestellt oder Beamte (wobei der Anteil der Beamten verschwindend gering ist), 4 Selbständige oder mithelfende Familienangehörige und 32 Familienangehörige.

Tabelle 5: Sozialstruktur der Wohnbevölkerung in Linden und Hannover (1961 - 1970)

(Angaben in %)	1961		1970	
	Linden	Hannover	Linden	Hannover
Arbeiter	27,1	21,2	24,6	18,2
Angestellte und Beamte	17,6	22,1	18,8	24,3
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	4,6	4,8	3,6	4,1
Rentner, Familienangehörige	50,7	51,9	53,0	53,4

Ein Grund dafür, daß Linden auch noch heute in der Hauptsache "aktives" Arbeiterwohngebiet ist, liegt in dem starken Zugang von ausländischen Arbeitnehmern. Von den 29.026 Ausländern, die 1970 in Hannover lebten, wohnten 3.394 oder 13,6% in Linden. Sie machten damit 6,8% der Lindener Gesamtbevölkerung aus. Von den Ausländern, die eine sehr hohe Erwerbsquote aufweisen, sind fast 90% Arbeiter.

Von 100 Haushalten sind 31 Arbeiter, 26 Angestellte und Beamte, 4 Selbständige und 39 Pensions-, Renten- und Sozialhilfeempfänger.

		Hannover
1970 waren von den in Linden-Süd lebenden Einwohnern		
3.321 Arbeiter	= 25,3%	18,2
2.549 Angestellte und Beamte	= 19,4%	24,3
457 Selbständige und mithelfende Familienangehörige	= 3,5%	4,1
2.714 Rentner, Pensionäre, Arbeitslose	= 20,7%	53,4
4.082 Angehörige	= 31,1%	
(insgesamt 13.123 Einwohner).		

Wenn man das Untersuchungsgebiet betrachtet und zur Sozialstruktur die Einkommensverhältnisse (beides auf Haushalte bezogen) in Beziehung setzt, so zeigt sich, daß Linden-Süd überwiegend sozial schwache Bewohner hat. Aus den Angaben "Nettoeinkommen des gesamten Haushalts" geht hervor, daß mit ca. 34% die meisten Haushalte nur zwischen 400 und 800 DM Einkommen haben, ca. 75% der Haushalte müssen mit 1200 DM und weniger auskommen.

Tabelle 9: Nettoeinkommen des gesamten Haushalts im Untersuchungsgebiet

Quelle: Kurzfragebogen 1972 - Handauswertung in: Referendararbeit, a. a. O.

Angaben in %	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Insgesamt bei 100%
Bis 400 DM	10,7	4,3	10,2	11,0
400 - 800 DM	29,1	45,2	31,5	33,9
800 - 1200 DM	27,7	34,4	28,2	30,3
1200 - 1600 DM	13,2	11,8	13,0	14,0
Über 1600 DM	10,8	2,2	10,1	10,8
	91,5%	97,9%	93,0%	100,0%
keine Angaben	8,5	2,1	7,0	
	100,0%	100,0%	100,0%	

- (25) Die verwendeten Zahlen und Daten stammen in der Hauptsache aus der Volkszählung 1970 (veröffentlicht in den Statistischen Vierteljahrsberichten der Landeshauptstadt Hannover) sowie aus den Fragebogenaktionen der Stelle für Sanierung, durchgeführt im Rahmen der vorbestehenden Untersuchung:
Repräsentativbefragung
Kurzfragebogen an alle Haushaltungen
Von beiden Fragebogenaktionen liegen Handauswertungen vor. (in: Referendararbeit, a. a. O., Anlage)

Altersstruktur

Bei Betrachtung der statistischen Zahlen über die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung in Linden und Hannover zeigt sich, daß Linden an der Spitze der Überalterung steht. (Zu berücksichtigen ist bei diesen Zahlen, daß auch die Gesamt-hannoversche Bevölkerung im Vergleich zum Bundesdurchschnitt bereits überaltert ist.)

Tab. 6: Altersstruktur der Wohnbevölkerung von Linden und Hannover (1961 - 1970)

Angaben in %	1961		1970		Veränd. 61 - 70	
	Linden	Hann.	Linden	Hann.	Linden	Hann.
Unter 6 J.	5,7	6,8	6,9	6,9	- 7,9	- 7,4
6 - 15 J.	8,7	9,6	8,0	9,7	-30,8	- 7,4
15 - 18 J.	3,5	3,7	2,8	3,2	-36,3	-20,1
18 - 21 J.	4,7	4,9	3,5	3,8	-42,9	-28,7
21 - 65 J.	63,1	62,5	59,2	59,6	-28,9	-12,9
Über 65 J.	14,5	12,5	19,6	16,9	+ 2,4	+22,9

(Die Veränderung 1961 - 70 bezieht sich auf die absoluten Zahlen in den Altersgruppen, nicht auf die %-Anteile)

Sowohl in Linden als auch in Hannover ist von 1961 - 1970 eine Abnahme des Anteils der unter 21-jährigen und eine Zunahme der über 65-jährigen festzustellen. In Linden fiel der Anteil der unter 21-jährigen von 1961 = 22,4% auf 1970 = 21,2%, in Hannover von 1961 = 25,6% auf 1970 = 23,6%, während der Anteil der über 65-jährigen von 1961 = 14,5% in Linden auf 1970 = 19,6% stieg, in Hannover von 1961 = 12,5% auf 1970 = 16,9%.

Einwohner nach Altersstruktur	absolut		Prozente im Mittel
	von - bis		
0 - 15	300 -	550	16 %
16 - 25	250 -	400	13 %
26 - 65	1.000 -	1.500	49 %
Über 65	400 -	750	22 %
Insgesamt	1.950 -	3.200	100 %

Anzahl Haushalte			
Pensions-, Renten- und Sozialhilfeempfänger	350 -	670	43 %
Arbeiter	348 -	600	40 %
Angestellte, Beamte	70 -	210	10 %
Selbständige	50 -	90	7 %
Insgesamt	890 -	1.570	100 %

Gesamteinwohnerzahl 31.12.72 12703 (in 5382 WH)
davon Ausländer 2232 = 17,5%

Gesamteinwohnerzahl 31.12.77 11082
davon Ausländer 2717 = 24,5%

Diplomarbeit Kühnel Weinhof
Vorbereitende Untersuchung
Stat. Amt Frau Fischer

1.1.3.

Analyse der bevölkerungsseitigen Veränderung unter dem Gesichtspunkt der Sanierung

Die negative Bevölkerungsentwicklung in Linden, wie sich äußert in der hohen Abnahme der Wohnbevölkerung, speziell in dem starken Rückgang an jüngeren Erwerbspersonen, läßt sich nicht allein mit natürlicher Fluktuation erklären. Ihre Ursachen sind:

1. Durch die in den 60er Jahren angelaufenen Sanierungsmaßnahmen, hauptsächlich in Linden-Nord, in deren Verlauf ganze Zeilen und Blöcke abgerissen wurden, sind hunderte von Lindenern direkt zum Verlassen ihres Stadtteils gezwungen worden. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen, die im Laufe der Zeit verstärkte Unsicherheit über das weitere Schicksal des Stadtteils erzeugte, begünstigt durch das verachleimende Vorgehen der Stadt, sind Sanierungsfolgen, die die Abwanderung der Lindener Bevölkerung beschleunigt haben.
2. Der schlechte Zustand der Wohngebäude und Wohnungen - ca. 80% der Gebäude sind Altbauten, ca. 50% der Wohnungen haben weder Bad noch WC - hat sicherlich viele, besonders jüngere Einwohner und Familien dazu veranlaßt, diesen Stadtteil zu verlassen. Ein ihnen entsprechendes Wohnungsangebot gibt es in Linden nicht. Die Errichtung von neuen Wohnungen, besonders im sozialen Wohnungsbau, hat in Linden seit 1961 so gut wie gar nicht stattgefunden. Der Wohnungsbestand ist von 1961 - 1970 um 0,3% angestiegen, in der Stadt dagegen um 16,7%. Während einerseits also der Wohnungsbau kaum gefördert wurde, ist andererseits von vielen Hauseigentümern - zu ihnen ist ausdrücklich auch die Stadt zu zählen - in Hinblick auf die zu erwartende Sanierung nichts mehr in ihre Gebäude investiert worden. Sie haben sie praktisch verfallen lassen.
3. Eng damit zusammen hängt die mangelhafte Versorgung Lindens mit infrastrukturellen (hervorzuheben besonders ärztlichen) Einrichtungen. Davon betroffen sind vor allem ältere Einwohner (Rentner) und auch wieder jüngere Familien mit Kindern. Gemessen am Bedarf und im Vergleich zu anderen Stadtteilen z. B. an Alteinrichtungen und Kindertagesstätten ist von seiten der Stadt in diesen Stadt-

keine
Freiflächen

teil sehr wenig investiert werden.

4. Einen Beitrag zur Abwanderung von Eigenpersonen leistet auch der Rückgang an Arbeitsplätzen.
5. Eine allgemeine, auch für die gesamte Stadt zutreffende Ursache ist das Sinken der Wohnungsbelegungsziffern bzw. das Ansteigen des Wohnflächenbedarfs pro Person, der in Linden nicht durch Neubauten gedeckt wurde.

Diese Veränderungen innerhalb der Lindener Bevölkerung, die z. T. von der Stadt bewußt vorangetrieben worden sind, dienen der Stadt heute als Teil ihrer Begründung für die Notwendigkeit der Sanierungsmaßnahmen in Linden. Notwendig sind die Sanierungsmaßnahmen unter dem Aspekt der Bevölkerungsentwicklung in Linden für die Stadt, weil auf der einen Seite durch das Sinken der Einwohnerdichte und das verminderte Steueraufkommen Grund und Boden dieses stadtnahen Stadtteils nicht mehr optimal ausgenutzt werden, auf der anderen Seite bereits eine starke Nachfrage des tertiären Sektors und der dazugehörigen Bevölkerungsschichten besteht.

In die neue Funktion, die Linden bekommen soll bzw. schon durch den Bau des Imme-Zentrums bekommt, läßt sich der größte Teil der Lindener Bevölkerung aufgrund seiner ökonomischen und sozialen Stellung nicht integrieren.

Für sie bleibt die Abwanderung an den Stadtrand bzw. ins Umland von Hannover, in Wohngebiete, die ihrer ökonomischen Situation eher angemessen sind. (Die enge Verflechtung von Wohnen und Arbeiten ist heute durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Raum Hannover keine Notwendigkeit mehr.) Es besteht darum auch kein Grund, warum der Großteil der Lindener weiterhin in Linden wohnen muß, zumal sich der Anteil an Beschäftigten in starkem Maße verringert hat.

3.1.3. Zusammenfassung

Anhand der Betrachtung der wirtschaftlichen und bevölkerungsseitigen Veränderungen innerhalb des Stadtteils Linden zeichnen sich deutlich die Ursachen für die bisher erfolgte und langfristig geplante Sanierung dieses Bereichs ab.

1.1.19. A. Gesamtbeschäftigten:

	Linden	Hannover
1961	2.956	26.689
1970	2.172	22.615

3.1.1.1. Beschäftigte (27a)

1950 arbeiteten ca. 23.000 = 11% der in Hannover beschäftigten Personen in Linden, 1961 waren es 34.589 = 9,4%. Bis zu diesem Zeitpunkt war Linden nach Hannover-Mitte der Stadtteil mit den meisten Beschäftigten.

Im Zeitraum von 1961 bis 1970 verringerte sich dann die Beschäftigtenzahl um 5.335 Personen (= 15,4%) auf 29.254, während sie in Hannover im gleichen Zeitraum um 3,1% stieg.

Tabelle 2: Beschäftigte in Linden und Hannover nach Stellung im Beruf (1961 - 1970)

(Angaben in %)	1961		1970	
	Linden	Hannover	Linden	Hannover
Arbeiter (und technische Lehrlinge)	60,0	48,8	52,2	44,4
Angestellte (und kaufmännische Lehrlinge)	26,6	30,7	35,9	37,8
Beamte	2,8	6,3	3,4	7,4
Erlöse Inhaber (und mit-helfende Familienangeh.)	7,9	8,7	7,9	6,0
Sonstige	2,7	5,5	0,6	5,4

B. Aufgeteilt nach Wirtschaftsbereichen:

	1961		1970		Veränderung d. Arb.-stätten
	Zahl der Arbeitsstätten	%-Ant. an den Gesamt-arb.-stätten	Zahl der Arbeitsstätten	%-Ant. an den Gesamt-arb.-stätten	

a. Produzierendes Gewerbe

Linden-Nord	288	25,8	197	25,7	
Linden-Mitte	302	23,8	203	23,6	
Linden-Süd	181	27,0	126	23,1	
Linden Gesamt	771	25,5	526	24,1	-31,8%
Hannover	5.624	21,0	4.320	24,1	-23,2%

b. Handel (Einzel-, Großhandel, Handelsvermittlung)

Linden-Nord	493	44,2	292	38,1	
Linden-Mitte	456	39,0	315	36,6	
Linden-Süd	274	40,8	196	35,9	
Linden Gesamt	1.223	41,3	803	36,9	-34,3%
Hannover	10.663	40,4	8.080	35,4	-24,3%

c. Private Dienstleistungen (ohne Handel)

Linden-Nord	321	28,8	259	33,8	
Linden-Mitte	361	30,9	289	33,6	
Linden-Süd	194	28,9	187	34,2	
Linden Gesamt	876	29,5	735	33,8	-16,1%
Hannover	9.035	33,5	8.755	30,3	- 3,1%

B. Aufgeteilt nach Wirtschaftsbereichen:

	1961		1970		Veränderung d. Beschäftigten
	Beschäftigtenzahl	%-Ant. an der Gesamtbelegschaft	Beschäftigtenzahl	%-Ant. an der Gesamtbelegschaft	

a. Produzierendes Gewerbe:

Linden-Nord	1.471	33,3	1.509	41,1	
Linden-Mitte	9.051	59,8	7.268	58,6	
Linden-Süd	12.096	79,4	9.061	76,4	
Linden Gesamt	22.618	57,5	17.838	58,7	-21,1%
Hannover	175.477	47,5	168.723	44,3	- 3,8%

b. Handel (Groß-, Einzelhandel, Handelsvermittlung)

Linden-Nord	1.621	36,6	1.073	29,2	
Linden-Mitte	2.700	17,8	2.631	20,2	
Linden-Süd	914	6,0	725	5,8	
Linden Gesamt	5.235	20,1	4.429	18,4	-15,4%
Hannover	63.670	17,3	61.250	16,1	- 3,8%

c. Private Dienstleistungen (ohne Handel)

Linden-Nord	1.056	23,8	863	23,5	
Linden-Mitte	2.392	15,8	2.182	16,9	
Linden-Süd	644	4,3	797	6,3	
Linden Gesamt	4.090	14,6	3.842	15,8	- 6,6%
Hannover	89.745	24,3	91.720	24,0	+ 2,2%

1.4 Angaben zur Struktur der Arbeitsstätten

Das Gebiet ist gleichmäßig besetzt mit Geschäften und Kleingewerbebetrieben zur Versorgung des Stadtteils. Es überwiegen Familienbetriebe mit geringer Beschäftigtenzahl.

Eine Ausnahme bildet der fleischverarbeitende Industriebetrieb Ahrberg von überregionaler Bedeutung mit einer Belegschaft von ca. 1.000 Mitarbeitern.

Anhand der absoluten Zahlen und aufgrund der bisher in diesem Stadtteil gemachten Erfahrungen läßt sich sagen, daß vom Rückgang der Arbeitsstätten im Handel fast ausschließlich der Einzelhandel betroffen ist, Arbeitsstätten mit durchschnittlich 2 Beschäftigten. Unter den 245 Arbeitsstätten des produzierenden Gewerbes, die entweder stillgelegt worden sind oder ihren Standort verändert haben, sind fast sämtliche Betriebe des ehemaligen Gewerbegebietes entlang der Lüne von Schwarzen Bär bis zur Leinaustrasse

(Angaben in %)	Linden	Südstadt	Hannover
Bevorzugter Einkaufsort:			
Innenstadt	65	84	--
eigenes Viertel	24	6	--
Häufigkeit des Innenstadtbesuchs:			
täglich	2	6	4
mehrmals wöchentlich	13	23	16
mehrmals monatlich	48	51	51
mehrmals jährlich	27	16	21
seltener	6	3	5

In ähnlichen Maße, wie dies "Kleinstadtmilieu" in Linden sich zwar nach und nach abbaut, aber im Vergleich zu anderen Stadtteilen immer noch sehr ausgeprägt ist, hat sich auch politisch die rote Farbe in Linden gehalten, was seinen Ausdruck findet in Wahlergebnissen (Zur Bundestagswahl 1972 gab es Stimmbezirke mit bis zu 60% SPD-Stimmen) und beispielsweise im linken SPD-Ortsverein Linden-Limmer, der zur Bundestagswahlveranstaltung das Podium mit einem riesigen Marx-Porträt schmückte und sich unlängst in einem Konflikt zwischen der Aktion Wohnungsnot, die SPD-Politiker öffentlich einen Kreuzverhör zur Sanierung unterzogen hatte, und der SPD-Ratsfraktion in einer Presseerklärung eindeutig auf die Seite der Aktionsnot stellte. Auf Initiative des SPD-Ortsvereins ging auch die Bildung der Bürgerinitiative zurück.

Diplomarbeit Kühnel Meinhof

Vorbereitende Untersuchung

L.I.S. Gebäudezustand

Wohngebäude nach Art der Gebäude		
1-2 WE/Gebäude	130 - 140	60 %
mehr als 2 WE/Gebäude	60 - 130	40 %
insgesamt	190 - 270	100 %

bewohnte Gebäude nach Baualter		
bis 1900	180 - 220	90 %
1901 - 1948	10 - 30	5 %
1949 - 1969	20	5 %
insgesamt	190 - 270	100 %

Wohnungen nach Art der Ausstattung		
ohne Bad und ohne WC	670 - 1.120	85 %
ohne Bad mit WC	10 - 20	1 %
mit Bad und WC	60 - 300	14 %
insgesamt	740 - 1.440	100 %

	absolut von - bis	Prozente in Mittel
Anzahl Mietwohnungen nach Miethöhe unterteilt		
bis 2,-- DM/qm	600 - 1.030	90 %
bis 3,60 DM/qm	40 - 190	8 %
über 3,60 DM/qm	40	2 %
insgesamt	640 - 1.260	100 %

Anzahl Arbeitsstätten		
Geschäfte und Kleinbetriebe	60 - 110	85 %
Gaststätten	10 - 20	15 %
insgesamt	70 - 130	100 %

Anzahl Grundstücke	170 - 260	./.
--------------------	-----------	-----

Wohnungsbestand 1968 5667 WE in 740 Geb.
1976 5572 WE in 697 Geb.

im Statistischen Bezirk Linden-Süd
Aus Stat Vierteljahresbericht 1-3 78

bewohnte Gebäude nach Baualter	Linden-Süd	Hannover
bis 1900	51 %	11 %
1901 - 1948	25 %	32 %
1949 - 1969	24 %	57 %
insgesamt	100 %	100 %

Wohnungen nach Art der Ausstattung	Linden-Süd	Hannover
ohne Bad und ohne WC	47 %	14 %
ohne Bad mit WC	10 %	8 %
mit Bad und WC	43 %	78 %
insgesamt	100 %	100 %

Wohnungen nach Art der Beheizung	Linden-Süd	Hannover
mit Einzel- oder Mehrraumöfen	87 %	72 %
mit Zentralheizung	13 %	28 %
insgesamt	100 %	100 %

Mietwohnungen mit Mietangaben	Linden-Süd absolut %	Hannover absolut
in Gebäuden bis 1948	3.160 1,85	66.532 2,16
in Gebäuden 1949 + später	1.297 2,42	81.733 2,54
insgesamt	4.457 2,01	148.265 2,30

Aussagen über Wohnwünsche:

Es wollen in Linden-Süd bleiben	: 70 %
wollen nicht in Linden-Süd bleiben	: 5 %
haben keine klare Meinung	: 15 %

Aussagen über Mitwirkungsbereitschaft

Es wollen nur informiert werden	: 15 %
wollen nur ihre Ansicht äußern	: 50 %
wollen direkt mitwirken	: 25 %

Aus Vorbereitende Untersuchung
1972 Gebiet: Linden-Süd 78 ba

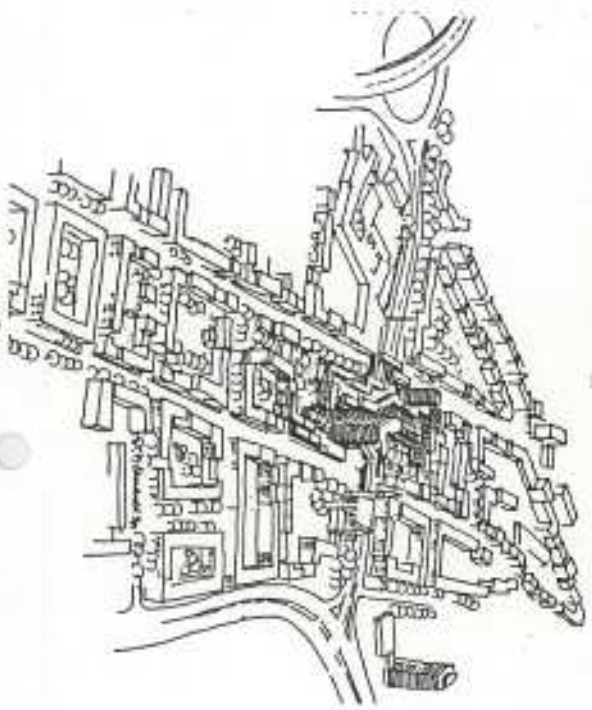
IDEENSKIZZE I:
Flächige Gereggen-
und Strassenüber-
bauung



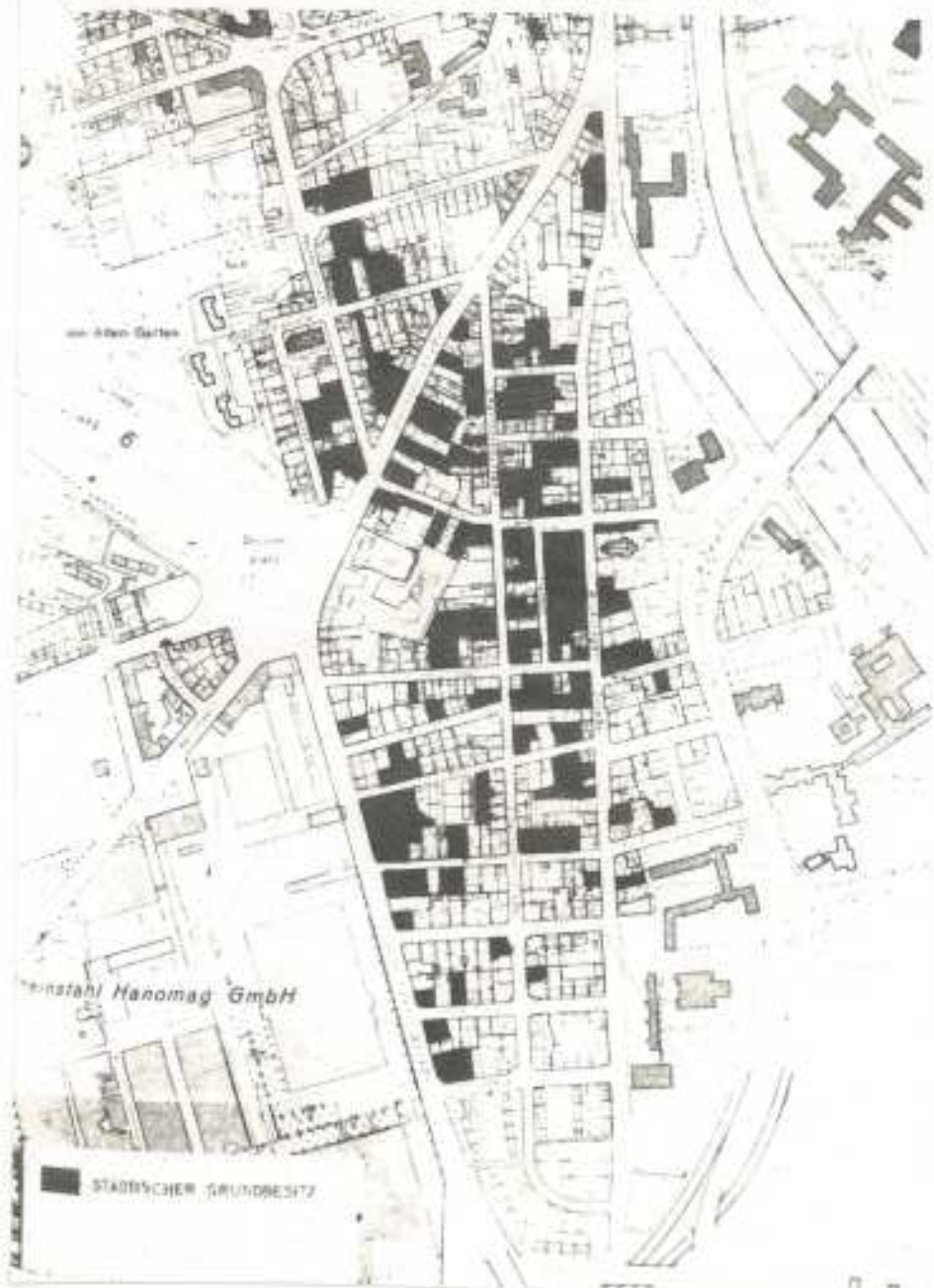
IDEENSKIZZE II:
Stark gegliederte
Baustuktur
(Metastadt-System)



IDEENSKIZZE III:
Zwei Hochhäuser
mit ca. 12 Wohn-
geschossen



STÄDTISCHER GRUNDBESITZ 1976



11/76
AM

Tabelle: ZIELPROGNOSE DER NEUEN UND MODERNISIERTEN WOHNHEINHEITEN

Jahr	Neugebaute Wohneinheiten	Modernisierte Wohneinheiten	Summe neugeschaffene WE
1	2	3	4
1973/1974	-	-	-
1975	90	36	126
1976	10	46	56
1977	51	52	103
1978 ¹	68	131	199

Tabelle: ZIELPROGNOSE DES WOHNUNGSZIELS DER HOCHMISLERICHEN WOHNUNGEN¹

Jahr	Summe WE	1	2	3	4
1	2	3	4	5	6
1975	36	-	5	27	6
1976	46	2	17	25	2
1977	52	3	12	32	5
1978	131	28	48	41	14

Tabelle: ZIELPROGNOSE DES WOHNUNGSZIELS DER HAUSEBAUTLICHEN WOHNUNGEN

Jahr	Summe WE	1	2	3	4
1	2	3	4	5	6
1975	90	23	44	20	3
1976	10	1	6	3	-
1977	51	22	11	13	5
1978	68	14	20	27	7

Tabelle: PROGNOSE DER AUS DEN WOHNUNGSRAUMMASSNAHMEN RESULTIERENDEN UMSETZUNGEN UND DES BEDARFS AN UNMODERNISIERTEM ERSATZWOHNRAUM

Jahr	Summe d. neugesch. WE	Summe d. Umsetzungen	Umsetzungen in folgen. Jahr fertig. WE (%)	Anteil Umsetz. in unmod. Ersatzwohnraum	Bedarf an unmod. Ersatzwohnraum (WE)
1	2	3	4	5	6
1973/1974	-	111	0,02	81%	93
1975	126	96	1,71	69%	66
1976	56	86	0,83	86%	74
1977	103	135	0,68	63%	85
1978	199	192	0,80	50%	86

Tabelle: UMGESETZTE DEUTSCHE HAUSHALTE, GRUPPIERT NACH PERSONENZAHL UND EINKOMMEN, GEGLIEDERT NACH DEM BEZUG VON UNMODERNISIERTEM UND NEUGESCHAFFENEM WOHNRaum (STICHPROBE)

Haushalte	1 P	1 P	1 P	2-3 P	2-3 P	2-3 P	4-6 P	4-6 P	6 und mehr
	bis 580 DM	580-1160 DM	1160 bis... DM	bis 1160 DM	1160-1740 DM	bis... 1740 DM	bis 1740 DM	1740 bis... DM	1740 und mehr P
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
in unmodernisierte WE	32 74,4%	37 53,6%	42 60,2%	35 61,4%	75 66,9%	19 66,3%	12 66,7%	1 20,0%	2 100%
in neugeschaffene WE	13 28,3%	32 46,4%	54 53,8%	22 38,6%	57 55,1%	22 55,7%	6 53,3%	4 80,0%	0 0,0%
295 WE	45	69	26	57	32	41	18	5	2

Quelle: Detail Umsetzungen und Belegung in Hannover Linden-SD 1973-1978

Tabelle: DEUTSCHE HAUSHALTE DIE NEUGESCHAFFENEN WOHNRaum NACHFRAGEN, GRUPPIERT NACH HAUSHALTSGRÖÖZE, GEGLIEDERT NACH DER ZIMMERZAHL DER NEUEN WOHNUNG

Deutsche HH nach Personenzahl	Neugeschaffene Wohneinheiten mit... Zimmern			
	1	2	3	4
1 Pers. HH (HH-Gruppen 1,2,3) 422 Haushalte	233	160	25	4
2-3 Pers. HH (HH-Gruppen 4,5,6) 905 Haushalte	20	578	301	6
4-6 Pers. HH (HH-Gruppe 7,8) 220 HH	0	13	97	110
1547 HH	253	751	423	120

Tabelle: AUSLÄNDISCHE HAUSHALTE, GRUPPIERT NACH NATIONALITÄT, GEGLIEDERT NACH DEM BEZUG

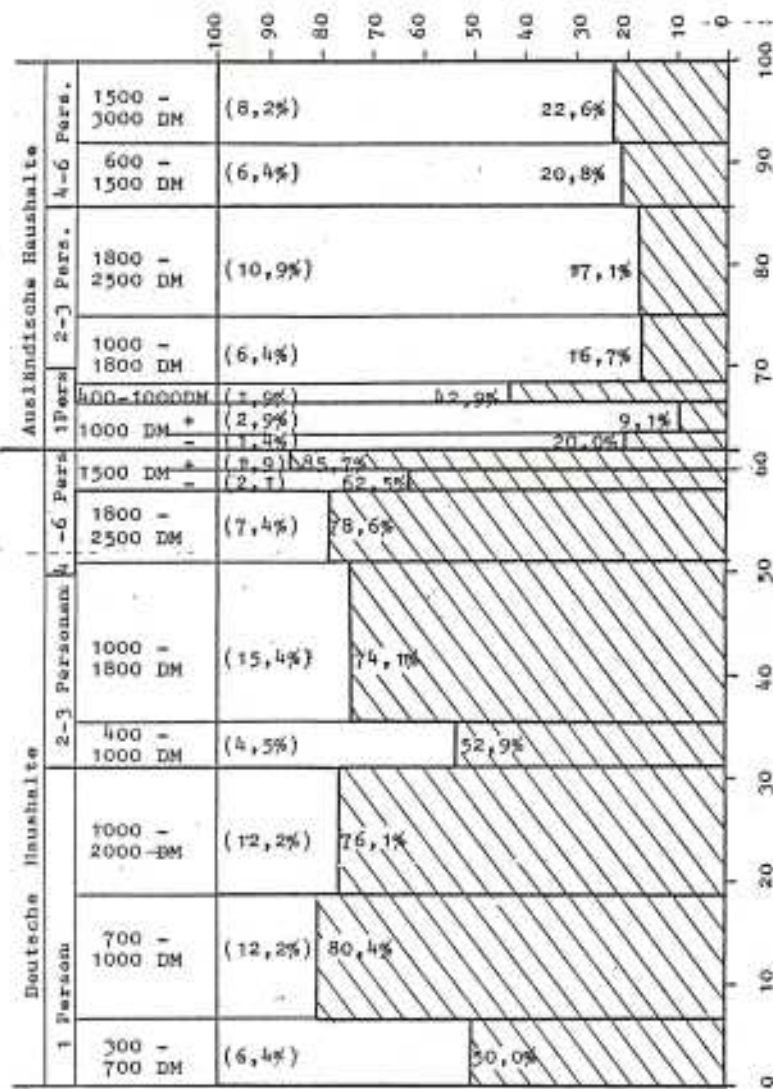
Nationalität	in unmod. WE	in neu-gesch. WE
Spanisch 254 HH	190	44
Jugoslawisch 135 HH	98	37
Griechisch 59 HH	50	9
Türkisch 251 HH	205	46
Sonstige 66 HH	53	13
745	596	149

Tabelle: AUSLÄNDISCHE HAUSHALTE, GRUPPIERT NACH NATIONALITÄT, GEGLIEDERT NACH DER ZIMMERZAHL NEUER WOHNUNG

Nationalität	Wohnungen mit ... Zimmern			
	1	2	3	4
Spanier 44 HH	3	13	25	5
Jugoslawen 37 HH	5	9	23	-
Griechen 9 HH	-	5	4	-
Türken 46 HH	-	17	25	4
Sonstige 13 HH	1	4	7	1
149 HH	9	48	82	10

Ergebnisse der Umsetzungen und Belegungen

für Deutsche und ausländische Haushaltsgruppen
nach Haushaltsgröße und Einkommen



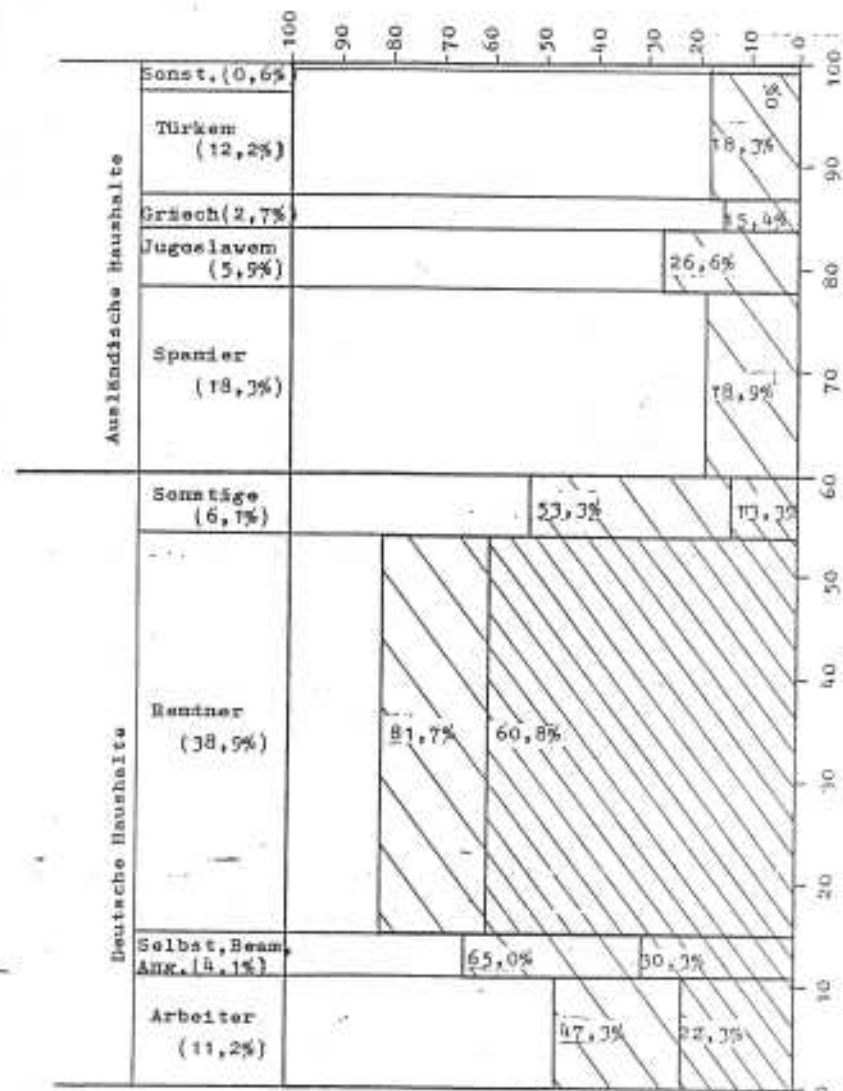
unmodernisierter Altbau

zugewachsener Wohnraum od. Neubau

% der HH

Ergebnisse der Umsetzungen und Belegungen

für Deutsche nach Berufsgruppen und Ausländer nach Nationen



unmodernisierter Altbau

modernisierter Altbau

Neubau

% der HH

Zwischenbilanz Sanierung Hannover Linden-Nord und Linden-Süd
- Stand Ende 1978 -

	Linden-Nord	Linden-Süd
Größe des Gebietes	67 ha	38 ha
Einwohner	17.000	10.000
föral. Festlegung	10.3.76	12.6.73
<u>Gründerwerb</u>	40 Grundstücke	120 Grundstücke
o Kosten	10,5 Mio	24 Mio
<u>Ordnungsmaßnahmen</u>		
- Umzüge	550 Mietparteien	1.100 Mietparteien
- Betriebsumsetzungen	16 Betriebe (70 - 80 % in Stadtteil verblieben)	20 Betriebe
- Abrisse	29 Häuser = 95 Wohnungen	60 Häuser = 400 Wohnungen
o Kosten	1,4 Mio	1,7 Mio
<u>Neubau von Wohnungen</u>		
- fertig und bezogen	-	200 Wohnungen
- in Bau	40 Wohnungen	35 Wohnungen
- in Vorbereitung	50 Wohnungen	180 Wohnungen weitere 200 Wohnungen möglich (500 Neubauwohnungen insgesamt möglich, das sind 20 % aller vor- hand. Wohnungen in Linden-Süd)
o Finanzierung aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus		
<u>Modernisierung von Wohnungen</u>		
- bezogen	24 Häuser, 200 Whg.	25 Häuser, 161 Whg.
- in Bau oder Finanz.gesichert	8 Häuser, 66 Whg.	21 Häuser, 163 Whg.
- in weiterer Vorbereitung	10 Häuser, 84 Whg.	2 Häuser, 11 Whg.
o Kosten	8 Mio	12 Mio

	Linden-Nord	Linden-Süd
<u>Instandsetzungen von Wohnungen</u>		
o Kosten	0,8 Mio	3 Mio
<u>Altzentrum</u>	"Seniorenzentrum Ihmeufer" mit 100 Altenwhg., 48 Pflegeplätzen, Therapiezentrum und Begegnungsstätten	"Godehardstift" mit 110 Pflege- und Heimplätzen, Therapiezentrum und Altentagesstätte
<u>Kinderhort</u>	-	40 Plätze
<u>Kindertagesstätte</u>	100 Plätze (Pfarrlandplatz)	100 Plätze, Baubeginn 1977 (Hasselmathstraße)
<u>Tiefgaragen</u>	- fertig - in Vorbereitung	57 Plätze 128 Plätze
<u>Spiel- und Grünflächen</u>	- fertig	5 vorhandene Spielplätze erneuert
- in Bau		
- in Vorbereitung		1979 1 Bolzplatz
o Kosten	0,7 Mio	0,13 Mio
<u>Städtebau</u>		
- fertig	Fußgängerzone Linnerstraße, Kochstr. teilw. Ottenstr. teilw. Stadtteilplatz Seniorenzentrum Ihmeufer Fäsestraße	Wesselstr. Hengstmannstr. Kaplanstr. Godehardstr.
- in Bau		Weberstr.
- in Vorbereitung		Charlottenstraße teilw.
<u>Rechtsverhältnisse</u>		
- rechtsverhindlich	-	5
- in Verfahren	6	4

1.3. UNTERSUCHUNGSABSCHNITTE:

Im Längsschnitt Linden-süd und im Bewertungsprozess lassen sich verschiedene Entwicklungsphasen unterscheiden. Bei der Abgrenzung der einzelnen Phasen wird zunächst von den Ergebnissen des Planungs- und Bewertungsprozesses ausgegangen.

Die Entwicklungsphasen beinhalten die Veränderung der Handlungsvoraussetzungen und Bewertungsinteressen und ihren Niederschlag im Planungs- und Implementationsprozess.

Die Längsschnittanalyse Linden-süd lässt drei verschiedene Entwicklungsphasen erkennen:

1. Phase (1957 - 72) Flächensanierungskonzeption
BA/BB-Verfahren und Ergebnis 1956/57
BA/BB-Verfahren und Ergebnis 1972
2. Phase (1973 -74) reduzierte Flächensanierungskonzeption
BA/BB-Verfahren und Ergebnis 1973
3. Phase (1974 -78) Konzeption erhaltende Erneuerung
BA/BB-Verfahren und Ergebnis 1974
BA/BB-Verfahren und Ergebnis 1976
BA/BB-Verfahren und Ergebnis 1977/78

ZUSAMMENFASSUNG: GEBIETSBEZOGENE HANDLUNGSVORAUSSETZUNGEN,
ZIELE, BEWERTUNGSINTERESSEN UND PROZESSBETEILIGTE
BA/BB-VERFAHREN UND ERGEBNISSE IN DER

Bestandsanalyse

Bestandsbewertung

1.3.1

1. Sanierungsphase

Die gebietsbezogenen Handlungsvoraussetzungen wie Gebietslage, Baustruktur, Wirtschaftsstruktur und Bevölkerungsstruktur prägen entscheidend mit den Zielen der städtischen Bauverwaltung, die Bewertungsinteressen der städtischen Bauverwaltung und die von ihr bestimmten BA/BB-Verfahren und Ergebnisse.

Die städtischen Zielsetzungen, im Interesse der Stadtentwicklungskonzeption in Linden-süd die Wohn- und Lebensverhältnisse zugunsten neuer in Hannover erst noch anzusiedelnder Bevölkerungsschichten zu verbessern und die beabsichtigte Realisierung der Generalverkehrsplanung finden ihren Ausdruck im Ergebnis der BA/BB und der daraus abgeleiteten Konzeption Flächensanierung.

Demgegenüber stehen die Interessen eines grossen Teils der bisherigen Bevölkerung in Linden-süd. So sind Mieter und Gewerbetreibende wegen der billigen Mieten auf weitgehenden Bestandserhalt und die Verbesserung der Wohnverhältnisse zu tragbaren Mieten angewiesen.

Die Bewertungsinteressen der privaten Haus- und Grundeigentümer sind aus ökonomischer Sicht ebenfalls auf den Erhalt des Bestandes ausgerichtet, der ihnen eine unmittelbare und im Vergleich zu einer Neubebauung relativ hohe Rendite sichert.

Die Bevölkerung wird zwar formal in den BA/BB-Prozess einbezogen, in den BA/BB-Ergebnissen bleiben ihre Bewertungsinteressen jedoch unberücksichtigt. Mit ihren Interessen wird zwar die Notwendigkeit d.e.r Sanierung begründet, der Begriff der Sanierung steht jedoch als konsensheischende Leerformel als Ergebnis der BA/BB und verdeckt die diametrale Interessenlage der städtischen Bauverwaltung auf der einen und der Bevölkerung von Linden-süd auf der anderen Seite.

Damit wird die BA/BB von ihren Verfassern funktionalisiert zur Entschärfung der konfligierenden Bewertungsinteressen und zur Legitimation bereits gefasster Planungsentscheidungen.

Die Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Handlungsvoraussetzungen veranlassen die Verwaltung zur Veränderung der Planungskonzeption und des BA/BB-Verfahrens.

Unter den Bedingungen der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Depression, der Abnahme des Umnutzungsdrucks auf das Sanierungsgebiet und des zunehmenden Widerstandes der Bevölkerung, wird die Flächensanierungskonzeption auf den Kern des Sanierungsgebietes reduziert und werden die sich bildenden Organisationen der Betroffenen am BA/BB-Prozess beteiligt.

Die Forderungen der Bewohner und ihrer Organisationen (Bürgerinitiative Linden-süd, Aktion Wohnungsnot) nach maximalem Bestandserhalt und Bestandsverbesserung und die Interessen der städtischen Bauverwaltung nach Durchsetzung der Generalverkehrsplanung und baulicher Neuordnung im Zentrum des Sanierungsgebietes bilden weiterhin den Hintergrund von Konflikten um BA/BB-Verfahren und Ergebnisse,

Die Beteiligung integrierbar erscheinender Teile der Betroffenenorganisationen am BA/BB-Prozess aufgrund zunehmender Legitimationsschwierigkeiten von Rat und Verwaltung bleibt weitgehend formal.

Die BA/BB wird zwar objektweise vorgenommen, beschränkt sich jedoch auf eine subjektive Einschätzung der Bausubstanz aufgrund von Begehungen. Die Verwaltung versucht durch Aufbauen und Vermitteln von "Sachzwängen" die Zustimmung zu BA/BB-ergebnissen und Verwaltungskonzeption zu erreichen. Die BA/BB-ergebnisse sind pauschal, intransparent, nicht überprüfbar.

Damit wird die BA/BB weiterhin von der städtischen Bauverwaltung funktionalisiert zur Entschärfung konfligierender Bewertungsinteressen und zur Legitimation bereits gefasster Planungsentscheidungen.

Die wirtschaftlichen und politischen Handlungsvoraussetzungen w^o anhaltende wirtschaftliche Depression (damit verbundenem mangelndem Umnutzungsdruck, Änderung der ökonomisch-rechtlichen Situation im Bereich Altbauerneuerung) und anhaltender Widerstand der Betroffenen prägen auch in der 3. Sanierungsphase entscheidend die Bewertungsinteressen der städtischen Bauverwaltung und die von ihr bestimmten BA/BB-Verfahren und Ergebnisse.

Die Konflikte zwischen den Bewertungsinteressen der Betroffenen und den Bewertungsinteressen der Verwaltung werden durch eine Änderung der Verkehrsplanung und durch die Nivellierung der Alternativen Altbauerneuerung nach StSäuFG/Neubau im Sozialen Wohnungsbau bezügl. der Konsequenzen auf die unmittelbaren Mietsteigerungen, weiter reduziert.

Die gemeinsame Konzeption der erhaltenden Erneuerung wird allerdings von der Verwaltung nach einer Änderung der finanziellen Handlungsvoraussetzungen (ZIP-mittel für Neubauten) 1978 von der Verwaltung punktuell durchbrochen. Die Konzeption schlägt um in Richtung auf die reduzierte Flächensanierungskonzeption der zweiten Sanierungsphase; vor allem für den Kern des Sanierungsgebietes, während die reduzierte Verkehrskonzeption und damit Erhalt der Randbereiche beibehalten wird.

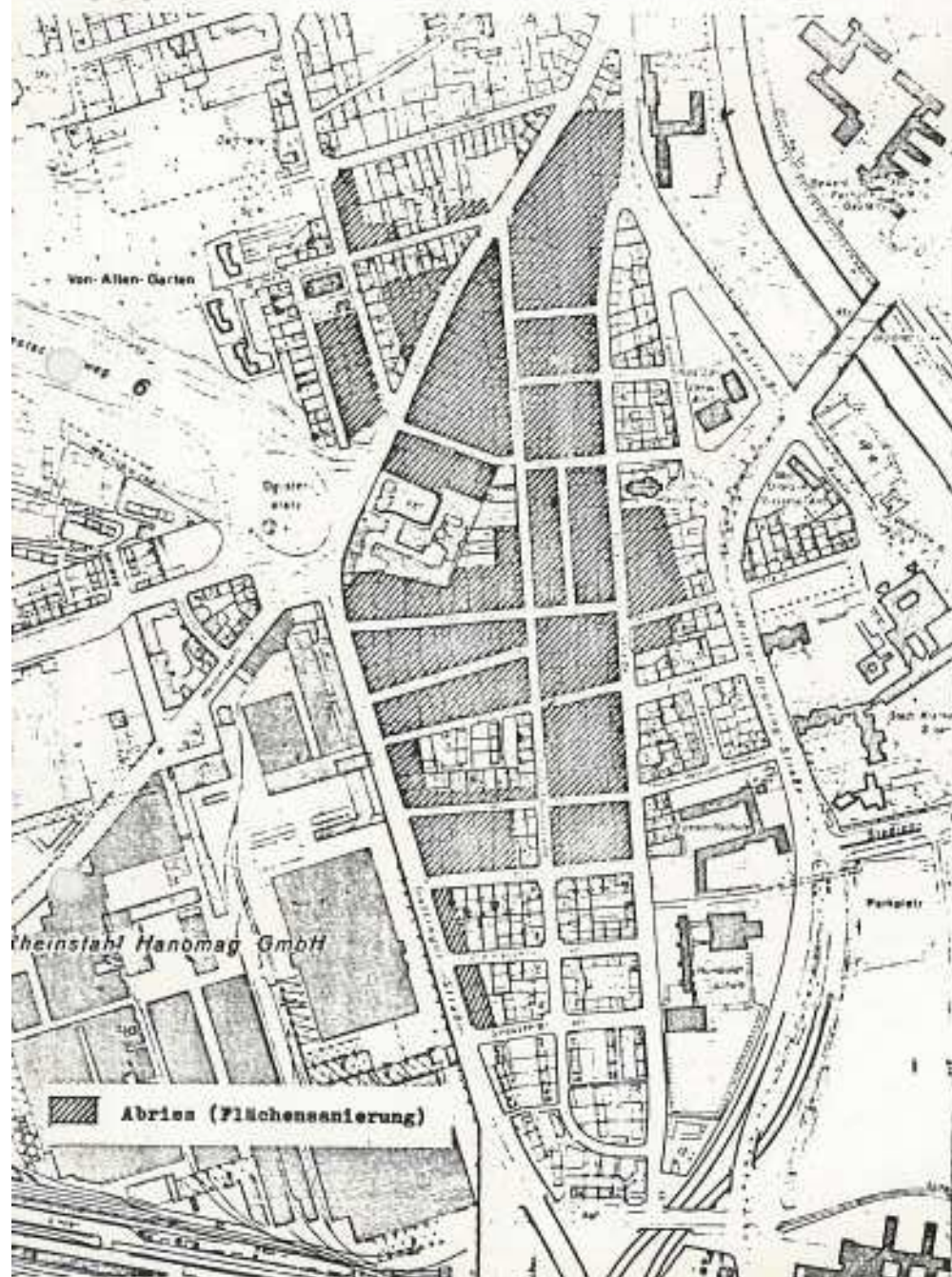
Die Entwicklung des BA/BB-Verfahrens ist zunächst durch die kontinuierliche Weiterentwicklung des objektweisen BA/BB-Verfahrens gekennzeichnet. BA/BB-Verfahren der Verwaltung 1974, BA/BB-Verfahren der Bürgerinitiative 1976 und BA/BB-Verfahren der Verwaltung von 1977 als Antwort auf die Kritik der Bürgerinitiative am BA/BB-Prozess, sind durch zunehmende Differenzierung, Überprüfbarkeit und stärkerer Beteiligung der Betroffenen und ihrer Organisationen gekennzeichnet.

Anfang 1978 zeichnet sich ein Einbruch in dieser Entwicklung ab. Ausgelöst durch veränderte finanzielle Handlungsvoraussetzungen (ZIprogramm) greift die Verwaltung zunehmend auf das BA/BB-Verfahren der 2. Sanierungsphase zurück.

Erhalte und Abriss von Bausubstanz

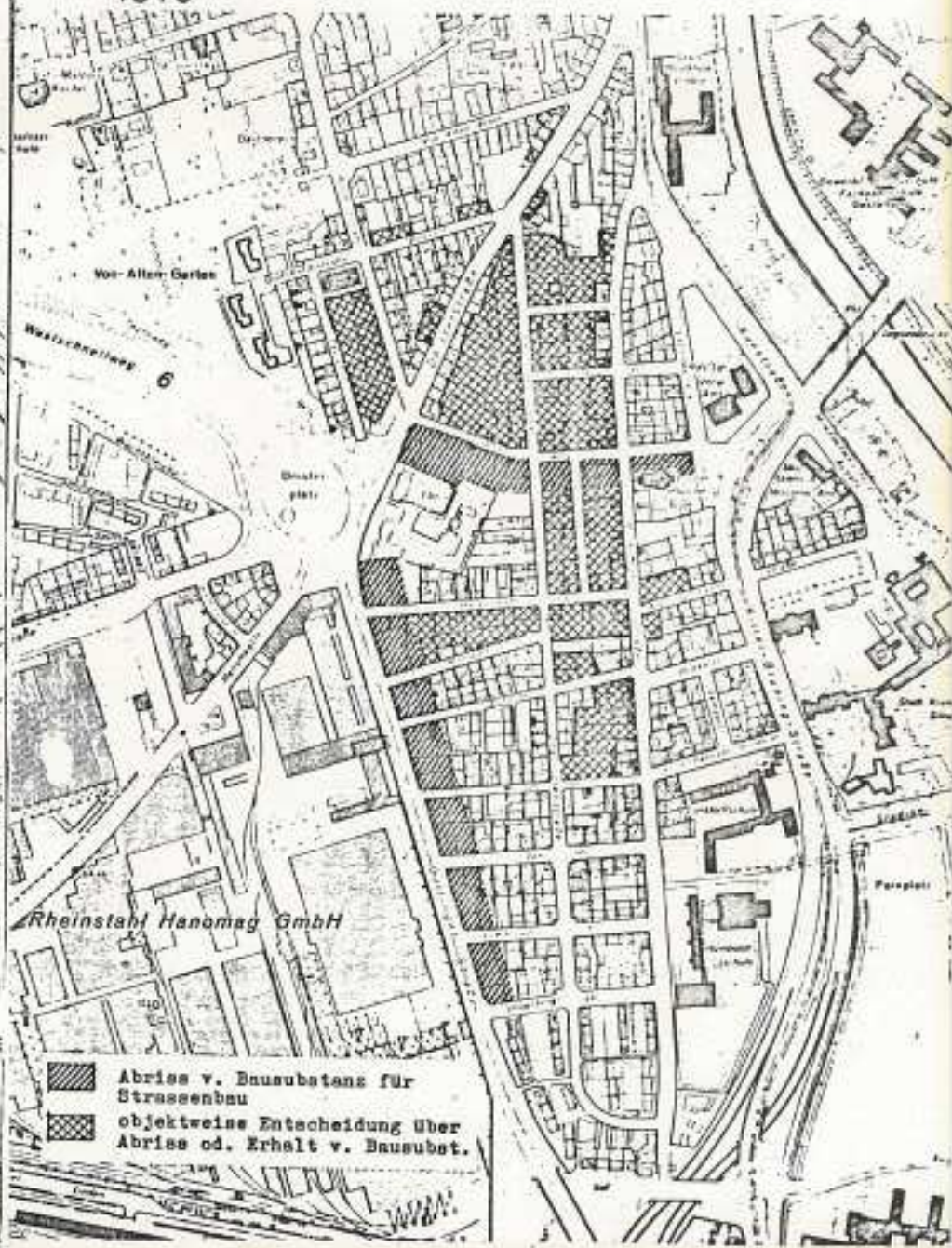
1969

- 8 -



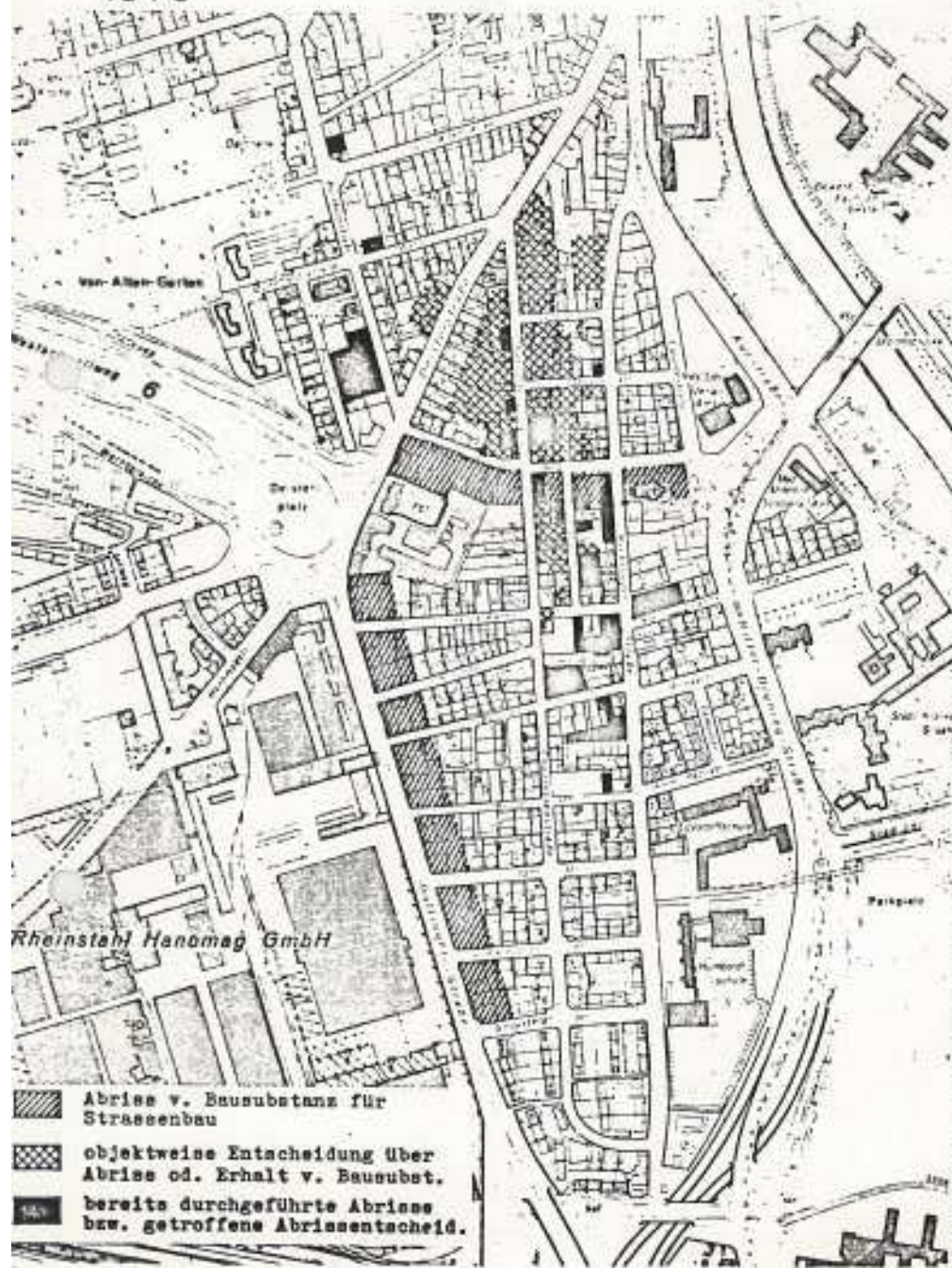
1973

- 12 -



1976

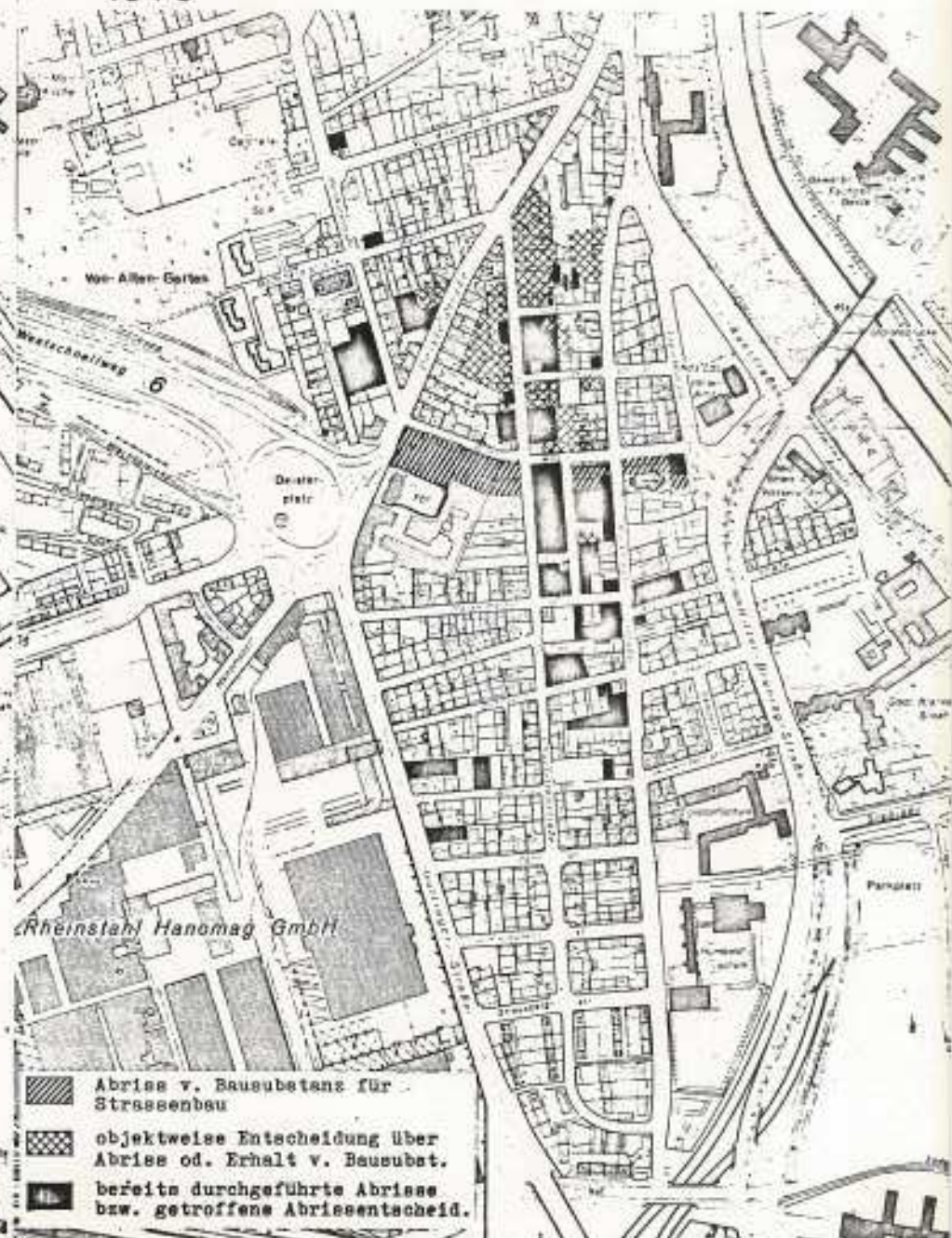
- 15 -



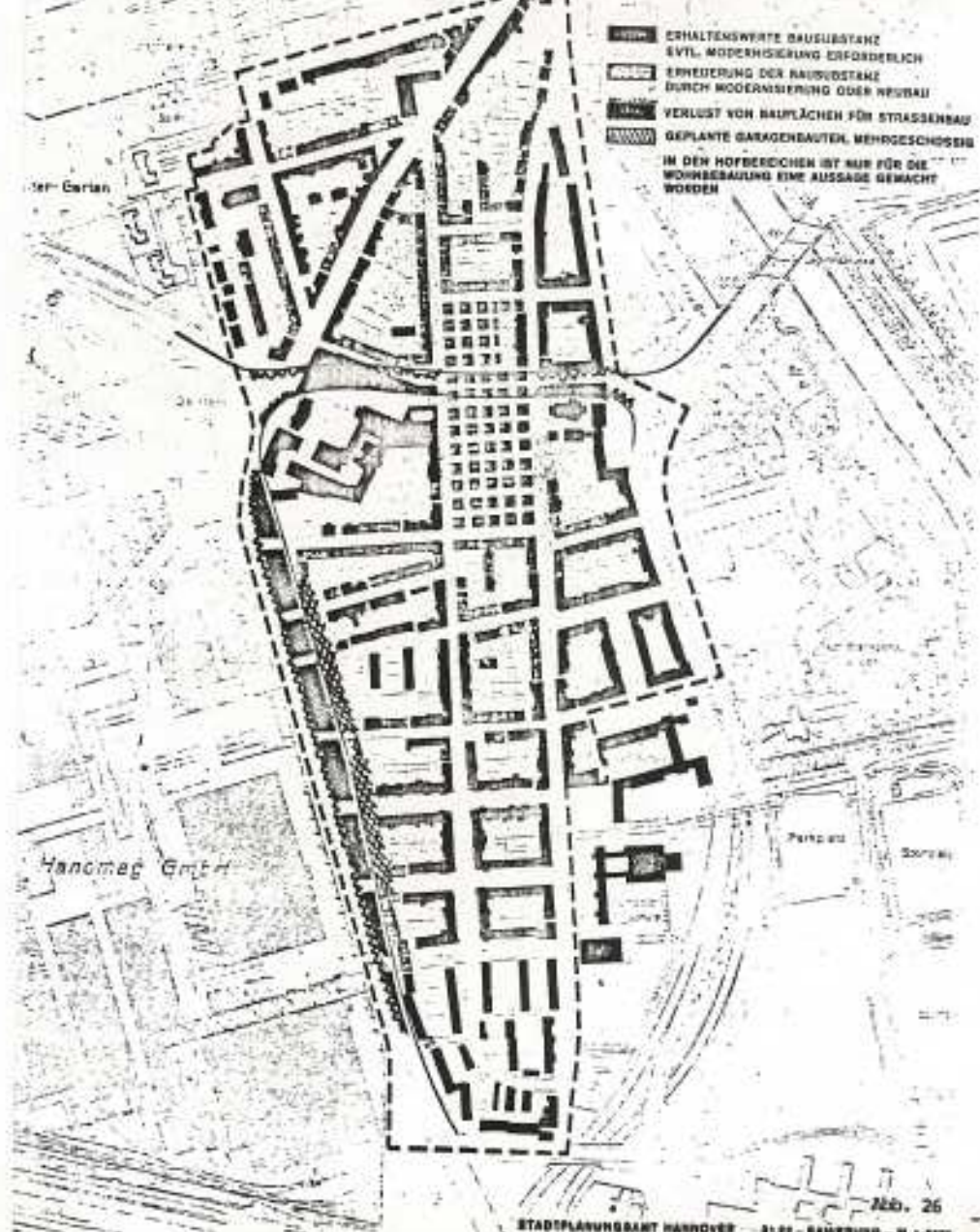
ERHALT U. ABRISS VON BAUSUBSTANZ

1978

- 20 -



VORSCHLAG FÜR ERHALT ODER - 55 - VERÄNDERUNG VON BAUSUBSTANZ UND BAUFLÄCHEN



1er Garten

Handweg Gart.

Parkplatz

Abb. 26

- ABRISS 2.

- Modernisierung

- Neubau

- DER KONFLIKTBEREICH

Wohnen

UND SEINE

ENTWICKLUNGSLINIEN



Der Konfliktbereich Wohnen und seine Entwicklungslinien

Um die These über den Wandel des Dienstagsforums vom Konfliktpartner zum Konfliktregulierungsinstrument zu belegen, erarbeiteten wir einzelne Konfliktlinien. Wir haben uns auf drei Schwerpunkte beschränkt, weil sie die BI in ihrer Arbeit und in ihrem Fortbestehen am stärksten beeinflusst haben. Ferner ist die Arbeitsweise der BI und deren Veränderung im Laufe der Zeit an diesen Schwerpunkten Wohnen, Verkehr und BI-Interna am deutlichsten zu erkennen.

Da sich in den drei in der Tabelle getrennt aufgeführten Entwicklungslinien der Wohnungsversorgung Abriß, Modernisierung und Neubau die Phasenbeschreibung nicht wesentlich unterscheidet, fassen wir sie für alle drei Bereiche zusammen. Die jeweilige Benennung der Phase charakterisiert nicht das Verhalten zu einem Detailproblem wie zum Beispiel einem einzelnen Abriß, sondern sie bezeichnet das vorherrschende Verhalten der BI während eines bestimmten Zeitraums, was nicht ausschließt, daß Verhaltensweisen aus vorangegangenen Phasen mit geringerer Bedeutung noch auftreten.

Die erste Phase, die wir mit Zielfindungs- und Artikulationsphase überschrieben haben, beginnt mit der Gründung der BI im Sommer 72 und endet nach der ersten Sitzung der Sanierungskommission Ende 73. Die folgende Diskussionsphase endet zum Jahreswechsel 75/76 mit dem ersten beschlossenen Bebauungsplan und mit der Fertigstellung und Veröffentlichung der alternativen Rahmenplänenentwürfe der Verwaltung und der BI. Die bis jetzt andauernde Kontrollphase wird hauptsächlich durch die Arbeit der BI bestimmt, das Verwaltungshandeln auf die Einhaltung der Verfahrenswege hin zu überprüfen.

Zielfindungs- und Artikulationsphase

Die Gründung der BI im Sommer 72 war die Reaktion der Lindener Bürger auf die von der Verwaltung vorgestellten Entwürfe zur Sanierung Linden-Süds, die nicht weit entfernt waren von der Kahl-schlagsanierung aus dem Jahre 1957. Das Problem der Versorgung der Bürger mit genügend Wohnraum war einer der umfangreichsten Themenkomplexe. Während der ersten Sitzungen der BI wurden die Leitsätze deutlich, nach denen sich jede Entscheidung richtete: kein Abriss ohne Neubau, und etwas später: Vorrang hat Renovierung vor Abriss und Neubau. Der in Arbeitsgruppen nach diesen Leitsätzen erarbeitete Zielkatalog wurde im Mai 73 der Bevölkerung vorgestellt und erhielt breite Zustimmung. Die Stadt richtete zwar nach den Auflagen des Städtebauförderungsgesetzes ein Informationsbüro als Versammlungsraum ein, stellte einen von der Stadt bezahlten Planer als BI-Berater, einen ebenfalls von der Stadt bezahlten Protokollanten und technische Hilfsmittel zur Verfügung, sanierte aber in Richtung auf ihre Zielvorstellungen weiter, indem Ordnungsmaßnahmen wie Umlegungen, Freiräumung von Lohnungen, Umsetzungen und Abrisse ohne ausreichende Beteiligung der Bevölkerung vorgenommen wurden.

Bisher reagiert die fachlich noch nicht genügend qualifizierte BI nur auf Handlungen der Verwaltung. Diese Orientierungsphase der BI ist durch Unmutsäußerungen über jeden Abriss geprägt, der ihrem Urteil nach nicht aus konstruktiven oder aus Sicherheitsgründen, sondern aus planerischen Erwägungen vorgenommen wird. Dadurch, daß die Existenz der BI von der Verwaltung kaum zur Kenntnis genommen wird, ist sie bestrebt, aufgrund von eigener Urteilsbildung durch selbständiges Handeln (z.B. Hausbesichtigungen) als Konfliktpartner anerkannt und damit verhandlungsfähig zu werden.

Die allgemeine Haltung, keine Abrisse zu dulden, Neubauten auf freigeräumten Grundstücken vorzuziehen und Altbauten auf ihre Modernisierungsfähigkeit hin zu überprüfen, läßt ein unbewußtes Stadtteildenken entstehen, das sich durch vorwiegend den gesamten Stadtteil und nicht Einzelpersonen betreffende Forderungen entwickelt.

Als im August 73 nach einer Hausbesetzung und der von der BI gestarteten Aktionswoche in Linden-Süd eine breite Front der Lindener Bürger sich gegen die Sanierungspolitik der Stadt stellt, sieht sich die Verwaltung endlich genötigt, einige Zugeständnisse zu machen. So geht sie formal auf den von der BI erstellten Zielforderungskatalog ein.

Mit der ersten Sitzung der Sanierungskommission geht die Zielfindungs- und Artikulationsphase, in der weitgehend alles boykottiert wurde, das Änderungen im Stadtteil hervorrief, zu Ende, denn mit der Einrichtung einer zu gleichen Teilen aus Rats- und Bürgervertretern bestehenden Kommission ist die BI dem Ziel der ausreichenden Bürgerbeteiligung bei der Sanierung ihres Stadtteils einen Schritt näher gekommen.

Diskussionsphase

Die folgende Phase dauert von Anfang 74 bis Ende 75. In dieser Zeit werden die in der ersten Phase gefundenen und artikulierten Zielsetzungen diskutiert, sowohl innerhalb des Stadtteils, als auch mit dem Rat und der Verwaltung der Stadt oder Studenten der TU Hannover etc. Die Verwaltung, die inzwischen der Institution BI über ihre Handlungen und Maßnahmen Rechenschaft ablegt, ist durch einen Vertreter in den Sitzungen der BI ständig in Diskussionsbereitschaft.

Von der Verwaltung vorgelegte Gutachten werden nicht direkt von der BI, sondern von kompetenten Fachkräften (BI-Berater) überprüft.

Die BI braucht ihre Präsenz im Stadtteil nicht mehr durch Öffentlichkeitsarbeit zu dokumentieren, es fallen deshalb kaum noch Hausbesetzungen oder andere spektakuläre Aktionen an. Während es in der ersten Phase weitgehend um die Vermeidung von Abrissen und den Neubau altengerechter Wohnungen geht, steht in der zweiten Phase die Beschäftigung mit den modernisierungsfähigen Häusern im Vordergrund.

Im Sommer 74 legt die Verwaltung ein Entscheidungsverfahren zur Beurteilung der Modernisierungswürdigkeit von Gebäuden vor, nach dem in der Folgezeit entschieden wird. Jetzt hat der zweite Leitsatz der BI (Vorrang hat Renovierung vor Abriß und Neubau) mehr Bedeutung als der erste (kein Abriß ohne Neubau). Trotz des Zugeständnisses der Abrißstopverordnung im August 73 startet die Verwaltung im Herbst 74 eine neue Offensive, indem sie von der Sanierung betroffene Bürger zur Abrißzustimmung anliegender Häuser überredet und durch Unterschriften eine Legitimation gegenüber der BI erhält.

Mit dem ersten beschlossenen Bebauungsplan im Oktober 75 und der Änderung des Beratervertrages - die Beratungsverpflichtung gegenüber der Verwaltung ist im Gegensatz zum ersten Vertrag aufgehoben, die Beratung der BI wird uneingeschränkt vertraglich geregelt - fängt die dritte Phase an. Den Anfang für die dritte Phase, die Kontrollphase, setzt die Veröffentlichung der Rahmenplanung der Verwaltung und der Gegenplanung der BI.

Kontrollphase

Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal in dieser zu den vorherigen Phasen liegt in der eindeutigen Kontrollfunktion der BI. Die Verwaltung legt der BI blockweise Planungsvorschläge vor, so daß nicht mehr Haus für Haus und Grundstück für Grundstück besprochen werden, sondern die Gesamtanlage eines Blockes, d.h. die Einpassung eines ganzen Blockes in das Stadtbild. Die blockweise Planung wiederum orientiert sich an den Rahmenplanalternativen. Die BI, der die Planungsvorschläge der Verwaltung zur Diskussion und Entscheidung vorgelegt werden, prüft in diesem Stadium der Zusammenarbeit vorrangig die Übereinstimmung der Planung mit den aus der ersten Phase beibehaltenen Forderungen*, diskutiert Gegenvorschläge und trifft Entscheidungen oder gibt sie an die Sanierungskommission weiter.

Die BI hält nicht mehr um jeden Preis am Abrißstop fest, obwohl die Erhaltung billigen Wohnraums nach wie vor ein vorrangiges Ziel ist, sondern stimmt bei baufälligen Gebäuden dem Abriß jetzt eher zu, um das Stadtbild zu verbessern, den Stadtteil aufzuwerten und damit die Sozialstruktur zum Positiven zu verändern.

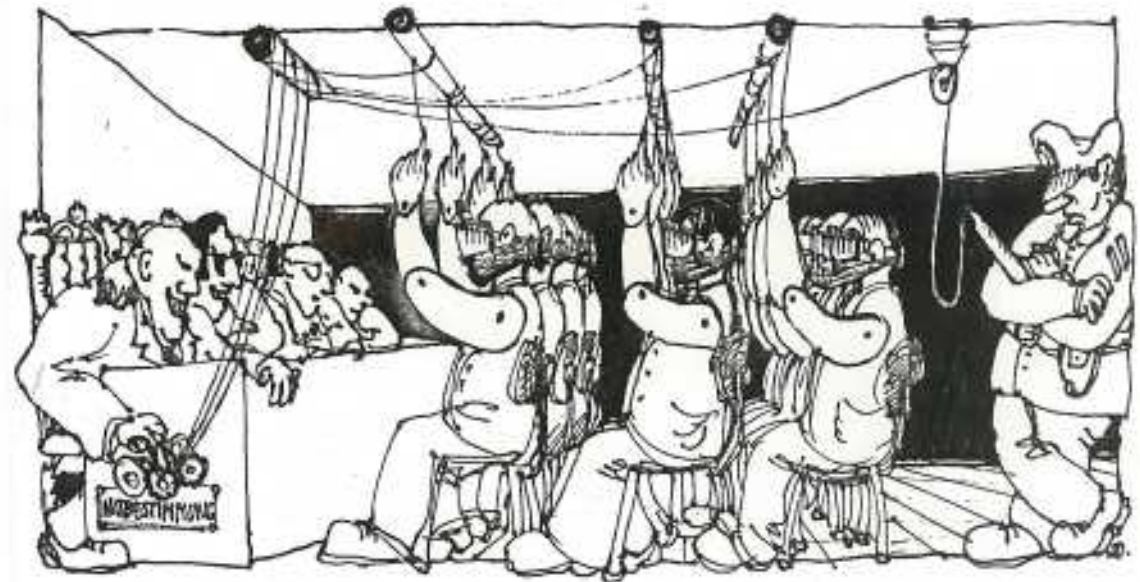
* und Zielvorstellungen und den in der zweiten Phase gefundenen Kompromissen

1. Eure Analyse beschränkt sich ausschließlich auf die Bürgerinitiative und deren Selbstdarstellung (die des Protokollanten ?). Wesentliche Auseinandersetzungen innerhalb der BI zum Wohnen (Bsp.: 1974, Neubaustart!?!; 1974, Hausbesetzung mit Vorgeschichte Seinfeldstr.; 1978 altern. Modernisierung/Abriß Charlottenstr./Nord) und auch durch andere Gruppen (Aktion Wohnungsnot bis 74; danach Mietstreiks u.ä.; Selbsthilfegruppen) angeheizte Konflikte wurden kaum berücksichtigt. Dies liegt zum einen an der Beschränkung der Informationsquelle (Sekundärlit. sowie mehr sinnliche Erfahrung wären hier sinnvoll), zum anderen am politischen Standpunkt und der Herangehensweise an diese Arbeit (polemisch: Was ist "effektive Beteiligung"?).
Für die Einschätzung der vorhandenen instit. Form der Beteiligung fallen a. d. Weise wesentliche Entwicklungen unter den Tisch.
2. Eine Verstärkung erfährt die (von Euch sicher nicht beabsichtigte) Ausblendung von Konflikten durch eure sehr formale "analytische Trennung". Ich kann sowohl die Längstrennung in 3 Phasen als auch die Trennung in 3 Entwicklungslinien nicht ganz akzeptieren.
 1. Euer 3 Phasenmodell, das sicher Tendenzen richtig beschreibt, läßt sich nur unter Ausblendung meiner meiner nach wesentlicher neuer Konflikte formal durchhalten.
Zu nennen sind hier bei Abriß die Charlottenstr./Nord-Initiative und der Denkmalpfleger, die hier die eingefahrenen Tendenzen (Welche und Warum?) grundsätzlich in Frage stellen. Dies hat natürlich auch was mit Problematik im Neubausektor (Finanzierung/Miethöhe/ZIP-Mittel) und dies wiederum was mit der neuen Modernisierungsdiskussion zu tun. Deshalb:
 2. Ich meine, daß man den Konflikt im Bereich Wohnen (Instandsetzung, Abriß, Mod., Neubau) schwerlich bei analytischer Trennung in 3 Bereiche in seiner Entwicklung beschreiben kann.
Der Zusammenhang der Diskussion, ausgehend von der Forderung: Verbesserung der Wohnverhältnisse zu tragbaren Mieten, dann: Kein Abriß ohne Neubau, schließlich: Kein Abriß ohne den Nachweis der Modernisierungsunwürdigkeit sollte meiner Meinung nach stärker heraus gearbeitet werden.
Dabei muß der Ablauf der Auseinandersetzungen zwischen allen Beteiligten präziser geschildert werden. (Bsp.: Tricks der Verwaltung zur Durchsetzung ihrer Interessen (welche und warum, wie???) ; Änderung der Wertvorstellungen in der BI und Verhältnis zu anderen Bevölkerungsteilen?, ...)

3. Last not least obwohl es mir selbst zum Halse raus hängt:
Versucht doch bitte, etwas über die Veränderung der "externen Bedingungen" (Handlungsvoraussetzungen) in euren Textteil aufzunehmen. Dabei geht es mir nicht darum, hier "die reine Leh(e?)re zu vertreten, sondern einfach darum, die analysierten Entwicklungen nicht als quasi "naturwüchsig", allein als Ergebnis der Auseinandersetzungen im Gebiet, darzustellen.
- Einige externe Entwicklungen mit Durchschlagskraft auf die Sanierung lassen sich einfach nicht leugnen. Ihr solltet hier noch etwas in die Bücher gucken (Buchholz u.a./Kühnel/Meinhof Diplom und Forschung Klausens Einschätzungen zur "Tendenzwende,") und versuchen, wesentliche Änderungen in ihrer Auswirkung auf Zielvorstellungen und Bewertungsstandpunkten von Verwaltung und Betroffenen(?) im Wohnbereich zu beschreiben.
- Bsp.: StBauFG 1971, "ÖölKrise"- Kein Entwicklungsdruck mehr(?), WohnungsmodG und ersatzlose Streichung §32 StBauFG-Einfluß auf Tendenz zur "erhaltenden Erneuerung"?, (Erkenntnisprozesse über) Mietentwicklung im Soz. Whgsbau (bei Teilen der BI), Änderung der Bevölkerungsstruktur-Bewertungsstandpunkte "der" BI, Zuweisung von Konjunkturmitteln (ZIP) und Taktik der Verwaltung 1978, ...)

ÜBERSICHT: KONFLIKTLINIE WOHNEN ... (Ingrid u. Michael Otto, SS 78)

Phase	Zeitraum	Beschäftigungsgegenstand	Verwaltungshandeln	Reaktion sonstiger Gruppen	St-Situation	Interpretation der St-Situation
Mittels	Mitte '72 - Ende '75	In Stadtrat verabschiedete, schlecht erhaltene Mietwohnungen	Mit-Vorschläge, Wohnungsplan-Vorschläge, Umbau eines Wohnungsprogramms, Verfallens-Datum aller Mietverträge, Forderung von Mietverträgen u.T. ohne Mietzinsleistungen	Beschwerden der Mieter (keine Organisation der Mieter) nur auf diese bestehende Mietsache (weder gesellschaftliche verbundene Parteien jüngerer Generationen)	Aufstellung von Grundbesitzpositionen (Vormerkung bei Bauverordnungen vor Alt- und Neubau, kein Alt- oder Neubau), Bauförderung mit Hausbesitzern, eigene Bauverwaltung, Mietverordnungen, schriftl. und mündl. Stellungnahmen, Öffentlichkeitsarbeit, Arbeitsgruppen	Artikulationsphase - Selbstorganisation Kritikfähigkeit durch Umstrukturierung, selbständige Handeln (Mietbesitzorganisation), Entscheidungsfindung aufgrund der Grundbesitzpositionen (kein Mißlingen) Kritik vor der Verabschiedung der Alt- und Neubau
	Anfang '74 - Ende '75	Erhalt von billigen Wohnungen	Arbeitsvorschläge nach Wohnungsprogrammen, sonstige Arbeitsvorschläge, Arbeitsplan des Wohnungsprogramms, Beschluß des 1. Wohnungsplans (10/75), Forderung von Mietverträgen u.T. ohne Mietzinsleistungen		Strukturierung (ohne Mietbesitz) zum Wohnungsprogramm oder bei Vorlage konkreter Wohnpläne (Wohnung), sonst Verhalten an Arbeitsplan von 10/75, Forderung nach Mietzinsleistungen in Linden- und für Wohnen von Mietbesitzern, mündl. und schriftl. Stellungnahmen (Jugendgruppenarbeit) zu Mietbesitzern u.a.	Informationsphase Kritikfähigkeit über Vorschläge der Stadt unter Berücksichtigung der Bedingungen - Grundbesitzpositionen (keine Entscheidung über die Form von Mietbesitzorganisationen) selbständig erarbeitete Pläne etc., sondern Kritik an Verordnungen und Maßnahmen der Verwaltung
	ab Anfang '76	Mitbestimmung der Verfahrensweise außerhalb der Verwaltung	Erarbeitung von Wohnungsplänen, teilweise unter Nichtbeachtung der Verfahrensregeln, Diskussion der veröffentlichten alternativen Wohnungspläne		Diskussion der veröffentlichten alternativen Wohnungspläne, eigene Arbeitsvorschläge, Kontrolle der Verwaltung auf Einhaltung der Verfahrensregeln und auf inhaltliche Abstimmung der vorher abgeprochenen Zielvorstellungen	Kontrollphase Kritikfähigkeit der Einhaltung der Verfahrensregeln, Aktivierung der Mieter mit dem Versuch nach Verbesserung des Stadtlages, damit auch Aufhebung der Stadtlage, Verbesserung der Sozialstruktur möglich
Mittels	Mitte '72 - Anfang '74	Arbeitsplan, Zustand und Nutzung der Wohnflächen	Verfallensdatum aller Mietverträge (nach GSt), ungenutzte Wohnfläche, Zustand der Wohnflächen, Erarbeitung von Mietverträgen		Forderung nach Beschäftigung der Mietsache bei alter Ausstattung, nach sozialisierten Wohnungen für ungenutzte Wohnfläche, konkrete Vorschläge für modernisierungsfähige Gebäude, mündl. und schriftl. Stellungnahmen zu ungenutzten Wohnflächen, Mietvertrag nach Bauverordnungen u.a.	Artikulationsphase Kritikfähigkeit der Sozialstruktur durch Einwirkung der Mieter (Kritik innerhalb des Stadtlages)
	Mitte '74 - Ende '75	Entscheidung der Stadt über die Zukunft einzelner Wohnflächen (Wohnungsplan des Stadts)	Forderung eines Wohnungsplans zur Beschäftigung der Wohnflächen, Erarbeitung von Mietverträgen, Erarbeitung von Mietverträgen		Mitbestimmung an der Erarbeitung nach Wohnungsplänen für die Modernisierungsfähigkeit von Gebäuden, Forderung nach Modernisierungsfähigkeit bei laufenden bzw. fertiggestellten Modernisierungsmaßnahmen, nach Teilmodernisierung für Einzelwohnflächen, nach modernisierten Wohnungen für ungenutzte Wohnfläche	Kontrollphase Kritikfähigkeit der Modernisierungsmaßnahmen durch Forderung nach Grundbesitzpositionen (keine konkrete Modernisierungsmaßnahmen)
	ab Anfang '76	Erarbeitung von Plänen modernisierungsfähiger Gebäude	Erarbeitung von Plänen modernisierungsfähiger Gebäude		Erarbeitung eines Verfahrensregelsystems für Mietbesitz, Erarbeitung eines Verfahrensregelsystems, Forderung nach Erarbeitung privater Regelungen durch Verkauf von Mietwohnungen, Erarbeitung eines Verfahrensregelsystems, Kontrolle der von der Verwaltung vorgelegten Entscheidungen über Modernisierung oder Neubau evtl. durch Jugendgruppen	Kontrollphase Kritikfähigkeit der Einhaltung der Verfahrensregeln
Ende	Mitte '72 - Ende '75	Gestaltung des Stadtlages, der allseitigen Wohnungen und des Altersbaus, Entscheidung über Alt- oder Neubau	Das von Wohnern u.T. erarbeitete Wohnungsplan nach allseitiger Wohnungsplanung, ohne Berücksichtigung der allseitigen Wohnungen, Entscheidung über Alt- oder Neubau, Entscheidung über Modernisierung oder Neubau		Forderung nach Modernisierungsfähigkeit, teilweise "Kamp" gegen Modernisierungsfähigkeit, nach Modernisierungsfähigkeit, nach Modernisierungsfähigkeit (Jugendgruppenarbeit, allseitige Wohnungen) mit allseitigen Wohnungen, nach Modernisierungsfähigkeit f. Wohnen	Artikulationsphase Kritikfähigkeit der Mietsache in Bezug auf allseitige Wohnungen und Modernisierungsfähigkeit für allseitige Wohnungen
	Mitte '75 - Ende '75	Entscheidung über Modernisierung oder Neubau	Erarbeitung des 1. Wohnungsplans (10/75), Erarbeitung eines Wohnungsplans, vernetzte Entscheidungsfindung in Bezug auf Wohnen		Erarbeitung von Plänen modernisierungsfähiger Gebäude, Erarbeitung von Plänen modernisierungsfähiger Gebäude, Erarbeitung von Plänen modernisierungsfähiger Gebäude	Kontrollphase Kritikfähigkeit der Modernisierungsmaßnahmen und Entscheidung
	ab Anfang '76	Diskussion der veröffentlichten alternativen Wohnungspläne	Diskussion der veröffentlichten alternativen Wohnungspläne		Diskussion der veröffentlichten alternativen Wohnungspläne, Kontrolle der Modernisierungsfähigkeit, Kontrolle der Modernisierungsfähigkeit	Kontrollphase Kritikfähigkeit der Einhaltung der Verfahrensregeln, Kontrolle der Modernisierungsfähigkeit



Quelle: 'Die BIRLEWANGER'

3. BANALES

VERWALTUNG - HIERARCHIEN
AUSWIRKUNGEN

Zur Notwendigkeit einer scheinbar banalen Begriffsbestimmung

Wer befaßt sich schon gern mit Begriffen wie Verwaltung, Fraktion, Rat, Stadt, B-Plan, RP, Ortsverein etc. ? - oder mit Zusammenhängen in administrativen, parteilichen Hierarchien ?

Dieser Begriffskatalog ließe sich noch erweitern, kennzeichnet er doch mit Einschränkung der Ausgangssituation der Bürger zu Beginn der Sanierung - und nicht nur dort - nicht einmal gut fundiertes Allgemeinwissen reicht aus.

Wir bewegen uns als Menschen in dieser Gesellschaft in einem Raum mit unsichtbaren Grenzen, müssen uns verhalten, üben bewußt oder unbewußt Macht über andere aus, erleiden sie, schaffen neue Machtstrukturen und Abhängigkeiten.

Wir wollen etwas verändern, wir aktivieren uns dafür, sensibilisieren uns für die Feinstrukturen unserer Umwelt und spüren intuitiv eine nicht ad hoc beschreibbare Abhängigkeit: wir fühlen uns manipuliert, verwaltet, vergewaltigt und so weiter.

Warum schreiben wir dies auf? Unser Unbehagen an der Struktur unserer Gesellschaft ist unstrukturiert, äußert sich allenfalls in Sponti-Aktionen, Demonstrationen.

Hausbesetzungen 1973 und später (.. Kaplanstraße 2i) waren und sind Ausdruck unserer direkten Betroffenheit, unabhängig davon, ob wir persönlich daran teilgenommen haben bzw. teilnehmen konnten. Möglich waren sie nur durch gemeinsames, solidarisches Handeln und dem festen Vorsatz, wenigstens und vor allen Dingen im Bereich der anstehenden Sanierung eingefahrene (Verwaltungsstrukturen aufzubrechen und ein Mitbestimmungsrecht zu fordern wie die etablierten Gruppen es für sich in Anspruch nehmen.

In der Anfangsphase der Sanierung war den Bi-Mitgliedern nicht so eindeutig klar, wer nun in der Verwaltung der richtige Ansprechpartner für ihre Interessen und Aktionen war.

Allen war klar, daß die Chance der Durchsetzung der eigenen Interessen abhängig von Informationen aus der Verwaltung war, die diese bezeichnenderweise natürlich nicht freiwillig rausrückte.

siehe folgende Seite

Im weiteren Verlauf der Sanierung erweiterte sich das Detailwissen um Zusammenhänge zwischen Parteien und Verwaltung bei den einzelnen BI-Mitgliedern und versetzte sie in die Lage, gezielt einen Schriftwechsel zwischen den einzelnen Aktionspartnern herzustellen: je nach Dringlichkeit und Thematik wechselten die Adressaten der BI-Schreiben, es entwickelte sich verschiedene Strategie-Ansätze.

Es gelingt der BI, die verschiedenen Aktionspartner an den gemeinsamen BI-Tisch zu bekommen.

Zum Verständnis dieses unbestrittenen Erfolges im Nachhinein gehört für uns im formalen Kenntnisbereich das Wissen z.B. zum Aufbau und der Struktur der Verwaltung. Im Zusammenhang des BI-Seminars unter der Betreuung von Klaus Holland wurde ein kleiner Exkurs über die Verwaltungshierarchie erstellt.

Die Weitergabe und Vermittlung von Wissen hier um die Sache Sanierung hat oder konnte die BI nicht leisten. Die Öffnung der BI zum Stadtteil wurde immer wieder betont, für die neu hinzukommenden Bürger ist es in der Regel nur schwer möglich, inhaltlich den BI-Sitzungen zu folgen.

Nur auf direkte Anfrage werden in den Diskussionen Begriffe und Abkürzungen erklärt.

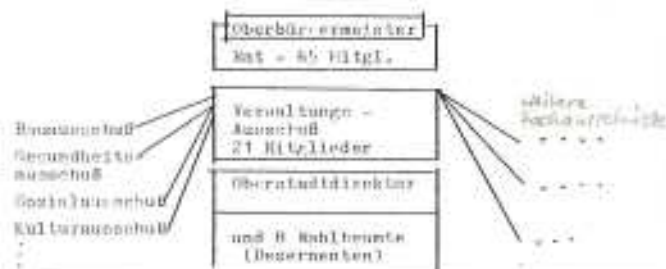
Dadurch vergrößert sich der Abstand der BI zur Stadtteilöffentlichkeit, der notwendige Basisbezug fehlt häufig.

Wir verstehen die folgenden Exkurse und Problemansätze als unseren Arbeitsschritt zur eigenen Reflektion und Rekapitulierung des Sanierungsverlaufes in Linden Süd.

Durch die Auseinandersetzung mit vielfach trockener Materie haben wir erkannt, auf welcher Basis wir agieren können, uns am besten einbringen können, wo Spielräume liegen.

- zum Versuch, den Parl.-Prozess am Beispiel der Sanierung
Linden IIII zu erfassen u. nachvollziehbar darzustellen, ist
es erforderlich, in wesentlichen für unser Thema relevanten
Ausschüssen den Aufbau und Struktur der Verwaltung der Stadt
Hannover aufzuführen:

Grundlage ist die Niedersächsische Gemeindeordnung (NMG)



zum Bezeramt 2 (Bundesbeamt) gehören:

- 11-Diplomamt
- Amt für Wohnungswesen
- Gemeinnützige Baugenossenschaft mbH Hannover
den Vorsitz hat Stadtbaurat Aarim

Der Rat ist das wichtigste Organ der Stadt (für 4 Jahre von
den Bürgern direkt gewählt).
Der Rat ist oberster Beschlussorgan.

Die Kandidaten für den Rat werden in der Regel von den pol.
Parteien benannt. Die Zahl der Mitglieder des Rates richtet
sich nach der Einwohnerzahl.

Der Ratvorsitzende führt in kreisförmigen Städten die Bezeichnung
"Oberbürgermeister", seine Vertreter erhalten die
Bezeichnung "Bürgermeister".

Der OB lädt im Einvernehmen mit dem Stadtdirektor den Rat
zu Sitzungen ein.

Der Rat handelt als Vertretungskörperschaft durch Beschlüsse.
Die werden in der Regel mit einfacher Mehrheit gefasst.
Bei Unentschieden gilt ein Antrag als abgelehnt.

Die Beschlüsse sind öffentlich und der wesentliche Inhalt
der Beratung wird in einem Sitzungsprotokoll niederglegt.

AUFBAU UND STRUKTUR DER VERWALTUNG HANNOVER

Da die Beschlüsse des Rates für das Gemeinwesen eine erhebliche
kommunalpolitische Bedeutung haben, ist eine gründliche
Vorbereitung erforderlich.

Zu diesem Zwecke wurden Ausschüsse gebildet, zB. Hauptausschuss.

Die Zusammensetzung der Ausschüsse entspricht den politischen
Mehrheitsverhältnissen im Rat.

Bei der Bildung der Ausschüsse bestimmen die Fraktionen
durch das sogen. Zugriffsverfahren, in welchen A. sie den
Vorsitz beanspruchen. In die S. können außer Ratsherren noch
andere fachkundige Personen berufen werden; sie haben jedoch
kein Stimmrecht und nehmen nur beratend an den Sitzungen teil.
Der Oberstadtdirektor lädt je nach Anforderung im Einvernehmen
mit dem A.-vorsitzenden zu den in der Regel nicht öffentlichen
Sitzungen ein.

Verwaltungsausschuss

Unter allen Ausschüssen nimmt der Verwaltungs-A. eine be-
sondere Stellung ein:

- seine Aufgabe ist es, die Beschlüsse des Rates vorzubereiten.
Dazu liegen ihm in den meisten Fällen bereits Empfehlungen
der Fach-A. vor.
- es ist seine Aufgabe, die Bürger über wichtige Angelegen-
heiten zu informieren. Das geschieht in der Regel durch die
Presse, kann aber zB. auch durch die Veranstaltung von
Bürgerveranstaltungen geschehen.

der Verwaltungsausschuss: Vorsitz hat OB und 10 Beigeordnete,
die aus dem Rat bestimmt werden
außerdem : der Oberstadtdirektor und die
8 Stadträte (Wahlberechtigte, die ein
Bezeramt leiten)

QUELLE: INFO - BROCHÜRE DES PRÄSIDIATES
DER STADT HANNOVER

Oberstadtdirektor

Als dritten Mann der Stadt hat er die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses vorzubereiten und die Beschlüsse des Rates und des Verwaltungs-A. auszuführen.

Hilf der OSTDir. Beschlüsse des Rates u. des Verw.-A. für genehmigend, so muß er dazugehörigen Einspruch einlegen; and der Rat soll erneut beschließen.

Hilf der OSTDir. auch den neuen Beschluss für genehmigend, so muß die Aufsichtsbehörde mit abstimmen.

RAHMENBEDINGUNGEN (ANFÜGE AUF ZEH SEITE - SEITE 2)

Verwaltung und Bürgerbeteiligung

Wann aufleben im StBaupl - Sanierungsgebiete

Das StBaupl zieht verschiedene Möglichkeiten der Berücksichtigung der von der Planung betroffenen und deren Schicksal und Mitwirkung an der Planung vor.

- als erster Schritt soll vor der förmlichen Festlegung von der Verwaltung die Einstellung der Betroffenen und ihre Ziele festgestellt werden, um zu untersuchen, wo und in welchem Ausmaß mit Interessen gegen eine Veränderung bzw. Mitwirkungsbereitschaft zu rechnen ist.

- Sodann soll versucht werden, durch gemeinsame Beratung von Verw. und Betroffenen deren Bereitschaft, d.h. gemeinsame Ziele sicherzustellen, damit eine zügliche Durchführung der Planung gewährleistet wird.

- als zweiter Schritt erfolgt dann die Erörterung konkreter Auswirkungen der Planung auf die Lebensumstände (sozial, persönliche wirtschaftliche) der Betroffenen. Es sollen von den Betroffenen gemeinsame Zielvorstellungen entwickelt werden, wie nachteilige Auswirkungen möglichst vermieden bzw. gemildert werden können, wobei wiederum die Verw. der Partner ist.

- als dritter Schritt sieht die Mitwirkung aller auch mittelbar Betroffenen in förmlich festgelegtem Sanierungsgebiet an der Neugestaltung vor.

- Da sich durch die Eindämmung von Spekulationsmöglichkeiten im StBaupl die Geheimhaltung erschwert, eröffnet sich die Möglichkeit, erstens frühzeitig mit den von der Planung Betroffenen, einmündig die Pläne zu erörtern, zweitens Bildung von Bürgerforen, zinsberufung von Bürgervereinsammlungen und Organisation ähnlicher Foren der Beteiligung.

Weitere formale Grundlagen:

Planungsgrundlage vor neben dem StBaupl die Vorbeschreibung des StBaupl der 27.7.71 und den sich damit eröffnenden Möglichkeiten der Gemeinden (hier Stadt Hannover), Sanierungsmaßnahmen zu beschließen, zu finanzieren und durchzuführen.

- vor Finanzierungsmaßnahmen nach dem StBaupl ist zu sagen, daß es vorsehreibt, die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung und Landesplanung anzupassen. Die Gemeinden als Körperschaft sind zwar prinzipiell zu beteiligen, eine Beteiligung der Öffentlichkeit der betroffenen Bevölkerung ist jedoch nicht vorgesehen.

Nach dem StBaupl läuft der Planungsprozess für Bauleitpläne bis zum fertigen Entwurf leider in wesentlichen innerhalb der Verwaltung ab, wobei nur die Träger öffentlicher Belange beteiligt sind.

- die Bürger erfahren von der Tatsache der öffentlichen Auslegung der Pläne in der Verwaltung wenig oder verspätet, die lt. dem StBaupl vorgeschriebene Bekanntmachung durch die Verw. reicht in den meisten Fällen nicht aus.

- es werden in der Regel von der Verw. keine Alternativen verlangt bzw. angeboten, obwohl die zentralen Sachverständigen, die auf solche Ausschüsse, durch diese Alternativen zulassen würden und für kleinere öffentliche Aufträge auch drei alternative Angebote einreichen sind.

- im weiteren entwickelt die Stadt in teilweise nicht veröffentlichten Papieren Vorstellungen und Planungen für das Sanierungsgebiet Linden - 1984.

- Kopien dieser Papiere sind in den Protokollen der folgenden BI - Sitzungen nachzulesen.

Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes

lt. Beschlussprotokoll über die Sitzung des Rates am 11. Okt. 1972 beantragt der Hauptaussch. die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Linden-1984 zu erlassen.

Entwicklung des Partizipationsprozesses aus dem Planungsprozeß

Allgemeiner Einstieg

Man könnte mal ausgehen von einer sogen. "Normalstruktur" des Planungsprozesses und der Verwaltung.

Vorausgesetzt wird dabei, daß eine Kommune zur Existenzsicherung irgendeine Form der Selbstverwaltung benötigt.

So ist der Bürger einerseits auf die Funktionsfähigkeit einer Verwaltung angewiesen, andererseits hat er Schwierigkeiten, den für ihn relevanten Ansprechpartner zu finden, zumal der "Normalbürger" in der Regel in seinem Leben wenig Kontakte zu Verwaltungsstellen hat - er folglich ungeübt ist im Umgang mit den verw.-internen Vorgängen. → Verwaltung - Deutsch, unklar, nicht geläufige Formulierungen

Zwangsläufig hat der Bürger ein gestörtes Verhältnis zu einer Verwaltung, er fühlt sich bearbeitet - es gibt ja auch 'Sachbearbeiter' - und verunsichert.

Die Verwaltung tut ihrerseits wenig, um diesen Abstand zu verringern. Information wäre notwendig und wichtig, wird im allgemeinen jedoch nur als 'Informationsmöglichkeit' ausgewiesen, d.h. der 'Bürger kann sich ja informieren, wenn er nur will!'. Eine 'Informationspflicht' seitens der Verwaltung besteht nur in einigen, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen, Bereichen (z.B. B-Plan-Auslegung, ..)

Diese Einschätzung der Verwaltung erklärt a.a.O. das Problem für die BI-Linden-Süd, wer für ihre Sache (am Beginn der San.) eigentlich zuständig ist. Der 'Draht' zur Verwaltung fehlt.

bei GEWÄHRUNGEN z.B.

Anträge, Formulare ausfüllen etc.

Wenn der Bürger nicht unbedingt muß, vermeidet er den Kontakt zu Verwaltungsstellen: 'Notwendiges Übel'

ähnliche BERICHTMACHUNGEN in der Tagespresse genügen hinsichtlich, um Rechtsfolgen zu sichern

Administration im Zusammenhang
gesellschaftspolitischer
Entwicklung

Informations- und Machtkonzentration auf Experten
'planende Verwaltung'

liberale Elemente als Konfliktlösung

Auch eine Verwaltung ist kein statisches Objekt, das irgendwann eingesetzt wurde und sich nicht verändert hat - somit veränderbar ist.

Funktionswandel der Verwaltung

Die vom Grundgesetz unterstellten Gegebenheiten der politischen Willensbildung stimmen mit der Wirklichkeit nur noch bedingt überein.

Die industrielle Entwicklung brachte unter dem Druck von Sachzwängen einen Funktionswandel der Verwaltung und zunehmende Informations- und Machtkonzentration auf Experten und Interessengruppen.

Ein kurzer Rückblick mag die Entwicklung verdeutlichen.

" Zu Beginn war die moderne Verwaltung direktes Organ absolutistischer Herrschaft,

Anfang des vorigen Jahrhunderts dann Protagonist der frühindustriellen Entwicklung.

Allerdings war die Schnelligkeit der industriellen Entwicklung dem Reformwillen der Verwaltung überlegen.

Der Konflikt zwischen den Interessen des Wirtschaftsbürgertums und der Verwaltung wurde Mitte des vorigen Jahrhunderts dahin gelöst, daß Liberale Elemente in die Verwaltung eingeführt wurden, so daß die Bürgerschaft ohne Restriktionen durch die Staatsverwaltung wirtschaftliche Interessen wahrnehmen konnte.

Die Verwaltung übernahm die Ordnungsfunktionen.

Die Restaurationsbewegung nach 1850 entzog den liberalen Elementen wiederum den Bewegungsspielraum. Gleichzeitig nahmen

Anfänge des Sozialwesens

des bürgerliche Recht sowie das Straf- und Handelsrecht ihre endgültigen Formen an.

Gleichzeitig entstanden die Anfänge des Sozialwesens. Die sich so ergebende Verwaltungsstruktur wurde durch die Weimerer Verfassung, durch das Dritte Reich und das Grundgesetz nicht wesentlich geändert.

Vor diesem Hintergrund weiteten sich die Aufgaben der Verwaltung außerordentlich aus ; und zwar auf Grund der Entwicklung des Sozialstaates und der technisch-industriellen Entwicklung mit zunehmenden Ansprüchen des Bürgers an den Staat .." (1)

'Planende Verwaltung'

Es erwies sich als schwierig, Aufgaben vor allem im Bereich der staatlichen Dienstleistungen starr an Gesetze zu binden. Tendenziell ergab sich eine

- Ablösung der Prozeßsteuerung durch Gesetze auf eine
- den Ablauf steuernden P l a n .

Politische Willensbildung in der Praxis - verfassungswidrig E

Verwaltungsvorlagen

Die meisten Vorlagen für die parlamentarische Willensbildung gehen aus der Verwaltung hervor ;

Zielsetzung durch Verwaltung

- diese plant also und ist damit wesentlich an der
- Setzung von Zielen beteiligt.

Sie ist politisch geworden in dem Sinne, daß sie auf Grund ihrer breiteren Sachkenntnis und Kontinuität (o) unter Handlungsalternativen wählt und damit bereits Ziele setzt.

Die 'Kontinuität' bezieht sich hier auf den eingespielten Verwaltungsapparat, der systematisch und ausdauernd arbeitet.

(o) die Verw. verarbeitet kontinuierlich Informationen, die in der Regel zuerst i h r zufließen, nach eingehender 'Filterung' werden nur 'wichtige' Infos weitergegeben, u. U. nur auf Anforderung oder dringlicher Anfrage.

(1) FEHLAU, KIP, MEDDENS, H : Bürgerinformationen im politischen Willensbildungsprozess 1975

Entwicklung der Verwaltung zum Planungssubjekt

Die Verwaltung wurde zunehmend zum Planungssubjekt, obwohl nach der Gewaltenteilung gemäß Art. 20 GG die Funktion der Zwecksetzung und Planung der parlamentarischen Willensbildung zufällt. (hier: Rat der Stadt HANNOVER)

→ 'WUNSCHBENZKEN'

Programmbedürfnis des
Verw.-apparates

Verwaltungshandeln :
Ziel = Programmvollzug

"Auf der Basis der strengen Unterscheidung politischer Willensbildung und administrativer Willensvollziehung müßte man annehmen, daß die Parlamentsfraktionen als Partner des parlamentarischen Auswahlprozesses ständig von den gesellschaftlichen Interessen, Werthaltungen und Überzeugungen mit Programmanstößen gefüttert werden, daß diese Anstöße ausreichen, um das Programmbedürfnis des Verwaltungsapparates zu decken und daß schließlich die parlamentarisch ausgewählten Programme das Verwaltungshandeln so eindeutig festlegen, daß dieses Handeln als reiner Programmvollzug organisiert werden kann.

Diese Annahmen erweisen sich in der Praxis der kommunalen Selbstverwaltung als völlig unrealistisch.

In der Praxis liegt das Schwergewicht der Initiativen nicht bei den Fraktionen, sondern bei der Verwaltung.

Als Maßstab für diese Gewichtsverteilung kann gelten, daß in der Gemeindevertretung wesentlich mehr Verwaltungsvorlagen als Fraktionsanträge behandelt werden." (1)

Praxis: mehr Verwaltungsvorlagen
als Fraktionsanträge

(1) Holler, W., Naßmacher, K.-H., Rat und Verwaltung im Prozeß kommunalpolitischer Willensbildung, in: Beilage zur Wochenzeitung -das Parlament- 24.1.76

Die Rollen der Politiker und Parteien

Der Politiker hat die Aufgabe, gesellschaftliche Ziele und Leitlinien zu formulieren und die Verantwortung zu tragen..

Dem Politiker soll es möglich werden, neben seinen notwendigerweise von Wahl zu Wahl reichenden Handlungs- und Planungsabschnitten auch langfristige Zusammenhänge und Ziele berücksichtigen.

- Kontrolle der Planer, indem diese genötigt werden, die Zusammenhänge von Planungen der Öffentlichkeit zu erklären.
- mehr Klarheit und Rationalität der politischen Argumentation durch den Zwang zur Meinungsbildung innerhalb der Bevölkerung. *z. schaffen*
- Möglichkeit zu bürgernaher Politik u. damit zur Selbstdarstellung der Politiker und ihrer Tätigkeit. *über*

Gesetz über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967 (Parteiengesetz - BGB I, S. 773) in § 1 Abs. 2 führt u.a. aus:

- " Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere
- auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen...
 - die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern...
 - die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und
 - für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen."

aus Politik und Zeitgeschichte:

Beilage zur Wochenzeitung des Parlament

Wolfgang Holler, Karl-Heinz Naßmacher

- Rat und Verwaltung im Prozeß kommunalpolitischer Willensbildung -

B 4/76 24.1.76

o. Parteien u. Interessengruppen

Dieses Grundmuster ist zunächst im Sinne von Art. 9 und 21 GG zu verfeinern. Nach Artikel 21 wirken die Parteien "bei der politischen Willensbildung des Volkes mit".

Art. 9 verbürgt das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit, ausdrücklich auch zur "Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen".

Damit ist durch das Grundgesetz die Teilnahme von privaten Vereinigungen (Interessengruppen) an der politischen Meinungs- und Willensbildung bejaht. Sie und die Parteien sind als (in unterschiedlicher Weise) "Beteiligte" im Willensbildungsmodell der Verfassung zu sehen.

o. Voraussetzungen politische Willensbildung

- Inkarnation -

Informationsbeziehungen nach den Intentionen des Grundgesetzes

Das Grundgesetz enthält teils ausdrücklich, teils implizit eine Organisations- und Verfahrensstruktur und eine zu ihr komplementäre Informationsstruktur, in deren Rahmen sich die politische Meinungs- und Willensbildung vollziehen soll.

Das Grundmuster für dieses Modell liefert Art. 20 Abs. 2 GG: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt." Dem liegt, nimmt man Art. 38 hinzu, als Vorstellung zugrunde:

Die politische Willensbildung nimmt ihren Anfang bei der politischen Meinungsbildung im Volk. In periodisch wiederkehrenden Wahlen artikuliert sich die Summe der im Volk vorhandenen Meinungen. Es werden auf Zeit "unmittelbare Repräsentanten" gewählt, die für das Volk die Staatsgewalt ausüben. Mit der Wahl sind keine verbindlichen Aufträge und Weisungen verbunden, die gewählten Repräsentanten bringen, idealtypisch nur sich selbst verantwortlich, den "legitimen hypothetischen Volkswillen" zur Geltung. Sie ernennen und legitimieren ihrerseits die "mittelbaren Repräsentanten" der Rechtsprechung und Vollzugsverwaltung.

M. Schulz, Norder, 990

- Entwurf alternativer Pläne nach den gesellschaftlichen Zielvorstellungen.

Gerade das Denken in Alternativen ist im Partizipationsmodell wesentlich. Erst mit echten Wahlmöglichkeiten wird für den Bürger Entscheidungsfreiheit realisiert.

Bei nur einem vorgelegten Plan^{*} bleibt den Bürgern ebenso wie den Politikern meist nichts anderes übrig, als diesen hinzunehmen bzw. zu legitimieren.

** es werden in der Regel von der Verwaltung keine Alternativen verlangt bzw. angeboten, obwohl die besten Sachzustände, bis auf wenige Ausnahmen, durchaus Alternativen zulassen würden u. für kleinste öffentliche Aufträge sonst die alternative Angebote einzuholen sind.*

- PLAN U. PLANERÄUßERUNG -

Der Planentwurf soll im Part.modell in einem ständigen informativen Rückkopplungsprozess⁺ entstehen, damit die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen unmittelbar und rechtzeitig^{*} einfließen, bevor wesentlich sachliche Fakten und damit Sachzwänge vorliegen.

- Erläuterung der Pläne für Bürger und Politiker in verständlicher Form.

Hier tut sich für den Planer ein ungewohntes Tätigkeitsfeld auf. Er muß seine bisherigen Fachsprachen, technischen Pläne und andere nur ihm verständliche Darstellungen auf seine Adressaten ausrichten, er muß sie gewissermaßen "übersetzen".

** die Bürger erfahren von der Tatsache der öffentlichen Auslegung des BlP in der Verwaltung wenig oder gar nichts; die lt. Text vorgeschriebene Bekanntmachung durch die Verwaltung, nicht in den meisten Fällen, reicht aus.*

⊕ ... da sich durch die Eindämmung von Spekulationsmöglichkeiten durch das SEBauStB die Zielumsetzung erhöht, eröffnet sich die Möglichkeit, erstens für die mit dem von der Planung Betroffenen zu erörternden Plänen zu erörtern, zweitens die Bildung von Bürgerforen, Einberufung von Bürgerversammlungen ...

Erklärungsansätze zur Situation der Ratsherren

Aufblähen des Verw.-Apparates -
oder "eine Lanze brechen für
den Ratsherrn" ?

Alltag im Rat

Hauptentschuldigung: Arbeitsüber-
lastung

In der Regel hat der Wähler, Bürger keine Vorstellungen über die Quantität der Papierflut, die so über einen Ratsherrn hereinbricht während einer Ratsperiode.

Selbst einem gutwilligen Ratsvertreter gelingt es meistens nicht, nur annähernd alle Verw.-vorlagen zu lesen und zu prüfen.

Unbemerkt gerät der R. in eine fatale Routine: er hält die auf ihn zielenden Verwaltungsvorgänge, die ja offensichtlich auch routinemäßig ablaufen, für nicht veränderbar und "findet sich mit seinem (Ratsherrn-)schicksal ab.

Er macht's wie die anderen und konzentriert sich auf "wesentliche Vorlagen", die ohnehin in den Fraktionssitzungen der jeweiligen Parteien vorbereitet werden, abgestimmt wird im Rat dann en bloc - der Ratsherr wird zur Abstimmungsmaschine erniedrigt.

Das Verwaltungshandeln wird m.E. legitimiert durch die Trägheit der politischen Mandatsträger, d.h. die Politiker lassen sich durch "Verwaltungshandeln" an die Wand drücken, an der Verw.-bürokratie ändert sich nichts!

Alternativen - Zieleingabe durch Politiker

Ein grundsätzliches Planungsdilemma liegt in der Tatsache, daß die jeweils regierenden Politiker der Opposition die Rolle der Alternativbildung zuweist; dies führt zu Scheinalternativen, denn zur Ausführung kommt in der Regel der Vorschlag der Regierungsmehrheit.

Diese Praxis und dieses Verständnis von alternativen Planaufstellungen färbt natürlich auf die Verwaltung ab, die sich ihrerseits ihren Legitimationspartner sucht.

Im Falle Linden-Süd hat sie diesen Partner in der Bürgerinitiative gefunden.

Die Verwaltung wurde ihrer Aufgabe enthoben, zu alternativen Lösungen und Planungen zu kommen, da die Bi Gegenplanungen vorgelegt hat.

übliche Praxis auch auf
Bundesebene

Gegenplanung als Ersatz von not-
wendiger Alternativ-Planung ?

Die Stellung von Fraktion und Parteiorganisation

Quelle?

"Die Tatsache, daß der spezifisch kommunalpolitische Teil des Sozialisationsprozesses von Parteien nicht gesteuert wird, führt dann dazu, daß eine andere Gruppe die Steuerung übernimmt, nämlich die Verwaltungsspitze. Die Verwaltungsleute müssen bekanntlich mit jedem neuen Rat leben und zu diesem Zweck dessen neue Mitglieder möglichst schnell anlernen, und zwar auf ihre Sichtweise der Politik. Da ihre Sichtweise der Politik ihren Niederschlag vor allem in Verwaltungsvorlagen findet, lernen die neuen Ratamitglieder vorrangig das Lesen von Verwaltungsvorlagen, und zwar günstigstenfalls mit den Augen eines Verwaltungsangehörigen. Spätestens damit beginnt aber die Entfremdung zwischen entsendender Parteiorganisation und neu gewählten Mandatsträgern."

" Wenn lokale Parteiorganisationen und kommunale Fraktionen dem nicht gemeinsam entgegenwirken, besteht die Gefahr, daß Partei und Fraktion völlig getrennt nebeneinanderher arbeiten.

In welchem Ortverein finden z.B. regelmäßig gemeinsame Sitzungen von Ratsmitgliedern eines Ortsteils mit dem betreffenden Ortsvereinsvorstand statt?"

Der Rat als Ratifikationsorgan

"Die Orientierung der Ratsarbeit an Beschlusvorlagen der Verwaltung führt zwangsläufig dazu, daß der Schwerpunkt der parlamentarischen Tätigkeit sich auch bei den kommunalen Vertretungskörperschaften in die Ausschüsse verlagert und das Ratsplenum zum bloßen Ratifikationsorgan wird..."

"Die in diesem Verfahren zum Ausdruck kommende Scheu, Konflikte gegenüber der Öffentlichkeit auszutragen, manifestiert sich besonders deutlich in der Tendenz zu einstimmigen Ratsbeschlüssen. Diese rufen in der Öffentlichkeit das trügerische und unpolitische ..Bild hervor, es gäbe keine Meinungsverschiedenheiten, keine Konflikte und keine politischen Alternativen."

Kontroverse Beratungen gibt es nur in den nicht-öffentlich tagenden Fachausschüssen, in den öffentlichen Ratsitzungen wird die geleistete Verwaltungsarbeit zur Schau gestellt und die Fraktionen erhalten Gelegenheit, sich zu profilieren und ihr politisches Image zu pflegen.

"Die meisten Verwaltungsvorlagen passieren die Ausschüsse ohne erhebliche Veränderungen, weil die "Durchschlagskraft" entscheidungsreifer Verwaltungsvorlagen - aus vielerlei Gründen so stark ist, daß in den Ausschüssen keine große Auseinandersetzung darum mehr erwartet werden kann."

"Die Stellung der Verwaltungsspitze gegenüber dem Rat ist auch institutionell relativ stark."

"Formal besteht die Hauptaufgabe von Ratsmitgliedern darin, an Rats- und Ausschusssitzungen teilzunehmen. Hier ereignet sich vorrangig, was die (jeweilige) Gemeindeordnung **kommunale Selbstverwaltung** nennt." Dieser "Parlamentarismus" hat wohl seinen eigentlichen politischen Sinn verloren, "nämlich politische Konflikte in der Öffentlichkeit darzustellen, um deutlich zu machen, daß es politische Meinungsverschiedenheiten zu kommunalpolitischen Fragen gibt, wo sie begründet liegen und wie die einzelnen Parteien sich zu diesen Konflikten stellen". Wer das von einer kommunalen Vertretungskörperschaft erwartet, wird enttäuscht. Im parlamentarischen Alltag werden **Verwaltungsentscheidungen ratifiziert** und das "Kommunalparlament" stimmt dem zu, was die Verwaltung (in **Vorabstimmung mit den Fachausschüssen** oder einzelnen Mitgliedern der Vertretungskörperschaften) soweit vorbereitet hat, daß es eigentlich nicht mehr abgelehnt werden kann.

Interessengruppen - Einfluß und Stellenwert in der Kommunalpolitik

Wir verwenden den Begriff "Interessengruppen", um uns die Aufzählung der einzelnen Gruppen zu ersparen. - Gemeint sind z.B. Träger öffentlicher Belange, Verbände, Vereine etc.

Durch die Sanierung sind neue Gruppen hinzugekommen, für den Bereich Sanierung Linden Bürgerinitiativen, Sanierungskommission, die eine Beteiligung am Planungs- und Entscheidungsprozeß fordern.

Wir wollen einen Eindruck von den Schwierigkeiten vermitteln, die jeder von uns hat und haben wird, wenn er mit diesen I.-gruppen zu tun hat und sehen lernen, wo die Ansatzpunkte und Angriffsflächen liegen für eine Gegenmacht - wer vertritt welche, unsere Interessen ?

Die besondere Rechtsstellung der Interessenorganisationen ergibt sich aus folgenden Aspekten:

- die verfahrensmäßige Beteiligung von Interessenverbänden im Gesetzvorbereitungs- und Gesetzgebungsverfahren
- der organisatorische Einbezug von Verbänden in die unmittelbare Staatsverwaltung durch Beiräte, Fachausschüsse oder beratende Ausschüsse
- die Beteiligung von Interessenverbänden in Beschlusorganen von Behörden der unmittelbaren Staatsverwaltung
- die Ausübung staatlicher Hoheitsaufgaben auf dem Delegationsweg

*Wie einfügen: oder Hinweis auf Aufstellung u. Verfahrenspraxis TBG
insbesondere der veränderte Stellenwert des TBG bei der Be-
scheidbildung in Entscheidungsverfahren bei der Bundesregierung, Litid*

- Ebenso wie im staatlichen Bereich etablierten sich auf privater Ebene diejenigen, die dort die Steuerungs- und Planungsinstrumente beherrschten: Es bildeten sich Interessengruppen.¹ Ihre Fähigkeit, ihre Anliegen in gleicher Sprache zu artikulieren, begünstigte ihre relative Nähe zu der planenden Verwaltung. Von großer Bedeutung für die Verwirklichung der Ziele der Interessengruppen sind die rechtlichen Einflußmöglichkeiten in der Institutions- und Kompetenzordnung der BRD.¹ (1)

*Die etablierten Interessengruppen haben innerhalb des Planungs-
u. Entscheidungsverfahrens einen besonderen Stellenwert. Sind sie
es doch, die durch ihren individuellen Zusammenschluß u.
durch ihre Unterschiedlichkeit die Vereinbarkeit oder schiedliche
Interessensicht von Betroffenen (allgemein) repräsentieren.*

(1) HOLLER, a.a.O

Mitwirkung von Verbänden in Gesetzgebung u. Verwaltung

Besonders bedeutsam ist die Mitwirkung von Verbänden im Bereich der Gesetzgebung und Verwaltung. Idealtypisch wird davon ausgegangen, daß an den politischen Entscheidungen nur die "öffentliche Meinung", politische Parteien, Parlamente, Regierung und Verwaltungen mitwirken.

Folglich müssen Interessengruppen ihre Einflußchancen über die öffentliche Meinung, über die politischen Parteien

und über parlamentarische Stellen, über Regierungs- und Verwaltungsebenen nutzen.

Diesem Zweck dienen verbandseigene Presseorgane oder Institute sowie Verlautbarungen in den Massenmedien, Kundgebungen, Versammlungen usw.

nach den in Art. 20 GG verankerten Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit können *(wahlen)*

Vereinigungen gesellschaftlicher Gruppen im staatlichen Bereich weder formale Mitentscheidungs- noch Kontrollrechte eingeräumt werden. Ihre Teilnahme ist hier auf den Meinungs- und Informationsaustausch beschränkt. Dies gilt gleichermaßen für die Bestrebungen nach bürgerschaftlicher Teilhabe an staatlichen Entscheidungsprozessen außerhalb von Wahlen und Abstimmungen.

o Kontrollmöglichkeiten - wer kontrolliert wen?

Im engen Zusammenhang hiermit steht ein weiteres Element des Willensbildungsmodells. Es ergibt sich aus Art. 20 Abs. 3 GG. Die dort ausgesprochene Bindung der Staatlichen Organe an Recht, Verfassung und Gesetz besagt zugleich, daß die Organe kontrollierbar sein müssen.

Dies gilt für die obersten und für alle nachgeordneten Organe und meint *inwieweit* die gegenseitige Kontrolle, wie die parlamentarische und gerichtliche Kontrolle der Verwaltung.

Gemeint ist andererseits aber auch die informelle Kontrolle durch die Bürger und Wähler. ||

o Öffentlichkeit - öffentliche *in* Bildung

|| Solche Kontrollierbarkeit aber setzt ein Höchstmaß an Öffentlichkeit im Handeln jener Organe voraus, auch wenn im Grundgesetz in dieser generellen Form davon nicht ausdrücklich die Rede ist.

Dieses Gebot der Öffentlichkeit bezieht sich auf den Bereich der Öffentlichkeit, jenen Bereich des gesellschaftlichen Lebens, in dem sich "öffentliche Meinung" bilden kann. ||

Thema:

(1)

(1) siehe folg. Seite →

o. Betroffenheit

Der Begriff "Betroffenheit" wird oft für eine Operationalisierung des Begriffs "Öffentlichkeit" verwendet. Aber auch "Betroffenheit" ist nicht ohne weiteres faßbar. Neben den tatsächlich Betroffenen gibt es die potentiell Betroffenen, also Individuen, die in gleichen Ausgangslagen leben. Betroffenheit ist ein Index aus vielerlei Faktoren, wie Ortsansässigkeit, Besitz, Zahl der abhängigen Familienmitglieder, vermutliche Verbleibdauer* etc. Neben materiellen Komponenten sind auch psychische Faktoren⁺ zu beachten. ||

* betrifft hier die Situation der Ausländer in Stadtteil → siehe Objekt Ausländer & Deutsche

+ "Betroffenheit als psychischer Faktor": hier auch artikulierte oder nicht artikulierte "Heimatgefühl", Verbundenheit mit seiner Umgebung, möglicherweise Identifikation mit dem Stadtteil, politisches Selbstverständnis, Emotionalität etc.

(Habermas, J.: Öffentlichkeit. -in Fischer Lexikon "Staat und Politik", S. 220-226, Frankfurt 1964)

In diesem Verständnis, als (weitgehend durch die Massenmedien geprägtes) Feld der politischen Meinungsbildung, ist die Öffentlichkeit im Modell der politischen Willensbildung zu berücksichtigen. (siehe Schema S. 26)

Die veränderte Bedeutung von Öffentlichkeit

Öffentlichkeit als Medium
Zur Durchsetzung von
Ansprüchen

"Öffentliches Wohl"

FAZIT →

Das Grundgesetz unterstellt eine Öffentlichkeit dergestalt, daß durch Diskussion aller Belange von "öffentlichem Interesse" auf staatliche Entscheidungen so eingewirkt werden kann, daß sie nur im Sinne der Bürger und nach Kriterien der öffentlichen Wohles erfolgen.

Diese Vorstellung hat neben der Trennung von Staat und Gesellschaft, neben vollinformierten Bürgern, auch einen repressionsfreien Raum zur öffentlichen Auseinandersetzung zur Voraussetzung.

So wird "Öffentlichkeit" nicht mehr Mittel zur Kontrolle der Macht, sondern das Medium zur Durchsetzung von Machtansprüchen. Der inhaltliche und politische Willensbildungsprozeß findet in einem Zusammenspiel der etablierten Gruppen unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Öffentlichkeit ist Objekt von Meinungsmanipulation und staatlichen Maßnahmen geworden.²⁾

"Die Diskussion um das "öffentliche Wohl", seine Voraussetzungen und Realitäten, stößt zunehmend auf Schwierigkeiten, die mit der Konsensbildung über die Reihenfolge der Befriedigung individueller und kollektiver Bedürfnisse wird also kritisiert, daß politische Entscheidungen nicht nach Diskussion des Für und Wider im Parlament, sondern in einem sehr komplizierten, im wesentlichen nicht-öffentlichen Prozeß zwischen Regierung, Verwaltung, Parteizentralen und Fraktionen unter Beteiligung der Interessenverbände ausgehandelt werden.

Öffentlichkeit artikuliert sich meist nur als Partikularinteresse.

1) Schäfers, B.: Zur Genesis und zum Stellenwert von Partizipationsforderungen im Infrastrukturbereich - Raumforschung und Raumordnung, 1974, H. 1

2) Dietze, P.: in Arbeitsberichte zur Planungsmethodik 1972, S. 95

o Meinungsaustausch in der Öffentlichkeit

In der Freizeit sollen die Bürger auch
gehört werden. Viele, möglichst verschiedene
Meinungen

Das Demokratiekonzept des Grundgesetzes verlangt, daß hierbei eine freie und geistige Auseinandersetzung darüber stattfindet, was zu tun notwendig sei. An ihr sollen um der Freiheit und Gleichheit der Bürger willen möglichst viele beteiligt sein¹⁾.

Nach dem Modell im Grundgesetz fließen Informationen (Soll-Daten) von den Bürgern zu den Politikern auf zwei Wegen - über Wahlen und Abstimmungen sowie über die Öffentlichkeit. Auf dem ersten Weg artikuliert sich der empirische Volkswille, auf dem zweiten erfolgt die freie Bildung der öffentlichen Meinung.

Dies setzt unbehinderte und umfassende Information der Staatsbürger über alle relevanten Tatbestände voraus, die freie Entfaltung von Meinung und Gegenmeinung, sowie ein Höchstmaß an Öffentlichkeit des staatlichen Handelns.

Bürgerrecht auf
Information

In diesem Sinne enthält das Grundgesetz einen Anspruch der Öffentlichkeit auf Information oder, wie es auch formuliert wird, ein "Bürgerrecht auf Information".

Ein ausgesprochenes Grundrecht auf Information verbürgt das Grundgesetz nicht." (1)

man achte auf die fremdenige
Unterschiede!

1) ELLWEIN, Th. : Regierungssystem, 1965 S. 63 ff.

These: "Die Bürger werden nur über gesetzte Ziele informiert, aber nicht an der Zielfindung u. alternativen Zielauswahl beteiligt."

o Informations - Kreislauf Partei - Bürger - Verwaltung

Die entscheidenden Informationskreisläufe zur Zielsetzung bewegen sich größtenteils zwischen planender Verwaltung, Interessengruppen und Vollzugsverwaltung, in etwas geringerem Maße ist auch der Politiker berührt. Die Gruppe der Bürger ist in diesem Kreislauf nicht eingeschlossen. Hier besteht im wesentlichen ein einseitig gerichteter Informationsstrom.

^{zuf-}
Der Strom Politiker-Bürger liefert jedoch kaum noch alternative Kann-Daten und alternative politische Programme, vielmehr dient er in erster Linie mehr der Selbstdarstellung und Werbung der Parteien. Die Wahlen legen nicht mehr die vom Bürger gewünschten Soll-Daten fest, sondern legitimieren mehr das Tun des Politikers. "

Die Erfahrung zeigt, daß der Informationsstrom zur Artikulation des Bürgerwillens per periodischer Wahlen über den Regelkreis "Bürger-Politiker-Verwaltung" bei den erforderlichen komplexen Planungen zu lang ist. Planung ist nicht ein Ablauf, in dem ein statisches, zu einem früheren Zeitpunkt festgesetztes Planziel verwirklicht wird.

Die Gruppe des Experten u. planender Verwaltung wird von der 'Vollzugsverwaltung' mit Daten über den Ist-Zustand versorgt, weiterhin

"Für den Politiker sind
"Sackzwaenge" $\hat{=}$ Soll-Daten

hilft die planende Verwaltung den
Politikern Daten über vermeintliche oder
tatsächliche "Sackzwaenge". Diese sieht der
Politiker als Soll-Daten an. Ihre Realisierung
wird durch Weisungen u. gesetzl. Legitimation.

Entscheidungsprozesse = Info-verarbeitungsprozesse

Entscheidungsprozesse lassen sich als Informationsverarbeitungsprozesse deuten.

Das Planungshandeln und der damit verbundene Informationsverarbeitungsprozess orientiert sich an Zielen.

Parlamente und Regierungen "informieren" die Vollzugsverwaltung durch Rechtssetzung, bzw. durch politische Weisungen in deren Rahmen über den Vollzug von Programmen. Dabei verbleibt der Verwaltung jedoch ein Ermessensspielraum.

Informationen aus der Verwaltung über den Vollzug von Maßnahmen (Ist-Daten) erhält der Bürger im "Einzelverkehr" (Verfügungen, Bescheide), durch unmittelbare Wahrnehmungen und infolge bestimmter Öffentlichkeitsgebote. Das Modell schließt andererseits auch eine Information der Verwaltung durch entscheidungsbetroffene Bürger ein. (1)

"Ermessensspielraum" der Verw.

(1) Weddies, Fehlau a.a.O

'Rechtliche Perspektiven'

('es ist immer da!')

* Begünstigt wird diese Entwicklung, durch die Kontinuität des Verwaltungsapparates u. den Umstand, daß die Verwaltung nicht nur Hilfe selbst, sondern auch an entscheidende Stelle die politische Führung informiert.

Es wird deutlich, daß eine der politischen Führung partiell entzogene Planung die "Verwaltung" dazu verführen kann, die Präferenzen, Prioritäten und Bedürfnisse der konsumierenden Bevölkerung durch ihre eigenen Wertvorstellungen oder Ziele zu ersetzen und durch eine entsprechende Informationspolitik abzusichern bzw. zu stabilisieren.

Der Bedeutungszuwachs der Verwaltung geht einher mit einem entsprechenden Bedeutungsverlust der politischen Führung.

* ~~Wachte~~ ~~Wille~~

Wenn die "klassischen Instrumente" politische Führung - Verantwortunglichkeit
- Bürokratieformalismus
- Richtlinienkonkretisierung

gegenüber einer Verwaltung versagen, die durch zunehmenden Umfang u. zunehmende Komplexität ihrer Aufgaben u. Funktionen u. durch ihren Informationsvorsprung in die Lage versetzt ist, sich tendenziell hierarchische Lenkung zu entziehen,

entwickelt sich eine Tendenz zur Erhaltung bestehender Vorstellungen + Ziele, obwohl sich die Realität gerade im städtischen Raum ständig verändert.

Diese Entwicklung weitet sich in dem Maße aus wie Ziel- u. prioritätsetzende Funktionen der polit. Führung von der Verwaltung übernommen werden.

*

"Die führende Rolle mittelständischer Gruppen beim kommunalpolitischen Personal aller Parteien führt zu einer Dominanz bestimmter Werthaltungen und Einstellungen, indem Eigentumsbezogene und organisierte Interessen Vorrang genießen vor anderen.

Gemeinsame

Wertmaßstäbe der sozialen Aufsteiger, herrschen vor, und von diesen gemeinsamen Wertmaßstäben her werden sowohl politische Entscheidungsaufgaben bestimmt als auch politische Einzelentscheidungen getroffen. Diese Erfahrungen aus dem kommunalpolitischen Alltag stehen im diametralen Gegensatz zu den Vorstellungen, die vom jeweiligen Landesgesetzgeber den einzelnen Gemeindeordnungen zugrundegelegt wurden."

◦ DIE ROLLEN DER BETEILIGTEN ◦

Partizipation als gesamtgesellschaftliches Ziel bedingt für alle Beteiligten neue Spielregeln.

Die Informationsbedürfnisse der an der Planung Beteiligten folgen neben der Ausrichtung an Zielen aus der Funktion, die sie in der Entscheidungsorganisation ausüben sollen.

◦ PARTICIPATIONSDIELE DES BÜRGER ◦

- Mitgestaltung der Umwelt als Teil der Selbstbestimmung des Bürgers im Sinne des Grundgesetzes Art.2
- stärkere Identifikation des Bürgers mit seiner Umwelt
- Kontrollmöglichkeiten des Legislative, indem Konflikte offener ausgetragen werden.
- Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von Minderheiten.
- Sozialisation und Einübung in demokratisches Verhalten.

◦ KRITIK

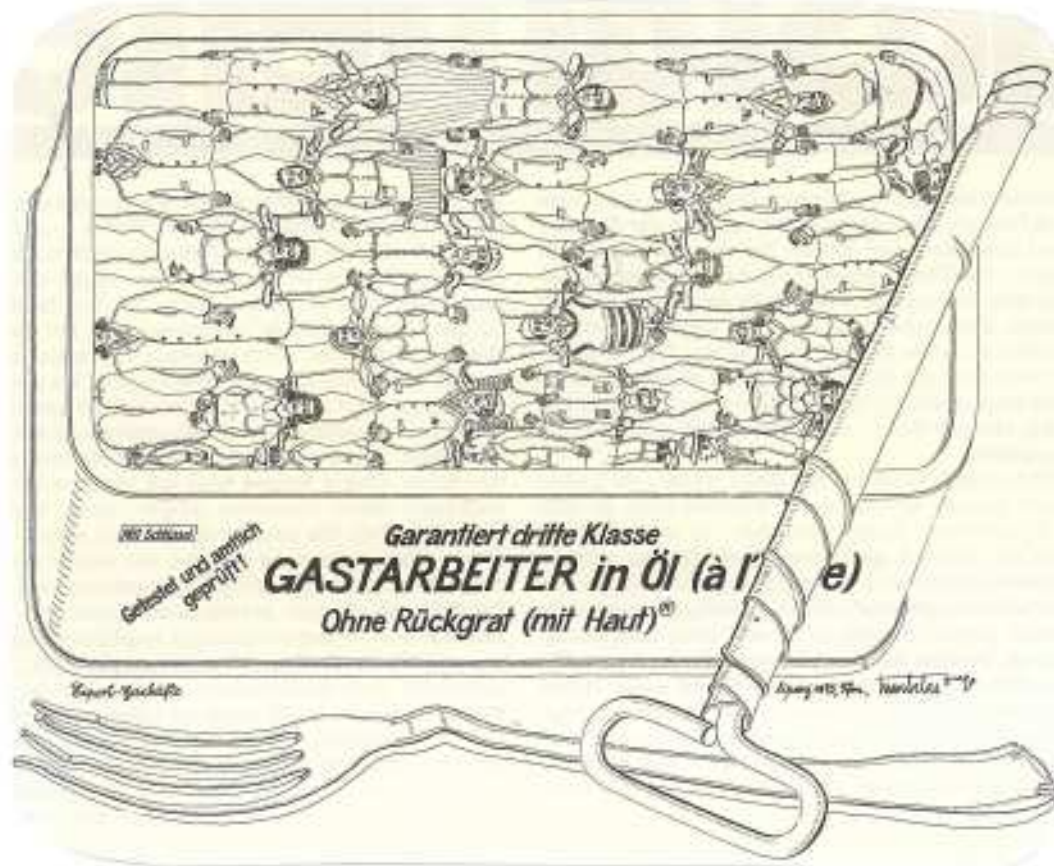
Die Kritik gegen diese Ziele argumentiert auf der einen Seite mit

- der "Trägheit des Bürgers", die bei den komplexen und dynamisch ablaufenden Planungen nicht schnell genug zu überwinden sei,

auf der anderen Seite damit, daß

- Bürgerbeteiligung revisionistisch sei und nur systemkorrigierenden, nicht systemüberwindenden Charakter habe.

AUSLÄNDER & DEUTSCHE



4.
DOКУМЕНТАTION
DER DISKUSSION
ÜBER DIE
SOGENANNTEN
AUSLÄNDER
PROBLEMATIK

1 ARBEITSGRUPPE 6: PROBLEME DER GASTARBEITER Hannover, 30.1.73

Die Arbeitsgruppe hat bisher an folgenden Terminen getagt:
18., 25.11.72 und 6., 13., 26.1.73 (Mitsch können noch Zwischen-
termine, die dem Berichterstatter nicht bekannt sind)

Die Arbeitsgruppe stellt sich zunächst die Frage, welches
das Ziel ihrer Arbeit sein könnte:

- kann sie Initiativgruppe für den Aufbau von Interessenvertre-
tungen der Gastarbeiter sein, mit dem Ziel, eine auf die Pro-
bleme der Sanierung ausgerichteten Selbstorganisation der
Gastarbeiter anzusorgen?
- ist sie nur eine Gruppe, die die Information der Gastarbei-
ter über die Sanierung organisieren soll?
- ist sie eine Gruppe, die die Interessen der Gastarbeiter im
Rahmen der Arbeit der Bürgerinitiative vertritt?

Die Frage der möglichen Zielrichtung der Arbeit der Gruppe
bleibt offen.

Im weiteren Verlauf der Arbeit stellt die Gruppe fest, daß für
die Sanierung davon ausgegangen werden muß, daß die Probleme
der Gastarbeiter im Prinzip die gleichen sind wie die der
deutschen Einwohner von Linden-Süd, nur stellen sie sich ver-
schärft dar. Die Probleme liegen in// den Bereichen:

1. Wohnen (Wohnungsqualität und Mieter/Vermieterverhältnis)
2. Bevölkerungsstruktur (hier vor allem die Probleme
des Verhältnisses zwischen Deutschen und Auslän-
dern, nicht als Zahlenverhältnis, sondern als zwis-
schenschlechtes)
3. Probleme von Bildung, Freizeit und Kommunikation

Es wird in diesem Zusammenhang überlegt, wo nicht diese Proble-
me von den jeweiligen Arbeitsgruppen mitbearbeitet werden soll-
ten, da die Gruppe sie nicht selbstständig behandeln kann.

Zur besseren Analyse der tatsächlichen Situation der auslän-
dischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in Linden-Süd nimmt
sich die Arbeitsgruppe vor, die jeweils zuständigen Sozialar-
beiter über die Situation zu befragen. Über die Ergebnisse
dieser Gespräche soll ein eigener Bericht angefertigt werden.

Die Arbeitsgruppe hat bisher keine Chance dafür gesehen, daß
die Mitarbeit von Gastarbeitern in der Gruppe oder in selb-
stständigen Gruppen erreicht werden kann.

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr. 61) vom 2.4.76
Diskussionsleiter

S. Weinhof
Deiters

TOP 1. ZUGSTOPP-RICKLINGERSTR. 78

Sozialpl. Bericht: Die stadteigene Wohnung Ricklingerstr. 78 ist von dem deutschen
Mieter an eine türkische Fam. untervermietet worden. Der Mieter hat inzwischen eine
andere Wohnung bezogen, ohne die Mietrechnung zu begleichen. Eine Genehmigung zur
Untervermietung ist nicht erteilt worden. Da ein Zuzugstopp besteht, soll die BI
darüber entscheiden, ob die Fam. einen Mietvertrag erhält.

BI: Allgemein sprach sich die BI noch einmal für einen Zuzugstopp insbesondere der
Ausländer aus, da der Stadteigentümer eine weitere Steigerung des ohnehin schon hohen An-
teils nicht verkraftet, andererseits wurde der vorliegende Fall als Härtefall betrach-
tet und der Antrag gestellt:

"Die BI stimmt bei Beibehaltung des grundsätzlichen Zuzugstopps zu, dass in diesem
Einzelfall die türkische Fam. die Wohnung behält."

Ergebnis: Einstimmig angenommen.

Gleichzeitig forderte die BI, dass die Gen. Baugesellschaft gerichtliche Schritte
gegen den deutschen Mieter einleitet, um weitere derartige Fälle zu verhindern.

2 "ohne uns läuft hier nichts!"

Aus einem Gespräch mit Mitgliedern der BI 1976

in: Brech/Greif (Hrsg.), Bürgerbeteiligung mit Experten,
Weinheim/Basel 1978, Seite 207 f

Die ausländischen Familien im Viertel

- Um die Ausländer, die beschließen sich die Gemeinwesenarbeiter
etwas. Wir wissen aber gar nicht, inwieweit die Ausländer
überhaupt Interesse haben. Die meisten wollen ja nur be-
sondere billig wohnen. Die verdienen in der Regel ja ge-
nau so viel wie ihre deutschen Kollegen. Die wollen mög-
lichst viel sparen und dann wieder nach Hause, deshalb
sind sie an billigen Wohnungen interessiert. Die helfen
sich mit den primitivsten Wohnungen und sind sogar stauer,
wenn sie in eine bessere Wohnung sollen, weil die auch
mehr kostet.

- Wir haben einen Ausländerstopp durchgesetzt, damit nicht
noch mehr hier in unser Gebiet kommen. Wir wollen ja un-
seren Stadtteil wieder zu einem lebenswürdigen Stadtteil
machen. Der Aufnahmestopp gilt aber natürlich nur für
städtische Häuser. Es war uns bisher noch nicht möglich,
private Hausbesitzer zu beeinflussen. Die meisten deut-
schen Wohnungssuchenden wollen ja Wohnungen mit Bad und
Toilette, das ist bei unseren Häusern meistens nicht der

Fall, deshalb werden diese Wohnungen an Ausländer vermie-
tet.

- Das Problem der Ausländer ist ja noch nicht gelöst. Wir
haben deshalb eine Arbeitsgruppe gebildet, um das Problem
mal in den Griff zu bekommen, um Richtlinien auszuarbei-
ten, nach denen wir dann hier handeln können. Wir wollen
den hohen Ausländeranteil von 23 % herunterdrücken, un-
sere Vorstellung ist etwa auf 10 %. Das ist zwar schwie-
rig, aber man muß eben etwas dafür tun. Wir haben die Ge-
meinwesenarbeiter aufgefordert, daß sie auch aufgrund
ihrer zur Verfügung stehenden Zeit da mitarbeiten. Die
Vorsitzende dieser Arbeitsgruppe ist z. B. eine Gemein-
wesenarbeiterin. Im Augenblick sind wir dabei, die ein-
zelnen Gruppen im Viertel einzuladen, und uns einen Über-
blick zu verschaffen, wie das hier so läuft. Es drängt
etwas, weil hier ja laufend Wohnungen vergeben werden.
Bisher war man immer der Ansicht, daß durch Neubauten,
die verhältnismäßig teure Wohnungen mit viel Komfort ha-
ben, und modernisierte Wohnungen mit viel Komfort die
Ausländer draußen bleiben. Dadurch sollte allmählich die
Struktur verändert werden. Das hat sich aber als Trug-
schluß herausgestellt. Teilweise legen nämlich auch die
Ausländer Wert auf gute Wohnungen.

223

4

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr.184) vom 14.12.76 G.Weinhof
Diskussionsleiter Galkers

TOP 4. ARBEITSGRUPPE AUSLÄNDER/BERICHT

BI-Bericht: Zunächst sollen die Ursachen der Schwierigkeiten zwischen Ausländern und Deutschen untersucht werden. Dafür sollen insbesondere Personen, die mit Ausländern zusammenarbeiten befragt werden. Zum Problem des hohen Ausländeranteils wurden Möglichkeiten diskutiert, Privateigentümer zum Anschluss an einen Zugusstopp zu bewegen.

BI-Bemerkungen: Es wurde darauf verwiesen, dass die Stadt die Möglichkeit gehabt hätte durch eine andere Mieterpolitik und insbesondere eine kontinuierliche Instandhaltung der Häuser den Auszug von Deutschen und den Zuzug von ausländischen Mietern zu verhindern. BI-Teilnehmer wiesen darauf hin, dass die Stadt nachweislich mehrfach den Beschluss eines Zugusstops durchbrochen hat. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal die Forderung erhoben, dass die Nachbelegung von modernisierten und von Neubawohnungen über die Vergabekommission läuft.

Ergebnis: Es soll überprüft werden, ob der Zugusstopp unterlaufen wird. Der Top wurde auf die TD der nächsten SK-Sitzung gesetzt (sicherlich bei 1 Gegenstimme beschlossen). Es wird ein Bericht von Grüning, bzw. Lips und Stukenbrok gefordert.

5

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr.185) vom 21.12.76 G.Weinhof
Diskussionsleiter Deschner

TOP 1. POST

Schreiben des Stadtplanungsamtes zur Vergabe von Neubawohnungen:
Die Wohnungen werden zu 25% an direkt Sanierungsbezieher vergeben, 75% werden von anderen Bewerbern bezogen.

BI: Es bleibt unklar, ob die 75% aus anderen Stadtteilen kommen. In diesem Zusammenhang wurde nochmals darauf verwiesen, dass die Wohnungen nur an Lindener vergeben werden sollen.

Ergebnis: Mehold (Vurw.) erklärte sich bereit, zu klären ob auch Zuzüge von aussen stattfinden oder ob der Bewerberkreis von vornherein auf Lindener eingegrenzt ist.

Schreiben der Sozialplanung zur Nachbelegung von städtischen Neubau bzw. modernisierten Wohnungen:
In dem Schreiben wird erklärt, dass bei der Nachbelegung ausschliesslich Sanierungsfälle berücksichtigt wurden.

Ergebnis: Das Schreiben wurde an die AG-Ausländer verwiesen.

6

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr.179) vom 9.11.76 G.Weinhof
Diskussionsleiter Klages

TOP 4. BLOCKVERSAMMLUNG/BERICHT 8.000 24/25

BI-Bericht: Die Versammlung war nur von 2 Betroffenen besucht. Zu Anfang wurden die Planungen von Stadt und BI vorgestellt, wobei bei der Planung der BI in wesentlichen die Unterschiede zur Planung der Verw. dargestellt wurden, Umfang der Abrissmassnahmen mit Konsequenzen auf die Mietentwicklung etc. Die anwesenden Blockbewohner äusserten ihr Interesse, wohnen zu bleiben. Gleichzeitig wiesen sie auf ihr sehr geringes Einkommen hin und plädierten für eine Instandsetzung bzw. teilweise Modernisierung, um wesentliche Mietsteigerungen zu vermeiden.

BI-Stellungnahmen: Es wurde noch einmal auf die für die GEM beschleunigten Wohnverhältnisse z.B. in der Riedlinstr.84 hingewiesen.

Kritisiert wurde, dass eine Reihe von Blockbewohnern und -erwehmem keine Einladungen zur Blockversammlung erhalten haben. Insbesondere haben die ausländischen Bewohner (ca.50% im Block) entweder gar keine, zumindest keine übersetzten, Einladungen erhalten. Somit ist eine Beteiligung nicht gegeben und das B-planverfahren muss unter Umständen neu aufgestellt werden.

TOP 7. AUSLÄNDERPROBLEMATIK

BI: Wegen des hohen und steigenden Anteils der Ausländer an der Wohnbevölkerung und den dadurch aufgetretenen Spannungen soll diese Problematik intensiver diskutiert werden. Dazu soll eine BI-AG gebildet werden. Teilnehmer: Deiters, Klages, Köhnel, Manong, Galkers, Strohmeyer.

An der AG sollen auch Möglichkeit auch Ausländer beteiligt werden. Nach der hitzigen Auseinandersetzung um die 'Ausländerproblematik' bei der letzten Sitzung sprach sich die BI für eine rationale Diskussion aus, die auch die Ursachen der Problematik miteinbezieht. z.B. hat die Verschlechterung der Wohnverhältnisse in Linden aufgrund Jahrzehntelang unterlassener Instandhaltung zu einem Fortzug der Deutschen und Zuzug der ausländischen Bevölkerung geführt.

Die AG soll verschiedene Fragen prüfen z.B. Anteil der Ausländer, Wohnstandorte, Verhalten der GEM und der Privateigentümer bei der Belegung von Wohnungen, Verhalten des Amtes f. Wohnungswesen, dem vorgeworfen wird den grössten Teil der Ausländer nach Linden abzuschicken. Ferner sollen Möglichkeiten der Einflussnahme z.B. über die Vergabekommission überleert werden.

7

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr.182) vom 30.11.76 G.Weinhof

TOP 2. SCHIESSEFREI IN DER CHARLOTTENSTR.

Die BI wies auf die negativen Auswirkungen auf das "Image" von Linden hin. Das wurde entgegengehalten, dass solche Auseinandersetzungen nichts neues sind und auch nicht zugenommen haben. Es wurde davor gewarnt, die Ausländer dafür verantwortlich zu machen.

Vertreter der Polizei erklärten, dass andere Stadtteile genauso von solchen Auseinandersetzungen betroffen sind, wie Linden-süd. Als Konsequenz aus dem o.g. Fall werden im Bereich der Charlottenstr. verstärkte Streifen gefahren.

Die BI forderte neben einer Verstärkung der Streifen eine Verbesserung der Beleuchtung. Mit den Hintergründen der Auseinandersetzung soll sich auch die AG-Ausländer befassen.

AG-AUSLÄNDER: Termin: 8.12. 17 Uhr ID, Franzstr.12

-224-

8) Protokoll der 19. Sitzung der Sanierungskommission vom 6. Januar 1977
Tagesordnung

6. Bürgerinitiative: Anfrage zur Einhaltung des Zugangsstopps für Ausländer in städtische Wohnungen in Linden-Süd

Die Sitzung wurde ohne Festsetzung des nächsten Sitzungstermins abgebrochen.

9)

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr. 187) vom 11.1.77 G. Heinhof
Diskussionsleiter Vianen/König

TOP 3. STELLUNGNAHME DER VERWALTUNG ZU FRAGEN DER BI

Vergabe von Wohnungen an Bewerber die nicht in Linden wohnen?
(siehe dazu Prot. vom 21.12.)

Die Verw. (Machold) wies darauf hin, dass es schwierig sei vom Amt für Wohnungswesen zuzuwiesene Sozialhilfe abzulehnen und dass dadurch der Beschluss des Zugangsstopps nicht immer eingehalten werde. Ausländerzuzüge betreffen jedoch in erster Linie Privatwohnungen, auf die von Seiten der Verw. keine Einflussmöglichkeit besteht.

Der Zahlen

Der Nachzahl von

Die Durchwahl-Nr.
146 3117

Unser Zeichen

61.8

Hammer, Protokoll-Nr.

18. Januar 1977

- Sozialplanung -
Li/W

10)

Protokoll der Sitzung vom 11.1.77 (Protokoll-Nr. 187)
Richtigstellung zu TOP 3 (Vergabe von Wohnungen)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Ausführungen im Protokoll Nr. 187 zu TOP 3 über die Vergabe von Wohnungen an Bewerber, die nicht in Linden wohnen, treffen nicht zu.

Soweit es um die Vergabe von städtischen Altbauwohnungen geht, hält die Verwaltung sich uneingeschränkt an den Zugangsstop für Ausländer. Diese Wohnungen werden nur an Sanierungs-betroffene vergeben. Wir verweisen auf unser Informationsschreiben (siehe Protokoll vom 7.12.1976).

Bei der Vergabe von Neubauwohnungen und modernisierten Altbauwohnungen hat die Vergabekommission im Rahmen der Mitwirkungs-befugnis stets Lindenern den Vorrang gegeben. Allerdings können nach den Vergabekriterien auch andere Interessenten eine Wohnung erhalten, wenn aus dem Kreise der Lindener nicht genügend Be-werbungen vorliegen (Punkt 11 der Vergaberichtlinien).

Wir bitten Sie, um Missverständnissen vorzubeugen, den Satz 1 aus dem Protokoll Ihrer letzten Sitzung (Protokoll Nr. 187) zu dem Tagesordnungspunkt 3 ersatzlos zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Oberstadtdirektor
in Auftrage

11)

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr. 188) vom 18.1.77 G. Heinhof
Diskussionsleiter Celkern

Schreiben der Verw. zum Protokoll vom 11.1.77 zu Top 3 "Vergabe von Wohnungen an Bewerber die nicht in Linden wohnen" wird erklärt, dass sich die Verw. bei der Vergabe von städtischen Altbauwohnungen uneingeschränkt an den Zugangsstop für Ausländer hält und diese Wohnungen nur an Sanierungs-betroffene vergeben werden. Bei der Vergabe von Neubauwohnungen und modernisierten Wohnungen werden Lindener Bewerber, Allerdings können nach den Vergabekriterien auch andere Interessenten eine Wohnung erhalten, wenn aus dem Kreise der Lindener nicht genügend Bewerbungen vorliegen.

BI: Das Streichen des 1. Satzes zu Top 3 wird erwünscht, da er der Diskussion vom 11.1. entgegensteht. Die in dem Schreiben enthaltene Erklärung wird als Richtlinie für die betroffenen Ausländer aufgefacht.

Schreiben der Verw. zum Frage der BI nach der Bewerberstellung bei der Vergabe von Privatwohnungen für die zu verfallenden 27 1/2 Jahren in Oberburgen vor dem 64 zur des Sanierungsgebiet, 4 aus dem zugehörigen Stadtgebiet, 6 aus des übrigen Stadtgebiet. Unmittelbar Sanierungs-betroffene, mittelbar Sanierungs-betroffene 20. Weitere Angaben zur Haushaltsgröße, Alter, und Einkommen siehe Anlage.

TOP 7. AG- AUSLÄNDERPROBLEMATIK/ Zwischenbericht

Die AG berichtet insbesondere über das Ergebnis der letzten Sitzung auf der eine Lehrkraft der Ersterffschule (ca. 4% Ausländeranteil) zur Ausländer-problematik Stellung genommen hat.

Die AG wies auf die schlechten Verhältnisse unter denen Ausländer leben müssen hin und darauf, dass die entsprechenden Vorurteile abgebaut werden sollten.

BI-Vorwissen: Auf der einen Seite wurde als Zielsetzung der AG gesehen, den Anteil der Ausländer zu senken auf der anderen Seite wurde darauf verwiesen, dass Ausländer die AG-Arbeit die Schulleistungen und Probleme der Ausländer und mit Ausländern war. Es wurde auf die erheblichen Schwierigkeiten der Ausländer bei der Wohnungssuche hingewiesen. z.B. soll einer Fam. die Aufenthaltserlaubnis entzogen werden, weil sie keine entsprechende Behörde hat. - Die Steuerbefreiungsmöglichkeiten bei der Wohnungsvergabe wurden als nicht sehr positiv eingeschätzt, da die privaten Hausbesitzer bei schlecht instandgehaltenen Häusern froh sind, wenn sie sie an Ausländer verdingen können. - Es wurde darauf verwiesen, dass die Industrie die Ausländer als billige Arbeitskräfte rekrutiert hat und an ihnen verdient hat. Deshalb sollte die Industrie jetzt auch zur Kasse rufen werden. - Das Problem der überhöhten Mieten für Ausländer wurde als rechtlich schwierig über eingeschätzt.

Ergebnis: Die AG wird ein Diskussionspapier entwickeln.

- 12 - BERICHT DER AG-AUSLÄNDER: In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit wurde der Punkt auf den 7.8. vertagt. Er soll als Top 1 diskutiert werden. Die AG hat einen schriftlichen Bericht vorgelegt. (siehe Anlage).

TOP 2. BERICHT DER AG-AUSLÄNDER

Die Arbeitsgruppe Ausländer trug einen Ergebnisbericht vor (siehe dazu auch den schriftlichen Bericht, Anlage 1).
Der Arbeitspapier stellt den Ausgangspunkt für die Bildung einer Ausländer-AG dar, geht auf die Situation der Ausländer im Arbeitsbereich, im Wohnbereich, auf die Probleme ausländischer Kinder und Jugendlicher ein und versucht Konsequenzen für den Wohnbereich, den Freizeitbereich, den Kindergartenbereich und den Schulbereich aufzuzeigen.

In der anschließenden Diskussion wurden insbesondere die Ursachen des in Linden-süd relativ hohen Ausländeranteils, die Konzentration der Ausländer auf wenige Bereiche und die Spannungen zwischen deutschen und ausländischen Bewohnern angesprochen.

SI-Meinungen:

- Die Ausländer sind über eine "hinterhältige Werbung" nach Deutschland gekommen. Wenn eine Integration nicht jetzt geschaffen wird, werden bald ähnliche Probleme wie in den USA auftreten. Insbesondere arbeitslose Jugendliche werden Probleme schaffen. Deshalb muss den Ausländern frühzeitig geholfen werden.
- Die Ausländer sind in den Zeiten der Hochkonjunktur geholt worden, sie machen die dreckigsten Arbeiten - lediglich die Jugoslawen stellen eine Ausnahme dar, da sie über eine Facharbeiterausbildung verfügen. Die Ausländer (jetzt zurückzuschicken wäre ungerecht.
- Die Regierenden haben die Ausländer geholt und nichts zur Integration getan, sondern sie auf Arbeiterstadtteile "losgelassen", wo sich die deutschen Arbeiter mit den Problemen "herumschlagen müssen".
- Der Ausländeranteil von 23,5% in Linden-süd ist zu hoch. Eine Integration nur schwer möglich. Deshalb wird ein Zuzugstopp für Ausländer gefordert.
- Der Zuzugstopp ist nur für städtische Wohnungen durchführbar. Die Ausländer drängen in private Wohnungen, die überbelegt werden und die Privateigentümer z.T. Wucherrenten kassieren. Dadurch entstehen die z.T. katastrophalen Wohnverhältnisse wie in der Ricklingerstr. 33.
- Zum Zuzugstopp sind auch in Nordrheinwestfalen Untersuchungen durchgeführt worden mit dem Ergebnis, dass ein Zuzugstopp für Ausländer wirkungslos bleibt.
- Die Wohnverhältnisse müssen verbessert werden, denn ziehen die deutschen Mieter auch nicht mehr weg. Es muss mehr modernisiert werden.
- Bisher ist im Rahmen der Sanierung zur Änderung der Probleme der Ausländer nichts getan worden. Es soll modernisierter Wohnraum für Ausländer zur Verfügung gestellt werden.

Ergebnis: Das Arbeitspapier wurde bei 2 Enthaltungen verabschiedet.

Es soll ein Sanierungskommission, Rat etc. weitergeleitet werden. Das Ergebnis des Arbeitspapiers soll als Resolution verfasst werden. Zu den Konsequenzen will die SI weitere Überlegungen anstellen.

Ergebnisbericht:

1. Ausländerarbeit in Linden-Süd

7.6.77

14

Ausgangspunkt für die Bildung der Ausländer-AG waren die Punkte oben abgelesen über den Arbeitsbereich Wohnbereich von deutschen und ausländischen Bewohnern in Linden-Süd. Dabei war auffällig, daß immer wieder folgende Aussagen bei der Bewertung ausländischer Mitbürger hervorgehoben werden:

- Mit ausländischen Familien kann man nicht zusammenleben, da sich ihre Lebensgewohnheiten mit denen der deutschen Bevölkerung nicht vereinbaren lassen.
- Die ausländischen Familien halten ihre Wohnungen und das Treppenhaus nicht sauber.
- Die Ausländer bleiben nicht lange und wollen daher keine besseren Wohnungen; ihnen kommt es nur darauf an, möglichst billig zu wohnen.
- Der Ausländeranteil in Linden-Süd ist viel zu hoch und soll mit der Sanierung gesenkt werden.

Die Ausländer-AG hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Vorurteile näher zu untersuchen. Gemeinsam mit Leuten, die umfassende Kenntnisse über die Situation ausländischer Arbeitnehmer haben, sollen Hintergründe des komplexen Problems herausgefunden und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

In mehreren Sitzungen haben wir uns Informationen über

- a.) die arbeitsrechtliche Situation ausländischer Familien
- b.) die Freizeit- und Wohnsituation ausländischer Familien und
- c.) die Schulsituation der Kinder ausländischer Familien eingeholt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien ungleich schwieriger sind, als die ihrer deutschen Kollegen. So sehr man ihre Arbeitskraft benötigte und noch benötigt, so wenig bereitete man sich insgesamt auf die ausländischen Arbeitskräfte und ihre Familien vor.



Die ausländischen Arbeitnehmer sind konjunkturellen Schwankungen besonders stark ausgeliefert. In den Eingliederungsgrundsätzen für ausländische Arbeiter und ihren Familien des Länderausschusses ausländischer Arbeitnehmer beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vom 24.4.72 heißt es noch:

Arbeits- und sozialrechtlich sind die ausländischen Arbeitnehmer den deutschen Arbeitnehmern grundsätzlich gleichgestellt.

Aufgrund des Erlasses des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 23.11.73, sowie der Erlasse der Bundesanstalt für Arbeit vom 26.11.1973 und vom 13.11.75 (hier insbesondere § 19 Arbeitsförderungsgesetz) steht jedoch allen Arbeitsämtern in Instrumentarium zur Verfügung, durch das sie einen großen Teil der ausländischen Arbeiter zum Verlassen der Bundesrepublik zwingen können. Kein Wirtschaftsexperte rechnet, jedoch damit, daß sämtliche ausländischen Arbeitnehmer nach Hause geschickt werden können. Das hängt mit ihrer Position im Arbeitsprozeß zusammen. Die ausländischen Arbeitnehmer besetzen nämlich größtenteils die unangenehmsten, schmutzigsten, gefährlichsten und monotonsten Arbeitsplätze. Zahlen des Statistischen Bundesamtes von 1976 über die tatsächliche Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeitnehmer zeigen, daß auf diese Arbeitskräfte nicht verzichtet werden kann.

So leben 96% aller Ausländer mehr als sechs Jahre in der Bundesrepublik. Bei den Spaniern, einer der "ältesten" Gruppe ausländischer Arbeitnehmer leben sogar 73% länger als sechs Jahre hier; bei den Türken, einer der "jüngsten" Ausländergruppe sind es 46%.

Das Ausländerrecht sieht vor, daß den ausländischen Arbeitnehmern nach fünfjähriger Arbeit in der Bundesrepublik eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung gewährt werden kann. Wie sieht jedoch die Wirklichkeit aus?

Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums haben von allen Ausländern in der Bundesrepublik nur 7,09% eine solche unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Alle anderen 92,91% müßten eigentlich ständig ihre Koffer gepackt haben. Dies gilt für den größten Teil der Ausländer. Ausnahme davon sind nur die ausländischen Arbeitnehmer aus EWG-Ländern

Es ist offensichtlich, daß die ausländischen Arbeitnehmer in Hannover überwiegend in den Altbauwohngebieten leben.

Das hängt einmal mit dem Wohnungsmarkt zusammen. Dadurch, daß gute und preiswerte Wohnungen nicht in ausreichender Maße vorhanden sind, werden sozial schwächere Gruppen mehr schnell in Wohnungen abgedrängt, die sonst keiner mehr beziehen will. Die enormen Vorurteile gegenüber ausländischen Arbeitnehmern haben die Schwierigkeiten dieser Gruppe bei der Wohnungssuche weiterhin verschärft. Es wird immer wieder behauptet, daß die Ausländer nicht bereit sind eine entsprechende Miete zu zahlen. Es ist jedoch falsch hier mit den allgemein üblichen Maßstäben heranzugehen.

1. Jemand, dem man keine festen Zusagen über den weiteren Verbleib im Land geben kann, wird sich dort sicher kein 'Haus' bauen.
2. Viele ausländische Familien müssen einen Teil des Lohnes abgeben, um davon Familienangehörige in Heimatland zu unterstützen. Außerdem sei darauf hingewiesen, daß auch deutsche Familien nur in der Lage sind, sich eine entsprechend große und komfortable Wohnung zu leisten, wenn mehrere Familienmitglieder arbeiten.
3. Ausländische Familien stoßen auf erhebliche Schwierigkeiten¹⁴ falls Mieter für eine "gute" Wohnung angenommen zu werden.
4. Andererseits zahlen ein Großteil der ausländischen Arbeitnehmer für unzureichende Wohnungen Mieten, für die sie auch ohne weiteres moderne Altbauten oder Neubauten beziehen könnten.

Speziell in Linden-Süd leben die Ausländer teilweise unter Wohnverhältnissen, die unzumutbar sind. Die ausländischen Familien kamen in ein Wohngebiet, in dem die dort ansässige Bevölkerung durch den anlaufenden Sanierungsprozeß selbst nach Orientierung suchte. Kein Wunder also, daß die ausländischen Familien von der Bevölkerung als zusätzliche Belastung empfunden wurden. Die ausländischen Familien sind jedoch gerade auf die Hilfe der deutschen Bevölkerung angewiesen, um sich in der BRD zurechtfinden zu können.

Nach der ersten Generation der ausländischen Arbeitnehmer lebt bereits die zweite Generation hier, nämlich die mitgekommenen Kinder und nachgekommenen Jugendlichen. Inner stärker meldet sich bereits die dritte Generation, die hier aufwachsend und hier geborenen Kinder. Sie haben praktisch keine andere Heimat als die Bundesrepublik.

Speziell diese Kinder und Jugendlichen benötigen eine intensive Betreuung. Die Eltern dieser Kinder, selbst unsicher durch die Konfrontation zweier Kulturen, können ihnen im Erziehungsprozeß nicht die Sicherheit geben, wie sie z.B. deutsche Kinder erhalten. Lange Zeit hat man behauptet, daß die fehlende Infrastruktur ein Hindernis für den Integrationsprozeß der ausländischen Familien und Kinder sei.

Inzwischen spricht man wiederum von einem drohenden Lehrerüberschuß - zuviel Lehrer für zuwenig Kinder, einem drohenden Bettenüberschuß - zu viele Krankenhäuser für zu wenig Kranke, sogar von einem Kindergartenüberschuß - zu viele Kindergärten für zu wenig Kinder.

Die fehlende Infrastruktur kann daher nicht glaubhaft für die besonders miserable Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher herangezogen werden. Vielmehr ist festzustellen, daß man speziell im Schulbereich nicht vorbereitet, sondern überrascht auf die ausländischen Kinder reagiert hat; von einer notwendigen Vorbereitung ausländischer Kinder auf die Schule ganz zu schweigen. So ist es auch kein Wunder, daß der größte Teil der ausländischen Kinder die Schule ohne Schulabschluß verläßt, und der Anteil der arbeitslosen ausländischen Jugendlichen bei 8% liegt.

Wir gehen daher davon aus, daß ein umfassendes Programm, welches die deutsche und ausländische Bevölkerung einbezieht, bei den Abbau der Spannungen helfen kann:

Für den Wohnbereich:

- gleiche Behandlung bei der Vergabe von Wohnungen (Neubau und modernisierter Altbau)
- gezielte Vergabe, mit der Verhinderung der Majorisierung einer Gruppe im Haus.
- intensive Vorbereitung auf den Umzug (vorherige Treffen der künftigen Hausgemeinschaft).
- Angebote ausländischer Gemeinkinder im Einfamilienhaus (Beratung und Betreuung)
- intensive Betreuung der gemischten Hausgemeinschaften
- kulturelle Veranstaltungen zu gegenseitigen Kennenlernen.

Für den Freizeitbereich:

- gezielte Angebote für deutsche und ausländische Bewohner (Kinder, Jugendliche und Erwachsene)
- Förderung ausländischer Selbsthilfeeorganisationen

Für den Kindergartenbereich:

In den Kindergärten könnte ein wesentlicher Beitrag zur Integration ausländischer Kinder geleistet werden. Das bedeutet jedoch, daß sich die Kindergärten in den Stadtteilen mit besonders hohem Anteil ausländischer Arbeitnehmer darauf einstellen müssen, um den Problemen nicht überrascht gegenüber zu stehen wie die Grund- und Hauptschulen. Schulungskurse, Kurslehrgänge zur Einführung in die Problematik nationalgemischter Gruppen sind z.B. Grundvoraussetzung um den ausländischen Kindern gerecht zu werden. Statt Gruppen zu schließen, sollte vielmehr überlegt werden, wie ausländische Kinder verstärkt für die Kindergärten gewonnen werden können.

Dazu ist es notwendig, daß die ausländischen Arbeitnehmer über die Möglichkeiten des Kindergartenbesuchs Informationen erhalten.

In Linden-Süd^{AG} aufgrund der deutschen und der ausländischen Bevölkerungsstruktur ist es wichtig, im Vorfeld der Schule auf die Schule vorzubereiten. Erfahrungen der Egsterffschule zeigen die Notwendigkeit eines solchen

Konsequenzen:

Bei der Befassung mit dem Problem sind wir zu folgenden Überlegungen gekommen:

Der Erfahrungsaustausch hat uns gezeigt, daß nicht der prozentuale Anteil der ausländischen Familien die zentrale Rolle spielt, sondern vielmehr die Lebens- und Wohnbedingungen zu den Spannungen zwischen deutschen und ausländischen Familien führt.

Wenn z.B. die ausländischen Familien in einigen wenigen Häusern konzentriert werden, wird dadurch ihre Aussensituation wesentlich verschärft, da sie

- keine Identifikationsmöglichkeiten erhalten
- mit ihren Schwierigkeiten der Umstellung auf ein anderes Land allein gelassen werden
- die Sprache des Landes nur schwer lernen können
- sich mit deutschen Lebens- und Kulturgewohnheiten nicht auseinandersetzen können.

Konkret gesagt heißt das, daß z.B. nur 8,5 Ausländer konzentriert in wenigen Häusern untergebracht, ohne die echten Möglichkeiten der Integration, für einen Stadtteil mehr Belastungen mit sich bringen können, als z.B. 15,5 Ausländer, die die gleichen Chancen der Lebens- und Wohngestaltung erhalten wie die deutschen Nachbarn. Gerade dadurch, daß den ausländischen Familien oft der schlechteste Wohnraum angeboten wird, sie mit Vorurteilen belastet werden, als unliebsame Gäste behandelt werden, entwickelt sich ein Außenseiterverhalten mit all den negativen Erscheinungsformen. (Ablehnung bestimmter Verhaltensweisen, Aggressivität der Kinder usw.) Eine schematische Verringerung verlagert das Problem nur in andere Wohngebiete, macht die Ausländer zu Stadtnomaden, die letztlich irgendwo auf der grünen Wiese vor der Stadt landen.

Wir wollen jedoch auch nicht die Interessen der deutschen Bevölkerung vergessen, die sich verständlicherweise überfordert fühlt, wenn es darum geht, die ausländischen Lebensgewohnheiten zu verstehen, denn auch sie haben zu wenig Information über ihre ausländischen Mitbewohner, empfinden sie am Arbeitsplatz und im Wohnbereich als Konkurrenz.

Modells. Dieses Versuchsprogramm sollte jedoch für deutsche und ausländische Kinder angeboten werden.

Aufgabenfelder kleiner Versuchs:

- Feinmotorik zu üben, Gesellschaftsspiele (Regeln einordnen, zuhören)
- Zeichen als Aufforderung zum Handeln erkennen lernen (Farben, Symbole)
- Intensive Elternarbeit

Für den Schulbereich:

- Eingliederung des muttersprachlichen Unterrichts in den Stundenplan (ab 5. Klasse statt Englisch)
- Zusammenarbeit der ausländischen und deutschen Lehrer (Absprache der Lerninhalte)
- Einsatz eines konzentrischen Programms am Nachmittag
- Einzelfallhilfe durch ältere deutsche Schüler

15

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr. 202) vom 14.6.77 G. Weinhof
Diskussionsleiter Hartje

TOP 1. POST

- PROTOKOLLBERICHTIGUNG: Zur Punkt 2 von 7.6. "Bericht der AG-Ausländer" muss es unter Ergebnis heißen: Die Ablehnung soll an Gemeindefunktionäre mit etc. mitzuteilen werden.

16

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr. 211) vom 2.8.77 G. Weinhof
Diskussionsleiter Deiters

TOP 5. AUSLÄNDER-AG

- Die Ausländer-AG will in nächster Zeit die Ergebnisse des Arbeitsnenners in einer Resolution zusammenfassen.

17

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr.212) von 16.8.77 G.Meinhof
Diskussionsleiter König

TOP 6. TAGESORDNUNG SANIERUNGSKOMMISSION

Die von der AG-Ausländer vorbereitete Resolution soll wegen der Bedeutung der Ausländerproblematik erst auf die TD der folgenden SK-Sitzung gesetzt werden.

18

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr.213) von 23.8.77 G.Meinhof
Diskussionsleiter Delkers

TOP 3. VERSCHIEDENES

- Die AG-AUSLÄNDER will bis zur nächsten Sitzung eine Resolution ausarbeiten.

19

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr.214) von 30.8.77 G.Meinhof
Diskussionsleiter Klages

TOP 3. AG-AUSLÄNDER/RESOLUTION

Die BI-AG verlas die ausgearbeitete Resolution (siehe Anlage)
BI-Meinungen: Einerseits wurde kritisiert, dass die Belange der deutschen Bewohner in der Resolution nicht genügend berücksichtigt werden, auf der anderen Seite wurde darauf hingewiesen, dass deutsche wie ausländische Bewohner gleichermaßen angesprochen sind und Angebote geschaffen werden sollen, die der Integration dienen.
Ergebnis: Der Resolutionsentwurf soll auf den nächsten BI-Sitzungen ausführlich diskutiert werden und bis zur nächsten SK-Sitzung soll darüber beschlossen werden.

20

Resolution:

1. Ausländer-Arbeitsgemeinschaft

Ausgangspunkt für die Bildung der Ausländer-Arbeitsgemeinschaft waren die zunehmenden Klagen über das schwierige Zusammenleben von deutschen und ausländischen Bewohnern in Linden-Süd. Dabei war auffällig, daß immer wieder folgende Aussagen bei der Bewertung ausländischer Mitbürger herangezogen werden:

- Mit ausländischen Familien kann man nicht zusammenleben, da sich ihre Lebensgewohnheiten mit denen der deutschen Bevölkerung nicht vereinbaren lassen.

- Die ausländischen Familien halten ihre Wohnungen und das Treppenhaus nicht sauber.

- Die Ausländer bleiben nicht lange und wollen daher keine besseren Wohnungen; ihnen kommt es nur darauf an möglichst billig zu wohnen.

- Der Ausländeranteil in Linden-Süd ist viel zu hoch und soll mit der Sanierung gesenkt werden.

Die Ausländer-AG hat sich zur Aufgabe gesetzt, diese Vorurteile näher zu untersuchen. Gemeinsam mit Leuten, die umfassende Kenntnisse über die Situation ausländischer Familien haben, sollen Hintergründe des komplexen Problems herausgefunden und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

In mehreren Sitzungen haben wir uns Informationen über

- a) die arbeitsrechtliche Situation ausländischer Arbeitnehmer
- b) die Freizeit- und Wohnsituation ausländischer Familien und
- c) die Schulsituation der Kinder ausländischer Familien eingeholt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Arbeit- und Lebensbedingungen ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien ungleich schwieriger sind, als die ihrer deutschen Kollegen. So sehr man ihre Arbeitskraft benötigte und noch benötigt, so wenig bereitete man sich auf die ausländischen Arbeitskräfte und ihre Familien vor.

Der Erfahrungsaustausch hat uns gezeigt, daß nicht der prozentuale Anteil der ausländischen Bewohner in Linden- Süd der wesentliche Grund für die Problematik ist, sondern vielmehr die unterschiedlichen Wohn- und Lebensbedingungen zu den Spannungen zwischen deutschen und ausländischen Familien führen.

Trotzdem sollte sich der Anteil der Ausländer in Linden- Süd nicht erhöhen, um ein "Uakippen" zu vermeiden, d.h. wir fordern: Absoluten Zuzugstopp für ausländische Bewohner

Ziel muß es aber sein, die jetzt hier wohnenden Ausländer zu integrieren, d.h. durch umfassende Angebote, die die deutsche und ausländische Bevölkerung einbeziehen, bei dem Abbau der Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern zu helfen.

Für den Wohnbereich stellen wir folgende Forderungen:

- 1.) Ausreichende Information über den Sanierungsprozeß in den jeweiligen Landessprachen (zu Blockversammlungen, in Schaukasten des Bürgerhauses, durch das Lindenblatt)
- 2.) Einschalten der ausländischen Gemeinden und des Ausländerbeirates zum gegenseitigen Austausch der Problematik ausländischer Familien im Wohnbereich.
- 3.) Gleiche Behandlung deutscher und ausländischer Familien bei der Vergabe von Wohnungen (Neubau und modernisierter Altbau)
- 4.) Gezielte Vergabe, mit der Verhinderung der Majorisierung einer Gruppe im Haus.
- 5.) Intensive Vorbereitung auf den Umzug (vorherige Treffen der künftigen Hausgemeinschaft)
- 6.) Intensive Betreuung der gemischten Hausgemeinschaften.
- 7.) Übersetzungen der Hausordnungen und des Mietvertrages in die jeweiligen Landessprachen.

} z.B. durch die Gemeinwesenarbeit

Für den Freizeitbereich:

- 1.) Angebote ausländischer Gemeinden im Bürgerhaus (Beratung und Betreuung)
- 2.) Gezielte Angebote für deutsche und ausländische Bewohner.
- 3.) Förderung ausländischer Selbsthilfeorganisationen.

Für den Kindergarten- und Schulbereich:

- 1.) Gezielte Informationen der ausländischen Familien über Kindergärten.
- 2.) Vorbereitung der Kindergärten auf nationalgemischte Gruppen durch gezielte Schulungslehrgänge und Kurzlehrgänge (z.B. Volkshochschule, Jugendamt).
- 3.) Modell einer Vorbereitung auf die Schule für 4-6jährige deutsche und ausländische Kinder.
- 4.) Eingliederung des muttersprachlichen Unterrichts in den Stundenplan der Schulen mit ausländischen Kindern (ab 5. Klasse statt Englisch)
- 5.) Zusammenarbeit der ausländischen und deutschen Lehrer (Absprache der Lerninhalte)
- 6.) Einsatz eines kompensatorischen Programms am Nachmittag.
- 7.) Einzelfallhilfe durch ältere deutsche Schüler.

21

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr. 216) vom 4.10.77 G. Moenhof
Diskussionsleiter Hartje

TOP 3. AUSLÄNDERPROBLEMATIK

Die BI-AG trug noch einmal das Arbeitsergebnis vor, das ausgehend von den Schwierigkeiten zwischen Deutschen und Ausländern Vorschläge für die Verbesserung der Beziehungen zwischen diesen Gruppen beinhaltet. (siehe auch Anlage).

In der folgenden Diskussion wurden zu den Problemen zwischen Deutschen und Ausländern und vor allem zu den möglichen Lösungen stark unterschiedliche Meinungen vertreten.

Auf der einen Seite wurde die Notwendigkeit gesehen, die im Sanierungsgebiet lebenden Ausländer als gleichberechtigt mit den deutschen Bewohnern zu akzeptieren und über gezielte Wohnraumvergabe, intensive Beratung, Betreuung und Information der Ausländer über den Sanierungsprozess eine Integration bzw. eine Verbesserung der Beziehungen zu erreichen.

Auf der anderen Seite wurde der hohe Ausländeranteil (24,3%) als Hauptursache der Schwierigkeiten gesehen und eine Reduzierung des Ausländeranteils gefordert.

Eine Integration wurde als schwierig und seitens der Ausländer als nicht gewünscht gesehen. Als Lösungsmöglichkeiten für die Reduzierung des Ausländeranteils wurde vorgeschlagen, bei der Belegung von Wohnungen nicht mehr als 1-2 ausländische Mietsparteien pro Haus anzustreben, schneller zu sanieren bzw. zu modernisieren und Ausländern bei der Umsetzung auch Wohnungen ausserhalb des Sanierungsgebietes anzubieten.

Die Verw. (Gerlach) erklärte zur Frage, welche Möglichkeiten die Verw. sieht, die Ausländerproblematik zu lösen, dass Kündigung und Umsetzung in andere Stadtteile nicht akzeptabel sind und nach einem Rotenbeschluss Ersatzwohnraum in Linden angeboten werden muss. Durch die höheren Mieten nach Neubau und Modernisierung wird allerdings ein Verdrängungsprozess in Gang kommen. Ergebnis: Das Ergebnisprotokoll soll weiterbereitet werden. Die AG lehnte eine Überarbeitung ab.

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr. 220) vom 18.10.77 Becker
Diskussionsleiter Deiters

23

TOP 4. Ausländerproblematik

Herr Deiters weist auf die Gefahr hin, man könne Linden-Süd wegen des hohen Ausländeranteils auch nach der Sanierung nicht mehr mit deutschen Familien 'voll bekommen'. Eine Erhöhung der Attraktivität Linden-Süds gerade auch für mittlere und höhere Einkommensgruppen sei deshalb notwendig.

Herr Deiters liest den Artikel 3 des Grundgesetzes der BRD vor: 'Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft (...) benachteiligt oder bevorzugt werden.'

Wieder ist die sich anschließende Diskussion sehr kontrovers, eine Einigung in der BI wird jedoch für nötig gehalten, der Punkt wird vertagt.

Herr Nacholds 'privater Planerlebnis', man könne die Ausländerproblematik in einer Sanierung mit Ausländern nur lösen, wenn man an bestimmten Stellen in Stadtteil ganz gezielt für Ausländer saniere, sozusagen eine Einbeziehung durch Trennung praktiziere, wird von Teilen der BI heftig widersprochen.

22

TOP 6. AUSLÄNDERPROBLEMATIK

Zunächst gab Herr Deiters neue statistische Zahlen über den Ausländeranteil an der Lindenor Bevölkerung bekannt. Am 1.1.77 lag der Anteil in Linden-Süd bei 24,08 % (Linden-Nord 17,03%), am 1.6.77 bei 24,18 % (Lind 17,29%). Die Gesamteinwohnerzahl habe sich in diesen Zeiträumen jeweils leicht verringert, die Zahl der ausländischen Einwohner leicht erhöht.

In Laufe der sich anschließenden Diskussion kristallisierten sich in der BI zwei unterschiedliche Positionen heraus.

Einerseits wurde auch unter Hinweis auf Erfahrungen deutscher NS-Verweigerer vor einer 'emotional' und 'erstickend' geführten Auseinandersetzung gewarnt. Mit 'Haß und Vorurteilen' könne das Problem nicht gelöst, sondern nur verschärft werden. Eine Reduzierung des Ausländeranteils wird für moralisch nicht vertretbar und rechtlich nicht durchführbar gehalten. Integration, - als Mit-einander, nicht als einseitige Einordnung -, in Sinne des Berichts der BI-AG sollte angestrebt werden.

Andererseits wurde Kritik an diesem Bericht geübt, er wurde als 'einseitig' eingeschätzt. Die Reduzierung der Ausländerzahl sei unbedingt notwendig, da keine Toleranz gegenüber fremden Lebensgewohnheiten bestehe. Die Frage der Durchführbarkeit einer Verringerung des Ausländeranteils in Linden-Süd konnte jedoch nicht beantwortet werden.

Einklarheit bestand darin, daß alle Möglichkeiten, einen weiteren Zuzug von Ausländern zu verhindern, in Rahmen der rechtlichen Grundlagen ausgenutzt werden müssen.

Der Zuzugestop wird für städtische Wohnungen verwirklicht, jedoch von privaten Hausbesitzern unterlaufen (zB. Schneider-Kastrion).

Die Stadt wurde aufgefordert, sich verstärkt um Vermittlung von Ausländern in andere Stadtteile zu bemühen. Herr Gerlach wies darauf hin, daß niemand gegen seinen Willen aus Linden-Süd ausgesiedelt werden dürfe. Selbstverständlich würde allen Unzugesinteressenten die gleiche Unterstützung (zB. Unzugshilfe) gewährt.

Da die Problematik wegen der unterschiedlichen Positionen nicht abschließend diskutiert werden konnte, wurde dieser Punkt auf die nächste Sitzung vertagt.

24

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll v. 25.10.77 (Nr. 223) Becker
Diskussionsleiter Klagen

TOP 5. Ausländer

Einerseits wird vorgeschlagen, die bisher ausgesprochene Kritik an Ausländerpapier der BI-Arbeitsgruppe in konkreten Verbesserungsvorschlägen zu diesem Papier aufzuschreiben, also ein Gegenpapier zu machen. Andererseits besteht das Bedürfnis, das vorliegende Papier Punkt für Punkt weiterzudiskutieren. Der letztere Vorschlag scheint eine schweigende Mehrheit zu finden.

25

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr.222) vom 1.11.77 G.Weinhof
Diskussionsleiter König

TOP 3. AUSLÄNDERPROBLEMATIK

Die Ergebnisse der AG-Ausländer wurden für den Freizeitbereich vorgetragen und erörtert. Die Vorschläge der AG wurden in der vorliegenden Fassung befürwortet.
Zur Frage der möglichen Angebote im Freizeitbereich soll Herr Atalei zur nächsten BI-Sitzung eingeladen werden.

26

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll Nr. 223 vom 8.11.77 Becker
Diskussionsleiter Hartke

TOP 3. AUSLÄNDERPROBLEMATIK

Die Diskussion orientiert sich an den Ergebnissen der AG Ausländer. Die zum Thema: Freizeitbereich verpasste Aussprache über die Beteiligung von Ausländerseiner-Hilfsorganisationen mit Herrn Atalei soll nun erst nach der nächsten BK-Sitzung stattfinden.

Das Programm zum Kinderarbeiten- und Schulbereich wurde aufgrund mangelnder Berücksichtigung der sozialen Situation ausländischer Kinder aufgestellt. Eine Reihe konkreter Verbesserungsvorschläge wie z.B. Einbeziehung des unterbreitschulischen Unterrichts werden vorgetragen und erörtert.

BI-Mitglieder äußern grundsätzliche Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit solcher Vorschläge. Dem wird entgegengehalten, das die Intervention der Ausländer auf jeden Fall bei den Kindern einsetzten müsse und dort auch die besten Ergebnisse erzielt werden können. Die Wirksamkeit solcher konkreter Vorschläge sei z.B. dadurch bewiesen, daß beinahe in jedem der Umgebungen des Bodhardstifts ein Besonderekindes-Modell zur Vorschulerziehung realisiert worden wäre.

In folgenden wird die Diskussion wieder sehr allgemein. Es wird zum wiederholten Mal der Vorwurf gemacht, die Kritiker der Ergebnisse der AG sollten ihr Unbehagen in konkreten Gegenvorschlägen schriftlich formulieren. Dies soll nun auch geschehen.

27

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll Nr.228 vom 13.12.77 Becker
Versammlungsleiter König

TOP 4. AUSLÄNDERPROBLEMATIK

Auf Anfrage erklären BI-Mitglieder, das sie ihre Kritik am Papier der AG Ausländer jetzt formuliert hätten.
Die Kritik sollte nicht aus taktischen Gründen (Weihnachten) zurückgehalten werden, sondern auf der kommenden Sitzung in schriftlicher Form vorgelegt werden.

28

2. Ausländer-AG
Ergänzungspapier zur Ausländer-Arbeitsgemeinschaft 20.12.77

Ausgangspunkt für die Bildung der Ausländer-Arbeitsgemeinschaft waren die zunehmenden Klagen der Lindener-Bürger über das schwierige Zusammenleben von Deutschen und ausländischen Bewohnern in Linden-Süd. Hauptgrund für diese Lage ist der außerordentlich hohe Ausländeranteil von 3,8%. offiziell 2,25 % (ohne Dunkelziffer) im Sanierungsgebiet. Dieser Anteil ist auf Dauer keineswegs ertragbar. Eines der Hauptziele der Sanierung muß es sein, diesen Anteil auf ein erträgliches Maß von ca. 1% zu senken.

Wohnbereich

- 1.) Weiterhin absoluter Zuzugstopp für ausländische Bewohner für städtische Häuser.
- 2.) a.) Kontrolle aller neuen Mietverträge durch die Stadt (wie Stbfg vorgesehen).
- b.) Gleichzeitiges Verstärken der Vermittlung von deutschen Bewohnern durch die Stadt (Amt für Wohnungswesen).
- c.) Ständiges Hinweisen für die Aufnahme deutscher Bewohner an die privaten Hausbesitzer durch die Stadt und zuständige Organisationen (z.B. H. und G.-Verein).
- d.) Ausbau der Information für die privaten Hausbesitzer über die Möglichkeiten zur Instandsetzung bzw. Modernisierung, damit die Wohnungen für Deutsche wieder annehmbar werden.
- 3.) Modernisierungsangebot für die Häuser, die in einem menschenwürdigen Zustand sind, bzw. wo jahrelang nichts zur Verbesserung getan worden ist und überhöhte Mieten genommen werden (gegebenenfalls Überprüfung durch das Bauordnungsamt für bauliche Mängel).
- 4.) Freie Hand für die Sozialplanung, den Ausländern Wohnungen in anderen Stadtteilen anzubieten.
- 5.) a.) Aufnahme von deutschen Bewohnern aus anderen Stadtteilen in die Bewerberlisten. Bevorzugung bei der Vergabe jedoch für Lindener und ehemalige Lindener.
- b.) Öffnung der Bezugsberechtigung für junge Familien, die über den Stützen des sozialen Wohnungsbaus liegen, (ohne B-Schein).
- 6.) Ausreichende Information über den Sanierungsprozeß in den jeweiligen Landessprachen (zu Blockversammlungen, in Schaukasten des Bürgerhauses, durch das Lindener Blatt).
- 7.) Einschalten der ausländischen Gemeinden und des Ausländerbeirates zum gegenseitigen Austausch der Problematik ausländischer Familien im Wohnbereich.
- 8.) Bei Vergabe von Wohnungen (Neubau und modernisierter Altbau) soll höchstens eine ausländische Familie pro Haus zugelassen werden. Bei größeren Häusern (ab 6 Wohneinheiten) sollten höchstens 2 ausländische Familien berücksichtigt werden.
- 9.) a.) intensive Vorbereitung auf den Umzug (vorherige Treffen der künftigen Hausgemeinschaften).
- b.) intensive Betreuung der gewählten Hausgemeinschaften.
- 10.) Übersetzungen der Hausordnungen und des Mietvertrages in die jeweiligen Landessprachen.
- 11.) Die genannten Kriterien gelten auch für die Nachbelegung von Wohnraum.

*Z.B. durch die Gemein-
wirtschaft*

Freizeitbereich

- 1.) Angebote ausländischer Gemeinden im Bürgerhaus (Betreuung und Betreuung)
- 2.) Gezielte Angebote für deutsche und ausländische Bewohner.
- 3.) Förderung ausländischer Selbsthilfeorganisationen.

Schulsituation

Der hohe Anteil ausländischer Kinder bedingt eine äußerst schwierige Lernsituation an den Schulen im Sanierungsgebiet. Die Schläge an den Schulen muß für deutsche und ausländische Kinder erheblich verbessert werden. Wir fordern alle zuständigen Politiker auf, sich dafür einzusetzen.

29

TOP 2. "AUSLÄNDERPROBLEMATIK"

Als geladene Gäste kann die BI mehrere ausländische Mitbürger, darunter 3 Herren vom Ausländerbeirat der Stadt, sowie die Ratsherren Burhenne und Herrmann begrüßen.
Geplant ist eine "Anhörung" der Gäste zur "Ausländerproblematik" in Linden-Süd. Die Diskussion in der BI über die beiden vorliegenden Ausländerpapiere soll erst am 7.2. aufgenommen werden.
Um in einen Dialog eintreten zu können, wird zunächst das "Ergänzungspapier" verlesen, da den anwesenden Gästen bisher nur das Papier der AG "Ausländerfragen" bekannt ist.
Aufgrund von Informationslücken der ausländischen Gäste über die bisherige Arbeit der BI und den Hintergrund der "Ausländerproblematik" sowie der beiden Papiere, aber auch infolge von zum Teil stark unterschiedlichen Standpunkten innerhalb der BI, wurde die sich anschließende Diskussion sehr emotionsbeladen und sprunghaft geführt.
Eine chronologische Wiedergabe der wesentlichen Züge und Ergebnisse der Aussprache ist deshalb an dieser Stelle unmöglich.
Als Ergebnis kann lediglich aufgenommen werden, daß das Gespräch zwischen deutschen und ausländischen Bürgern, wie es heute in Gang gekommen ist, auf allen Ebenen fortgesetzt und verstärkt werden muß.
Die Herren vom Ausländerbeirat erklären ihre Bereitschaft, mit all ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten hierzu beizutragen. Genannt wird zunächst die Organisation einer Versammlung der Ausländer in Linden-Süd, um dort über die "Problematik" zu sprechen.
Die jetzt anstehenden Probleme müssen heute angegangen werden, und zwar in beidseitigem Verständnis, um nicht morgen vor unlösbaren sozialen Problemen zu stehen.
Die weitere Diskussion über Ausländerfragen wird auf den 7. Februar vertagt.

30

TOP 3. AUSLÄNDERDISKUSSION

Wesentlicher Drehpunkt der Diskussion war die zentrale Forderung des sogenannten "Ergänzungspapier" auf Reduzierung des Ausländeranteils in Linden-Süd von z.B. 25 auf 10 Prozent.
Hierzu wurden folgende Fragen aufgeworfen:
- Ist eine Reduzierung des Ausländeranteils
1. Wesentlich und sinnvoll für eine Integration der Ausländer?
2. Moralisch und
3. Politisch vertretbar?
4. In Rahmen der bestehenden Gesetze durchführbar (Artikel 14 GG)?
Dies gilt insbesondere für einen Zuzugstop für "EG-Ausländer" sowie für private Hauseigentümer!
Einmütiger Widerspruch fand sich in der BI gegen den Vorschlag einer Zentrierung der Ausländer auf Stadtteile wie Linden-Süd.
Im Einzelnen wurden noch folgende Positionen vertreten:
- BI-Mitglieder meinten, daß bald etwas in Richtung einer Verringerung des Ausländeranteils geschehen müsse. Anderenfalls müsse eine Bürgerversammlung einberufen werden.

- Der SPD-Landtagsabgeordnete Mahrenholz sieht die anstehende Problematik, hält jedoch die Reduzierung auf 10% Ausländer auch in einem Zeitraum von 10 Jahren für sehr unwahrscheinlich, auch wenn ein absoluter Zuzugstop erreicht würde.
Deutsche sollten bei der Vergabe von Wohnungen bevorzugt berücksichtigt werden, besonders in Schulbereich müsse das Angebot für deutsche und ausländische Kinder verbessert werden.
Auf keinen Fall dürfe Linden-Süd zu einem "Ausländer-Getto" werden.
 - Vertreterinnen der Gemeinwesenarbeit sowie ein Vertreter des Ausländerbeirats geben davon aus, daß der prozentuale Ausländeranteil nicht ausschlaggebend für eine Verbesserung des Verständnisses zwischen den verschiedenen Nationalitäten sei.
Eine Mischung der Bevölkerungsgruppen sowie verstärkte Anstrengungen aller Ämter seien die Voraussetzungen für eine anzustrebende verstärkte Integration der Ausländer.
 - Die Verwaltung (Machold) sieht in einem "städtebaulichen Beitrag" im Rahmen der Sanierung eine Chance zur Verringerung der jetzt anstehenden Probleme.
Im Rahmen der Sanierung sollten über bauliche Maßnahmen (z.B. Neubauten) Maßstäbe gesetzt werden.
Außerdem werde z.Z. ein Instandsetzungsgebot für überbelegte und in schlechtem Zustand befindliche Häuser vorbereitet.
- Dem Vorschlag aus der Versammlung, die Vertreter beider BI-Arbeitsgruppen sollten sich doch einmal mit dem Ziel einer einheitlichen Stellungnahme der BI zur Ausländerfrage, wurde allgemein zugestimmt.
Termin: Montag, den 13.2., 18.00 Uhr, Franzstraße 12.

- Die beiden "Ausländer - AGs" konnten sich bei ihrem gestrigen Treffen nicht auf ein gemeinsames Papier einigen !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

TOP 4. AUSLÄNDERDISKUSSION/WEITERES VERFAHREN
Auf einem Treffen von Vertretern beider BI-Arbeitsgruppen "Ausländerfragen" konnte keine Einigung auf ein gemeinsames Papier erreicht werden.
Folgende Verfahrensvorschläge werden gemacht:
- "Kampfabstimmung" in der BI über die beiden Papiere, mit dem Ziel einer einheitlichen Stellungnahme der BI
- Beide vorliegenden Papiere sollten in die politischen Gremien eingebracht werden. Eine "Kampfabstimmung" wird bei derart wesentlichen Fragen für keine geeignete Form der Willensbildung angesehen.
- Kompromiß: Zunächst soll innerhalb der BI weiter nach einer Einigung auf eine gemeinsame Stellungnahme gesucht werden!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

35

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll Nr.237 vom 28.2.78 W.Becker
Versammlungsleiter: Hartje

TOP 4. AUSLÄNDERDISKUSSION

Eine inhaltliche Einigung auf ein gemeinsames "Ausländerpapier" der BI ist bisher nicht zustande gekommen.
Es wird vorgeschlagen, zwar ein Papier zu verabschieden und in die weitere politische Diskussion einzubringen, aber nicht unbedingt in jedem Punkt eine einheitliche Meinung der BI zu bilden. Etwaige kontroverse Standpunkte innerhalb der BI sollten ruhig in dem Papier deutlich werden. Ein Treffen beider BI Arbeitsgruppen "Ausländerfragen" mit dem Ziel einer Einigung wird nicht von allen AG-Mitgliedern als sinnvoll erachtet.
Die "Ausländerdiskussion" wird am 4.4. als Haupt-Top wieder in der BI aufgenommen!!! AUSRUFZEICHEN HEISSEN: ACHTUNG!!! WEITERBEHANDELN!!!!!!!

39

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll Nr.241 von 4.4.78 G.Meinhof
Diskussionsleiter Klages

TOP 2. AUSLÄNDERDISKUSSION

Die Arbeitspapiere der beiden BI-Arbeitsgruppen liegen vor. Es wurde vorgeschlagen, über die widersprüchlichen Punkte zu diskutieren um nach Möglichkeit eine Einigung zu erzielen.

In folgenden entwickelte sich eine Diskussion zu folgenden Punkten:

- Vergabe von Wohnungen/Ausländeranteil
- Modernisierungsgebot
- Bürgerversammlung zur Ausländerproblematik

Vergabe von Wohnungen/Ausländeranteil:

Einerseits wird vorgeschlagen, bei der Belagung von städtischen Wohnungen darauf zu achten, dass max. 1 - 2 ausländische Fam. pro Haus untergebracht werden, auf der anderen Seite wird eine Gleichbehandlung deutscher und ausländischer Mieter gefordert wobei jedoch eine Majorisierung verhindert werden sollte.

Die Sozialplanung(Lies) wies auf die Probleme hin, die entstehen könnten, wenn nur 1- 2 ausländische Mieterfamilien pro Haus untergebracht werden sollen. Dann müsste der Grossteil der ausländischen Familien in anderen Stadtteilen untergebracht werden, was in den meisten Fällen nur über Zwangsmaßnahmen zu erreichen wäre z.B. indem Ersatzwohnungen nur ausserhalb von Linden-süd angeboten würden oder die Sanierung würde ziemlich schnell zum Stillstand kommen, da die ausländischen Mieterfamilien gerade in den Häusern mit den durchgreifendsten Veränderungsabsichten wohnen.

Ergebnis: Die BI einigte sich auf den Vorschlag, die Wohnungen entsprechend dem Ausländeranteil von derzeit 25% zu belagern d.h. bei 4 Wohnungen 1 ausländische Mieterfamilie bei 8 Wohnungen 2 ausländische Mieterfamilien.

Modernisierungsgebot:

Die BI-AG Modernisierung wies darauf hin, dass dieser Punkt mit dem Modernisierungsgebot abgestimmt werden sollte. In diesem Zusammenhang muss auch die Frage der Möglichkeit und Durchsetzbarkeit von Instandsetzungsgeboten geortet werden.

Die Verw.(Nachold) erklärte dazu, dass Instandsetzungsgebote möglich und auch leichter durchsetzbar sind als Modernisierungsgebote.

→ 34

Bürgerversammlung zur Ausländerproblematik:
Einerseits wurde eine Bürgerversammlung zur Ausländerproblematik gefordert, um die Meinungen der Bevölkerung zu berücksichtigen, andererseits wurde darauf hingewiesen, dass die BI ein Konzept und Lösungsvorschläge zur Ausländerproblematik entwickeln sollte, da sonst die Gefahr besteht, dass auf der Bürgerversammlung nur Emotionen ausgetragen werden und akzeptable Lösungsmöglichkeiten nicht entwickelt werden. Forderungen wie "Ausländer raus aus Linden" würden die Konflikte nur weiter anheizen anstatt sie zu lösen.

Ergebnis: Der Antrag, eine Bürgerversammlung zur Ausländerproblematik einzuberufen, wurde mehrheitlich abgelehnt. Der Versuch, eine Einigung zwischen den beiden Papieren herzustellen soll weiter fortgesetzt werden.

Hoppe, König und Galkers wurden benannt, um die Papiere entsprechend dem Diskussionstand zu überarbeiten.

35

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll Nr. 243 vom 18.4.78
Versammlungsleiter Becker
Hartje

TOP 5. AUSLÄNDERDISKUSSION

Vertreter beider Arbeitsgruppen konnten sich jetzt auf eine Formulierung einigen.
Das Papier soll demnächst der BI vorgelegt werden.

36

Kompromißvorschlag beider Ausländer-Arbeitsgruppen

Ausgangspunkt für die Bildung der Ausländer-Arbeitsgemeinschaft waren die zunehmenden Klagen der Lindener Bürger über das schwierige Zusammenleben von deutschen und ausländischen Bewohnern in Linden-Süd. Hauptgrund für diese Lage ist der außerordentlich hohe Ausländeranteil von zur Zeit offiziell 25,25 % (ohne Dunkelziffer) im Sanierungsgebiet. Dieser Anteil ist auf Dauer unerträglich. Eines der Hauptziele der Sanierung mußes sein, diesen Anteil auf den Stand vor Beginn der Sanierung zu senken.

Wohnbereich

- 1.) Absoluter Zugangsstop für ausländische Bewohner sowohl für städtische Häuser als auch für private Häuser
- 2.) a.) Kontrolle aller neuen Mietverträge durch die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung (wie im Stbfg vorgesehen).
b.) Gleichzeitiges Verstärken der Vermittlung von deutschen Bewohnern durch die Stadt (Amt für Wohnungswesen) bei Zuweisungsrecht der Stadt für Privatwohnungen.
c.) Ständige Hinweise zur Aufnahme deutscher Bewohner an die privaten Hausbesitzer durch die Stadt und zuständige Organisationen (z. B. H. und G.-Verein).
d.) Ausbau der Information durch die Stadt für die privaten Hausbesitzer über die Möglichkeiten zur Instandsetzung bzw. Modernisierung, damit die Wohnungen für Deutsche wieder annehmbar werden.

→

- 36
- 3.) Modernisierungsgebot für die Häuser, die in einem menschenunwürdigen Zustand sind, bzw. wo jahrelang nichts zur Verbesserung getan worden ist oder überhöhte Mieten genommen werden (Überprüfung von baulichen und gesundheitlichen Mängeln durch die zuständigen Stellen). Bei nicht möglichem Modernisierungsgebot gegebenenfalls Renovierungsgebot aussprechen.
 - 4.) Freie Hand für die Sozialplanung, dabei soll kein Zwang angewandt werden, den Ausländern Wohnungen in anderen Stadtteilen anzubieten.
 - 5.) Ausnahme von deutschen Bewohnern aus anderen Stadtteilen in die Bewerberlisten. Bevorzugung bei der Vergabe jedoch für Lindener und ehemalige Lindener.
 - 6.) Öffnung der Bezugsberechtigung für junge Familien ohne B-Schein
 - 7.) Ausreichende Information über den Sanierungsprozeß in den jeweiligen Landessprachen (zu Blockversammlungen, im Schaukasten des Bürgerhauses, durch das Linden-Blatt).
 - 8.) Einschalten der ausländischen Gemeinden und des Ausländerbeirates zum gegenseitigen Austausch der Problematik ausländischer Familien im Wohnbereich.
 - 9.) Bei Vergabe von Wohnungen (Neubau und modernisierter Altbau) soll höchstens der derzeitige Prozentsatz des Ausländeranteils pro Haus zugelassen werden. Grundsätzlich gilt gleiche Behandlung von deutschen und ausländischen Bewohnern.
 - a.) Intensive Vorbereitung auf den Umzug (vorherige Treffen der künftigen Hausgemeinschaften).
 - b.) Intensive Betreuung der gewünschten Hausgemeinschaften.
 - 10.) Übersetzungen der Hausordnungen und des Mietvertrages, mit dem Hinweis auf die Meldepflicht, in die jeweiligen Landessprachen.
 - 11.) Die genannten Kriterien gelten auch für die Nachbelegung von Wohnraum.

Freizeitbereich

- 1.) Angebote ausländischer Gemeinden im Bürgerhaus (Beratung und Betreuung)
- 2.) Gezielte Angebote für deutsche und ausländische Bewohner.
- 3.) Förderung ausländischer Selbsthilfeorganisationen.

Schulsituation

Der hohe Anteil ausländischer Kinder bedingt eine äußerst schwierige Lernsituation an den Schulen im Sanierungsgebiet. Die Sachlage an den Schulen muß für deutsche und ausländische Kinder verbessert werden. Wir fordern alle zuständigen Politiker auf, sich dafür einzusetzen. Folgende Punkte sollten dabei in die Überlegungen mit einbezogen werden:

- 1.) Gezielte Informationen der ausländischen Familien über Kindergärten.
- 2.) Vorbereitung der Kindergärten auf nationalgemischte Gruppen durch gezielte Schulungslehrgänge und Kurzlehrgänge (z. B. Volkshochschule, Jugendamt).
- 3.) Modell einer Vorbereitung auf die Schule für 4-5jährige deutsche und ausländische Kinder.
- 4.) Eingliederung des muttersprachlichen Unterrichts in den Stundenplan der Schulen mit ausländischen Kindern (ab 5. Klasse statt Englisch)
- 5.) Zusammenarbeit der ausländischen und deutschen Lehrer (Absprache der Lerninhalte)
- 6.) Einsatz eines kompensatorischen Programms am Nachmittag.
- 7.) Einzelfallhilfe durch ältere deutsche Schüler.

37) Versammlungsleiter: Hartje

Wolfgang Becker

TOP 3. VERGABEKOMMISSION FÜR WOHNUNGEN

Auf Anfrage teilt ein Mitglied der Vergabekommission mit, daß hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung (Deutsche - Ausländer) neuer Hausgemeinschaften derzeit schon eine Orientierung an der Forderung nach nur 10-prozentigen Ausländeranteil stattfände.

Dies erscheint bedenklich, da in der BI noch keine grundsätzliche Entscheidung zur Ausländerfrage gefallen ist.

Das vorliegende Ausländerpapier soll am kommenden Dienstag diskutiert und wenn möglich, verabschiedet werden.

Ein Problem bei der Vergabe ist auch die fehlende Einflußmöglichkeit der Vergabekommission bei Zweitbelegungen oder falls Bewerber kurzfristig "abspringen". In diesen Fällen entscheidet die Sozialplanung "freiändig". Abhilfe könnte hier die Aufstellung von Wartelisten für die Nachbelegungen bringen.

Ein weiteres Problem ist der Zeitdruck, unter dem oftmals wegen fernmündlicher Verpflichtungen der Ratvertreter über die Vergabe von Wohnungen entschieden werden muß. Hier sollten die Bürgervertreter energisch eine ruhigere Atmosphäre fordern.

Versammlungsleiter: König

Wolfgang Becker

TOP 7. AUSLÄNDERDISKUSSION

Das seit geraumer Zeit vorliegende "Kompromisspapier" zur Ausländerfrage wird mit geringfügigen Änderungen bei 7 Enthaltungen ohne Gegenstimme beschlossen.

Die Forderungen nach Vergabe von Neubauwohnungen an Familien ohne B-Schein im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sowie des höchstens 25 % igen Ausländeranteils pro Haus bei der Vergabe von Wohnungen wurden kurz diskutiert.

Besont wurde, daß die zweite Forderung ab sofort von der Vergabekommission berücksichtigt werden solle.

Das weitere Verfahren ist noch unklar.

Das Papier wird zunächst umgehend der Abteilung für Sanierungen (Sozialplanung), dem Amt für Wohnungswesen sowie Frau Voss im Sozialamt zugestellt.

Die Presse soll erst nach der Sommerpause ausführlich informiert werden, geübt ist an eine Pressekonferenz auf der BI-Versammlung, damit keine Verkürzten und verzerrten Darstellungen in der Presse erscheinen. Wichtig scheint auch, die unmittelbar Betroffenen, nämlich die Ausländer im Sanierungsgebiet, nicht zu übergehen. Diese sollten über mehrsprachige Abdrucke des BI-Papiers z.B. im "Linden-Blatt" oder über den Ausländerbeirat informiert werden.

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll Nr. 255 vom 1.6.78
Diskussionsleiter: Deiters

39

3. Deisterstraße 72

Eine Nachprüfung ergab: Von 5 Mietparteien sind 4 Ausländer, 2 wurden von der Vergabekommission eingewiesen, 2 Deutsche sind zurückgetreten dafür hat das Amt für Wohnungswesen 2 Ausländer nachgelegt.

BI: Unnötiges Verfahren. Es soll unbedingt nach dem Ausländerpapier verfahren werden. Auch die IG Deisterstraße hat sich gegen diese Belegungsweise ausgesprochen.

Gerlach: Wegen Abriss und Neubau oder Modernisierung ist es nicht anders möglich, die Wohnungen zu belegen.

BI: Dieses wird keinesfalls von der BI hingenommen werden, der Ausländeranteil ist viel zu hoch und muß unbedingt gesenkt werden. Die weitere Diskussion ergibt erhebliche Meinungsunterschiede zwischen Herrn Gerlach und Herrn Holland auf der einen und der BI auf der anderen Seite.

4. Vergabekommission

Der Neubau Bohlenstraße wurde an 12 Deutsche (Lindener und ehemalige Lindener) vergeben. Bei der modernisierten Charlottenstr. 84 wurden 2 Wohnungen fest vergeben, 1 blieb offen.

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD
Protokoll Nr. 256 vom 05.09.78 König
Versammlungsleiter: Deiters

40

11. Ausländerpapier - weiteres Verfahren

Es wird beantragt, die Fraktionen, alle Ratsherren und den Ausländerbeirat anzusprechen und eine Pressekonferenz einzuberufen. Der Antrag wird bei 1 Enthaltung angenommen.

41

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll Nr. 258 vom 19.9.78
Versammlungsleiter: König Wolfgang Locher

TOP 3. PRESSEKONFERENZ/AUSLÄNDERPAPIER

Bericht (König): Gekommen sind Vertreter der "Allgemeinen" und des "Lindenblatts", sowie für die BI die Herren König, Weber und Gerlach. Die Diskussion mit den Pressevertretern sei gut gelaufen, die besonderen Probleme in Sachen BI sowie verschiedene Ratschläge seien innerhalb der BI konnten vermittelt werden.

42 →



Lindenblatt Oktober 78

Ausländerproblem, Kinderzeichnung

Wohnen in Linden-Süd bald mehr Ausländer als Einheimische?

HAB
27.9.78

Bürgerinitiative wehrt sich gegen Überfremdung / Zuzugstopp gefordert / „Ausländerpapier“ wird Feitilchern überreich

Wir haben Angst, daß dieser Stadtteil entpopt, angesichts der Zuzugskräfte, Pressenspekulation der Bürgerinitiative, und seine Minderzahl werden in einigen Jahren mehr Ausländer als Deutsche in Linden-Süd wohnen?

In jüngster Zeit haben sich die Beobachter nach Ansicht der Bürgerinitiative gehaut, nicht selten kommt es zu beleidigenden Aussagen, die die Minderzahl der Stadtteilbewohner in den Augen der Mehrzahl der Bevölkerung als „Ausländer“ bezeichnen. Und das ist es dann, was die Bürgerinitiative so sehr irritiert. Und das ist es dann, was die Bürgerinitiative so sehr irritiert. Und das ist es dann, was die Bürgerinitiative so sehr irritiert.



27.9.78

Alfred Götzig, Leiter des Amtes für Wohnungswesen, der „Allgemeinen“ Einbürgerungsstelle, hat die Bürgerinitiative informiert. Ein Eingriff in die private Wohnungsvermittlung ist nicht möglich, eine entsprechende Bewandlung von Verträgen und Ausländern aber bei der Vergabe der städtischen Wohnungen überwachbar.

Ausländerbeitrag wendet sich gegen einen Zuzugstopp

In einem offenen Brief an die Politiker des Landtags hat der Ausländerbeitrag der Stadt zu dem Forderung Stellung genommen, die die Bürgerinitiative in Linden-Süd erhoben hat, um den Ausländeranteil in diesem Stadtteil zu senken. Der „Allgemeine“ hatte darüber berichtet. Der Vorsitzende des Beitrags, Thomas Alalay, befindet in dem Brief die „ausländerfeindliche Haltung“, die in der Forderung nach einem Zuzugstoppschlußdruckhorizonte Verdrängung der Aufgabe an es nicht nur auch weiterhin, durch soziale Hilfen, intensive Betreuung und Aufklärung eine Integration der Ausländer in Linden zu ermöglichen und so das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern zu erleichtern.

Briefe an die L

Sehr verwundert
Als Bürger von Linden bin ich sehr verwundert über Ihren Artikel „Wohnen in Linden-Süd bald mehr Ausländer als Einheimische“. Ich empfinde diesen Stadtteilentwurf als Ausländerangriff. Für mich bedeutet die Ausländer, die hier leben, eintracht eine Bereicherung der Atmosphäre. Denn durch die anderen kulturellen Eindrücke von Linden-Süd mehr als andere Stadtteile. Das Leben ist hier wesentlich offener und aufgeschlossener. Außerdem finde ich, kann man auch einiges durch fremde Kulturen lernen, wenn man nur nicht so wider Vorurteile steht.
Hansover
Stefan Nenzel

Vorschub geleistet

Wenn Sie behaupten, daß sich die Bürgerinitiative Linden-Süd gegen die drohende Überfremdung durch Ausländer wehrt, so meine ich, daß die dieser Entwicklung erst Vorschub geleistet hat. Was hat denn verhindert, daß einige dieser Beobachter, in denen kein Deutscher mehr wohnen will, rechtzeitig abgemittelt wurden? Meinungsäußerungen wurden oder einige persöhnliche Ideen bekannt, selbst Mitarbeiter zu modernisieren. Tatsache ist: Wer es sich leisten kann, zieht hier weg. Nur die Alten bleiben. Aber wie lange noch?
Hansover
Herr Meike

Kleinewegs unerträglich

Zu Ihrem Artikel „Wohnen in Linden-Süd bald mehr Ausländer als Einheimische“: Für mich sind „die Ausländerkleinewegs unerträglich. Linden ist ein Stadtteil für „kleine Leute“, und dazu gehören die Ausländer einfach dazu. Wer sich als was Besseres dünkt, sollte doch lieber in einen vornehmen Stadtteil ziehen.
Hansover
Christiane Simon



25.9.78

Das Ausländerpapier geht jetzt den Wählern im Rat der Stadt, und der Stadtwahlkommission zu. Da die Diskussion über den Ausländeranteil in Linden-Süd nicht beendet ist, ist bereits eine zweite Sitzung angesetzt. Die Bürgerinitiative wird in der Frage zu entscheiden sein, ob die Ausländeranteil zu erhöhen, was sie weiterhin will.

Ausländerprobleme, Kinderversorgung. Zwischen Heimat und Zuhause. Schiffe mit der türkischen Flagge sind für viele Kinder, die hier schon geboren wurden, ein Symbol, das einen Zwischenstand dokumentiert und sie zwischen zwei Welten schwimmen läßt. Integration und bessere Bildungschancen sind aber nur dort gegeben, wo der prozentuale Bevölkerungsanteil der Ausländer 10% nicht übersteigt. Das sollten auch die Eltern der Kinder, um deren Zukunft zu geht, erkennen.

Das fortgeschrittene Bild, das wir leider nur in schwarz/weiß wiedergeben können, malte der 10jährige Ali Tur, Eisenstraße 8, für den LINDEN-BLATT-Malwettbewerb. Sein kleiner Bruder malte ein ähnliches. Symptomatisch, daß vier weitere Ausländerkinder aus anderen Wohnbereichen ebenfalls Schiffe malten.

Nummer 177 / Oktober 1978 → 42 Lindenblatt 10/78

Dein Nachbar, der Ausländer

Ausländer-Papier der BI Linden-Süd muß als Hilferuf gewertet werden

Alles von 1963 bis 1973 kamen fünf Millionen Ausländer nach Deutschland und viele von ihnen wurden von Firmen organisiert angeworben. Das war immer gefählicher geworden. Spätestens die Wirtschaftskrise bedeutete Wohlstand und gute soziale Lage und politische, auf spätesten Erfolg gezielte Kurzsichtigkeit auf eine Situation, in der wir noch lange zu kämpfen haben werden.

Die große Welle der Angehörigen, der Frauen und Kinder junger Arbeiter, die für harte D-Mark-Arbeiten verschickten, für die auf dem deutschen Arbeitsmarkt keine Hand mehr zu kriegen war, kam nach. Sie schwappten 1974 500.000 Frauen, Kinder, Brüder und Schwestern aus vorwiegend südlichen Ländern in die Bundesrepublik. Bei vielen Ankommenenden kollidiert die Erwartungen mit dem Stup für Arbeitsbewilligungen.

Nun versucht sich Zündstoff anzufachen. Die gebürtigen Gäste werden zu ungebetenen Degradiert. Der Grundbesitzer, die Vertragspartner, die Politiker aller Couleur haben damals vergessen, daß es einen wirtschaftlichen Umwälzung geben könnte, vergraben, Sicherungen gegen Ungeheuer ereignen.

Die Arbeitsverhältnisse wurden zu Sammelpunkten der Ausländer. Viele von ihnen, bringe integriert oder durch Verheiratung mit einer Deutschen in den Bereich der deutschen Staatsbürgerschaft geföhrt, befinden sich, in Ausländerbezirken und anderen Gebieten ihre Lebenslage zu verlieren.

Das Leben zwischen Ost und West, zwischen Mentalitäten, bringt Spannungen, die besonders auf die Heimatverwandten einwirken, sie prägen ihnen des feinen Haß rinnen und die Bildungs- und Ausbildungschancen verringern.

Die Zusammenballung von Ausländern wach wader für die deutsche Bevölkerung einen Wog aus dem Dilemma. Auch dort, wo billige Mieser läßt, ist der Treffpunkt der Wirtschaften jeder Nationen. Die ganze Spektralbreite der Probleme, die strukturell bedingt wirken und gesellschaftspolitisch Lösung bringen, die ein Plekterial aus der Realität schaffen, das als geheilte Faust in die Arroganz jenseits Wirtschaftswandelgebahren vergangener Tage führt, ist noch nicht angesetzt, hat zur Auflage erreicht, die von vielen schon als Fuld gesehen werden.

So ist auch das Ausländer-Papier der Bürgerinitiative Linden-Süd, das auch nach Absicht der Autoren Eindrücke und rechtlich nicht Maßstabes enthält (Ausländerverweigerung, Mikrokontrolle), vornehmlich als Hilferuf zu verstehen. Ein Hilferuf, der letztlich auch den Ausländern und vor allem ihrem Kleinkind zugute käme, wenn er zu Maßnahmen führen würde, die den Sanierungsplan Linden-Süd, in dem der Ausländeranteil von 1973 bis jetzt von 18 auf 29% anwuchs, entlassen können.

Während jeder vierter Bürger dieses Stadtteils Ausländer ist, wobei die türkischen Mitbürger den größten Anteil stellen, wachst eine Generation heran, die die Zahl auf 45 bis über 50% bringen wird.

In den Schulen sind diese Zahlen schon registriert. Das Ausländerpapier soll kein böses Bild erzeugen, keine so oft über zu beobachtende gute Nachbarschaft zwischen Ausländern und Deutschen säuern. Wegmacht - es ist ein Hilferuf, der im Interesse aller nicht überhört werden darf. Das Thema darf kein Tabu für die Politiker mehr bleiben und sollte auch mit unseren Nachbarn, den Ausländern, ernsthaft diskutiert werden.

Hier der Wortlaut des Ausländerpapiers der BI Linden-Süd:

Stadtpost November 78

„Ausländerprobleme“ in Linden Süd?

Nachzügliche, oft aussergewöhnliche Diskussion hat die „Lindensüdige Bürgerinitiative Linden-Süd“ (BI) am vergangenen Sonntag ihre Forderungen zum Zusammenleben von Deutschen und ausländischen Bürgern mehrheitlich beschlossen.

Kernpunkt des sogenannten „Ausländerpapier“ ist die Forderung, daß die deutsche Ausländeranteil am Sanierungsgebiet von 29% während Verlauf der Sanierung auf 10% gesenkt werden müsse, es für die Lindener unerträglich hoch sei.

Das „Ausländerpapier“, das eine Reihe konkreter Vorschläge enthält, z.B. ein weitgehendes Zuzugstopps für Ausländer und ein einseitige Bevogung von Deutschen bei der Vergabe von Wohnungen, wurde durch einseitige Verwaltungsgremien und den Rat der Bürgerinitiative beschlossen und die Bürgerinitiative als Entscheidung übermietet und in die lokale Presse (LIZ), Lindenblatt als Bürgerinitiative veröffentlicht.

Diese Forderungen werden jetzt auch noch Parteien aufgedrängt. Unter Bezug auf das „Ausländerpapier“ der BI verurteilt die SPD ein Plakat: „Wird Linden zum Ausländer-Ghetto“? Die CDU, besessen der letzten Stadtwahl, eine Bestätigung für die Haltung radikaler Wohngruppen in der BI ist.

Die Stadtpost der LIZ hat sich zu Stadtteil ethische Bewegung weigert. Deutsche und ausländische Bürger, die sich durch die Politik der BI nicht nur selbst, sondern die Zusammenhänge des „Papiers“, erreicht wurde, sollten als Bürgerinitiative ein Wort zu sagen. In der Deutsche und Ausländer gemeinsamen sind Forderungen zur Bewältigungspolitik formuliert worden.

Termin: Öffentliche Sitzung der BI Linden Süd, Dienstag, 18.9.78
Öffentliche Sitzung der Arbeitsgruppe, Mittwoch, 18.10.78
Ort: Bürgerhaus, Cherbörsenstraße 28, Linden-Süd

45

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll Nr. 299 vom 26.9.78
Versammlungsleiter: Deiters
Wolfgang Becker

Bevor zur Tagesordnung übergegangen werden kann, betreten etwa 20 "aufgebrachte deutsche und ausländische Bewohner Linden-Süds" das Bürgerhaus. Sie erklären, ihrer "Empörung" über die jetzt durch die Zeitung (HAZ) verbreiteten "rassistischen" Forderungen der BI nach Reduzierung des Ausländeranteils in Linden-Süd auf 10 % Ausdruck verleihen zu wollen.

Man einigt sich, die Fragen und Forderungen dieser Gruppe zu Protokoll zu nehmen und auf der kommenden Sitzung zu diskutieren.

- *FRAGEN:**
1. Woher nehmt Ihr das Recht, bestimmen zu wollen, wie und wo Ausländer zu wohnen haben?
 2. Mit welchem türkischen Arbeitnehmerverein, mit welchem spanischen Club, mit welchen Jugoslawen habt Ihr bei der Aufstellung Eures 'Ausländerpapiers' zusammengearbeitet?
 3. Was hat die BI bisher für ein besseres Verhältnis von ausländischen und deutschen Lindenern praktisch getan?
 4. Sollte uns nicht die deutsche Geschichte dazu ermahnen, den Rassismus und Fremdenhaß entgegenzuwirken?

- *FÖRDERUNGSKATALOG:**
1. Wir fordern die Wohnungsvergabe nach Dringlichkeit, unabhängig von Rasse, Religion und Geschlecht!
 2. Menschenwürdige Wohnungen für alle!
 3. Zweiwöchigen Bildungsurlaub für alle BI-Mitglieder in der Türkei!
 4. Spezielle Verschulfförderung für Kinder ausländischer Arbeitnehmer!
 5. Zugangstopp für alle mit mehr als 1600.- DM Nettoeinkommen!
 6. Verteilung des 'Ausländerpapiers' durch die BI in allen Sprachen!

46

WIR BRAUCHEN KEINE SONDENBOCKE !!

Die Bürgerinitiative Linden-Süd möchte ausländische Mitbürger aus diesem Stadtteil vertreiben.

- Die Bürgerinitiative behauptet:
- "250 Ausländer sind auf die Dauer unentbehrlich..."
 - "10% Ausländeranteil soll durch absolutes Zugangstopp erreicht werden..."
 - "Nur Ausländer interessieren sich für schlechte Wohnungen, weil sie billig sind..."
 - "Die Bürgerinitiative diskutiert über Einrichtung separater Ausländerklassen..."

Tatsache ist doch, daß die Ausländer keine renovierten, guten Wohnungen bekommen ("Ausländer wollen wir nicht") und sie darauf angewiesen sind, die schlechten, renovierungsbedürftigen Wohnungen zu beziehen. Sogar zahlen sie für die schlechten Wohnungen überhöhte Mieten.

Wir fordern für deutsche und ausländische Bewohner renovierte Wohnungen zu billigen Preisen.
Wohnungsvergabe nach Dringlichkeit, unabhängig von Nationalität, Sprache und Religion.

GLEICHE RECHTE FÜR AUSLÄNDISCHE MITBÜRGER UND ABLEHNUNG JEGLICHER DISKRIMINIERUNG !

FRATERNITÄT MIT AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGERN !

Zu den Schulen:
Wir sind gegen Isolation und für Integration in die Wahrung der jeweiligen nationalen und kulturellen Identität der ausländischen Kinder in den Schulen, siehe Schulvertrag Sportorffschule. (Nebel werden in den ersten Klassen die maximalen Schilferzahl auf 18 begrenzt, zur Hälfte mit deutschen, zur anderen mit ausländischen Schilfern; außerdem ist jede Klasse mit zwei Lehrern besetzt - einem Deutschen und einem ausländischen Lehrer.)

3.10.78

DIESEN TAG UM 19.00 UHR IM DAS BÜRGERHAUS ZUR SITZUNG DER BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD II
Ct. Auf e.v. - am Bürgerhaus - Oberstraße

47

Aufgrund der Inwertigkeit zahlreicher deutscher und ausländischer Bürger (überwiegend Spanier), die an einer Diskussion über das "Ausländerpapier" der BI interessiert sind, wird obige Tagesordnung beschlossen. Best der Verlesung des "Ausländerpapiers" mit anschließender Übersetzung beginnt eine oft kontroverse und emotional geführte Diskussion, deren Verlauf in Folgenden durch ausgewählte Beiträge in zeitlicher Reihenfolge wiedergegeben wird.

AGS, Herr Deiters:
Ein deutscher Bürger: Nicht der hohe Ausländeranteil sei "unentbehrlich", wie die es behaupten, sondern die Rechtsgleichheit zwischen Deutschen und Ausländern, die sich aus den Forderungen der BI ergibt.
BI: Von "Unentbehrlichkeit" sei nicht die Rede, jedenfalls sei für die Lindenener Bürger der Ausländeranteil zu hoch. Die BI habe die Vertreter der Ausländer diskutiert und vertrete auch die Interessen der Ausländer im Wohnungsgebiet.

AGS, Herr Deiters: Die Vereinbarung dieses Anspruchs mit der Forderung 2.4. des Katalogs für L. u. S. u. d. e. r. u. d. e. wieder annehmbar gemacht werden sollen.

AGS, Herr Deiters: Hintergrund des hohen Ausländeranteils sei das optische Bild durch zahlreiche illegale Mieter, ein optisches Feindbild ihrer Grundstücke mit den Folgen von Überbelegung usw...

BI: In Grunde handle es sich eigentlich auch nur um ein spezielles "Wohnungsproblem" ...

AGS, Herr Deiters: Alle Ausländer seien gleichermassen betroffen und würden selbstständig zusammen. Gestaltete Probleme seien nicht durch bauliche Maßnahmen zu reformieren, schon gar nicht, solange keine "politische Mehrheit" vorliege. Es gebe jetzt gerade, eben 6000 türkische Bürger voranzutreiben, in den die Interessen der Deutschen und e. i. l. e. r. Ausländer berücksichtigt werden müssen.

BI: Demokratie brauche nicht mehr gelernt zu werden.
BI: Das vorliegende "Ausländerpapier" spiegelt die kontroversen Meinungen innerhalb der BI wieder. Neben zahlreichen konkreten Forderungen zur Verbesserung würden einige rechtliche Forderungen nach Reduzierung der Ausländer. Über diese Forderungen müsse hier diskutiert werden.

BI: Es gibt positive Erfahrungen im Zusammenleben mit Ausländern, solange diese hauptsächliche in der Minderheit sind. Zentrale werden erst schwierig, alle türkische Mieterparteien in der Mehrheit waren und nicht mehr "erzogen" werden konnten.
BI: Keiner werde vertreiben, man volle aber "essentielle Ausländer".
AGS, Herr Deiters: Kritik am Ausdruck "Gastarbeiter", Ausländer seien keine "Gäste", sondern "Mitarbeiter" oder "Partner" mit gleichen Pflichten und Rechten, die allerdings durch gesetzliche und administrative "Diskriminierungen" stark eingeschränkt seien (Bsp.: Arbeitsverbot, etc.). Warum gebe die BI diese "Diskriminierungen" weiter (Bsp.: Zugangstopp) und nicht sich ganz zum "Handlanger der Verursacher"?

AGS, Herr Deiters: Wenn Ausländer als Partner betrachtet werden, warum sollen sie dann "erzogen" werden?

BI: Es werde zuerst von Politik geredet, hier gebe es jedoch um "Fragen der Lindenener". Der Anteil der Deutschen in L.-Süd habe im Verlauf der Sanierung abnehmend abgenommen. Dieser Trend müsse endlich gestoppt und L.-Süd wieder zu "einem Ausländer Stadtteil" werden.
BI: Der Zugangstopp solle die Voraussetzung für Wohn- und Wohnverhältnisse sein, eine gleichmäßige Verteilung auf's Stadtgebiet sei essenziell.

Herr Deiters: Integration heißt nicht "Anpassung", also "Germanisierung" der Ausländer, sondern beinhalte deren Recht auf Bewahrung der eigenen Kultur.

BI: Das Recht auf eine eigene Kultur wird anerkannt, Ausländer sollen auch nicht diskriminiert werden. Man habe während des Besuchs bereits Erfahrungen mit der Integration von Ausländern gemacht, diese sollte auch jetzt gelingen. Die BI habe sich mehrfach in Einzelfällen für die Belange von Ausländern eingesetzt.
BI: Es wird klargestellt, daß es keine einheitliche BI-Meinung zur Ausländerfrage gibt.

Von spanischen und deutschen Mitbürgern wird gefordert, daß die BI ihr "Ausländerpapier" zurückziehen soll. Die Diskussion habe gezeigt, daß die BI nicht legitimiert sei, die Interessen d. e. r. L. i. u. d. e. r. u. d. e. r. zu vertreten. Forderungen d. e. r. L. i. u. d. e. r. u. d. e. r. zur Wohnungspolitik können nur nach einer geduldeten Diskussion unter Einbeziehung vor allem der Betroffenen, in diesem Fall der Ausländer, gestellt werden.

Die überwiegende Mehrheit der BI ist nicht bereit, die aufgelisteten Forderungen zurückzunehmen. Es sei lange genug diskutiert worden. Jedem interessierten stünde die Mitarbeit in der BI offen. Hier könne jeder sukzessive an der Willensbildung teilnehmen oder seine Interessen vertreten lassen. Wer nicht mitarbeite, werde auch nicht vertreten.
Die Diskussion wird mit einem Verfahrensvorschlag des Versammlungsleiters nach über zwei Stunden abgebrochen. Danach soll die BI sich darüber Gedanken machen, ob: 1. das Papier weiterbestehen soll,
und: 2. wie die weitere Diskussion möglicherweise unter Einbeziehung der Ausländer geföhrt werden soll.

TOP 4. EINKÖMME
Der Vorsitzende des Ausländerbeirats Hannover, Herr Alatal, nimmt Stellung zur Veröffentlichung des "Ausländerpapiers". In einem Brief fordert er die BI auf, keine weiteren Schritte zu unternehmen ohne Rücksprache mit dem Beirat gewesen zu haben.

CDU-Anträge im Rat

CDU - "POSTWURFENBURG" IN LINDEN-SÜD

Antrag zur Vergabe von Wohnungen in Linden-Süd

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat neue Grundstücke zur Kostvergabe von Wohnberechtigtens im Sanierungsgebiet Linden-Süd vorzulegen, die nicht - wie die alten Richtlinien - des Trends zur Erhöhung des Ausländeranteils in Linden-Süd vorzuziehen sind.

Begründung:

Der hohe Anteil der Ausländer an der Linden-Süd Bevölkerung ist einer Integration der Ausländer nicht förderlich. Es steht im Gegensatz zu beabsichtigen, das soziale Spannungsverhältnis, wenn sich der Ausländeranteil weiter erhöht. Der Anteil ausländischer Kinder und Jugendlichen beträgt heute schon über 40%, bei den Kindern bis zum 6. Lebensjahr sogar bis über 60%.

Die Probleme im schulischen Bereich sind bereits evident, es sollte die Besetzung aller neuen, noch Problemfelder nicht entstehen zu lassen. Erfahrungen aus anderen Städten und Ländern zeigen, das einseitige soziale Strukturen von einem bestimmten Punkt an kaum mehr zu beeinflussende Selbstverwirklichungserwartungen erschaffen.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit den bestehenden Grundstücken zur Kostvergabe von Wohnberechtigten im Sanierungsgebiet Linden-Süd hat sich u.E. herausgestellt, das die Anwendung dieser Grundstücke mit dem beabsichtigen, das der Ausländeranteil in Linden weiter ansteigt. Aufgrund des schlechteren Preisniveaus der Sanierung, schließen mehr und mehr auch solche deutsche Einwohner Linden, die nicht oder noch nicht direkt am Sanierungsgebiet betroffen sind. In die freibehaltenen Wohnungen ziehen dann sehr oft Ausländer ein, die nach den Wohnberechtigtens dann wiederum zu den ersten Anwärtern auf Sanierungsmaßnahmen gehören. Diese mit den Richtlinien sicher nicht gewollte tiefgreifende Veränderung der Bevölkerungsstruktur Linden darf sich nicht weiter fortsetzen. Deshalb müssen die alten Richtlinien durch eine möglichst weitgehende Vorläufe, Beratung und Konsultation neuer Grundstücke ersetzt werden.

Diesem Antrag beauftragte ein SPD-Ratsabstimm in der Raterversammlung am 26.10.1978 u.a. mit den Worten: "Wir haben vor vierzig Jahren solche Töne auch schon einmal gehört..."

Diese Aussage wurde vom Ratvorsitzenden nicht gerügt.

Da sich die CDU-Ratsfraktion nicht in die Reihe derer stellen läßt, die vor vierzig Jahren die Reichskristallnacht entfeindeten, verläßt sie geschlossen den Ratssaal.

Der Antrag lehnte die SPD ab.

MITT-VERFASSUNGSGESCHICHTE AUSLÄNDERISCHE WOHNLÖSUNG IN HANNOVER

19.10.1978

51

An die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt - Hannover - die Ratsfraktionen den Ausländerbeirat

HAZ 16.10.78
CDU beantragt einen Bericht über die Sanierung in Linden
Praktisch bringt auch Ausländerproblem vor den Rat

Betr.: Ausländerpapier der Bürgerinitiative Linden-Süd

Sehr geehrte Damen und Herren!

Besorgt über das von der BI-Linden-Süd ausgearbeitete und in der Oktober-Ausgabe des "Linden Blatts" erschienene Ausländerpapier wenden wir und an Sie.

Die einzelnen Forderungen in diesem Papier sind Ihnen sicherlich bekannt und veranlassen uns zu der Frage, ob solch diskriminierende Forderungen überhaupt diskutabel sind, denn ganz abgesehen von der humanen Seite, verstoßen diese auch gegen das Grundgesetz, das die freie Wahl des Wohnsitzes zusichert.

Bezeichnend im Papier ist u.a. 2.-4 "Modernisieren, damit die Wohnungen für Deutsche wieder annahmbar werden".

Im erschienen Artikel heißt es: "das Ausländerpapier soll kein böses Blut erzeugen"; verfolgt man dann die einzelnen Forderungen kann man nicht umhin, dies als blanken Hohn aufzufassen.

Die hohe Anzahl der in Linden-Süd wohnenden Ausländer(nicht zu vergessen die vielen Rentner und Studenten) kann und darf durch solche geforderten Maßnahmen nicht reduziert werden. Es ist ein Problem, das zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst werden muß.

Wir appellieren an Sie, alles zu tun, damit die geforderten Maßnahmen nicht in die Praxis gelangen und das Problem auf gegenseitiger Basis gelöst wird.

Sollten die geforderten Maßnahmen in die Praxis gelangen, sind wir überzeugt, daß das Zusammenleben noch "unerträglich" (S. Titelt) würde, den die Ausländer wären sicherlich nicht bereit solche Maßnahmen stillschweigend hinzunehmen.

Was gedenkt die Stadtverwaltung und die einzelnen Parteien für die Lösung dieses seit langer Zeit bestehenden Problems zu tun.

Wir bitten um Stellungnahme.

Hochachtungsvoll
Im Namen des Ausschusses

BEWAHRUNGSGEGEN BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll Nr. 262 vom 17.10.78
Diskussionsleiter: König Wolfgang Becker

TOP 4. "AUSLÄNDERDISKUSSION"/WEITERES VERFAHREN
Zahlreiche ausländische, (überwiegend spanische), und deutsche Mitbürger, die bisher nicht in der BI mitgearbeitet haben, erwarten eine Aussage der BI zur weiteren Handhabung des "Ausländerpapiers". Es wird der Vorschlag einer "konstruktiven" Zusammenarbeit mit der BI gemacht, das heißt, daß sich eine neu zu bildende Gruppe mit den Problemen des Zusammenlebens von Bürgern verschiedener Nationalitäten in Stadtteil Linden-Süd, soll. Diese Gruppe, in der Mitglieder der BI und alle anderen Interessierten, insbesondere Ausländer, mitarbeiten sollen, werde dann konkrete Vorschläge machen und Forderungen erheben.

Eine Zusammenarbeit mit der BI sei jedoch schwierig, solange die BI ihre Forderungen aufrechterhalte. Außerdem wird festgestellt, daß Ausländer Schwierigkeiten hätten, sich auf den Dienstagssitzungen einzubringen. Die Forderungen der BI müssten unbedingt sofort "auf Eis gelegt" werden, da sie bereits politische Wirkungen hervorrufen. So bringe die CDU in der kommenden Woche unter dem Motto "Ausländerprobleme" einen Antrag zur Belegung von städtischen Wohnungen in den Rat ein. Die "Jungen Nationaldemokraten in der NPD" greifen in einem vorliegenden Flugblatt mit der Überschrift "Wird Linden zum Ausländergetto?" ebenfalls die Forderungen "einer Lindener Bürgerinitiative" nach Verringerung der Ausländerzahlen auf.

BI-Mitglieder erklären, daß nach einer dermaßen langen Meinungsbildung eine Zurücknahme des "Papiers" unmöglich sei. Das "Papier" sollte in allen Sprachen weiterverteilt und Stellungnahmen der betroffenen Ausländer abgewartet werden, bevor weiter diskutiert werden kann. Es müsse auf jeden Fall ein Weg gefunden werden, die Situation für Deutsche und Ausländer zu verbessern. Eine Verringerung des Ausländeranteils in Linden-Süd sei langfristig auch im Interesse der Ausländer.

Die Berater der BI (Behnen und Holland) halten eine "Verlagerung der Auseinandersetzung" in eine Arbeitsgruppe für schlecht. Das "Ausländerpapier" habe das Gespräch mit den ausländischen Bürgern Linden-Süds aufgelöst. Dies müsse auf dem Forum der BI am Dienstagabend stattfinden. Allenfalls die Abgabe einer Stellungnahme zu den Forderungen der BI könne Aufgabe einer Arbeitsgruppe sein.

Na einer stellenweise hitzigen Diskussion kommt es zur Abstimmung über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe. Diese wird mit 16 Stimmen ohne Gegenstimme bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen. Es soll sich dabei um eine Arbeitsgruppe (=AG) der BI handeln. Das bedeutet, daß zwar jeder Interessierte mitarbeiten darf, die AG aber der BI "berichtspflichtig" ist, und keine selbstständigen Aktionen ohne Zustimmung der BI unternehmen darf. Termin der neuen BI-Arbeitsgruppe "Ausländer": Montags, 18.00 Uhr, Bürgerhaus.

Zusammgekommen in einer Versammlung wenden wir Spanier aus Linden-Süd uns an die Öffentlichkeit und verurteilen das Dokument der Bürger-Initiative-Linden-Süd.

Die BI-Linden-Süd hat ein Dokument veröffentlicht, das sich gegen den Aufenthalt der in Linden-Süd wohnenden Ausländer richtet und fordert den Wegzug von 15% derzeit dort lebenden Ausländern, damit die Wohnungen an deutsche Mieter vergeben werden können.

Diese Forderungen können wir nicht stillschweigend hinnehmen und erklären dazu folgendes:

bevor die Stadt Hannover mit dem Sanierungsplan begann, waren es viele Deutsche, die aus diesem Bezirk weggezogen, denn:

Die Wohnungen waren menschenunwürdig oder seit vielen Jahren nicht repariert bzw. renoviert worden. Außerdem mangelte es dem Stadtteil an hygienischen- und gesundheitlichen Mitteln, sowie an Freizeitangeboten und auch Kindergärten waren nicht genügend vorhanden.

Wir Ausländer, die wir keine Wohnungen in anderen Stadtteilen Hannovers erhielten, zogen nach Linden in die genannten Wohnungen ein.

Es ist zutreffend, daß wir in großer Anzahl in Linden-Süd wohnen, nicht zu vergessen, gemeinsam mit einer nicht geringeren Anzahl von Rentnern und Studenten.

Während der vergangenen Jahre haben wir an die Stadt (Rathaus) Hannover und auch an die privaten Vermieter überhöhte, ja teils Wochenmieten gezahlt und dies für Wohnungen, die für die deutschen Mitbürger menschenunwürdig und nicht akzeptabel waren. Menschenunwürdig laut Dokument der BI).

Folgerung:

Als unsere Anwesenheit in Linden-Süd rentabel war, hat kein Mensch protestiert. Erst als die neuen- und renovierten Wohnungen vergeben wurden, kamen Proteste gegen die Ausländer. Jetzt, sollen wir gehen und die Wohnungen verlassen, die ja nun renoviert sind und somit auch menschenwürdig für deutsche Mieter.

Aus diesen Grunde verurteilen Wir:

daß das Amt für Wohnungswesen bei der Vergabe von Sozialwohnungen in Linden-Süd evtl. den geforderten "Stop" für Ausländer praktiziert

daß wir erneut diskriminiert werden, indem man uns verbietet in renovierten Wohnungen zu wohnen und wir entgegen dem Grundgesetz unseren Wohnsitz nicht frei wählen können.

daß versucht wird uns aus Linden zu jagen, damit sich unser Anzahl um 15% verringert.

(60%)

Wir fordern:

daß bei der Vergabe von Sozialwohnungen in Linden-Süd die Ausländer weiterhin berücksichtigt werden.

die renovierten Wohnungen in relativer Anzahl an die dort wohnenden Ausländer gerecht vergeben werden.

eine Lösung der bestehenden Probleme in Linden-Süd, ohne daß zu diskriminierenden Maßnahmen gegriffen wird.

Wir appellieren an die Parteien- obwohl wir sie nicht wählen können- unsere Interessen zu vertreten.

Die deutschen Bewohner in diesem Stadtteil bitten wir um Verständnis für unsere Lage. Linden ist nicht alt durch unser Verschulden, sondern dadurch, weil seit vielen Jahren nicht für Linden getan wurde, das heißt nichts renoviert wurde.

Unser Dank gilt den vielen deutschen Bewohnern aus diesem Stadtteil für ihre Solidarität, die sie uns bekundeten, indem sie das Dokument der BI verurteilten, sowie auch die Diskriminierung unter der wir leiden.

Versammlung der Spanier am 15.10.1978
im Bürgerhaus, Charlottenstr. - Linden-Süd

Unabhängige Bürger-Initiative 2
LINDEN-SÜD

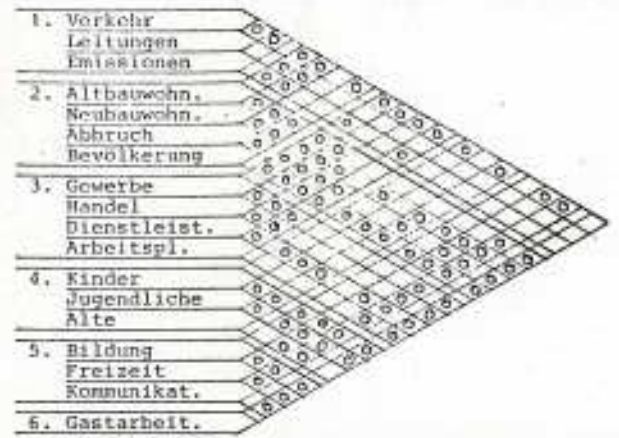
Protokoll vom Dienstag 14.11.72 18³⁰

Chronologie des Konfliktes im Bereich Verkehr

- 1972.30 2500 Unterschriften sollen dem C übergeben werden
- 8.9 BI: UBI vertritt Interessen aller Betroffenen
- 12.9 Parteien wollen sich für BI-Orderungen einsetzen - nach Übergabe der Unterschriften
- BI - Schreiben an den CC: Der Allerweg darf Linden-Süd nicht zerschneiden, deswegen muß der Verkehr hier so ungeleitet oder unter die Erde gelegt werden, daß die Anwohner weder durch Lärm noch durch Abgase belästigt werden, Verkehr in Zusammenhang sehen
- 18.9 Ähnliche Informationen an - Punkbilder Niedersachsens - nicht gesendet
- 10.10 BI lädt zum Bürgerforum der SPD ein
- 14.10 BI stellt kritische Fragen an die Parteien
- 14.10 Arbeitsgruppenbildung durch den Anwaltsplaner ua. Verkehr/Umwelt
- 14.10 ANLAGE
- 23.10 Begrüßung eines neuen Mitarbeiters - Gastarbeiter am 9. 12. ist U-Bahnbegehung - neue Trasse
- 29.10 Vorgaben der Verwaltung zur Planungsentstehung ÖNV, Straßensystem der übergeordneten Verkehrsplanung, Verkehrssystem im Gebiet, Reichsgaragenordnung
- Mindestinhalte eines Rahmenkonzeptes: Führung übergeordneter Verkehr, ruhender Verkehr
- Presse: BI will "Allerweg" übernehmen

ARBEITSGRUPPEN DER BÜRGERINITIATIVE HANNOVER LINDEN-SÜD

Zusammenhang der Arbeitsbereiche zwischen den Gruppen; Stand 8.12.72



Dieses ist bisher nur eine grobe Übersicht der Zusammenhänge; sie soll zunächst nur dazu dienen, die notwendige Zusammenarbeit zwischen den Gruppen aufzuzeigen. Die Zusammenarbeit hängt im Einzelnen noch davon ab, wie die verschiedenen Gruppen ihren Arbeitsbereich weiter unterteilen; bisher hat nur die Gruppe Verkehr/Versorgungsleitungen/Umweltschutz eine erste Gliederung vorliegen.

Tagesordnung:

- ① Pressemitteilung - Mitteilung von Herrn Kammers
- ② Postkarte - Führung, Mappe (Sovlun)
- ③ Aussuchen neuer Nachbarn mittels der Partei vander Befragung
- ④ Hausstrasse "Wie arbeitet eine Arbeitsgemeinschaft (AG)?" von Herrn Holland

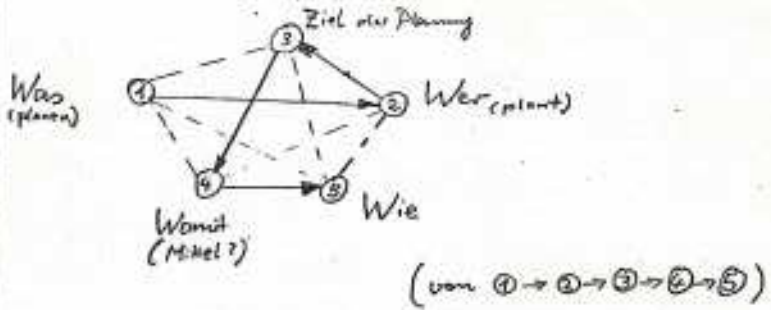
zu ① Die Pressemitteilung (Appell an Linderer Hausstrasse) wurde genehmigt. Herr Kammers gibt sie zur Veröffentlichung weiter. - Herr Kammers teilt mit, daß Frau Max-Franzke 7 auf eigenen blauer aus Linden-S. verweist. Die Hänkelhäuser Rückzüge 10.72 und Francke 7. werden jetzt gemeinsam abgeschlossen.

zu ② Es wurde die Frage der Postkarte-Führung diskutiert: ab 2.11. soll Diskussionskreis und Protokollführer nicht mehr in einer Person liegen. Die Postkarte werden von der Stadt verwirklicht. Herr Hausmann von der Stadt übernimmt das. Das Letzte-Övener "Archiv" wird konzipiert wer hat ihn? ?

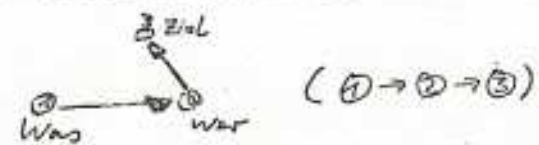
zu ③ Über diesen Punkt wurde nur kurz diskutiert, nichts entschieden.

zu ④ "Wie arbeitet eine AG?"
 Herr Holland sprach als Beispiel über eine
 Gruppe: Umwelt und Verkehr

Kurze Wiederholung: Planungsstrategie

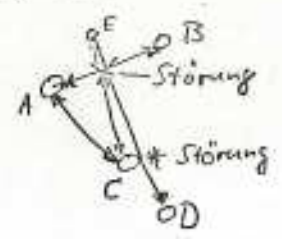


Heute sprechen wir uns über die Gruppe:
"Umwelt - Verkehr":



① Was: Verkehr	② Wer			
	Bürgerinitiative	Stadtverwaltung		
③ Ziele	Erreichbarkeit	Störungen	Erreichbarkeit	Störungen
a) öffentlicher Verkehr - Bahn - S-Bahn - Bus	-	-	-	-
b) privater Kfz-Verkehr - Individualverkehr → Golfwagen → Mopeds → Roller → Autos		Lärm, Legas, Unfälle		
c) öffentlicher Kfz-Verkehr - Busverkehr - Mopeds - Mopeds - Mopeds	allseitig		einseitig	
d) Fußgängerverkehr - nach aufhalten - innotall	raum dunkel dunkel		raum frei Kfz-Verkehr	

was ist Verkehr:



- ① Erreichbarkeit: möglichst gut: schnell, bequem, kurz
- ② Störungen: möglichst wenig

Die AG hat die Fragen ① Was, ② Wer und ③ Ziel listenartig beantwortet. (nicht vollständig und nur als Beispiel!) Jetzt hat sie einen Überblick über das Problem, sie muß Ziele entwickeln die mit den Zielen anderer Planer nicht übereinstimmen können. Dann gibt es einen Ziel Konflikt.

Die Bürgerinitiative und A 3 müssen sich die Fragen: ④ Womit? ⑤ Wie? diskutieren und Lösungen finden. (Aushandeln des Konflikts, kommt auf das Ziel)

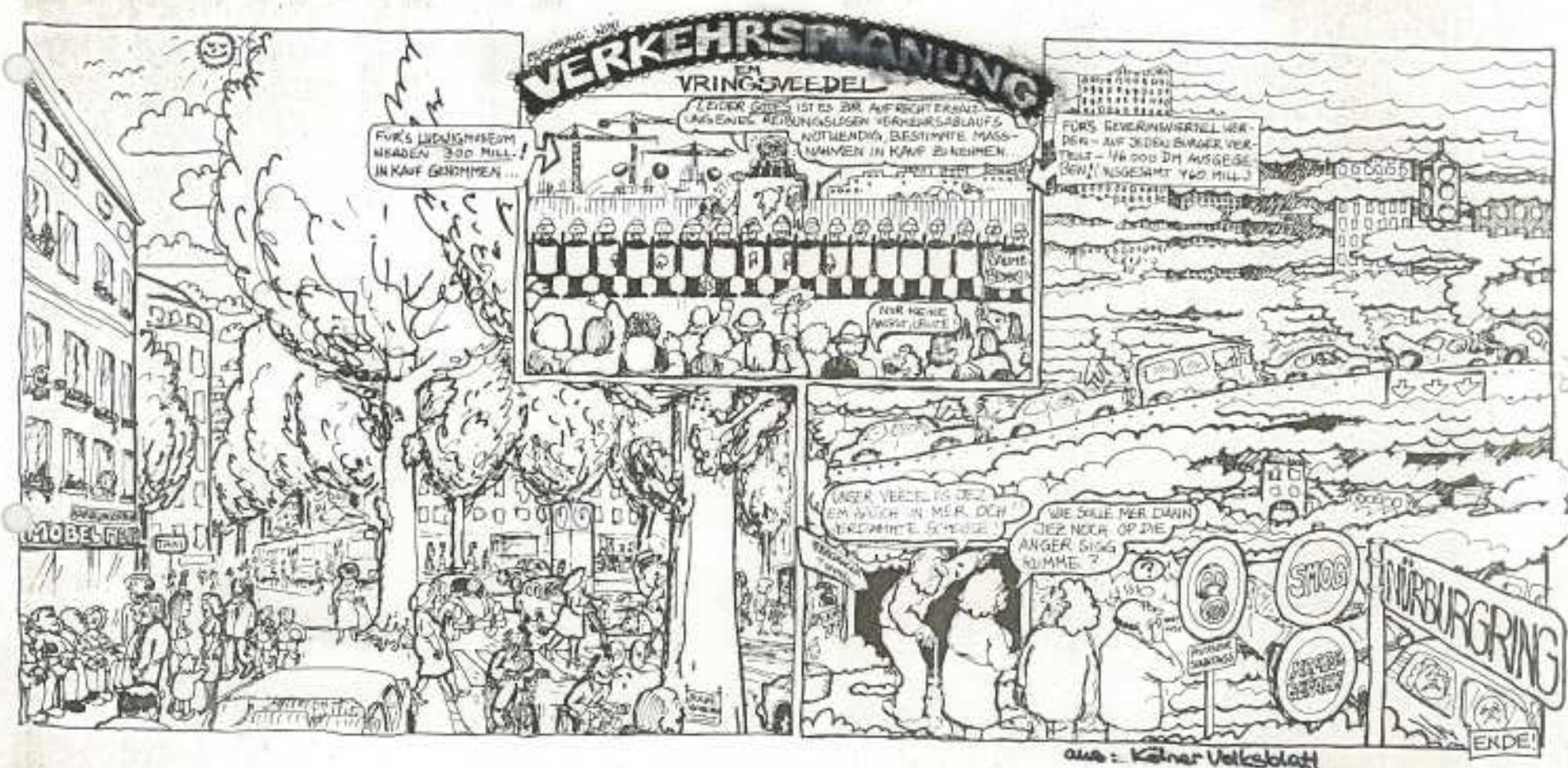
Die BI muß nun an die Stadt gehen und einen Gesamtplan der Ziele aufstellen.

Einige Arbeitsgruppe wollen sich schon treffen. Nächster Diskussionspartner: Henning Hothorn

Achtung zum Problemlösung
 1) Zusammenkünfte 11.11.72
 2) Erklärung vor Verwaltung zu Verkehr 7.

DOKUMENTATION DER KONFLIKTE IM BEREICH VERKEHR

5.



- 1973 30.4. 6 Termine der A1-Verkehr - Untergliederung des Bereichs Anlage
- Singeben auf die Verwaltungsplanung - Allerweg Göttingerstraße nicht total ablehnen
- Alle 48 mit PKW erreichbar Wohnwege
- Parken am Rand des Sanierungsgebietes 200m Weg Kreuzungswiese Überquerung der umliegenden Straßen
- BI kritisiert Allerwegplanung der Verwaltung
- 4.2.3 BI : Park and Ride - Wohnen vor Verkehr
- weg von den ersten Verstellungen Anlage
- 4.3.3 Allerweg muß untertunnelt werden
- Erkennen anderer Interessen Warenhäuser Verwaltungen in der City
- Alternativplanungen mit und ohne Ausbau des Verkehrssystems
- ADV : Generalverkehrsplan und Sanierungsplanung überschneiden sich
- zur Verbesserung der Lebensbedingungen : keine Hochstraße über den Leisterplatz, Schutz vor der Göttinger Straße Anlage
- 20.3 BI : Verkehrsprobleme treten nicht durch Linden-Süd auf
- Brief an Rat Verwaltung Hauusausschuß
- 16.4. 3000 Einladungen zur Bürgerversammlung Anlage
- 20.4. BI will Garagenbau stoppen Anlage
- 20.4. Neues Papier der A1-Verkehr
- 20.4. BI : zusätzliche Forderung nach "Ertastung der Wohnwege"
- BI fordert U-Bahn und Bushaltestellen
- A1-Handel etc. : Leisterstraße und Allerweg Aber auch die Charlottenstraße als Geschäftsgebiete benötigen eine gute Erreichbarkeit mit PKW
- 22.4. AKWo in der BI : Zebrastreifen auf die Göttinger Straße - Verwaltung will prüfen
- 5.6. BI : zusätzlich Tunnel in der Leisterstraße - Allerweg aber wie in der Presse beschrieben
- Verwaltung : Mittel sind erhöht - gute Chancen Göttinger Straße auszubauen auf Kosten der Hanomag oder unterirdisch Anlage
- 4.6. BI : Ergänzungsforderung zur Göttinger Straße
- Jens kein Schutz möglich, dann unterirdisch
- Zusammenhängende Bearbeitung mit dem Allerweg
- Verwaltung : nach einer Verkehrszählung kommt ein Zebrastreifen auf die Göttinger Straße
- 4.6. BI unterstützt die FDP : Buslinie Linden-Süd - Waldheim
- 4.6. BI : Keine Vertreibung zugunsten von T3
- BI und AKWo : Presseerklärung - AKWo besetzt ein Haus, die BI solidarisiert sich
- AKWo und BI : Aktionswoche - gemeinsamer Aufruf gemeinsame Durchführung Aktionen im Wohnbereich
8. Linden-Blatt etc zu Hausbesetzungen : Keine Verdrängung von wertvollen Wohnraum zugunsten von Autos

ARBEITSGRUPPE 1: VERKEHR, VERSORGUNGSLEITUNGEN, UMWELTSCHUTZ

Die Arbeitsgruppe hat bisher an sechs Terminen getagt:
1., 8., 15.12.72 und 12., 19., 26.1.73

Die Arbeitsgruppe hat zunächst ihren Arbeitsbereich durch ungeordnete Lenkung von Problemen allgemein abgesteckt und daran anschließend durch Zuordnung der Probleme zu umfassenderen Bereichen systematisch aufgeschlüsselt; daraus entstand die folgende Liste von Punkten, über die die Arbeitsgruppe etwas aussagen wollte:

- A. Verkehr**
- a) öffentlicher Kabverkehr
- + Bahn (Bahnhof Hannover-Linden)
 - + Straßentaxi/U-Bahn (Ritter-Brüning-Str., Schwarzer Bär)
 - + Bus
- b) individueller Fahrverkehr
- + überörtlicher (Allerweg, Göttinger Str., Ritter-Brüning-Str./Auenstr., Leisterstr.)
 - + örtlicher
 - das innere Verkehrsnetz (mit Anschlußproblemen, Anlieferung, Ver- und Entsorgung, Wohnungszufahrt)
 - ruhender Verkehr (mit den Problemen der Parkplätze, Kundenparkplätze, Garagen)
- c) Fußgängerverkehr
- + innerhalb des Gebietes
 - + nach außerhalb des Gebietes
- B. Versorgungsleitungen**
- a) Fernwärme
 - b) Elt, Gas, Wasser, Abwasser
 - c) Post
- C. Umweltschutz**
- Lärm-, Abgas-, Geruchs- und Staubquellen von Industrie, Gewerbe, Verkehr, Heizung und Freizeitanlagen

Die Arbeitsgruppe hat daran anschließend für jeden der einzelnen Gebiete Ziele der Sanierung formuliert, die zusammengefaßt folgenden Katalog ergeben:

- A. Verkehr**
- Bahn:**
- Der Zugang zum Bahnhof Hannover-Linden muß im Interesse der Bürger verbessert werden:
- Ein Fußweg aus dem Gebiet Linden-Süd muß kreuzungsfrei über (oder unter) die Göttinger Straße geführt werden
 - Der LKW-Verkehr von Leisterplatz aus darf nicht weiterhin das Gebiet von Linden-Süd belasten.
- Straßen-/U-Bahn**
- Die zukünftige Haltestelle der U-Bahn in der Ritter-Brüning-Str. muß im Bereich zwischen Hengstmann- und Petristr. liegen
- mit einem Zugang zur Hauptmannstraße und einen Zugang zur Stadionstraße,
 - die U-Bahn-Zugänge müssen gleichzeitig als kreuzungsfreie Über(Unter)querung der Ritter-Brüning-Straße dienen
- Bus:**
- Die Buslinien müssen ihre Haltestellen im Bereich des Allerweges haben, wo das Sanierungsgebiet zentral zu erschließen.

... soll jedoch erst erfolgen, wenn die Umsetzung der Bauhoher innerhalb
Lindens sichergestellt ist (sonst Reparatur).

TOP 4

B: Bericht der AG Verkehr und Umweltschutz (siehe Arbeitspapier von 13.2.81)
Zur Allerweg: Der Ausbau des Allerweges als Hauptverkehrsverbindung zwischen Deisterplatz und Ritterbrückingstr. darf das Gebiet von Li-Süd nicht zerschneiden. Der Zusammenhang zwischen dem nördlichen und südlichen Teil des Sanierungsgebietes muss erhalten bleiben. Dazu sind der Allerweg kreuzungsfrei überquerbar gemacht werden, ohne dass es dabei zu Erschwernissen für Alte, Behinderte usw. kommt. Das Wohngebiet von Linden-Süd muss vor Lärm und Abgasen des Verkehrs im Allerweg geschützt werden. Die B. sieht diese Forderungen nur dann als erfüllbar an, wenn der Allerweg zwischen Leporestr. und Deisterstr. als Tunnel durch das Sanierungsgebiet geführt wird. Wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden können, hält die B. den Ausbau des Allerweges als Hauptverkehrsweg nicht für zulässig.

16.2

zum Arbeitspapier: Es sollen noch Vorstellungen zur Nutzung (z.B. Abstellplätze für ruhenden Verkehr, Grünflächen) entwickelt werden. Die angeführten Vorteile einer Untertunnelung, wie Nutzung zur zentralen Erschließung, Vermeidung des Schleichverkehrs, Flächen für ruhenden Verkehr, müssen als Forderungen mit in dem Arbeitspapier eingehen. Gegenstellungnahme: Der Ausbau des Allerweges zur Hauptverkehrsader wird bereits als fest angenommen. Da der Rat nur über den Generalverkehrsplan, d.h. die Strassenführung und nicht über die Ausbaumasse entscheidet, besteht die Möglichkeit, dass der Allerweg ausgebaut, aber z.B. aus Geldmangel nicht untertunnelt wird. (?) Das Problem des überörtlichen Verkehrs entsteht durch Warenhäuser und Verwaltung. Die Bevorzugung des Individualverkehrs ist die Ursache des Problems. Als Lösungsmöglichkeit wird der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel (park and ride) vorgeschlagen. Zum Vorwurf der Utopie (Stpl.) werden Beispiele in anderen Städten angeführt. Beim Rat und bei den Planern soll das Problem grundsätzlich zur Diskussion gebracht werden. Es ist dann Aufgabe der Planer Lösungsvorschläge zu machen.
Antrag 1: "Der Allerweg soll nicht ausgebaut werden".
Antrag 2: "Der Allerweg soll nach den Vorstellungen der AG Verkehr ausgebaut werden (Untertunnelung), die Forderungen sollen durch Vorstellungen zur Nutzung ergänzt werden."
Abstimmungsergebnis: Der Antrag 2 wird mit 7:2:1 Stimmen angenommen.

TOP für den 20.3.

- Schreiben betreffs Stellungnahmen zum Arbeitspapier der AG Soziales.
- Bericht der AG Wohnen zur Auseinandersetzung mit dem Eigentümer (Projekt Ricklingerstr. 118).
- Ergänzungen zum Antrag 2 (Vorstellungen zur Nutzung).
- Bebauungsplan Kaisergabel
- Zwischennutzung der Freiflächen
- Bürgerversammlung (Termin, Strategie)

Diskussionsleiter: Böhnhoff

TOP: 1. Verkehrsplanung Linden-Süd a) Allerstr.
b) Göttingerstr.

- 2. Pressemitteilung
- 3. Protokollant

Abkürzungen: B=Bürgerinitiative VKpl.=Verkehrsplaner

TOP 1 a

B Stellungnahme der AG 1 Verkehr: Der Ausbau der Allerstr. zur Hauptverkehrsader wird abgelehnt.
Gründe: Zu starke Verkleinerung des Wohngebietes (ca. 60 Wohnungen, nach einer Forderung der Umweltschutzgruppe 600m Distanz Wohnen-verkehrsreich Strassen). Verschlechterung der Umweltqualitäten (Lärm, Abgase). Zerschneidung eines gewachsenen, einheitlichen Quartiers.

VKpl: Darstellung der bisherigen Planung: Die Funktion des Allerweges, als Bestandteil des Hauptverkehrsstrassennetzes.
Die Entlastung des Kernbereiches (3km um Kröpke) soll durch eine rasterförmige Erschließung (Tangentensystem) erreicht werden.
Der Allerweg bietet sich als Fortsetzung der Bornumerstr. zur Erschließung des Kernbereiches an. (Kaufhäuser müssen per Pkw erreichbar sein.)
Die Alternative Föhrstr.-Königswörtherstr. ist nicht leistungsfähig genug. Die Bornumerstr. ist hingegen noch nicht ausgelastet.
Bei einer Neuplanung kann das Problem Lärm durch Schutzmassnahmen (z.B. Tieferlegung, Überdeckung) gelöst werden.

B: Die Notwendigkeit des Strassenausbau wird prinzipiell angezweifelt.
Bezugnehmend auf Minister Vogels Forderung: Entlastung der Innenstadt durch öffentliche Verkehrsmittel, wird ein "park and ride"-System vorgeschlagen. Der Vorrang des Privatverkehrs vor dem öffentlichen Verkehr ist absurd, und nur im Interesse der Kaufhäuser.
Die Frage des Wohnens ist wichtiger, als die Frage des Verkehrs.
Die Trennung des Wohngebietes durch eine Hauptverkehrsader kann nicht zugelassen werden. Das Wohngebiet selbst ist bereits ausreichend erschlossen. Die Möglichkeit eines rasterförmigen Erschließungssystems ist einseitig. Die Strassenführung ist auf dem vorliegenden Plan manipulativ eingezeichnet (Allerstr. als einzig mögliche Lösung?).
Der Ausbau der Allerstr., um die Bornumerstr. auszulasten, ist eine Manifestierung und Wiederholung einer Fehlplanung.
Die Diskussion um Detailfragen ist wüssig, und würde eine stillschweigende Übereinkunft mit der vorgestellten Möglichkeit bedeuten.

TOP 1 b

VKpl: Aufgrund der Forderung nach Kreuzungsfreiheit, wird eine Überquerung des Deisterplatzes vorgeschlagen. (siehe auch Verkehrsplan Li-Süd Variante 3 November 71). Im Bereich der Rampen ist eine Verbreiterung der Göttinger erforderlich. Es existiert jedoch noch kein klares Konzept.

B: Die Lärmbelastung ist bei einer Überquerung stärker, als bei Unterquerung. Der Schallschutz durch mehrgeschossige Garagen (siehe AG Verkehr) wird in Frage gestellt. Eine Erhöhung der Garagen ist wegen des dahinterliegenden Wohngebietes anzumutbar. (Besonnung!)

Der Antrag: "Die vorliegenden Planungsvorschläge betreffs Allerstr. und Göttingerstr. werden nicht akzeptiert. Die Bürgerinitiative gibt das Problem mit der Forderung nach alternativen Lösungsvorschlägen an die Verkehrsplaner zurück." wird einstimmig angenommen.
Zeitliche Konsequenzen: VKpl: Alternativen frühestens im Mai.
Ent: (Beck) Ende März Herausarbeiten der wesentlichen Probleme, Mitte Mai Entscheidung über Generalverkehrsplan (Details später).
Bis Ende März sollte das Arbeitspapier der B. mit den vorläufigen Ergebnissen beim Baususschuss vorliegen, bis Mai Darstellung der globalen Forderungen. (s.B. Untertunnelung der Allerstr.)

TOP 2

Die Diskussion über die Pressemitteilung wird auf den 20.2. verschoben.

TOP 3

Protokollant: ...

Die unabhängige Bürgerinitiative Linden-Süd stellt fest, daß sich im Gebiet von Linden-Süd die Probleme der Sanierung und die Probleme der Generalverkehrsplanung überlagern. Dabei verfolgen die Sanierung und die Generalverkehrsplanung unterschiedliche Ziele.

Ziel der Bürgerinitiative ist es, die Wohn- und Umweltbedingungen in Linden-Süd durch die Sanierung wesentlich zu verbessern. Die Bürgerinitiative kann es nicht hinnehmen, daß dieses Ziel durch andere Interessen erheblich beeinträchtigt wird. Die Bürgerinitiative fordert daher:

1. Der Ausbau des Allerweges als Hauptverkehrsverbindung zwischen Deisterplatz und Ritterbrüning-Straße darf das Gebiet von Linden Süd nicht durchschneiden. Der Zusammenhang zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil des Sanierungsgebietes muß erhalten bleiben. Dazu muß der Allerweg kreuzungsfrei überquerbar gemacht werden, ohne daß er dabei zu Erschwernissen für Alte, Behinderte Mütter mit Kinderwagen usw. kommt. Das Wohngebiet von Linden-Süd muß vor dem Lärm und den Abgasen des Verkehrstromes im Allerweg geschützt werden. Die Bürgerinitiative sieht diese Forderungen nur dann als erfüllbar an, wenn der Allerweg zwischen Laportestraße und Deisterplatz als Tunnel durch das Sanierungsgebiet geführt wird. Wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden können, ~~ist die~~ ~~Initiative~~ ~~nicht~~ ~~bereit~~ ~~die~~ Bürgerinitiative den Ausbau des Allerweges als Hauptverkehrsweg nicht für zulässig.
2. Das Gebiet von Linden-Süd muß vor den Auswirkungen des Verkehrstromes auf der Göttinger Straße geschützt werden. Die Bürgerinitiative sieht die Forderung nach einem Lärmschutz nur dann als erfüllbar an, wenn
- zwischen Göttinger Straße und Wohngebiet Gebäude mit Schutzwirkung errichtet werden,
- und wenn im Bereich der Göttinger Straße keine Hochstraße über den Deisterplatz geführt wird, die den Verkehrslärm noch weiter in das Gebiet hineinbringen würde.
3. Langfristig müssen auch für die Wohnungen im Bereich der Ritter Brüningstraße Schutzmaßnahmen vor den Verkehrsauswirkungen ergriffen werden.
4. Sonstige Forderungen siehe Bericht der Arbeitsgruppe 1 vom 30.1

203

13.3.73

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE
LINDEN-SÜD
3 Hannover
Ricklinger Str. 65

An
die Mitglieder des Hauusausschusses
und die Vorsitzenden der Fraktionen
des Rates der Stadt Hannover

Anlässlich der bevorstehenden Beratungen des Rates der Stadt Hannover über die Generalverkehrsplanung legt die Unabhängige Bürgerinitiative, die die Interessen der Bürger von Linden-Süd bei der Sanierung des Stadtviertels vertritt, die beigefügte Stellungnahme zu Verkehrsproblemen in Linden-Süd vor.

Diese Stellungnahme ist ein Teil der Forderungen, die sich aus den Zielen der Bürgerinitiative zur Verbesserung der Stadtteilqualität ergeben.

Die Bürgerinitiative weist nachdrücklich darauf hin, daß von der Lösung der übergeordneten Verkehrsprobleme, die ja nicht durch das Gebiet von Linden-Süd erzeugt werden, in erheblichem Maße das Gelingen der Sanierung abhängig ist. Das gilt vor allem für die durch den Verkehr auf der Göttinger Straße und auf dem Allerweg entstehenden Probleme. Insbesondere auf die Allerwegproblematik hat die Bürgerinitiative schon im September 1972 bei der Übergabe von 2400 Unterschriften für ihre Forderungen zur Sanierung aufmerksam gemacht.

Die Bürgerinitiative legt nunmehr ihre weiter konkretisierten Forderungen dem Rat der Stadt Hannover vor, um sie in die Überlegungen zur weiteren Planung einzubringen.

Die Bürgerinitiative bringt damit zum Ausdruck, daß die Bürger von Linden-Süd nicht bereit sind, die Folgen des Verkehrskonzeptes der Stadt Hannover, die die ohnehin schon problematische Situation des Sanierungsgebietes noch verschärfen, allein zu tragen. Vielmehr fordern sie, daß die Allgemeinheit in einer Weise für die Folgen aufkommt, die die Wohn- und Umweltqualität von Linden-Süd wieder verbessert.

Die Bürgerinitiative macht ihre Stellungnahme zu dieser Problematik gleichzeitig über die hannoverschen Zeitungen der Öffentlichkeit bekannt und erwartet vom Rat der Stadt Hannover eine baldige öffentliche Stellungnahme zu ihren Forderungen.

Im Auftrage der
UNABHÄNGIGEN BÜRGERINITIATIVE
LINDEN-SÜD

Rahner
Krause

Hannover, 20.3.73

Stellungnahme zu Verkehrsproblemen im Sanierungsgebiet Linden-Süd:

Die unabhängige Bürgerinitiative von Linden-Süd stellt fest, daß sich im Gebiet von Linden-Süd die Probleme der Sanierung und die Probleme der Generalverkehrsplanung von Hannover überlagern. Dabei verfolgen die Sanierung und die Generalverkehrsplanung unterschiedliche Ziele.

Ziel der Bürgerinitiative ist es, die Wohn- und Umweltbedingungen im Linden-Süd durch die Sanierung wesentlich zu verbessern. Die Bürgerinitiative kann es nicht hinnehmen, daß dieses Ziel durch andere Interessen erheblich beeinträchtigt wird.

Erbliche Beeinträchtigungen ergeben sich vor allem dadurch, daß das Gebiet von Linden-Süd von starken Verkehrsströmen umschlossen ist, die nicht aus dem Gebiet selber stammen. Die Göttinger Straße und die Ritter-Brüning-Straße, die als wesentliche Bestandteile des hannoverschen Verkehrsnetzes ausgebaut werden sind bzw. noch ausgebaut werden sollen, belasten die Wohnqualität des Gebietes in so starkem Maße, daß sie in die Sanierungsmaßnahmen mit einbezogen werden müssen.

Wenn zusätzlich noch der quer durch das Gebiet laufende Allerweg im Interesse der hannoverschen Generalverkehrsplanung als Verbindung zwischen Schnellstraßenring und Innenstadt ausgebaut werden soll, sind wesentliche Ziele der Sanierung von Linden-Süd gefährdet.

Die Bürgerinitiative fordert daher:

1. Der Ausbau des Allerweges als Hauptverkehrsverbindung zwischen Deisterplatz und Ritter-Brüning-Straße muß nach folgenden Gesichtspunkten geschehen:

a) Der Ausbau darf sich nicht nachteilig auf das Gebiet auswirken; das bedeutet im Einzelnen:

- Der Zusammenhang zwischen dem südlichen und dem nördlichen Teil von Linden-Süd muß erhalten bleiben; der Allerweg darf das Gebiet nicht zerschneiden. Dazu muß der Allerweg kreuzungsfrei überquerbar gemacht werden, ohne daß es dadurch zu Erschwerissen für alte Mitbürger, Behinderte, Mütter mit Kinderwagen usw. kommt.
- Das Wohnen in Linden-Süd muß vor dem Lärm und den Abgasen des Verkehrsstromes im Allerweg geschützt werden.
- Durch den Ausbau des Allerweges darf es nicht zu weiterem Verlust an nutzbarer Bodenfläche in Linden-Süd kommen.

Die Bürgerinitiative sieht diese Forderungen nur dann als erfüllbar an, wenn der Allerweg zwischen Isportestraße und Deisterstraße als Tunnel durch das Sanierungsgebiet geführt wird. Dabei muß die Fläche oberhalb des Tunnels für bauliche und nicht-bauliche öffentliche Nutzungen zur Verfügung stehen.

b) Der Ausbau muß so vorgenommen werden, daß er sich vorteilhaft für den Stadtteil auswirkt; das bedeutet im Einzelnen:

- Der Allerweg muß der zentralen Erschließung des Gebietes dienen. Dazu müssen öffentliche und private Garagen und Einstellplätze unmittelbar an den Allerweg angeschlossen werden, die dazu beitragen, den Individualverkehr aus dem übrigen Gebiet von Linden-Süd herauszuhalten.
- Über den Allerweg muß das Gebiet von Linden-Süd zusätzlich zu den übrigen Anschlußpunkten an das Busliniennetz angeschlossen werden.
- Durch die Führung des Allerweges muß das übrige Gebiet von Linden-Süd von (schleichendem) Durchgangsverkehr freigehalten werden können.

ten werden können.

Die Bürgerinitiative sieht diese Forderungen vor allem im Zusammenhang ihrer Sanierungskonzeption, die sich die Schaffung eines weitgehend autofreien Wohngebietes in Linden-Süd zum Ziel gesetzt hat. Die Möglichkeit dieses Ziel zu erreichen ist mit davon abhängig, in welcher Weise der Allerweg genutzt und ausgebaut werden wird.

Wenn der Ausbau des Allerweges nicht entsprechend diesen Gesichtspunkten vorgenommen werden kann, holt die Bürgerinitiative den Ausbau des Allerweges als Hauptverkehrsstraße für unzulässig und lehnt ihn mit aller Entschiedenheit ab. In diesem Falle fordert die Bürgerinitiative, daß eine Verbindung von Schnellstraßenring und Innenstadt außerhalb des Gebietes von Linden-Süd geschaffen wird.

2. Das Gebiet von Linden-Süd muß vor den Auswirkungen des Verkehrsstromes auf der Göttinger Straße geschützt werden. Dazu ist es erforderlich, daß

- a) zwischen Göttinger Straße und dem Wohngebiet Gebäude mit Schutzfunktion errichtet werden; für diese Gebäude sind neben sonstigen lärmempfindlichen Nutzungen (z.B. Gewerbe) insbesondere die Nutzung als Garagen vorzusehen, um damit das Wohngebiet weitgehend vom Individualverkehr freihalten zu können;
- b) aus dem Bereich der Göttinger Straße heraus keine Hochstraße zur Überquerung des Deisterplatzes geführt wird; eine solche Straße würde den Verkehrslärm noch weiter in das Wohngebiet hineintragen; an ihrer Stelle sollte eine tiefliegende Straße geführt werden.

3. Langfristig müssen auch die Wohnungen an der Ritter-Brüning-Straße vor den Auswirkungen des Verkehrsstromes geschützt werden.

4. Die Tatsache, daß Linden-Süd von Verkehrsstraßen mit übergeordneter Bedeutung eingeschlossen ist, macht es erforderlich, daß Möglichkeiten zur bequemen und gefahrlosen Überquerung dieser Straßen geschaffen werden.

Diese Forderung gilt vor allem für die Erreichbarkeit der für die Bewohner von Linden-Süd wichtigen Grünzone entlang der Ihme sowie für die Erreichbarkeit des westlich anschließenden Industrie- und Gewerbegebietes (Hannomag) und des Bahnhofs Hannover-Linden.

Die hier formulierten Aussagen stellen nur einen Teil der Aussagen der Bürgerinitiative zu Verkehrsproblemen im Rahmen der Sanierung von Linden-Süd dar; und zwar jenen Teil, der nach Meinung der Bürgerinitiative Probleme der übergeordneten Verkehrsplanung berührt. Über diese - aus aktuellem Anlaß zusammengestellten Forderungen hinaus wird die Bürgerinitiative weitere Forderungen aus ihren allgemeinen Zielsetzungen ableiten und öffentlich bekanntgeben.

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE
LINDEN-SÜD
3 Hannover
Ricklinger Str. 65

An
das Stadtplanungsamt
der Landeshauptstadt Hannover
3 Hannover

Hannover, 10.4.73

Betrifft: Bebauungsplan Nr. 388

Die Unabhängige Bürgerinitiative, die die Interessen der Bürger von Linden-Süd bei der Sanierung des Stadtteiles vertritt, erhebt Bedenken gegen die Festsetzung der Art der baulichen Nutzung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 388 der Stadt Hannover, im Entwurf vom 5.2.1973.

Diese Bedenken richten sich gegen die Ausweisung eines Industriegebietes im westlichen Teil des Geltungsbereiches. Diese Ausweisung behindert die Möglichkeit, eine Straßenverbindung von der Göttinger Straße zum Fischerhof zu schaffen. Eine solche Verbindung liegt im Interesse der Bewohner und Benutzer von Linden-Süd, da sie

- erstens das Gebiet von PKW- und LKW-Verkehr, der vom Deisterplatz zum Bahnhof Hannover-Linden will, entlasten würde; dieser Verkehr müßte dann nicht mehr den Weg über Allerweg und Ritter-Brüning-Straße nehmen, sondern könnte den Bahnhof Linden direkt von der Göttinger Straße aus erreichen;
- zweitens über den Fischerhof eine Zufahrt für den vom Deisterplatz kommenden Individualverkehr zu dem südlichen Teil des Wohngebietes ermöglicht, der aus dieser Richtung nur auf Umwegen, die wiederum das Wohngebiet belasten, erreichbar ist, da ein Links-Abbiegen von der Göttinger Straße aus nicht möglich ist und auch in Zukunft nicht möglich sein wird.

Die Bürgerinitiative regt daher an, den als Industriegebiet ausgewiesenen Teil des Bebauungsplanes als öffentliche Verkehrsfläche auszuweisen, um die Möglichkeit der oben genannten Verbindungsstraße zu sichern.

Im Auftrage der
UNABHÄNGIGEN BÜRGERINITIATIVE
LINDEN-SÜD

12
Kündigungen erst ausgesprochen werden sollten, wenn Ersatzraum zur Verfügung gestellt wurde.
Der Antrag: "Die Kündigungen sollen sofort schriftlich zurückgezogen werden, mit dem Vermerk: auf Verlangen der B." wurde einstimmig angenommen. Brief an GB. und Stadtdirektor (Holland).

34. TOP 4 Bau von Garagen Ricklingers r. 109:
B: Trotz der Forderungen der B. sollen Garagen gebaut werden.
Stpl: Es findet kein Garagenbau statt. (wird von Garage gestoppt)
Bei schon gelaufenen Anträgen sind allerdings keine rechtlichen Maßnahmen zur Ablehnung möglich. Als Mittel bei Neuanträgen kommen nur Verwaltungsschikane in Betracht. Die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes müßte ausgeweitet werden.
B: Sämtliche Neuanträge sollen gestoppt werden. Die Fälle von Neuanträgen sollen vor die B. gebracht werden.

TOP für den 9.5.
Besprechung der Versammlung

Diskussionsleiter: Deiters

In den vergangenen Monaten hat die unabhängige Bürgerinitiative Linden-Süd ihre Vorstellungen von der Sanierung in Linden-Süd entwickelt, in Zielformulierungen gefaßt und daraus Forderungen an die Stadt abgeleitet.

Dabei ging die Bürgerinitiative davon aus, daß Fragebogenaktionen und Informationsveranstaltungen der Stadt einerseits und Reaktionen der betroffenen Bürger auf Maßnahmen der Stadt andererseits keine ausreichende Beteiligung der Betroffenen an der Sanierung darstellen. Auch die durch städtische Sozialplanung oder durch direkte Bürgeraktionen zu Stande kommende Unterstützungen von Sanierungsbetroffenen sind zwar notwendige Maßnahmen, stellen aber nur eine unzureichende Grundlage für die Organisation eines langfristig angelegten Sanierungsprozesses dar. Vielmehr erschien es der Bürgerinitiative notwendig, in der Anfangsphase des Sanierungsprozesses die Ziele zu formulieren, die die betroffenen Bürger mit der Stadteinsparung verfolgen, die Vorstellungen der Bürger von zukünftigen Zustand ihres Stadtteiles zu entwickeln und Forderungen für die Durchführung von Maßnahmen zu stellen.

Die Bürgerinitiative hält dieses Vorgehen für einen der möglichen Wege, die Interessen der von der Sanierung betroffenen Bürger in die Planung einzubringen. Sie sieht in diesem Abschnitt des Beteiligungsprozesses eine ihrer Aufgaben darin, die Arbeit der Formulierung von Zielen, Vorstellungen und Forderungen zu übernehmen - in Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden organisatorischen Möglichkeiten. Sie hat daher im Herbst 1972 mehrere Arbeitsgruppen gebildet, in denen Lindener Bürger ihre Stellungnahmen zu verschiedenen Problemen des Stadtteiles und seiner Sanierung erarbeitet haben.

Aus dieser Arbeit heraus hat die Bürgerinitiative bereits einige Forderungen an die Stadt und andere an der Planung des Stadtteiles beteiligte Institutionen gestellt. Die Bürgerinitiative hat ihre Stellungnahmen und Forderungen stets der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Zuletzt hat sie auf einer Bürgerversammlung am 2.5.73 alle bisherigen Aussagen ihrer Arbeitsgruppen schriftlich und mündlich bekannt gemacht, und ~~andere~~ ~~weiteren~~ ~~gestellt~~ ~~gestellt~~, die sie zusätzlich zur Kenntnis genommen haben.

Alle Vorstellungen und Forderungen, die die Bürgerinitiative im Interesse der Bürger von Linden-Süd formuliert hat, gehen von dem allgemeinen Ziel aus, daß Linden-Süd als Wohngebiet für die jetzt hier ansässige Bevölkerung erhalten werden muß. Das heißt:

- daß das Gebiet von Linden-Süd keiner anderen Nutzung zugeführt werden darf,
- daß Wohnungsbau, -erhalt, -erneuerung und -neubau in Linden-Süd den Bedürfnissen der vorhandenen Bevölkerung angepaßt werden müssen,
- daß die Wohnumwelt von Linden-Süd im Interesse der Bewohner verbessert und vor den Auswirkungen anderer Interessen (Verkehr, Industrie etc.) geschützt werden muß,
- daß der Bevölkerung von Linden-Süd Wohn- und Arbeitsstätten (Bildungs-, Kommunikations-, Freizeit-, Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen) in ausreichendem Maße und in unmittelbarer Nähe der Wohnungen zur Verfügung stehen müssen,
- daß für die bestehenden Laden-, Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe die Erwerbsgrundlagen erhalten bleiben müssen.

Was aus diesen Zielen in einzelnen an Vorstellungen und Forderungen folgt, haben die Bürgerinitiative und ihre Arbeitsgruppen in den beigefügten Arbeitspapieren niedergelegt. Die Bürgerinitiative über-

gibt diese Arbeitspapiere hinsichtlich des Sat und der Verwaltung der Stadt Hannover und besonders:

- daß der Rat der Stadt Hannover öffentlich und verbindlich zu den Zielen, Vorstellungen und Forderungen Stellung nimmt und damit zum Ausdruck bringt, welche Ziele er mit der Sanierung von Linden-Süd verfolgt,
- daß die Verwaltung der Stadt Hannover Planungsvorschläge und Vorschläge für Sanierungsmaßnahmen erarbeitet und öffentlich vorlegt, an denen zu erkennen ist, ob und in welcher Weise die formulierten Ziele, Vorstellungen und Forderungen verwirklicht werden sollen.

Die Bürgerinitiative sieht die bisher geleistete Arbeit an der Formulierung von Sanierungszielen und Vorstellungen zum zukünftigen Zustand von Linden-Süd nur als einen Teil ihrer Aufgabe an, im Interesse der Bürger von Linden-Süd auf die Stadteinsparung einfluß zu nehmen. Sie wird in ihrer zukünftigen Arbeit:

- noch weitere Ziele und Vorstellungen zu Sanierungs- und Stadteinsparungsmaßnahmen entwickeln, zu denen sie sich bisher noch nicht geäußert hat (wie z.B. zu Bildungs-, Kommunikations- und Freizeiteinrichtungen sowie zur räumlichen und sozialen Gestaltung des Stadtteiles), und daraus entsprechend weitere Forderungen ableiten;
- die Planungsvorschläge und Sanierungsmaßnahmen der Stadt und anderer Planungsbeteiligter daraufhin untersuchen, ob und wie weit sie den Interessen der Bürger von Linden-Süd dienen, und entsprechend den formulierten Zielen Stellungnahmen zu verfassen und den Bürgern zugänglich machen;
- gegebenenfalls Aktionen einleiten oder den Lindener Bürgern solche Aktionen vorschlagen, die zur Durchsetzung der Interessen der Sanierungsbetroffenen notwendig erscheinen.

19.11.74

EF-Entwurf wird von Anwaltsplaner vorgelegt - kurze Überbauung des Allerweges
 Garagen gegen den Lärm an der Göttinger Straße Allerweg etc. soll aus dem PNF ausgeklammert werden - Förderung der BI

26.3 BI : Gutachten nicht unter den Bedingungen der Verwaltung, Bedingungen müssen diskutiert werden wenn keine Einigung, dann 2 Gutachten
 Gutachtendiskussion BI : Allerweg untertunneln oder nicht ausbauen
 Verwaltung : Absenkung
 Die Vorgaben der Verwaltung werden abgelehnt

30.4 BI : Bindung an das Gutachten
 BI : Alternative zur Entlastung F + E
 Allerweg verschnidet nicht, ist zentrale Erschließung, Göttinger Straße mit Garagen und Gewerbe abschirmen, Forderungen der Verwaltung
 BI arbeitet mit anderen BI's zusammen
 Hauptgutachten vor Verkehrsgutachten Bindungen des Gutachtens abstimmen

30.5 Verwaltung : Entwurfsgutachten mit Allerwegüberbauung, 2m absenken - 2 Alternativen

31.3 BI EV bringt Vorschlag zum Gutachten ein, der Anwaltsplaner befürwortet den Vorschlag
 BI : keine Tiefgaragen, nach Diskussion : Wohnwege befahrbar

14.9 MFP : Allerweg im Keller, Bürgerversammlung über das Bebauungsgutachten - Darstellung mit Modell etc.
 BI : Gutachter berücksichtigt nur die Vorgaben der Verwaltung

9 BI : Rahmenplanentwurf - Alternative Göttinger Straße im Trog Allerweg im Tunnel oder kein Ausbau

9 BI : wenig Fahrverkehr im Innern, ruhender Verkehr am Rand

1.10 BI : Entwurfsgutachten erfüllt nicht die BI Forderungen, weicht von der vorhandenen Bebauung ab

8.10 BI : Oberhausener Planergruppe soll Gutachten ausführen
 Verwaltung : Stuttgarter Gruppe soll Gutachten ausführen
 nach Reduzierung des Angebots der Oberhausener können sich BI und Verwaltung auf die Oberhausener Gruppe einigen

10.10 SE : BI und Verwaltung sollen sich einigen
 BI : Pannoverscher Gutachter ist befangen

18.10 EKS : Stadt soll Fenster zum Lärmschutz an der Göttinger Straße zahlen

15.10 BI : Bürgerversammlung zum Verkehrsgutachten
 Anwaltsplaner legt Gutachtenentwurf vor (Vorgaben)

30.10 BI : Stellungnahme zum Hochbaugutachten

2.11 BI und Verwaltung wählen eine Lösung aus
 Rahmenplan Ordnung

3.12 BI uneinig in der Beurteilung der Maßnahmen
 MFP : CDU gegen Einheitstarifforderung der BI - SK platzt

8.12 Veränderung des Gutachtens - Schreiben der Verwaltung nach Oberhausen kein Entwicklungskonzept, da vorgegeben Gutachter senden neues Leistungsangebot

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll (Nr.85) vom 19.11.74
 Diskussionsleiter: Hartje
 Protokollführer: Kühnel

- TOP 1. Rahmenplan
 2. Erweiterungsbau des Landesverwaltungsamtes
 3. Sanierungskommission (Tagesordnung)
 4. Resolution der Bürgerversammlung vom 16.10.
 5. Spielhaus Franzstr.127 (Info der Gemeinwesenarbeiter)
 6. Neubau Haspelstr.34/35, Planungstand Block 34
 7. ZDF Film

1. Rahmenplan:

In der Diskussion wurden noch einmal die Alternativen A u. B verglichen.

Vorschlag A:

- teure Einstellplätze (80%)
- lange Wege zum Auto
- lange Realisierungsdauer
- Kostennote über 100,- DM/Platz

Vorschlag B: (Schleifensystem)

- billigere Einstellplätze (65%)
- kurze Wege zum Auto
- schrittweise Realisierung mögl
- Verhältnis von Straßenstellpl. zu Garagenstellpl. 50:50
- Tiefgaragen im Block möglich

Bei beiden Lösungen kommt es nicht zu Abrissen durch Verkehrsmaßnahmen bzw. Garagenbauten. Beide Lösungen werden durch die Entscheidung des Generalverkehrsgutachten kaum berührt. Das innere Erschließungssystem kann, wenn die B6 weiter in der Göttingerstr. liegt und ausgebaut wird, nicht realisiert werden.

Ergebnis: Es soll auf der Grundlage von Vorschlag B ein Plan erstellt werden, in dem die Göttingerstr., der Allerweg und Teile der Ritter-Brauningerstr. nicht mehr als Hauptverkehrsstr. ausgewiesen werden.

2. Erweiterungsbau des NLVA:

Der Erweiterungsbau der NLVA wurde einstimmig abgelehnt, da eine Anzahl erheblicher Belastungen des Stadtteils unvermeidbar wären:

- Die Mitarbeiteranzahl der NLVA würde von 600 auf 800-850 steigen, das entspricht einer max. zu errichtenden Einstellplatzquote von 220-230 Plätzen. Damit würde sich das Parkplatzproblem zuungunsten der Lindener Bevölkerung verschlechtern.
- Die Sonneneinstrahlung für die Wohnung in der Laportestr. wird vermindert.
- Das Grundstück muss freigehalten werden für ein 2. Altenpflegeheim.

3. Sanierungskommission:

Die BI fügt folgende Tagesordnungspunkte hinzu:

- Errichtung Fußgängerschutz an der Göttingerstr.
- Abriss von Häusern (Punkt 6)

Ein Antrag auf Vertagung der Sanierungskommission kann erst während dieser beschlossen werden.

4. Resolution der BV vom 16.10.74:

Die BI-Ricklingen lädt die BI L-3 zu einer gemeinsamen Veranstaltung zwecks Flugblätterstellung ein. (Mittwoch 26.11.74 Freizeithelm Ricklingen Raum 18)

Landeshauptstadt Hannover - Stadtplanungsamt - 3 Hannover - Postfach

Planergruppe GmbH

42 Oberhausen

Brücktorstr. 61

COPIEN ERHALTEN GLEICHZEITIG
DIE UNABHÄNG. BÜRGERINITIATIVEN L. 1
UND BEKE K.-J. HOLLAND ALS BEGABER

Das Datum	Das Nachrichten	Das Durchlauf-Nr. MS-6935	Das Zeichen 61.5	Hannover, Friedrichswall 4 3.12.1974
-----------	-----------------	------------------------------	---------------------	---

Betr.: Verkehrsgutachten B 6/Allerweg (Linden/Ricklingen)

Bezug: Ihr Angebot vom 21.9.1974

Sehr geehrte Herren!

Nach Durchsicht der uns eingereichten Angebote haben sich Bürgerinitiative und Stadtplanungsamt grundsätzlich für eine Vergabe des Gutachtens an Sie entschlossen. Die Vergabe soll allerdings von der Abänderung einzelner Teile Ihres Angebots abhängig gemacht werden:

- Das Angebot soll auf die ursprüngliche Aufgabenstellung für das Verkehrsgutachten reduziert werden.
- Alle Teile, die auf die Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes für den westlichen Stadtbereich verweisen, sollen gestrichen werden, da die Entwicklungsziele für Linden und Ricklingen vorgegeben werden.
- Um das Angebot stärker zu präzisieren, sollen noch die Leistungsformulierungen, die sich aus dem Text der Aufgabenstellung ergeben, eingearbeitet werden.

Die in Angebotstext unter Punkt 1 (Vorbemerkungen) aufgeführten Formulierungen bleiben bestehen. Für die Neufassung des Punktes 2 des Angebots machen wir folgenden Vorschlag.

- 2 -

2. Leistungsangebot2.1 Orientierungsphase

Ziel der Orientierungsphase ist es, die Probleme erkennbar zu machen. Durch Gespräche mit Kennern der Situation und Experten (Schlüsselpersonen) sollen die Erwartungshaltungen der unterschiedlichen Positionen erfaßt werden. Gleichzeitig wird versucht, durch Kartenanalysen und Begehungen die Quartiere und ihre Beziehungen untereinander und zum Verkehrssystem einzuschätzen.

Arbeitsschritte:

- 2.11 Sammeln und Sichten der erreichbaren Unterlagen, Planungen und Gutachten (Landesplanung, Planungen von Stadt, Bürgerinitiativen, private Investoren etc.)
- 2.12 Befragung von Schlüsselpersonen (einschließlich Bürgerinitiative)
- 2.13 Kartenanalyse und Begehungen
- 2.14 Vergleichende Darstellung der vorhandenen Planungskonzepte und Zielkonflikte
- 2.15 Darstellung der Beschränkungen, die durch Zwangspunkte gegeben sind, und Ermittlung des Planungsspielraumes

2.2 Konzeptualisierungsphase

Ziel dieser Phase ist es, für Linden und Ricklingen als Teil des westlichen Stadtbereichs ein Verkehrsnetz zu erarbeiten. Die vorgegebenen Entwicklungsziele für Linden und Ricklingen und ihre Rolle im Stadtszusammenhang dienen als Basis für den Aufbau des Verkehrsnetzes. An ihnen ist zu überprüfen, inwieweit das geplante Verkehrsnetz die Entwicklungsziele stützt und an welcher Stelle Schwierigkeiten zu erwarten sind. Netzvarianten sollen in Linienführung, Netzverknüpfung und Erschließung vergleichbar dargestellt werden.

Arbeitsschritte:

- 2.21 Erarbeitung und Darstellung eines Straßenverkehrsnetzes. Überprüfen des Planungsspielraumes; Verdeutlichung der Auswirkungen
- 2.22 Vergleichende Bewertung der Alternativen (mit den Varianten BI und GVP) aus stadtplanerischer und verkehrsplanerischer Sicht und aus der Sicht des Umweltschutzes. Realisierungschancen; vergleichende, übersichtliche Kostendarstellung.
- 2.23 Darstellung der Erschließung für Linden und Ricklingen; innere Erschließung und Anbindung an die Tangenten.

- 3 -

2.3 Diskussions- und Entscheidungsphase

In dieser Phase sollen die bisherigen Ergebnisse mit den Auftraggebern ausführlich diskutiert werden mit dem Ziel, die inhaltlichen Prämissen und die daraus abgeleiteten Lösungsvorschläge zu überprüfen, bevor die rechnerische Kontrolle stattfindet. Angestrebt wird die gemeinsame Festlegung einer Verkehrsnetzkonzeption, die die städtebaulichen Bedingungen am besten erfüllt und deren Leistungsfähigkeit dann noch nachgewiesen werden mußte. Es soll also nicht das verkehrsplanerisch leistungsfähigste Netz unter mehreren ausgewählt werden, sondern es wäre rechnerisch nachzuweisen, daß das aus stadtplanerischen Gründen beste Netz auch aus verkehrsplanerischer Sicht leistungsfähig ist. Der Rechengang wird dann aufzeigen, an welchen Punkten noch Änderungen erforderlich sind, um eine 'machbare' Lösung zu erreichen.

Arbeitsschritte:

- 2.31 Diskussion der bisherigen Ergebnisse mit den Auftraggebern.
- 2.32 Die Diskussionsergebnisse werden in Form von Änderungen oder Varianten in die Verkehrskonzeption eingearbeitet.
- 2.33 Endgültige Festlegung des Vorschlages, der rechnerisch überprüft werden soll. In Falle kontroverser Diskussionsergebnisse (keine Einigung unter den Auftraggebern) werden alternative Vorschläge für die rechnerische Überprüfung ausgewählt.

2.4 Rechenphase

In dieser Phase wird das ausgewählte Verkehrsnetz (bzw. die alternativen Netze) mit Hilfe einer EDV-Anlage auf seine Leistungsfähigkeit hin rechnerisch überprüft. Für das Rechenprogramm erforderliche Parameter, Streckenwiderstände und mittlere Streckengeschwindigkeiten werden mit den Auftraggebern abgestimmt.

Arbeitsschritte:

- 2.41 Festlegung der Programmparameter
- 2.42 Verkehrsunlegung durch die EDV-Anlage (IBM).
- 2.43 Darstellung des Rechenergebnisses in Streckenbelastungsplänen.
- 2.44 Ermittlung der Fahrkilometer für den Gesamtverkehr; Folgen der Belastung für die Straßenquerschnitte; Auswirkungen auf innerstädtische Hauptverkehrsstraßen (z. B. City-Ring)

2.5 Reflektionsphase

In dieser Phase wird das Ergebnis der Verkehrsunlegung und die daraus resultierenden Folgen für Läden und die westlichen Stadtteile mit den Auftraggebern diskutiert. Ziel der Diskussion soll es sein, aus der Konfrontation der gesetzten Prämissen mit den Ergebnis der rechnerischen Überprüfung des gewählten Verkehrsnetzes (oder Alternativen) eine Lösungsstrategie abzuleiten.

Auf Grund dieses reduzierten Angebotes, in dem die sehr arbeits- und zeitaufwendige Erarbeitung von Entwicklungskonzepten für den westlichen Stadtbereich nicht mehr enthalten ist, schlagen wir das wie folgt geänderte Honorarangebot als neue Diskussionsgrundlage vor.

3. Honorarangebot

Die unter Abschnitt 2 angegebenen Leistungen werden positionsweise pauschal nach geschätztem Zeitaufwand angeboten. Verrechnungseinheit ist der Planermonat, für den die Planergruppe GmbH 5.600,- DM berechnet.

	Planermonate
2.1 Orientierungsphase alle Nebenkosten sind enthalten	1
2.2 Konzeptualisierungsphase alle Nebenkosten sind enthalten	2
2.3 Diskussions- und Entscheidungsphase enthalten sind 2 Arbeitstermine in Hannover incl. An- und Abreise	1
2.4 Rechenphase nicht enthalten sind die Rechenkosten, die für die EDV-Anlage an die entsprechende Firma zu zahlen sind; enthalten sind 2 Arbeitstermine in Hannover incl. An- und Abreise	1
2.5 Reflektionsphase enthalten sind 2 Arbeitstermine in Hannover incl. An- und Abreise sowie die Erstellung eines zusammenfassenden Berichtes mit graphischer Darstellung	1/2
Gesamt:	5 1/2

Für zusätzliche Arbeits- bzw. Gesprächstermine werden pro Tag und Planer 350,- DM berechnet. An Fahrtkosten werden auf Nachweis -,55 DM/km bzw. die anfallenden Bahnkosten berechnet. Die Mehrwertsteuer ist in allen Beträgen enthalten.

Punkt 4. und 5. des Angebotes von 21.9.1974 bleiben beste

1725 2.1

BI : fordert Erfolgskontrolle der SE-Arbeit
SE hat unter anderem die Lärmschutzfenster abgelehnt

4.

BI : informiert durch ein Flugblatt Gelage

4.1

Oberhausener Gutachter : Verkehr nicht allein zu lösen sonst hat der Verkehr Vorrangstellung

4.2

Zeitungen : BI soll weiter bestehen

4.3

BI : Unterschriftenaktion erfolgreich beendet

4.4

fast alle haben unterschrieben

4.5

BI : Presseerklärung - SE-Mitglieder sind Undemokraten (Ratsmitglieder der SE) Gelage

4.6

Oberhausener Gutachter wollen ihrer Arbeit ausdehnen
Nicht nur Verkehr

4.7

Anwaltsplaner : die Streichungen der Verwaltung werden evtl. als Diskussionsergebnis verkauft

BI : Erfolge in der Aufstellung der Rahmenpläne in der SE-Verkehrsgutachten , Vergabeeinigung

Stellungnahme der Verwaltung und des Anwaltsplaners
Gutachter wollen Gesamtgutachten erstellen und die Ziele der BI nicht verfolgen

BI : Gutachter müssen Ziele übernehmen , sich auf den Verkehr konzentrieren

4.8

Gutachter gehen nicht auf die Änderungen von BI und Verwaltung ein

Unterschriften sind abgesandt

BI : Rahmenplan soll zur Veröffentlichung fertiggestellt werden , verteilt werden und dann auf einer Bürgerversammlung diskutiert werden - Wenn keine grundlegende Änderungen dann Abstimmung

4.9

BI : fordert die Veröffentlichung der Schreiben vom Gutachter und der Verwaltung

4.10

BI : neues SE-Statut gebilligt - Ratsvertreter 1 Jahr gewählte Mitglieder

4.11

Verwaltung : will Gutachten eigenmächtig neu vergeben an stadtabhängige Gutachter gegen die SE

4.12

BI : Presseerklärung - Druck gegen Verwaltung und Rat mit Zuständen in der Kaplanstraße Hausbesetzung

SE wird als Beruhiger eingeschätzt - Beamtentat Rat wird von der Verwaltung hinteres Licht geführt

Reaktion in der BAZ

Neues SE-Statut

4.13

SPD Linden - Linner gegen Fahrpreiserhöhung

4.14

Anwaltsplaner legt überarbeiteten Rahmenplan vor

4.15

BI : Rahmenpläne der BI und der Verwaltung sollen gemeinsam veröffentlicht werden - Antrag an die SE

4.16

Adrian in MFP : Verkehrsplanung dient der Beruhigung der Wohngebiete

4.17

BAZ : SE tagt über der Illerweg

4.18

BI : SE soll die Oberhausener Gutachter nach Hannover einladen - Klärung der Unsinnigkeiten SE

4.19

beschloß bereits am 10.10.74 die Vergabe an die Oberhausener Gruppe

Verwaltung : Anfrage an die SE die Gutachter durch eine andere Stuttgarter Gruppe abzulösen

Verwaltung : hatte keine Zwischenzeitlichen Kontakte zu der Stuttgarter Gutachter Gruppe

4.20

BAZ : SE-Patt beim Gutachten Gelage

BI : will Oberhausener Gruppe da Soziologen und Juristen in der Gruppe sind

4.21

BI : wenn der Bauausschuss die Oberhausener ablehnt dann soll er das gleiche Angebot an die Stuttgarter Gruppe geben

4.22

BI und Verwaltung sind sich über die Vorgaben an die Stuttgarter Gruppe einig

4.23

BI : 74 m sollen als Gemeinschaftsflächen zu nutzen sein

4.24

Linden Blatt : 1000 Einwohner weichen der Straßenführung

4.25

Anwaltsplaner und Verwaltung verhandeln über eine Ergänzung des Gutachtens

4.26

Ergänzung liegt vor

4.27

Vorgaben an den Gutachter erst nach dessen Angebot SE

4.28

Auftrag an die Stuttgarter Gruppe Gelage

4.29

Verwaltung : Antwort des Gutachters abwarten

4.30

Adrian : Bemerkungen zur Verkehrsberuhigung

4.31

BI : Resignation - Stadt setzt sich immer durch

4.32

Hundesdörfer , der Stuttgarter Gutachter akzeptiert die Prämissen der BI - Erstes Gespräch vereinbart

4.33

BI : spricht sich für Hundsdörfer aus

4.34

Verwaltung : Vertrag mit Hundsdörfer im Grundsatz fertig

4.35

BI und Verwaltung gehen die Rahmenpläne gemeinsam durch

4.36

Termin mit Hundsdörfer wird vereinbart

4.37

CDU : kritisiert Gen Anwaltsplaner

4.38

BI : akzeptiert die AF-Texte

4.39

Gutachten in 5 Varianten BI , Verwaltung und Des Gutachters

4.40

Verwaltung : sendet dem Gutachter keine Unterlagen zu - die BI kritisiert dieses

4.41

BI : will keine P im Innenhof - die Verwaltung widerspricht Gelage

4.42

BI : will keine P im Innenhof - die Verwaltung widerspricht Gelage

4.43

BI : will keine P im Innenhof - die Verwaltung widerspricht Gelage

4.44

BI : will keine P im Innenhof - die Verwaltung widerspricht Gelage

4.45

BI : will keine P im Innenhof - die Verwaltung widerspricht Gelage

4.46

BI : will keine P im Innenhof - die Verwaltung widerspricht Gelage

RAT, GROßRAUM u. VERWALTUNG gegen die Forderungen der LINDENER BEVÖLKERUNG

Der Verkehrslärm an der Göttinger Straße und Friedrich-Ebert-Straße führt zu erheblichen Emissionsbelastungen für die Anwohner, deren Erträglichkeitsgrenze weit überschritten ist. Bei einer Tagesschallmessung wurden in der Göttinger Straße 77 Phon gemessen; das sind ca. 30 Phon mehr, als die zulässige städtebauliche Höchstgrenze. Die Lärmbelastungen wirken sich physisch und psychisch folgendermaßen aus:

- 30 Phon verursachen psychische Reaktionen wie Schlaflosigkeit, allgemeine Reizbarkeit und Konzentrationsschwäche
- 65 Phon wirken auf das vegetative Nervensystem schädlich, nervöses Herzleiden, Blutdruckanstieg, Krämpfe der Blutgefäße und Magengeschwüre können entstehen.
- Bei 90 Phon entstehen Hörschäden.
- 120 Phon führen sogar zu mechanischen Schäden des Hörapparates.

Was haben die Bürger bisher dagegen getan?

Etwa 140 Bürger Ricklingens und Linden-Süds haben auf der Bürgerversammlung vom 16.10.74 eine Resolution einstimmig verabschiedet, die folgende Forderungen enthält:

1. Einbau von Lärmschutzfenstern in der Göttinger- und Friedrich-Ebert-Straße auf Kosten der Stadt
2. 50 %ige Mietenkung in diesen Häusern und Übernahme des Mietausfalls durch die Stadt
3. Unwiderrufliche Beibehaltung des Einheitstarifes für den Großraum Hannover

Die BI Linden-Süd brachte die Resolution in die Sanierungskommission, einen Gremium, das die BI mit Vertretern des hannoverschen Rates gebildet hat. Die Abstimmung über die Forderungen wurde von den Mitgliedern des Rates verweigert und auf die nächste Sanierungskommission (SK) verschoben mit der Begründung, über diese Forderungen erst mal in den Fraktionen beraten zu müssen.

In der SK vom 5.12. hatte keine der Parteien (CDU, SPD, FDP) darüber in den Fraktionen diskutiert. Auch dieses Mal versuchten die Ratsmitglieder sich um eine klare Stellungnahme heranzudrücken. Eine Abstimmung der Punkte erfolgte jedoch auf Druck der Bürgervertreter entgegen den Vorstellungen der Vertreter von FDP und CDU. Die Ratsmitglieder der CDU (Beckmann und Reymann) verweigerten in der Frage des Einheitstarifes die Abstimmung. Unter dem Vorwand, die Bürgervertreter benutzen die SK für sachfremde Themen, verließen sie diese demonstrativ.

Gesichtspunkte und Angaben zur Einschätzung der Ergebnisse der Sanierungskommissionsarbeit (Zeitraum: 5.12.73 bis 5.12.74)

In Folgenden soll nicht eingegangen werden auf die Entstehungsgründe der Sanierungskommission und die ihr von Seiten der Stadt (Verwaltung, Rat und Parteien) zugeordnete Funktion. Es sollen lediglich die Ergebnisse der Sanierungskommissionsarbeit für die Sanierung aufgezählt werden. Hierbei sind zwei Arten von Ergebnissen zu unterscheiden:

- die unmittelbaren einzelnen Ergebnisse
- die indirekten und mehr allgemeinen Ergebnisse.

1. Die direkten Ergebnisse

Hier sind wieder zwei Gruppen von Ergebnissen zu unterscheiden. Die eine Gruppe setzt sich zusammen aus solchen Ergebnissen, die dadurch zustande gekommen oder wirksam geworden sind, daß die Verwaltung den Sanierungskommissionsbeschlüssen zustimmte oder über die ein Kompromis zwischen BI und Verwaltung erzielt wurde. Es sind das im einzelnen:

- Herstellen eines Einigungszwanges zwischen BI und Verwaltung (hier die Gemeinnützige Baugesellschaft) über die Entwürfe zum 2. Baulückenprogramm
- Beschluß eines Verfahrenskonzeptes für die Planaufstellung bei der Blocksanierung auf Vorschlag der BI
- Beschluß des Verfahrens bei der Weiterberatung des Rahmenplanes für die Stadtteilsanierung auf Vorschlag der BI
- Beschluß zur offiziellen Einschaltung der BI bei der Aufstellung und Beratung von Bebauungsplänen im Sanierungsgebiet
- Beschluß über die Vergabe eines Verkehrsgutachten zum Problembereich Göttinger Str./Allerweg auf Antrag der BI
- Herstellen eines Einigungszwanges bei der Formulierung von Aufgabenstellungen und Vorgaben für die Gutachten ALLERWEGBEBAUUNG und VERKEHRSGUTACHTEN zwischen BI und Verwaltung
- Beschluß zur Vorlage von Modernisierungsalternativen beim Verfahren zur Überprüfung von Abriß- oder Modernisierungswürdigkeit von Altbauten
- Beschluß zur Weiterbehandlung der Ergebnisse des Gutachtens zur ALLERWEGÜBERBAUUNG in Rahmen der BI-Sitzungen
- Beschluß über die Vergabekriterien für Wohnungen im Sanierungsgebiet
- Beschluß zur Verhinderung der Veröffentlichung von generellen Abrißplänen der Verwaltung.

Für diese Gruppe von Ergebnissen kann allgemein (vielleicht mit Ausnahme des ersten) gelten, daß sie auch im Rahmen der direkten Gespräche und Auseinandersetzungen zwischen BI und Verwaltung hätten zustande kommen können. Bei diesen Ergebnissen fällt auch auf, daß es sich vornehmlich um Verfahrensfragen handelt.

Die zweite Gruppe von Ergebnissen ist gekennzeichnet durch einen inhaltlichen Konflikt zwischen BI und Verwaltung. Hierzu liegen zwar auch im Sinne der BI positive Beschlüsse der SK vor, aber sie werden nicht wirksam werden, da die Stadt oder andere Instanzen sie nicht akzeptieren. Es sind das:

- Beschluß zu den Altbauwieten bei der Modernisierung
- Beschluß zu der Resolution der Bürgerversammlung vom 16.10.74
- Beschluß zur Einrichtung der Kindertagesstätte Franzstraße
- Beschluß zur Verhinderung des NLVA-Erweiterungsbaues (hier ist der Gegenspieler wohl weniger die Stadt als das Land)

Dabei bringt eine Erhöhung des Öffentlichen-Nahverkehrs-Tarifes eine direkte Verschlechterung der Lebensbedingungen der Lindener Bevölkerung mit sich. Einmal wirkt sich die Erhöhung der Fahrpreise auf die Lindener, die wahrhaftig nicht zu den Reichsten gehören, als doppelte finanzielle Belastung aus; zum andern wird eine große Anzahl von Bürgern aus dem Großraum wieder mit dem Auto fahren und somit wird Linden-Süd erheblich mehr durch Lärm und Abgase belästigt werden.

Trotzdem wurden alle Anträge im Sinne der Lindener Bürger auf der SK verabschiedet.

Welche Wirkungen haben diese Entscheidungen der Sanierungskommission?

Inzwischen sind zwei wesentliche Forderungen, -die Beibehaltung des Einheitstarifes und der Einbau von Lärmschutzfenstern- schon abgelehnt. In der Ratssitzung vom 12.12. lehnte OSD Koldewey den Einbau von Lärmschutzfenstern wegen zu hoher Kosten ab. Das Großraumparlament hat am Mittwoch, den 11.12. die Einführung des Stufentarifs bei gleichzeitiger Erhöhung der Fahrtkosten bis zu 100% beschlossen.

Hier zeigt sich deutlich der Charakter der Beschlüsse, die längst keine Gewähr dafür bieten, daß sie auch verwirklicht werden. Durch das dauernde Verschleppen der Forderungen von Sk zu Sk von Anfang Oktober bis Dezember wurde dem berechtigten Protest der Bürger der Wind aus den Segeln genommen.

Die BI L-S will zur Unterstützung der Forderungen der Resolutive eine Unterschriftensammlung durchführen, um aufgrund dieses Meinungsbildes erneut Rechenschaft vom Rat und Großraumparlament zu fordern.

BI Linden-Süd

BI Protokoll 75

BÜRGERINITIATIVE LINDEN-SÜD Protokoll(Nr.97) von 25.2.75 G. Weinhof
Diskussionsleiter Deiters

- TOP 1. POST
2. Verkehrsmutachten
 3. Einschätzung der SK [Der Ton wurde bis nach der geplanten Sondersitzung verschoben]
 4. Bebauungsplanung Block 34/Blockversammlung
 5. Verschiedenes

TOP 1. POST

- Vermerk der Gen.B. zum Neubau Henstmannstr. 30, 35.
- Schreiben von Planeradvokaten aus Darmstadt (siehe Anlage 1):
Es wird ein Informationssgespräch gewünscht.
Ergebnis: Als Termin und Ort wurde Freitag 7.3.17 Uhr in BI-Laden vorgeschlagen [Teilnehmer von der BI: Claus, Deiters, Deschner, Fuhrrott, Götner, Hartje, Henstmann, Luhnann]
- Information der Verw. zu SK-Sitzungsgeldern:
In Zukunft sollen auch die Bürgervertreter Sitzungsgelder erhalten.
BI: Es soll Protest eingelegt und auch für die vergangenen Sitzungen Gelder gefordert werden.

TOP 2. VERKEHRSMUTACHTEN

BI: Auch nach Prüfung des Schreibens der Oberhausener ist ein Zurückziehen der Vergabe nicht gerechtfertigt. Die Vertreter sollen zu einer Stellungnahme eingeladen werden.
Die Verw. wendete dagegen ein, dass die geschätzten Kosten für den Besuch in Höhe von ca. 1500-2000 DM zu hoch seien und bestand auf einer Ablehnung der Gutachter. Ein entsprechender Antrag soll im Bauausschuss gestellt werden.

BI: Die Argumentation mit den Kosten ist vorzuziehen, außerdem scheint der Kostenanachlass überhöht. An der Frage der Vergabe des Gutachtens zeigt sich die Haltung der Verw. und ihre Geringschätzung der BI.
Es wurden 3 Anträge gestellt:

1. Es soll eine Presseerklärung herausgegeben werden, die der Öffentlichkeit den bisherigen Verlauf schildert.
2. Es soll eine Sondersitzung der SK einberufen werden.
3. Es soll noch versucht werden, die Gutachter zu einer Stellungnahme einzuladen. Falls dies scheitert soll eine Presseerklärung herausgegeben werden. Statt der SK-Sitzung sollen andere Massnahmen überlegt werden.

Ergebnis: Die Anträge 1 und 2 wurden einstimmig angenommen.
-Presseerklärung [Deiters, Deschner, Hartje, Klein] - ausnahmsweise ohne Abstimmung durch eine BI-WW
-Der Vorsitzende der letzten SK-Sitzung [Bielefeld] soll schriftlich aufgefordert werden, binnen 10 Tagen eine Sondersitzung einzuberufen.

TOP 4. BEBAUUNGSPLANUNG BLOCK 34/BLOCKVERSAMMLUNG

Termin und Ort: 27.2. 18 Uhr 30, Musiksaal der Humboldtschule.

Holland: Stellungnahme zum Entwurf der Gen.B. siehe Anlage 2.

BI: Die BI hat sich bis jetzt keine in Blockversammlungen eingeschaltet. Eine Blockversammlung nach der anderen findet statt und die Verw. setzt ihre Pläne auf Blockebene durch. Hier zeigt sich eine Bürgerbeteiligung in Operettenform, bei der die Verw. macht, was sie will. Die BI wüsste die Blockbewohner unterstützen und der Verw. etwas entgegenzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde an die BI-Absicht erinnert, Blockvertretungen zu organisieren.

Antrag

Die Sanierungskommission möge beschließen, die Rahmenplanentwürfe für die Sanierung des Stadtteils Linden-Süd, die von der 'Unabhängigen Bürgerinitiative Linden - Süd' und dem Stadtplanungsamt Hannover erstellt worden sind - beide in der Fassung vom Frühjahr 1975 - werden gemeinsam in gedruckter Form veröffentlicht und im Stadtteil bekanntgemacht. Die Veröffentlichung soll eine Auflagenhöhe von mindestens 1000 Exemplaren erreichen, in allen Ladengeschäften und öffentlichen Institutionen des Stadtteils ausgelegt und für interessierte Bürger in der Informationsstelle für Sanierung, Ricklinger Straße 65 vorrätig gehalten werden. In einer Bürgerversammlung, die spätestens 3 Wochen nach Veröffentlichung der Rahmenpläne stattfinden soll, werden die Rahmenpläne den Bürgern des Stadtteils vorgestellt, erläutert und die Meinung der Bürger dazu eingeholt. Über alle mit diesem Verfahren zusammenhängenden technischen Fragen sollen sich Bürgerinitiative und Verwaltung einigen.

Der Antrag der BI wurde einstimmig angenommen.

Da die beiden Rahmenplanentwürfe

1. der Verwaltung mit 14 Seiten
2. der BI mit 15 Seiten

eine direkte Gegenüberstellung erschweren, wurde der Antrag der BI begründet, wenn in einer gemeinsamen Druckschrift mit direkter Gegenüberstellung sich Unterscheidungsmerkmale verdeutlichen lassen.

Verwaltung: Verkehrsgutachten über westliches Verkehrskonzept mit Allerweg und Göttinger Straße (Drucksache Nr. 511/75)
 Büro Hundsdörfer bietet an 3 Varianten: Bürgerinitiative - Stadt Hannover - eigene Variante
 Preis: 39.800,- DM plus Mehrwertsteuer plus Kosten für Lichtpausen und Vervielfältigungen plus Reisekosten nach Hannover.
 Planergruppe Oberhausen: 61.600,- DM plus Kosten für EDV

Die der BI als Vorteil erscheinende interdisziplinäre Besetzung der Planergruppe Oberhausen empfand die Verwaltung unter Hinweis

auf die zu geringe verkehrsplanerische Besetzung dieser Gruppe als Nachteil, wohingegen das Büro Hundsdörfer nur mit Verkehrsexperten besetzt ist.

Als Nachteil für das Büro Hundsdörfer empfindet die BI die starre, nur auf Zahlen beruhende, den Menschen nicht berücksichtigende Objektivität. Die Grenzen für das Büro Hundsdörfer begannen dort, wo mit Zahlen nicht belegbare Umstände erfaßt werden sollen: soziale Zusammenhänge, Lärmschutz, Umweltschutz usw.

Dagegenüber empfindet die Verwaltung aufgrund der drei ihr von der BI zur Verfügung gestellten Gutachten der Planergruppe Oberhausen, daß diese Gruppe nur sehr bescheidene Aussagen zum Thema Verkehr trafen, allgemeine Hinweise gäben auf städtische Verkehrsplanung ohne daß Konsequenzen daraus gezogen würden. Das für Detmold aufgestellte Verkehrsgutachten käme zu dem Schluß, daß bestimmte Knotenpunkte und Straßenplanungen nochmals überprüft werden sollten.

Antrag der BI

Die Verwaltung lädt die Planergruppe Oberhausen zu einem gemeinsamen Gespräch zwischen Gutachtern, Verwaltung und der BI nach Hannover ein. Dabei sollen die noch strittigen Punkte für das zu erstellende Verkehrsgutachten in Übereinstimmung zwischen BI und Verwaltung geklärt werden.

6 Ja - , 6 Nein - Stimmen

Antrag abgelehnt wegen Stimmengleichheit.

Antrag der Verwaltung

zuzustimmen,

1. daß der in der 8. Sitzung der Sanierungskommission am 10.10.74 gefaßte Beschluß, das Verkehrsgutachten an die Planergruppe Oberhausen zu vergeben, zurückgezogen wird
2. daß das Verkehrsgutachten an das Ingenieurbüro Hundsdörfer (Stuttgart) vergeben wird.

6 Ja - , 6 Nein - Stimmen

Antrag abgelehnt wegen Stimmengleichheit.

Da beide Anträge abgelehnt wurden, d.h. kein zustimmendes Votum der Sanierungskommission zustande kam, wird der Bauausschuß in eigener Zuständigkeit beschließen.

Landeshauptstadt Hannover
STADTPLANUNGSAMT

Landeshauptstadt Hannover · Stadtplanungsamt · 3 Hannover · Postfach

Ing.-Büro
Hundsdoerfer GmbH
7 Stuttgart 1
Honoldweg 5 A

Eingeg.
13 SEP 1975
Erlaubt

Das Zeichen: Ihre Nachzahl von: **188-6935** Unsere Zeichen: **61.5** Hannover, Friedrichswall 4 **8. Sept. 1975**

Verkehrsgutachten Allerweg

Sehr geehrte Herren,

nach zahlreichen gemeinsamen Gesprächen zwischen der Bürgerinitiative Linden-Süd, politischen Gremien der Verwaltung haben sich die Beteiligten grundsätzlich über eine Vergabe des Verkehrsgutachtens an Ihr Büro ausgesprochen.

Bürgerinitiative und Verwaltung setzen voraus, daß für die Erarbeitung des Gutachtens von folgenden Prämissen ausgegangen werden muß:

- Ziel des Verkehrsgutachtens ist es nicht, ein Netz zu entwickeln, das ausschließlich den Bedürfnissen des Kfz.-Verkehrs entspricht. Es ist vielmehr zu überprüfen, ob ein aus stadtplanerischen Gründen gutes Netz auch aus verkehrsplanerischer Sicht eine befriedigende Lösung darstellt.

- Es sind drei Varianten zu untersuchen und zu vergleichen

- Planung der Stadt Hannover
- Variante der Unabhängigen Bürgerinitiative
- Variante des Büros Hundsdoerfer

- Vor Aufnahme der Gutachterstätigkeit sind in einem gemeinsamen Gespräch zwischen Vertretern

- des Ingenieurbüros Hundsdoerfer
- der Bundesstraßenbauverwaltung
- des Großraumes Hannover
- der Bürgerinitiative Linden-Süd und
- der Stadt Hannover

die Auffassungen, Möglichkeiten und Zwangspunkte hinsichtlich der Netzgestaltung zu diskutieren und die zu untersuchenden Varianten zu formulieren.

- Da die Erarbeitung des Gutachtens nur in einem engen Kontakt zwischen Auftraggeber (Stadt / BI) und dem Gutachter durchgeführt werden kann, ist den Auftraggebern jeweils so rechtzeitig Kenntnis von Zwischenergebnissen zu geben, daß Veränderungsvorschläge gemacht und eingearbeitet werden können.

Zur Konkretisierung der in Ihrem Angebot vom 11. September 1974 enthaltenen Bewertungskriterien machen wir folgenden Vorschlag für den erwarteten Leistungsumfang.

Kriterien 1 + 2 (stadtplanerische Folgen)

- Einarbeiten in die vorliegenden Sanierungsunterlagen von Stadt und BI (Zielformulierungen und Rahmenpläne)
- Vergleichende Darstellung der vorhandenen Planungskonzepte und Zielkonflikte
- Ermittlung des Planungsspielraumes
- Ausarbeitung eines Bewertungsrahmens als Vorschlag
- Diskussion der Bewertungsmaßstäbe für die Varianten mit BI und Stadt, Änderungen, Ergänzungen
- Bewertung der Varianten aus stadtplanerischer Sicht

Kriterien 3 + 4 (Umweltbeeinträchtigungen)

- Darstellung der entsprechenden Vorschriften
- Zeichnen von kennzeichnenden Querschnitten
- Berechnung von Lärmzonen und Umweltbelastungen
- Ermittlung der Betroffenen
- Vorschläge für bauliche Maßnahmen
- Vergleich der Varianten und Bewertung

Kriterium 5: (Linienführung)

- Vergleich der Linienführungen in den Varianten mit den einschlägigen Richtlinien (RAL / RAST)
- Beurteilung der Varianten

Kriterium 6: (Netzverknüpfungen)

- Korrektur und Hochrechnen der Matrizen aus dem Gutachten Prof. Wehner nach vereinbarten Faktoren
- Vorbereitung der Netzvarianten für die EDV-Berechnung
- Abstimmung der Netzwerke mit den Beteiligten
- Verkehrsumlage für die Verkehrsarten
 1. Gesamtverkehr
 2. Ziel-, Quell-, Binnenverkehr für Linden-Süd
- Ermittlung der Fahrkilometer für den Gesamtverkehr
- Zeichnen von Belastungsplänen
- Beurteilung der Folgen für die Straßenquerschnitte
- Vergleich der Varianten

Kriterium 7: (Erschließung)

- Darstellung von Erschließungsnetzen
- Aufzeigen der Folgen für die einzelnen Varianten
- Vergleich und Beurteilung der inneren und äußeren Erschließung

Kriterien 8 (Kosten)

- Ermittlung der Baukosten
 - Ermittlung der Grunderwerbkosten
 - Kostenvergleich
- } nach in Hannover
üblichen Richtwerten.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns möglichst bald Ihre Stellungnahme zu den Prämissen und dem z. T. ergänzten Angebot zuleiten würden und bitten Sie, auch zu überprüfen, ob Sie die in Ihrem Angebot vom 11.9.74 angegebenen Kosten noch aufrecht halten.

Hochachtungsvoll
Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
Staudt
Baurat

Anwesenheitsliste:

Gutachter: Hundsdoerfer, Scheelzer
Bürgerinitiative: Geiters, Deschner, König
BI-Berater: Behnen (als Vertreter von Holland)
Verwaltung:
 Stadtplanungsaussch. Stelle f. Sanierung: Wachold
 Verkehrsplanung: Straede
 Grossraumverband: Abt. Verkehrsplanung: Moltzschke, Menke
 Niedersächsisches Landesverwaltungsamt: Abt. Verkehrsplanung: Jage

Gliederung der Diskussion:

- 1.1. Darstellung und Diskussion über die Alternativen von BI und Verwaltung zur grossräumigen Verkehrsführung (BG, Allerweg)
- 1.2. Kosten, Finanzierung (Bauleistungen), Zeitplanung (Planungsschritte)
2. Darstellung und Diskussion über die Alternativen von BI und Verwaltung zur Besseren und inneren Erschließung des Stadtteils, Stellflächen usw.
3. Unterlegen, Vorgaben für das Gutachten.

1.1. VERKEHRSFÜHRUNG BG/ALLERWEG

BI: Der Ausbau der BG wie ihn die Verwaltung vorsieht, würde den Verlust von Wohnraum für ca. 600 - 1000 Bewohner bedeuten (Abriss von 350 WE). Der Ausbau des Allerweges würde den Stadtteil zerschneiden. Die bisher angegebene Lösung "Verlegung in Trög" ist nicht akzeptabel. Sanierung muss eine Verbesserung für die Bewohner bringen. Es wurde auf das Immissionsschutzgesetz verwiesen, wonach die Bewohner vor den Störungen durch den Kfz-Verkehr geschützt werden müssen.

Die Planungsvorschläge der BI wurden erläutert (siehe dazu Pläne). Mehrere alternative Möglichkeiten wurden angedeutet. Alle Lösungen gehen von einer weitestgehenden Vermeidung von Störungen für die Wohngebiete aus. Als Nebeneffekt ergibt sich die Erschließung des Industriegebietes im Süden. Mit der Planung wird auch die Ricklinger Bevölkerung berücksichtigt.

Strasse: Die BG bzw. der Westschwallweg sollte Teil des Tangentensystems, das nicht nur überörtlichen Verkehr aufnimmt, sondern auch den Verkehr der angrenzenden Stadtteile und damit die Kernzone entlastet, folgenden Anforderungen genügen:

- Citynahe Lage
- Eine Vielzahl von Anschlüssen besonders in dichtbesiedelten Stadtteilen.

Menke: Die innenstadtnahen Wohngebiete müssen in hoher Qualität erhalten werden, um die Stadtfucht zu verhindern. Die Funktion der BG wird z.T. jetzt durch andere Autobahnen wahrgenommen. Es besteht eine gute Verbindung Stadtrandgebiete (Espelde usw.) zur Innenstadt mit einer S-Bahnlinie. Bei einer Veränderung des Ricklinger-Kreisels sollte die Tangentenfunktion betont werden.

Veränderungen der Verkehrsführung steht der Grossraumverband aufgeschlossen gegenüber. Allerdings sollen die Pläne erst verändert werden, wenn überprüfte Lösungen vorliegen.

Hundsdoerfer wies darauf hin, dass sich die BI für eine Lösung entscheiden muss.

1.2. KOSTEN, FINANZIERUNG, ZEITPLANUNG

Jens: Die schlechte finanzielle Lage zwingt zu einer Einengung des Planungsgebietes.

Langfristige Planungen sollten ausserdem nicht kurzfristig ungeworfen werden.

Planungen, deren Bauleistungsträger nicht feststeht sind problematisch.

Z.B. wäre die Dornumstr. wegen der vielen Anschlüsse nicht zur Bundesstr. ausbaufähig (siehe BI-Lösung).

Die Stadt als Bauleistungsträger könnte das wahrscheinlich nicht finanzieren. Die Bedingungen des Immissionschutzes gelten nur für wesentliche Änderungen oder Neubau von Strassen.

Die Stilllegung der B6 wäre politisch problematisch (Verschleudern von Steuereinkünften).

Behrens: Es muss langfristig geplant werden, jedoch mit Angabe von Planungsschritten (Ausbaubestimmungen), wobei nach jedem Schritt das Verkehrsnetz wieder funktionieren muss.

Das Gutachten muss auf jeden Fall Angaben über Planungsschritte machen (Zeitkonzept).

Der erste Planungsschritt muss die Ausgliederung der B6 sein. Die Verlegung ist notwendig, um erträgliche Wohnbedingungen zu schaffen. Möglicherweise ergibt sich auch eine Verbesserung des Verkehrsnetzes.

Von den zwei Möglichkeiten die B6 entweder so auszubilden, dass die Immissionschutzauflagen erfüllt werden - da wesentliche Veränderungen geplant sind, korrigiert das Gesetz auf jeden Fall zur Anwendung - oder die B6 zu verlegen, scheint die letztere Lösung insgesamt besser und kostengünstiger.

Die Kriterien für Bundesstr. treffen weder für Göttinger- noch Ritter-Brüdingstr. zu (zu Bauleistungsträger).

Die Verwendung der B6 ist für Stellplätze und Erschliessungsstr. vorgesehen. Stillgelegt würde nur ein Stück des Westschellwegs.

Menko: Die Kosten für die BI-Lösung sind sicher hoch, wenn jedoch erträgliche Wohnbedingungen geschaffen werden sollen, sind andere Alternativen auch teuer.

Machold: Kurzfristige Verbesserungen sind das städtebauliche, politische Ziel. Wenn dies nicht erreicht wird, sackt das Gebiet weiter ab. Deshalb müssen Realisierungsstufen entwickelt werden (Kosten, Baustufen).

BI: Die Argumentation mit zu hohen Kosten und fehlender Bauleistungsträger für die BI-Lösung stellt einen Einschüchterungsversuch dar. Die Kosten der Verwaltungslösung sind möglicherweise noch höher. Ausserdem ist die Trägerschaft ebenso unklar. (Eine Verlegung der Bundesstr. wäre zudem keine Angelegenheit der Stadt).

Hundsdörfer: Die Kosten für die alternativen Lösungen werden ermittelt.

BI: Bei den Kosten müssen alle Kosten d.h. nicht nur Baukosten, sondern auch Folgekosten für Lärmschutzmassnahmen usw. berücksichtigt werden. Bei monetär nicht erfassbaren Unterschieden müssen diese dargestellt werden.

Mit dem Gutachten sollen Realisierungsstufen dargestellt werden, wobei Kosten und Nutzen jedes Schrittes geklärt werden müssen.

2. ÄUSSERE UND INNERE ERSCHLIESSUNG DES SANIERUNGSGEBIETES

Hundsdörfer wies auf die unterschiedliche Erschliessung des Gebietes bei BI und Verwaltungsvorschlag hin.

Behrens: Alle Planungsvorschläge der BI gehen von einer Verkehrsberuhigung im Gebiet aus, Vermeidung von Schleichverkehr, Nutzung der Strassen als Seilestrassen, möglichst billige Stellplätze.

Strödel: Das Problem der Erschliessung des Gebietes von aussen und innen ist nicht so ausschlaggebend für das Gutachten.

Untersucht werden sollte, wie die Wohngebiete an die Schnellwege angeschlossen werden, ohne dass Durchgangsverkehr durch die Wohngebiete sickert.

3. UNTERLAGEN, VORGABEN

- Zu den Zielsatzungen und Planungsvorschlägen von BI und Verwaltung sollen die Rahmplanung (neuester Stand) an das Büro gesandt werden. Ausserdem Pläne der BI 1:5000 und von der Verwaltung Stadtkarten in verschiedenen Massstäben.

- Zur Matrix "Verkehrsaufkommen/Zielorte" kam es noch einmal zur Diskussion. Die BI kritisierte, dass die Verkehrszählungen z.T. zu alt und nur bedingt brauchbar sind.

Ergebnis: Die Matrix soll überarbeitet werden (Einspeisung neuer Strukturdaten). Hundsdörfer wies darauf hin, dass von den Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung Individualverkehr/Öffentlicher Nahverkehr einschätzen von BI bzw. Verwaltung getroffen werden müssen (z.B. Überwiegend Individualverkehr oder Überwiegend ÖNV).

Eine Einigung über Unterlagen und Vorgaben muss vor der Bearbeitung zustande kommen.

Verwaltung und BI erklärten, dass notfalls die Bearbeitungszeit verlängert werden soll, da lieber genauere überprüfte Daten zurundegelegt werden sollen.

1976 13.1

Verfahren mit Hundsdörfer wer an vereinbart.
 Presseerklärung: Rahmenpläne sind in Bürgerhaus
 erhältlich - Anündigung einer Bürgerversammlung
 Einladung zu einer Informationsveranstaltung durch
 die BI

20.4 Verwaltung: legt den Termin mit Hundsdörfer auf
 14 Uhr, die Bürger haben keine Zeit
 BI: der Termin paßt nicht, außerdem will die
 Verwaltung eine Vorbesprechung mit dem Gutachter
 Der Termin liegt fest, Bürgervertreter sind bei
 der Vorbesprechung

10.2 Bürgerveranstaltung: Rahmenplandiskussion, Ver-
 kehr nach innen orientiert,
 Berater: Annäherung der Konzepte
 Verwaltung: Böttinger Straße nicht verlegen
 BI: Zerschneidung des Arbeiterstadtteils durch
 den Allerweg - Unterschriftensammlung 4500
 BI-Planung kostengünstiger
 BI: p - Jöhnen - 150 m
 BI: Störungen durch Eisenbahnverkehr
 Verwaltung: Arbeiterstadtteil zerstören als poli-
 tische Diskussion unerwünscht
 Berater: Variante Hundsdörfers nur Antwort auf
 Anfrage - keine dritte Lösung

2.3 Daten der Verwaltung zum Gutachten sind fraglich
 Gutachten müßte April-Mai eintreffen

11.3 Verwaltung: schickt Unterlagen an Hundsdörfer
 12.4 AEG-Gruppe: Atomüll wird auf dem Lindener Bahn-
 hof umgeladen
 Verwaltung: Unterlagen gehen an Hundsdörfer.
 Verwaltung: neues Umlegungsverfahren beschlossen
 BI: fordert Erweiterung des Gutachtens - Zahlen
 der Verwaltung sollen diskutiert werden
 Erweiterung des Gutachtens muß diskutiert werden,
 sonst wird das Gutachten nicht zum festgesetzten
 Zeitpunkt fertig Anlage 4b
 BI: nimmt Änderung der Verwaltung - Beschränkung
 der Zufahrt zum Innenstadtring nur zur Kenntnis Anlage

15.6 BI: Planung der Verwaltung - Gegenplanung im Be-
 reich Charlottenstraße Wesselstraße, Terminver-
 schiebung durch den Gutachter

22.6 Verwaltung will Anliegerversammlung
 BI: weist auf den RF hin
 Gutachter: hat keine Daten bekommen
 Verwaltung: nur 10 Gutachten sollen angefertigt
 werden

23.6 Berater: Verwaltung will Gutachten unterdrücken
 da die eigene Lösung schlechter abschneidet
 BI: zur Öffentlichkeitsarbeit sind 500 Exemplare
 erforderlich - Kurzfassung
 Gutachter: fehlen noch Daten
 Verwaltung: Gutachten ist zu teuer

23.7 Verwaltung Gutachter bekommt weitere Unterlagen
 BI: Arians Schreiben beeinflusst das Gutachten

24. Anlage

11.8

BI: Will Zusatzauftrag an Gutachter SK
 BI: unterstützt Planung des Beraters zur Charlot-
 ten- und Wesselstraße
 BI: fordert Sondersitzung der SK zum Gutachten
 Verwaltung: lehnt den Zusatzauftrag ab
 BI: will hiermit in die SK gehen
 Verwaltung: will innerhalb wenige Gutachten an-
 fertigen

20.1 BI: Antrag in der SK - SK soll Verkehrsgutachten
 vertragen und in 10 eine Sondersitzung einberufen
 wegen der Wichtigkeit sollen alle Statusgruppen
 eingeladen werden Anlage

2.9 Gutachten liegt vor
 Gutachter: kommt zur SK - informiert vorher die BI
 Gutachter: Bürointerne Schwierigkeiten verhindern
 Ausgabe des Gutachtens
 Gutachten: BI-Variante schneidet gut ab, Verwal-
 tung schlecht
 Gutachter: Zusammenlegung von BI und Gutachter-
 Lösung (Untertunnelung des Lindener Berges)
 Gutachter: Anlage

5.10 RF - Kurztext liegt vor - BI und Verwaltung sollen
 kurze Stellungnahmen schreiben
 Verwaltung: will neue Bewertung des Gutachtens
 durch "Nachleute" - die Bewertung des Gutachters
 wird angegriffen - Bis zur SK Stellungnahmen von
 BI und Verwaltung Rat: gegen Ortsräte
 CDU: fordert Ortschaft Hannover-Linden
 BI: Lindener Markt an Linden-Süd anschließen
 HAZ: stellt Verwaltungslösung im Gutachten als
 gut abgeschnitten dar
 Gutachter: in HAZ - Verwaltungslösung ist teuer
 und schlecht
 BI-Lösung ist billig und gut
 Gutachterlösung ist mittel und gut
 BI und Gutachterlösung vereinbar
 Verwaltung: spielt "Leingürtner" gegen BI auf
 BI: will an Klausurtagung zum Gutachten (Bauaus-
 schuß) teilnehmen - nicht nur die Verwaltung
 soll Bauausschuß informieren
 BI: Atomüll raus aus Linden-Süd
 Bauausschuß: keine Beschlüsse über RF und Gutach-
 ten - laut Verwaltung
 BI: wählt einen Vertreter für den Bauausschuß
 und benachrichtigt den Gutachter

77

TOP 1. VERKEHRSUTACHTEN

- 2.8-plan 911/Vorbereitung der 16. BK-Sitzung
- Mietentwicklung in Linden-süd nach Modernisierung
- Rechtliche Stellungnahme der Stadt zur Erweiterungsplanung des LVA
- Streichung der Landesmittel für die Sanierung 19777
- Entscheidung über Modernisierung oder Abriss Salfeldstr. 7/B
3. Verschiedenes
- Gaststättenverlängerung Hensternstr.
- Lärmbelästigung durch die Klimaanlage des LVA

TOP 1. VERKEHRSUTACHTEN

BI-Bericht: Es wurde noch einmal die bisherige Entwicklung aufgezeigt (siehe dazu auch Top 5 von 25.5). Nachdem eine Arbeitsgruppe der BI entsprechend dem Beschluss von 25.5, versucht hat eine Bestätigung für die Erweiterung des Gutachtens zu erreichen und es Verwaltungsapparat gescheitert ist - die BI-Vertreter wurden einen Tag lang von einer Stelle zur anderen geschickt keiner erklärte sich für zuständig, jeder erteilte eine andere Auskunft - hat am 27.5. eine Sondersitzung der BI stattgefunden und zur heutigen Sitzung sind die Verantwortlichen (Adrian) und Vertreter der Presse eingeladen worden.

BI-Stellungnahme:

- Es wurde bemängelt, dass Adrian nicht erschienen ist.
- Gerlach sendte daneben ein, dass die Einleitung zu kurzfristig erfolgt ist.
- Die BI kritisierte, dass offensichtlich keiner in der Verwaltung in der Lage war, eine Entscheidung zu fällen (bzw. wollte).
- Gerlach sendte daneben ein, dass Adrian dem Verkehrsausschuss große Bedeutung beimisst und deshalb nicht über seinen Kopf hinweg entschieden werden sollte.
- Darauf wies die BI darauf hin, dass Adrian über die Erweiterung des Gutachtens schon vor seinem Urlaub hätte entscheiden können, bzw. über seine Urlaubsadresse zu erreichen gewesen wäre, gerade wenn er dem Gutachten eine solche Bedeutung beimisst. Die Frage, wann bzw. ob Gerlach während der Urlaubswoche mit Adrian gesprochen hat, wollte bzw. konnte Gerlach nicht beantworten. Die BI wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Vertreter der Verw. erklärt hat "dass Adrian nach einem Gespräch gesagt hat, er wolle in Moment nicht über das Gutachten entscheiden".
- Hinzu kommt, dass die Verwaltung weder dem Gutachter noch der BI die für die Berechnung der Alternativen notwendigen realen Zahlen über das Verkehrsaufkommen (bzw. Streckenbelastung) zur Verfügung stellt, sondern nur Durchschnittswerte (bezogen auf das gesamte Bundesgebiet). Dadurch wird einmal die Fertigstellung des Gutachtens weiter verzögert (das Gutachten sollte am 1.5. noch vor der Wahl fertiggestellt werden) zum anderen ist durch die Anhebung von Durchschnittswerten die Aussagequalität des Gutachtens gefährdet.

Ergebnis: Der Auftrag für die Erweiterung des Gutachtens ist zwar inzwischen erteilt, aber durch die fehlenden Unterlagen ist die Fertigstellung bis zum 1.9. und die Aussagequalität auch weiterhin gefährdet. Es wurde der Verdacht geäußert, dass die Verw. kein Interesse an einem sachgerechten Gutachten hat, bzw. vermeiden will, dass die Konsequenzen der städtischen Planung offensichtlich werden. Das bisherige Ergebnis hat auch schon gezeigt, dass die Lösungsvariante der Stadt keine Lösung ist.

Weitere Schritte:

- Der Antrag "in Bauausschuss eine Anfrage dazu an Adrian zu stellen" wurde einstimmig angenommen.
- Der Punkt wird am 3.6. noch einmal in der BK diskutiert
- Der Antrag "eine Flugblattaktion durchzuführen, um die Bevölkerung über die Vorgänge zu informieren (Einladung zur BK-Sitzung)" wurde mehrheitlich angenommen. Der Flugblattentwurf wurde mit Anregungen eigene Passagen allgemeiner verständlicher zu formulieren, angenommen.

- Verkehrsutachten

Zur Verkehrsutachten beschließt die BI einstimmig folgenden Antrag:

"Die BI nimmt die Beschränkungen der Stadt für die Zufahrten zum Innenstadtring bedinglich zustimmend zur Kenntnis, da nicht die am 10.5.78 vereinbarte Form eingehalten wurde. Die BI behält sich deshalb vor, bei negativen oder utopischen Ergebnissen das 2. Anliegen gegebenenfalls eine 3. Untereinheit mit den unpassendlich vereinbarten Gesten zu fordern."

TOP 2. VERKEHRSUTACHTEN

Verw. (Machold): Zu der vom Gutachter vorgelegten Bewertungsliste ist ein Schreiben von Adrian verfasst worden, in dem insbesondere darauf hingewiesen wird, dass der Punkt Realisierbarkeit in der Kriterienliste fehlt.

Die BI wies darauf hin, dass der Punkt Realisierbarkeit vom Gutachter gesondert untersucht wird. Von Teilen der BI wurde das Schreiben der Verw. als Beeinflussung des Gutachters gewertet. Auf der anderen Seite wurde das Schreiben als Stellungnahme der Verw. zur Kriterienliste gesehen.

Ergebnis: Der Antrag "Das Abschicken des Verw. Schreibens wird akzeptiert jedoch soll von der BI ebenfalls eine Stellungnahme verfasst werden." wurde mehrheitlich angenommen. Die BI-Stellungnahme wurde an die Fachgruppe delegiert.

Fragen zum weiteren Vorgehen, die die BI in der nächsten Zeit entscheiden muß

- 2.1 Soll die BI die Empfehlung des Gutachters übernehmen und ihre Realisierung fördern oder sollen weitere Kompromiß-Varianten zwischen Var. 2 und 3 gesucht werden?
- 2.2 Soll die BI den Ausbau des Allerweges in der vom Gutachter vorgeschlagenen Form akzeptieren oder gar fördern, einschließlich der politischen Risiken, bei Planungsänderungen in Detailstadium während der nächsten 10 Jahre nicht mehr zurück zu können? Denkbar wären Verkürzung der Tunnelstrecke, Einbau von Kreuzungen, Erhöhung der Spurenzahl, Höherlegung der Tunnelstrecke usw.
- 2.3 Sollen Verbesserungen für die Var. 2 vorgeschlagen werden, wo jetzt in vorliegenden Gutachten nur eine geringe Punktzahl erreicht wurde?
- 2.4 Fördert die BI weitere Verkehrsuntersuchungen für die Gesamtstadt unter stärkerer Beachtung des öffentlichen Personennahverkehrs, wie es der Gutachter vorgeschlagen hat?
- 2.5 Fördert die BI eine Überarbeitung des inneren Erschließungssystems unter Einschaltung des Gutachters oder unter Zugrundelegung des Gutachtervorschlages?

Gesichtspunkte für eine erste Presse-Erklärung

- 3.1 sorgfältige, fundierte, umfangreiche Arbeit des Gutachters loben
- 3.2 Absicht der Stadt loben, daß sie wichtige Verkehrs/Sanierungsprobleme über ein derartiges Verfahren lösen will
- 3.3 Genugtuung der BI, daß der Gutachter in seinen Arbeitsergebnissen die Befürchtungen der BI hinsichtlich der Lösung der Stadt bestätigt hat
- 3.4 Genugtuung der BI, daß der Gutachter die Realisierbarkeit und die Verbesserung (gegenüber der Lösung der Stadt) der Gegenvorschläge der BI bestätigt
- 3.5 die wichtigsten Fakten des Verkehrsgutachtens
 - Stadt schlägt die teuerste Lösung mit 191 Mio DM vor /Lösung der BI wesentlich billiger
 - Stadt schlägt massive Zusammenballung des Verkehrs vor mit 105.600 Kfz/Tag in der Fr.-Ebert-Str, dies ist die absolut höchste Belastung die überhaupt irgendwo in der Stadt auftritt, d.h. die Stadt plant hier die höchste Verkehrskonzentration im Stadtgebiet
 - Stadt belastet mit diesen Verkehrsmengen Wohngebiete /BI schlägt Verlagerung des Verkehrs in Industriegebiete vor
- 3.6 die Untersuchung bestätigt die Richtigkeit der Forderung der BI nach einer weiteren Verstärkung des ÖPNV (die Probleme liegen nicht im Tangentensystem, sondern im nicht weiterausbaubaren, erheblich überlasteten Innenstadtring)
- 3.7 Forderungen zum weiteren Vorgehen auf 2 Ebenen
 - Verkehrslösung Gesamtstadtnetz / ÖPNV
 - Verkehrslösung überörtliche Verkehrsführung um Li-Süd
 - Verkehrslösung Stadtteilverkehr Li-Süd

In die Sanierungskommission vom 2.9.1976

Unabhängige Bürgerinitiative
Linden-Süd
Picklinger Str. 65
3000 Hannover 91

Betr.: Tagesordnungspunkt "Verkehrsgutachten"

Sehr geehrte Herren,

wie auch Ihnen bekannt, wird das Verkehrsgutachten Linden-Süd, das vor über 2 Jahren von der Sanierungskommission beschlossen und in Auftrag gegeben wurde, am 10. September dieses Jahres ausnahmsweise fertiggestellt und vorgelegt worden. Leider kam also auf der Ek-Sitzung am 2. September noch nicht ausführlich über die Ergebnisse und die daraus folgende Problematik gesprochen werden. Wegen der außerordentlichen Bedeutung für die gesamte weitere Sanierung, wobei über die Nahverkehrsplanung und Bürgerinitiative hinaus neben Straßen- und Parkraumplanung ebenso die Planung der einzelnen Blöcke, ja sogar einzelner Häuser, direkt von diesem Gutachten tangiert werden, hält die Bürgerinitiative eine kurzfristige Sitzung der Sanierungskommission mit ausschließlich diesem einen Thema für unbedingt erforderlich. Soweit in Abhängigkeit von den Neuwahlen und den sich anschließenden Februarbeschlüssen des Rates über seine Ausschüsse eine unnötige Verzögerung der Sanierung verhindert wird, schlägt die Bürgerinitiative eine Verlegung des Tagesordnungspunktes "Verkehrsgutachten" am 2.9.76 vor; die Fortsetzung dieses Tagesordnungspunktes sollte auf einer am gleichen Tag zu beschließenden Sitzung der Sanierungskommission im Oktober dieses Jahres erfolgen. Um bisher die Reaktionen und auch die Verwaltung der Stadt Hannover die außerordentliche Bedeutung dieses Verkehrsgutachtens immer wieder betont haben, geht die BI davon aus, daß am 2.9.76 der oben genannte Antrag zur Verlegung von einem beauftragten Gremium unterstützt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Unabhängige Bürgerinitiative
Linden-Süd

Hannover, den 17.8.76

l. a. Jörg X

König
Kühnel
(Hartje)

65

TOP 1. Posteingänge

2. Diskussion mit Adrian (Stadtbeurzt)

TOP 1. Post

Die GBH hat die Unterlagen für die Modernisierung Ricklingerstr. 48 in zweifacher Ausfertigung überreicht. Die Pläne sind an Holland und Deiters weitergegeben worden.

Es liegt eine Einladung von Direktor Schill der Caritas zur Vergabe der Altersheimplätze vor.

10.5

TOP 2. Diskussion mit Adrian

Stadtbeurzt Adrian befolgte eine Einladung der BI, um zu wesentlichen Fragen zum Verkehr in Linden-Süd Stellung zu nehmen:

- Weiterbeschäftigung des Büros Hunsdörfer?

Adrian: Von seiten der Stadt ist noch keine Entscheidung gefallen, ob Mittel zur Weiterbeschäftigung des Büros Hunsdörfer bereitgestellt werden. Das Problem liegt in dem von Hunsdörfer vorgeschlagenen Ausbau der A 30, der von den anliegenden Gewerbetreibenden nicht akzeptiert wird. Der Großraumbauverband hat ein eigenes Gutachten an das Ing.-Büro Schubert aus Hannover zu diesem Problem vergeben.

Schweidler (BI): Der Zusammenhang, dass wenn die A 30 nicht gebaut wird, die Verkehrsalternativen der BI und des Büros Hunsdörfer zusammenbrechen, wird energisch bestritten.

Diese Frage konnte jedoch wegen fehlender Planunterlagen nicht weiterverfolgt werden.

- Wie steht die Verwaltung zu den von der BI vorgelegtem Konzept der Verkehrsberuhigung in Linden-Süd (Anlage 1), in einzelnen zu folgenden Vorschlägen:

- a. Ausbau der Göttingerstr. einspurig stadteinwärts,
- b. Ausbau des Allerwegs einspurig,
- c. Ausbau der Ritter-Brüningstr. einspurig stadtauswärts,
- d. Modernisierungsmaßnahmen an der B 6 in Verbindung mit Lärmschutzbän.
- e. Ausbau des Inneren Verkehrssystems in Linden-Süd?

Adrian: (Zu den Fragen a bis e) Der einspurige Ausbau der genannten Straßen wird zur Zeit nicht für möglich gehalten weil:

- zuerst eine detaillierte Untersuchung erstellt werden muss, aus der sämtliche Vor- und Nachteile ersichtlich werden,
- kann eine Entlastung der Verkehrswege erreicht werden kann,
- Linden-Süd von der West-Tangente weiterhin erreichbar bleiben sollte.

VORANFRAGE LINDEN

Ergebnis: Über die Anforderungen der Bevölkerung durch das durch Linden transportierten Abfall sollen weitere Informationen eingeholt werden. Da die U-Bahn-Stationen Fernverkehrsstationen sind, sollen Betreiber der U-Bahn die sich mit der Problematik Abfall beschäftigt haben, eingeladen werden, Terminvorschlag 1.2. (Kühnel)

VORANFRAGE LINDEN

Ergebnis: Die verschiedenen Gewerbetreibenden der Linden-Tangente sollen das Verhalten gegenüber den Mitarbeitern, sodass die Vertreter der Gewerbetreibenden informiert werden können. Danach soll die Möglichkeit zu einem Bericht über die letzte Abfallabfuhrverteilung der Linden-Tangente erstellt werden. (Kühnel) - 1.2. die nächste Sitzung.

202

GBH Reaktion: beauftragt Brief

203

CIH: egal

204

BI: Abfall nur bei Tunnellösung

205

Verwaltung: Wasserstraßenanwohner sollen über die Straßenplanung informiert werden Geschäftsleute der Leisterstraße wren bei der Verwaltung

206

AGV: stellt Lösungen vor allerweg Tunnel Göttinger Straße Tunnel

207

BI: Pfarrhausabfall nur bei Tunnellösung

208

Anliegerveranstaltungen für die Straßenplanungen

209

BI: fordert bessere Straßenbeleuchtung

210

Verwaltung: stimmt zu

211

Interessengemeinschaft Leisterstraße stellt Forderungskatalog vor

212

Verwaltung: Druck des Gutachtens verschoben

213

BI AGV: nur Entstehung und Ergebnisse drucken

214

Verwaltung: Verkehrsmaßnahmen sollen neue Lösungen aufzeigen

215

Lindener Markt wird erst nach dem U-Bahn Bau besser ersicht

216

BI: die U-Bahn bringt eine schlechte Verkehrs-

217

abbindung an Linden-Süd

218

Verwaltung: Gutachter soll Gutachten überarbeiten

219

und zusammenfassen

220

BI: Großraumverkehr muß Linden-Süd anhängen

221

Verwaltung: soll Vorschläge für das innere Verkehrs-

222

system machen, Allerweg billiger anpassen

204